

Jugend ermöglichen - auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes

Gaupp, Nora (Ed.); Holthusen, Bernd (Ed.); Milbradt, Björn (Ed.); Lüders, Christian (Ed.); Seckinger, Mike (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gaupp, N., Holthusen, B., Milbradt, B., Lüders, C., & Seckinger, M. (Hrsg.). (2021). *Jugend ermöglichen - auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes*. München: Deutsches Jugendinstitut e.V. <https://doi.org/10.36189/DJI252021>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



Deutsches
Jugendinstitut

Nora Gaupp, Bernd Holthusen, Björn Milbradt, Christian Lüders,
Mike Seckinger (Hrsg.)

Jugend ermöglichen – auch unter den Bedingungen des Pandemie- schutzes

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit über 50 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Träger des 1963 gegründeten Instituts ist ein gemeinnütziger Verein mit Mitgliedern aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält das DJI im Rahmen von Projektförderungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Aktuell arbeiten und forschen 470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) an den beiden Standorten München und Halle (Saale).

Impressum

© 2021 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung Juli 2021
ISBN: 978-3-86379-380-7
DOI: 10.36189/DJI252021

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartnerin:
Dr. Nora Gaupp
Telefon +49 89 62306-3240
E-Mail gaupp@dji.de

Inhalt

1	Jugend und Corona, Jugend trotz Corona, Jugend gerade wegen Corona? Einleitende Gedanken zur Frage jugendpolitischer Notwendigkeiten in Zeiten der Corona-Pandemie Nora Gaupp, Bernd Holthusen, Christian Lüders, Björn Milbradt und Mike Seckinger	6
2	Unterstützung suchen, Unterstützung leisten – Junge Menschen in der Zeit des ersten Corona-Lockdowns Anne Berngruber und Nora Gaupp	17
3	Jugendliche mit Behinderung in Corona-Zeiten – eine Annäherung an offene Forschungsfragen Jasmin Müller und Nora Gaupp	30
4	Zur Situation von LSBT*Q Jugendlichen während der Corona-Pandemie Claudia Krell	40
5	„Jugendkrawalle“ in der Pandemie – eine neue Dimension der Jugendgewalt? Bernd Holthusen, Sabrina Hoops, Diana Willems und Annalena Yngborn	52
6	Digitale Kommunikation sozialer Dienste mit Jugendlichen in Zeiten der Corona-Pandemie – Herausforderungen und Perspektiven für die Zukunft Andreas Mairhofer, Christian Peucker, Liane Pluto und Eric van Santen	61
7	Digitalisierung und Extremismusprävention: Überlegungen zu Entwicklungsstand und –perspektiven des Handlungsfeldes „vor“ und „nach Corona“ Sally Hohnstein	80
8	Jugend(hilfe) im Strafverfahren während der Covid-19-Pandemie Annemarie Schmoll	95
9	Demokratieförderung unter Pandemiebedingungen – Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für Jugendpolitik und (pädagogische) Praxis in Deutschland und Europa Marit Pelzer und Tobias Johann	114

10	Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Adressierung der Fachpraxis in der Kinder- und Jugendhilfe am Beispiel der Kompetenzzentren und -netzwerke im Bundesprogramm „Demokratie leben!“	
	Sarah Langer, Max Hemmann und Kornelia Sammet	132
11	Literaturübersicht zur Pandemieforschung zu jungen Menschen und Youth Work außerhalb Deutschlands	
	Andreas Rottach, Frederike Hofmann-van de Poll, Marit Pelzer und Stephanie Riedle	144
12	Corona und die Forschung	
	Christian Lüders	171

1 Jugend und Corona, Jugend trotz Corona, Jugend gerade wegen Corona? Einleitende Gedanken zu jugendpolitischen Notwendigkeiten in der Corona-Pandemie

Nora Gaupp, Bernd Holthusen, Christian Lüders, Björn Milbradt und Mike Seckinger

Die Corona-Pandemie stellt unsere Gesellschaft und ihre Teilbereiche vor bisher gänzlich neue und unbekannte Herausforderungen, sei es die Medizin, die Wirtschaft, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr, das Bildungswesen oder die Verwaltung. So global und allgemein dieser Satz auch klingen mag, so sehr werden die Folgen der Corona-Pandemie unmittelbar nachvollziehbar, wenn wir konkrete gesellschaftliche Orte und Kontexte betrachten. So wurden (und werden bis in das Frühjahr 2021 hinein) aus Gründen des Pandemieschutzes etwa Bildungs- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche geschlossen. Das internationale Reisen kam zeitweise praktisch zum Erliegen. Persönliche Begegnungen als Teil des privaten Lebens wurden reglementiert und begrenzt. Die soziale Realität von uns allen war an vielen Stellen durch die Pandemie bzw. die zu ihrer Eindämmung getroffenen Maßnahmen massiv verändert.

Corona hat schnell auch Forschung und Wissenschaft auf den Plan gerufen. Waren es zu Beginn der Pandemie vor allem Anfragen an die medizinische Forschung (etwa zu Ansteckungswegen, Ausbreitungsdynamiken und Behandlungsmöglichkeiten), kamen später andere Forschungsdisziplinen (wie z.B. die Ökonomie) hinzu, die nach ihrem Beitrag zur Beschreibung, Erklärung und Bewältigung der Pandemie befragt wurden. Relativ bald wurden auch die Sozialwissenschaften adressiert. Es bestand (und besteht) ein großes Bedürfnis, sich über die sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zu vergewissern.

Diese Fragen beziehen sich auch darauf, welche Konsequenzen die Corona-Pandemie für junge Menschen hat, die sich auf dem Weg von der Kindheit ins Erwachsensein befinden. Welche Bedeutung hat die Pandemie für das Erwachsenwerden und die Verselbstständigung von Jugendlichen? Wie verändert die Pandemie aber auch das Handeln und die Rahmenbedingungen von Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe, die sich mit ihren Angeboten an junge Menschen richten und diese in ihrem Aufwachsen unterstützen und begleiten?

Diese Fragen beschäftigen die Abteilung Jugend und Jugendhilfe des DJI seit Frühjahr 2020. Wir haben uns in verschiedenen thematischen Bezügen und Diskursen gefragt, welchen Beitrag die Jugend- und die Jugendhilfeforschung zum Verständnis und zur Bearbeitung des „neuen gesellschaftlichen Problems Corona“ leisten kann. Die Antwort darauf haben wir auf folgende Weise sortiert: Bei aller Vorsicht und

Vorläufigkeit (angesichts der unklaren weiteren Entwicklung der Pandemie) können Jugend- und Jugendhilfeforschung aus unserer Sicht drei Funktionen erfüllen. Eine erste Funktion besteht darin, das Feld zu beobachten, zu sichten zu welchen Themen Corona-bezogene Forschung existiert, wo in den bisherigen Forschungsaktivitäten und Debatten blinde Flecken vorhanden sind und daraus Aufmerksamkeiten für relevante Fragen im Feld „Jugend und Corona“ zu wecken. Die zweite Aufgabe liegt in der Initiierung und im Beitrag von eigener Forschung und Empirie. Der dritte Aspekt betrifft den wissenschaftlichen Austausch und die Übersetzung in Praxis und Politik, indem Anregungen für die weitere wissenschaftliche, pädagogisch-fachliche und jugendpolitische Diskussion entstehen, wie unsere Gesellschaft mit Corona mit Blick auf junge Menschen umgehen kann bzw. sollte. Mit der vorliegenden Publikation und den darin gesammelten Beiträgen bewegen wir uns – in unterschiedlichen Gewichtungen – auf diesen drei Ebenen bzw. wollen zu diesen beitragen.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden zunächst inhaltliche Beobachtungen zum Feld „Jugend und Corona“ als Anlass und Ausgangspunkte für diese Broschüre und ihre Beiträge dargestellt, daran anschließend die Grundstruktur der Publikation mit ihrem Blick auf Lebenslagen, Adressierungsprozesse und Institutionen erläutert und schließlich die einzelnen Kapitel vorgestellt und konzeptionell eingeordnet.

1.1 Ein thematisch verengter Blick auf Jugendliche und Institutionen in der Corona-Pandemie als Anlass und Ausgangspunkt für diese Publikation

Zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr und Frühsommer des Jahres 2020 waren Jugendliche und junge Erwachsene – pointiert formuliert – in dem sich entwickelnden öffentlichen Debatten und Diskursen über Corona und die Folgen der Eindämmung der Pandemie in zwei diametral unterschiedlichen Formen präsent bzw. nicht präsent.

Zum einen waren sie in ihrer Lebenssituation in öffentlichen und medialen Debatten insgesamt selten Thema. Die Lebensphase Jugend schien teilweise fast „unsichtbar“ geworden zu sein. Andere Altersgruppen standen im Fokus. Für jüngere Kinder wurden relativ früh die möglichen emotionalen, sozialen und kognitiven Folgen der Schließung von Kindertageseinrichtungen (z.B. AGJ 2020a; Langmeyer u.a. 2020, Andresen u.a. 2020a) diskutiert. Ältere Menschen wurden unter dem Label einer besonders „vulnerablen Gruppe“ vor allem in Hinblick auf die Vermeidung von Ansteckungen und das Risiko besonders gravierender Krankheitsverläufe thematisiert (z.B. Graefe/Haubner/van Dyk 2020). Auch wurde über Folgen sozialer Isolation (z.B. Huxhold/Tesch-Römer 2021) durch Besuchsverbote in Senioreneinrichtungen (z.B. Dinges 2020; Schulz-Nieswandt 2021) debattiert. Für die Altersgruppe der Erwachsenen standen Fragen nach der Vereinbarkeit von Familien- und Betreuungsaufgaben einerseits und der Arbeitstätigkeit andererseits im Vordergrund.

Zum anderen fanden sich, wenn über junge Menschen berichtet und diskutiert wurde, häufig einseitige Thematisierungsformen, etwa als „Partyvolk“, das sich nicht an Regeln halte, als „Bildungsabgehängte“ oder als „Depressive und psychisch Gefährdete“.

Im Kontext von Bildungsthemen wurde etwa nach Gelingensbedingungen des Home-Schoolings und der Umstellung von Präsenz- auf Online-Unterricht gefragt, nach Regelungen bezüglich des Klassenübertritts, nach Risiken für Abschlussprüfungen sowie nach einer möglichen Verstärkung von Bildungsungleichheiten (vgl. z.B. Hurrelmann/Dohmen 2020). Schnell wurde ein Jahrgang an Schülerinnen und Schülern pauschal als „Lost Generation“ betitelt. Mit der Betonung von Bildungsthemen waren einerseits Fragen nach individuellen Bildungs- und Teilhabechancen der jungen Menschen selbst verbunden, im Hintergrund aber auch die gesellschaftliche Bedeutung „erfolgreicher Bildung“ als Basis für den wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland. Durch solche bildungsfokussierten Diskurse wurden junge Menschen primär auf ihre Rolle als Schülerinnen und Schüler (bzw. als Auszubildende oder Studierende) reduziert und andere Aspekte ihres Lebens blieben außen vor (siehe auch Andresen et al. 2020b).

Als weiteres Diskursfeld kam hinzu, dass junge Menschen vielfach als diejenigen dargestellt wurden, denen das „Feiern und Party machen“ über alles gehe, die sich nicht an die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie halten würden und denen es an Sensibilität für die Schutzbedürftigkeit anderer mangle. Als vermeintlicher Beleg für Regelverstöße während der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen und ihre mangelnde Verantwortung wurden Bilder großer Mengen junger Menschen an öffentlichen Orten gezeigt. Junge Menschen wurden aufgefordert ihre Bedürfnisse nach hinten zu stellen und so Solidarität zu üben. Und immer dort, wo Jugendliche diese Erwartungen nicht voll erfüllten, wurden sie als ich-bezogen und verantwortungslos gelabelt (z.B. Gravelmann 2020).¹

Die Frage nach psychischen Belastungen kam als dritter Fokus mit Blick auf junge Menschen während der Pandemie auf. Unter Anerkennung der wesentlichen Bedeutung des Kontakts zu Gleichaltrigen wurde diskutiert, welche Folgen die allgemeinen Kontaktbeschränkungen (z.B. Entringer/Kröger 2020) und die Schließung von Schulen (in ihrer Funktion als soziale Orte) für die sozialen Beziehungen junger Menschen hatten. Krisendiagnosen gingen bis hin zu massiven Formen von Isolation, Einsamkeit, Depression und Suizidalität. Erstaunlicherweise wurden die Folgen der Schließung von Angeboten der Jugendarbeit kaum bzw. erst recht spät thematisiert (AGJ 2020b; Voigts 2020).

Insgesamt wurden wesentliche Aspekte des Jugendalters nicht ernstgenommen und das gezeichnete Bild junger Menschen blieb thematisch verengt. Zentrale Fragen für die Jugendforschung und -politik etwa nach Prozessen der Verselbstständigung

1 Eine verhaltensökonomische Perspektive hierzu: https://www.econstor.eu/bitstream/10419/227749/1/wzb_corona_blog_huck_auch-die-verhaltensoekonomie-muss-aus-der-corona-krise-lernen_de.pdf

junger Menschen, nach Beteiligungsformen, nach Freiräumen in der Ausgestaltung jugendlichen Alltags oder nach den vielfältigen Funktionen von Peerkontakten bleiben außen vor.

Darüber hinaus fand sich ein schematisierender Blick auf junge Menschen in der Pandemie. Unterstellt wurde ein homogenes Bild von „der“ Jugend, in dem die Vielfalt jugendlichen Lebens nicht mehr sichtbar wurde und das auch auf vermeintliche Homogenitäten in den Folgen der Pandemie für Jugendliche verwies. Unterschiedliche Lebenskontexte, Aspekte der Lebensführung und Bedingungen des Aufwachsens (wie etwa ein Leben in städtischen oder ländlichen Regionen, das Aufwachsen mit einer Beeinträchtigung, die finanzielle Lage der Familie oder die Größe und Verfügbarkeit sozialer Netze) wurden kaum beachtet. Ein solcher Blick ist jedoch notwendig, um über pauschalisierende Beschreibungen der Pandemiewirkungen einerseits und der daraus resultierenden Bedarfe im Zusammenhang „Jugend und Corona“ andererseits hinauszukommen. In jüngeren Publikationen finden sich in diesem Zusammenhang durchaus Hinweise auf Veränderungen und eine in Teilen etwas differenzierende Berichterstattung (z.B. Nakao u.a. 2020; Spittler 2020; Stau-ber 2021), die Hauptdebatten bleiben aber nach wie vor oftmals sehr global.

Eine ganz ähnliche Ausgangsbeobachtung kann auch für die Seite der Institutionen getroffen werden, die sich mit ihren Angeboten an Jugendliche richten – vielfach fehlte der öffentliche und politische Blick auf die institutionelle Rahmung der Jugendphase. Zudem fanden (und finden) sich markante thematische Ungleichgewichte.

So wurde den Bildungsinstitutionen, allen voran der Schule, sehr schnell eine hohe Aufmerksamkeit zuteil. Das Offenhalten bzw. die Schließung von Schulen war eines der zentralen Themen im Frühjahr 2020, als die Pandemie das erste Mal Fahrt aufnahm und die Fallzahlen deutlich stiegen. Schnell wurde ein Digitalisierungsschub an Schulen eingefordert, um auch ein Lernen auf Distanz zu ermöglichen. Mitunter vorschnell und pauschalisierend wurde Schulen dabei ein Modernisierungsdefizit (gerade im internationalen Vergleich) zugeschrieben. Wie aber pädagogische Ansprüche und Prinzipien unter Bedingungen des Distanzunterrichts aufrechterhalten werden können, wurde in diesem Kontext kaum diskutiert (zu Ausnahmen siehe Frohn/Heinrich 2020). Die Debatte um außerschulische Bildungsorte wie z.B. Musikschulen, Sportvereine, Kulturangebote oder Orte der politischen Bildung setzte demgegenüber deutlich später ein und blieb insgesamt verhalten.

In der Kinder- und Jugendhilfe werden die Folgen der Pandemie unter zwei Perspektiven diskutiert. Erstens geht es in der Kinder- und Jugendhilfe ebenso wie anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern darum, ihre eigene Bedeutung hervorzuheben und zu erreichen, als systemrelevant eingeschätzt zu werden. Am Beispiel der Diskussionen um Priorisierungen von einzelnen Berufsgruppen bei der Impfung

wurde dies zuletzt sichtbar.² Zweitens findet eine Auseinandersetzung mit den Folgen der Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung in einzelnen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe statt. Die Auseinandersetzungen mit den Folgen rund um Corona scheinen sich in der Kinder- und Jugendhilfe auf die Bereiche Kinderschutz, Hilfen zur Erziehung, Jugendarbeit sowie Fragen rund um Digitalisierung zu fokussieren. Andere Bereiche wie etwa Jugendsozialarbeit, politische Jugendbildung oder Jugendhilfe im Strafverfahren fanden kaum Beachtung. Die Beiträge zum Feld der Kindertagesbetreuung, das, gemessen an der Anzahl der Beschäftigten und der erreichten Adressatinnen und Adressaten, das größte Feld der Kinder- und Jugendhilfe ist, scheinen sich im Wesentlichen auf Fragen der Öffnung und Schließung sowie auf die Rolle der Einrichtungen am Pandemiegeschehen zu beschränken. Auseinandersetzungen mit den fachlichen Implikationen finden sich hingegen kaum.

Die Thematisierung einzelner Aspekte, wie beispielweise die Fähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe unter den Pandemiebedingungen den Kinderschutz sicherzustellen oder – um ein Beispiel vom anderen Ende der Aufmerksamkeitskala zu nehmen – die Handlungsspielräume der Jugendberufshilfe, scheinen sehr ungleich verteilt zu sein. Während es zu dem erstgenannten Thema eine halbwegs lebhaft diskutierte Diskussion gibt, die auch weit über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus geführt wird, z.B. im Bereich des medizinischen Kinderschutzes oder in den Medien, gibt es zum zweiten Thema kaum Publikationen. Und dies, obwohl die Bewältigung des Übergangs an der ersten und zweiten Schwelle, also von der Schule in die berufliche Ausbildung und von der beruflichen Ausbildung in das Berufsleben, in Zeiten von Corona noch prekärer geworden ist (Stauber 2021).

Auch fällt bei der Analyse der Diskussionen in der Kinder- und Jugendhilfe auf, dass bisher die Perspektive der Adressatinnen und Adressaten kaum eine Rolle gespielt hat. Selbst wohlwollende Stimmen befürchten, dass die Auseinandersetzung mit deren Erfahrungen sich bisher lediglich auf einer programmatischen Ebene bewegt (Aghamiri/Streck/van Rießen 2021). Erst in jüngerer Zeit gibt es verschiedene Initiativen, die Perspektiven Jugendlicher sichtbar zu machen³, was inzwischen auch zu ersten Gesprächen mit der Politik geführt hat.⁴

Als letztes Beispiel für ein wenig jugend-orientiertes institutionelles Handeln sei auf die aktuelle Impfpraxis verwiesen. Immer wieder wird durch die Politik ein „Impfangebot für alle“ angekündigt. Bis vor kurzem begannen die Impfempfehlungen allerdings erst mit 18 Jahren, d.h. das Impfangebot galt eben nicht für Jugendliche und damit nicht für alle. Damit ergibt sich ein Dilemma für junge Menschen. Sie werden eher als Infektions-Risiko für andere betrachtet, für sie selbst gibt es aber

2 Siehe https://www.forum-transfer.de/fileadmin/uploads/Bibliothek/Impfen/DIJuF_Impfung_ASD_2021-3-11.pdf

3 Z.B. <https://www.bjr.de/service/umgang-mit-corona-virus-sars-cov-2/hoertaufdiejugend.html>

4 Siehe <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/-jugendhearing-corona-und-die-folgen-fuer-junge-menschen-174110> oder als ein Beispiel aus den Bundesländern: <https://www.youtube.com/watch?v=ScOtEJq2nC8>.

nur begrenzt Impfstoffe und damit begrenzt Schutz. Implizit folgt aus dieser Situation eine restriktive Öffnungsstrategie für Angebote für Jugendliche. Bildungsangebote haben eine solch hohe gesellschaftliche Bedeutung, dass sie soweit es irgend möglich erscheint, geöffnet werden. Andere Angebote und Einrichtungen, z.B. Sport- und Kulturangebote oder die Jugendarbeit erscheinen zu gefährlich. Jugendliche müssen an dieser Stelle in ihren Bedürfnissen zurückstehen.

1.2 Grundidee und Anliegen dieser Publikation: Blick auf Lebenslagen, Adressierungsprozesse und Institutionen

Wir haben diese Publikation mit der Formel „Jugend ermöglichen – auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes“ überschrieben. Mit diesem Titel knüpfen wir an die jugendtheoretische Perspektive sowie die jugendpolitischen Forderungen des 15. Kinder- und Jugendberichts an. Die dort benannten Kernherausforderungen der Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung, vor denen alle jungen Menschen stehen, eignen sich, die Interessen und Bedarfe Jugendlicher und junger Erwachsener zu beschreiben und sie in Bezug zur Ausgestaltung von Angeboten in den Praxisfeldern zu setzen, die sich auf Jugend beziehen. Dies gilt auch und gerade in Zeiten, die durch gesellschaftliche Regelungen und Einschränkungen im Umgang mit der Corona-Pandemie geprägt sind. Es geht somit um die Frage, wie sich unsere Gesellschaft Jugendlich-Sein unter der Bedingung einer Pandemie vorstellt und was sie dazu beitragen kann, diese Lebensphase institutionell möglichst gut zu begleiten.

Die Abteilung Jugend und Jugendhilfe des DJI möchte einen Impuls setzen, sich (noch) intensiver als bisher mit solchen Fragen auseinanderzusetzen. Dies soll anhand von drei Perspektiven erfolgen: mit Blick auf die individuellen Lebenslagen junger Menschen, mit Blick auf die jugendbezogenen Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe sowie mit Blick auf die Adressierungsprozesse, mit denen sich Institutionen an junge Menschen wenden (oder auch nicht). In allen drei Aspekten soll es darum gehen, Hinweise auf Veränderungs- bzw. Weiterentwicklungsbedarfe in der Gestaltung des Alltags von Jugendlichen, in der pädagogischen Unterstützung und Begleitung Jugendlicher sowie in der Jugendpolitik diskutieren zu können. Dabei sollen explizit nicht nur negative krisenhafte, sondern auch mögliche positive zukunftsgerichtete Folgen der Pandemie (wie z.B. Möglichkeiten der fachlichen Weiterentwicklung einer digitalen Jugendarbeit) betrachtet werden.

1.3 Kontextualisierung und konzeptionelle Einordnung der Texte

Die vorliegende Publikation umfasst zehn Texte aus der Abteilung Jugend und Jugendhilfe des DJI. Diese basieren auf ganz unterschiedlichen Formen empirischer Daten. Diese reichen von einer Institutionenbefragung auf Basis einer Vollerhebung über eine Corona-spezifische Zusatzbefragung im Rahmen der systematischen Stichprobe des DJI-Surveys AID:A, exemplarische Interviews mit Jugendlichen, Be-

fragungen von Fachkräften bis hin zu Literaturübersichten. Mit diesen unterschiedlichen Datenbeständen sind unterschiedliche Reichweiten und Generalisierungsmöglichkeiten der Ergebnisse verbunden. Diese Heterogenität resultiert aus den Voraussetzungen von Forschung in Pandemiezeiten (wie z.B. von Ad-hoc Stichproben oder Forschung auf Distanz). Nichtsdestotrotz sind alle Beiträge geeignet, einen Einblick in die soziale und gesellschaftliche Bedeutung der Corona-Pandemie zu generieren. Die Texte stellen pragmatische wissenschaftliche Schritte dar, die Lebenssituationen junger Menschen und institutionellen Dynamiken besser zu verstehen.

Die ersten vier Beiträge widmen sich den Lebenswelten und Alltagserfahrungen von Jugendlichen in der Pandemie und sind damit der Perspektive auf Lebenslagen und Lebensführung zuzuordnen. **Anne Berngruber und Nora Gaupp** analysieren auf Grundlage des Corona-Add-ons in AID:A soziale Bezüge junger Menschen unter zwei Fragestellungen. Zum einen wird untersucht, bei welchen Personen junge Menschen Frühjahr 2020 in der Zeit des Corona-Lockdowns in schwierigen Situationen Rat und Unterstützung gesucht haben, zum anderen wird aufgezeigt, in welcher Form sich junge Menschen für andere engagiert und diese unterstützt haben. Der zweite Text widmet sich einer Gruppe junger Menschen, die in den Debatten zur Corona-Pandemie nur selten Aufmerksamkeit fand – Jugendlichen mit Behinderungen. **Jasmin Müller und Nora Gaupp** diskutieren, welche Herausforderungen die Pandemie für Jugendliche mit verschiedenen Formen von Behinderung und Beeinträchtigung bedeuten kann und illustrieren über zwei Fallbeispiele exemplarisch, wie zwei Jugendliche die erste Phase des Lockdowns konkret erlebt haben. Ausgehend von der zentralen Bedeutung von Peerbeziehungen im Jugendalter befasst sich der Beitrag von **Claudia Krell** mit der Frage, was das Fehlen sozialer Unterstützung durch Peers und die coronabedingte Schließung von Jugendzentren bzw. -gruppen für Jugendliche bedeuten kann. Sie legt dabei den Fokus auf die spezifischen Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen. Der vierte Beitrag von **Bernd Holthusen, Sabrina Hoops, Diana Willems und Annalena Yngborn** befasst sich, ausgehend von den Gewaltausschreitungen im Sommer 2020 in den Innenstädten von Frankfurt und Stuttgart, mit der Frage, ob sich in der Pandemie neue Formen von Jugendgewalt zeigen und welche jugend- und gesellschaftspolitischen Hintergründe für diese „Jugendkrawalle“ bedeutsam sind.

Die folgenden zwei Texte lassen sich der Adressatenperspektive zuordnen. Sie fragen danach, über welche (digitalen) Wege Institutionen mit ihren Adressatinnen und Adressaten trotz Corona-Bedingungen Kontakt aufnehmen bzw. den Kontakt aufrechterhalten. **Sally Hohnstein** diskutiert die durch Corona zumindest beschleunigte Digitalisierung (sozial)pädagogischer Arbeit für das Handlungsfeld der Extremismusprävention. Im Fokus des Beitrags steht die Frage, ob und in welcher Form Angebote der Extremismusprävention auf erprobte und etablierte digitale Kommunikationstechniken zurückgreifen können und welche Rolle digitale Medien dabei in der (sozial)pädagogischen Interaktion spielen. Anhand von Telefoninterviews mit Fachkräften aus dem Arbeitsfeld der Jugendhilfe im Strafverfahren kann **Annemarie Schmoll** aufzeigen, welche Beeinträchtigungen in der dortigen Arbeit aufgrund der Covid-19-Pandemie eintraten, wie die Fachkräfte auf diese reagierten und wel-

che zum Teil sehr kreative Lösungen entstanden, um die Aufgaben trotz „erschwerter Bedingungen“ im Sinne der jungen Adressatinnen und Adressaten zu erfüllen. Die neuen bzw. weiterentwickelten Arbeitsformen betreffen etwa den Kontakt der Fachkräfte zu den Jugendlichen und ggf. ihren Eltern, die Planung und Initiierung von Hilfeangeboten, die Begleitung in Hauptverhandlungen oder die Arbeit im Kontext des Vollzugs.

Mit dem Text von **Marit Pelzer und Tobias Johann** wird schließlich die dritte Perspektive dieses Bandes eröffnet, die auf die Institutionen und deren Reaktionen auf die Corona-Pandemie. Die Autorin und der Autor beleuchten für Deutschland und Europa die mit der Pandemie eingehenden Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für Jugendpolitik und Jugendarbeit im Feld der Demokratieförderung. Thematisch verwandt ist der Beitrag von **Sarah Langer, Max Hemmann und Kornelia Sammet**, indem er die Arbeit der Kompetenzzentren und -netzwerke im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unter Pandemiebedingungen untersucht. Die Frage des Beitrages lautet, wie die Kompetenzzentren und -netzwerke trotz coronabedingter Einschränkungen im persönlichen Kontakt ihre Aufgabe erfüllen können, fachliche Anregungen und Angebote zur Qualifizierung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe in den Handlungsfeldern „Demokratieförderung“, „Vielfaltgestaltung“ und „Extremismusprävention“ bereitzuhalten, konkret etwa Fachveranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahme anzubieten. **Andreas Mairhofer, Christian Peucker, Liane Pluto und Eric van Santen** zeigen anhand einer in allen Bundesländern durchgeführten Online-Befragung von Jugendämtern, wie die Kinder- und Jugendhilfe auf die durch Corona veränderten Ausgangsbedingungen reagiert. Der Beitrag liefert empirische Einblicke dazu, wie insbesondere die Allgemeinen Sozialen Dienste und Beratungsstellen ihre Kommunikation mit Kindern, Jugendliche und Familien umstellen und um digitale Kanäle erweitern. In einer internationalen Literaturübersicht von **Andreas Rottach, Frederike Hofmann-van de Poll, Marit Pelzer und Stephanie Riedle** werden zum einen länderübergreifende wie länderspezifische Studien zur Lebenssituation junger Menschen in der Pandemie, zum anderen die Auswirkungen der Corona-Krise auf Strukturen und Praxis von Youth Work gesichtet.

In unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Explizitheit scheinen verschiedene konzeptionelle oder theoretische Bezüge in den Beiträgen auf. Einen ersten Bezugspunkt stellen sozialisationstheoretische Annahmen dar, die den besonderen Stellenwert von Freizeitaktivitäten und Peerbeziehungen im Jugendalter betonen. In den Diskussionen um das Aufwachsen Jugendlicher in Corona-Zeiten erhielten Qualifizierungsanforderungen oftmals Vorrang vor den – vermeintlich weniger wichtigen – Herausforderungen der Verselbstständigung und Selbstpositionierung (vgl. 15. Kinder- und Jugendbericht, BMFSFJ 2017). Dabei dienen die an dieser Stelle so wichtigen Lebensbereiche von Freizeit und Gleichaltrigen nicht nur dem Ausruhen, dem Feiern und der Ablenkung, sondern sie erfüllen enorm wichtige Funktionen in der individuellen Bewältigung der Pandemie. So diskutieren junge Menschen im Rahmen ihrer Gleichaltrigenkontakte beispielsweise ihre Rolle in der Gesellschaft, planen ihre Zukunft und unterstützen sich in der Bewältigung ihres Alltags. Mit der Einschränkung persönlicher Kontakte im Rahmen der Pandemie-eindämmung drohen diese Ressourcen wegzubrechen.

Einen zweiten Bezugspunkt stellen Thesen zur Heterogenität der Lebenswelten junger Menschen und zu einer ausdifferenzierten Gesellschaft dar. Wie etwa für die Gruppe junger Menschen mit Beeinträchtigung oder queere junge Menschen gezeigt wurde, unterscheiden sich die Bedingungen des Aufwachsens ganz wesentlich in Abhängigkeit von individuellen Lebenslagen. Im Kontrast hierzu stehen in Deutschland (als einer westlich geprägten Gesellschaft) homogenisierende Strategien des Infektionsschutzes, die dieser persönlichen Individualität und gesellschaftlichen Diversität nicht gerecht werden. So ist etwa die Frage der gesundheitlichen Gefährdung und Vulnerabilität nicht nur eine Frage des Alters (indem ältere gegenüber jüngeren Menschen ein höheres Risiko tragen), sondern betrifft auch Jugendliche per se in unterschiedlicher Weise. So kann etwa eine vorliegende Erkrankung eine mögliche Covid-Infektion auch für Jugendliche zu einer ernsthaften gesundheitlichen Bedrohung werden lassen. Dem entgegen steht eine oftmals pauschalisierende Wahrnehmung junger Menschen als durch Corona weniger gefährdet.

Eine dritte Ebene bezieht sich auf die Digitalisierung als einen der gesellschaftlichen „Megatrends“. Gerade zu Beginn der Pandemie wurde diese häufig als Katalysator oder „Booster“ für die Digitalisierung bezeichnet. Es wurde postuliert, dass die mit der Corona-Pandemie einhergehenden Einschränkungen des persönlichen (z.B. Kontaktbeschränkungen), gesellschaftlichen (z.B. Schließung von Sport- und Kulturangeboten) und wirtschaftlichen Lebens (z.B. Schließung des Einzelhandels) zu einer quasi automatischen und bruchlosen Verlagerung der entsprechenden Aktivitäten in digitale Räume führen würde. Gerade für verschiedene Formen sozialstaatlichen Handelns scheint diese Perspektive zu kurz zu greifen. So ist etwa bis dato unklar, ob und in welcher Form pädagogische Ansprüche und Prinzipien der Jugendarbeit (wie z.B. Freiwilligkeit, Partizipation, Selbstbestimmung, Offenheit und Anregung zur Selbstbildung) eins zu eins und ohne Abstriche ins Digitale übersetzt werden können. Das DJI will durch ein im Herbst 2021 startendes Projekt zu diesem Thema die Diskussion voranbringen.

Zuletzt, und dieser Aspekt ist eben bereits angeklungen, kann die Corona-Pandemie und die zu ihrer Eindämmung getroffenen Maßnahmen als grundlegende Gefährdung oder gar Disruption sozialstaatlicher Unterstützung gefasst werden. Unter der Bedingung des „Physical Distancing“ (und in der Folge oft auch „Social Distancing“) sind viele Formen sozialstaatlicher Hilfeleistung zumindest in Frage gestellt. Als illustrierende Beispiele seien etwa die Tafeln, die Hilfe für Wohnungslose Menschen, Hausbesuche im Rahmen von Familienhilfen, persönliche Beratung oder die mobile Jugendarbeit genannt. Weitere Beispiele werden in den Texten dieses Bandes beschrieben. All diese Formen von Unterstützung, Beratung und Begleitung waren bis dato auf persönlichen Kontakt angewiesen oder haben diese zumindest in großem Umfang genutzt. Diese Selbstverständlichkeit des persönlichen und unmittelbaren Kontakts wurde durch die Pandemie massiv in Frage gestellt.

Im abschließenden Beitrag von **Christian Lüders** werden die Erfahrungen aus der Abteilung mit Forschung zu Corona aus einer wissenschaftssoziologischen Perspektive reflektiert und eingeordnet. Unter anderem mit dem Ergebnis, dass die scheinbar so überzeugende und nach wie vor gängige Unterscheidung in Grundlagen- und anwendungsbezogene Forschung zumindest für unsere Gegenstandsbereiche immer weniger überzeugen kann.

Bevor wir nun allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre wünschen, sei noch ein letzter einordnender Gedanke formuliert. Mit diesem Band wollen wir einen Beitrag zum ständig steigenden Fundus an sozialwissenschaftlichen Studien im Feld „Jugend und Corona“ leisten. Auch viele andere Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Universitäten setzen sich mit diesen Fragen auseinander. Einige Fragestellungen (z.B. die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie) sind dabei schon intensiver bearbeitet als andere. Wir möchten, um ein Bild zu verwenden, diesem ständig dichter werdenden Puzzle ein paar Teile hinzufügen. Mit den vorliegenden Texten wird das Puzzle bei weitem nicht vollständig, aber an einigen Leerstellen doch etwas vollständiger. Auch unser Beitrag bleibt exemplarisch und punktuell, er dient dennoch der Erweiterung und Vertiefung des Themenspektrums in der Beschäftigung mit dem Verhältnis Jugend und Corona.

Literatur

- Aghamiri, Kathrin/Streck, Rebekka/van Rießen, Anne (2021): Die Stimmen der Adressat*innen in der Corona Pandemie. In: Böhmer, Anselm/Engelbracht, Mischa/Hünersdorf, Bettina/Kessler, Fabian/Täubig, Vicki (Hrsg.): Soz Päd Corona. Der sozialpädagogische Blog rund um Corona. <https://sozpaed-corona.de/die-stimmen-der-adressatinnen-in-der-corona-pandemie/> (08.07.2021)
- AGJ (2020a): Von der Notbetreuung für Wenige zur Kindertagesbetreuung für Viele – Worauf es bei der Kita-Öffnung ankommt! Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Berlin
- AGJ (2020b): Zwischenruf „Jugend stärken – auch und gerade unter Corona-Bedingungen unerlässlich!“ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. Berlin
- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020a): Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo. Hildesheim
- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020b): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim. https://hildok.bsz-bw.de/files/1078/Rusack_JuCo.pdf (02.12.2020)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- Entringer, Theresa/Kröger, Hannes: Einsam, aber resilient – Die Menschen haben den Lockdown besser verkraftet als vermutet. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.791373.de/diw_aktuell_46.pdf (21.02.2021)
- Frohn, Julia/Heinrich, Martin (2020): Schulische Bildung in Zeiten der Pandemie. Befunde, Konzepte und Erfahrungen mit Blick auf Schul- und Unterrichtsorganisation, Bildungsgerechtigkeit und Lehrpraxis. In: PFLB Zeitschrift für Schul- und Professionsentwicklung, 2. Jg., H. 6, S. 1–13
- Graefe, Stefanie/Haubner, Tine/van Dyk, Silke (2020): »Was schulden uns die Alten?« Isolierung, Responsibilisierung und (De-)Aktivierung in der Corona-Krise. In: Leviathan, 48. Jg., H. 3, S. 407–432
- Gravelmann, Reinhold (2020): Jugend in Coronazeiten Diskurse in Gesellschaft und Wissenschaft. In: Dialog Erziehungshilfe 4, S. 39–45
- Huxhold, Oliver/Tesch-Römer, Clemens (2021): Einsamkeit steigt in der Corona-Pandemie bei Menschen im mittleren und hohen Erwachsenenalter gleichermaßen deutlich. In: dza aktuell, H. 4
- Hurrelmann, Klaus/ Dohmen, Dieter: Die Krise schwächt die Schwachen. Warum die Corona-Pandemie die Bildungsungleichheit verstärkt. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. Jg. 40, Heft 3. Beltz Verlag, Weinheim. 2020, S. 313–320.
- Langmeyer, Alexandra/Guglhör-Rudan, Angelika/Naab, Thorsten/Urlen, Marc/Winkelhofer, Ursula (2020): Kind sein in Zeiten von Corona. Ergebnisbericht zur Situation von Kindern während des Lockdowns im Frühjahr 2020. München
- Nakao, Christiane; Preissing, Sonja; Sen, Katrin; van Essen, Fabian (2020): Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Handlungsfelder der sozialen Arbeit in der Lebensspanne: Perspektiven aus Forschung und Lehre. In: IUBH Discussion Papers - Sozialwissenschaften, H. 6
- Schulz-Nieswandt, Frank (2021): Der alte Mensch als Verschlussache. Corona und die Verdichtung der Kasernierung in Pflegeheimen. Bielefeld
- Spittler, Marcus (2020): Corona - Eine Generationenfrage? In: TUI Stiftung (Hrsg.): Junges Deutschland in Zeiten von Corona - mit Einordnung im europäischen Vergleich. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. Hannover, S. 3–9
- Stauber, Barbara (2021): Erwachsen werden in Zeiten der Pandemie. In: Böhmer, Anselm/Engelbracht, Mischa/Hünersdorf, Bettina/Kessler, Fabian/Täubig, Vicki (Hrsg.): Soz Päd Corona. Der sozialpädagogische Blog rund um Corona. <https://sozpaed-corona.de/erwachsen-werden-in-zeiten-der-pandemie/> (08.07.2021)
- Voigts, Gunda (2020): „Jugendliche brauchen Freiräume!“ – ein Plädoyer, für die Perspektiven junger Menschen in Corona-Zeiten einzutreten In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, H. 2, S. 217–222. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v15i2.08>

2 Unterstützung suchen, Unterstützung leisten – Junge Menschen in der Zeit des ersten Corona-Lockdowns

Anne Berngruber und Nora Gaupp

2.1 Einleitung – Zur spezifischen Situation junger Menschen im ersten Corona-Lockdown

Im Frühjahr 2020 wurden im Zuge der stark steigenden Infektionszahlen des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 seitens der Bundesländer Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen beschlossen. Die Bevölkerung war aufgerufen, soziale Kontakte weitgehend einzuschränken und zu Hause zu bleiben. Diese Regelungen zur Eindämmung des Corona-Virus waren in der Zeit von Mitte März bis Ende April besonders weitreichend. Grundsätzlich betrafen diese Maßnahmen alle Menschen in Deutschland. Es gibt jedoch vielfältige Argumente dafür, dass junge Menschen diese Phase der Corona-Pandemie und deren soziale Folgen in spezifischer Weise erlebt haben.

So waren zentrale jugendtypische Orte geschlossen oder nur eingeschränkt nutzbar. Dies betraf beispielsweise Schwimmbäder, Kinos, Jugendzentren, Musikschulen, Sportvereine, Fitnessstudios, Clubs, Bars und Cafés. Auch waren Präsenzunterricht und Lehre an Schulen, Ausbildungsstätten, Hochschulen und Universitäten zeitweise ausgesetzt. Insgesamt fielen etablierte Orte des Kontakts mit Freundinnen und Freunden und anderen Gleichaltrigen weg. Auch waren durch das Gebot des „Social Distancing“ und damit auch des „Physical Distancing“ körperliche Nähe und Intimität nicht mehr erwünscht. Partnerschaften einzugehen oder Freundschaften zu pflegen war kompliziert geworden. Insgesamt waren Orte „jugendlichen Unterwegsseins“ und die damit verbundenen Kontakte und Freizeitaktivitäten mit Peers stark eingeschränkt.

Im Fall von Schulschließungen und einem damit verbundenen „Homeschooling“ sowie durch den Wegfall von Freizeitaktivitäten außer Haus verbrachten Jugendliche deutlich mehr Zeit in ihren Familien als üblich (Langmeyer u.a. 2020, S. 11f.). Je nach räumlichen und materiellen Verhältnissen sowie der Qualität der Familienbeziehungen konnten sich dadurch Konflikte ergeben. Unter der Perspektive, dass die Jugendphase u.a. durch ein Wenigerwerden von gemeinsamen Zeiten und Aktivitäten Jugendlicher mit ihren Eltern und vermehrten Unternehmungen unter Gleichaltrigen geprägt ist, bestand in vielen Familien hier eine ungewohnte Situation, die neue Aushandlungen zwischen Eltern und ihren jugendlichen Kindern notwendig machte.

Auch mussten unter Umständen für das Erwachsenwerden und den Ablösungsprozess von den Eltern wichtige Entwicklungsschritte und erstmalige Erfahrungen verschoben oder unterbrochen werden. Einige Erfahrungen waren gar nicht möglich. Als Beispiele, die nicht nur in die Zeit der starken Einschränkungen im Frühjahr 2020 fielen, sondern in Teilen bis heute andauern, seien Schulfahrten, Schulabschlussfeiern, die lange im Voraus geplante Reise, Auslandsaufenthalte, ein anvisiertes Praktikum oder Freiwilligenjahr, der Verlust des Nebenjobs oder der Firm- bzw. Konfirmationsunterricht genannt. Insgesamt waren die Möglichkeiten des „Jugendlich-Seins“ durch die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen deutlich eingeschränkt.

Wie die beschriebenen Beispiele zeigen, ist es naheliegend, die Zeit der coronabedingten Kontaktbeschränkungen zunächst unter der Frage von subjektiven Belastungen und anderen negativen Konsequenzen zu betrachten. Ein solch einseitiger Blick greift jedoch zu kurz. So entstanden durchaus auch Anlässe und Gelegenheiten für neue, positive Erfahrungen. Als Beispiel seien neue Formen sozialen Engagements junger Menschen für andere genannt.

Ein gesellschaftliches Miteinander ist geprägt durch soziale Austauschbeziehungen zwischen Menschen. Wichtig für gut funktionierende Solidaritätsbeziehungen ist dabei das Moment der Reziprozität, d.h. der Austausch im Sinne eines Gebens und Nehmens emotionaler wie auch (alltags-)praktischer Unterstützung. Wenn von „Solidarbeziehungen“ die Rede ist, so sind häufig die intergenerationalen Beziehungen zwischen Großeltern, Eltern und Kindern gemeint (z.B. Hank 2015, S. 464). Der Fokus liegt bislang weniger explizit auf intragenerationalen Solidarbeziehungen, also den Austauschbeziehungen zwischen Peers, Geschwistern oder anderen gleichaltrigen Personen. Letztere sind jedoch während der Jugendphase besonders relevant, da hier eine Ablösung von der Herkunftsfamilie und zunehmende Hinwendung zur Gruppe der Gleichaltrigen erfolgt.

An dieser Stelle setzt der vorliegende Text an. Er fragt einerseits danach, in welchem Ausmaß junge Menschen Rat und Unterstützung bei anderen zur Bewältigung der coronabedingten Beschränkungen im Frühjahr gesucht haben, andererseits aber auch danach, in welcher Form junge Menschen sich für andere engagiert und diese unterstützt haben.

In Anlehnung an Vern L. Bengtson (2001, S. 8) und Marc Szydlik (2004, S. 32), die verschiedene Formen von intergenerationalen Solidaritätsleistungen zwischen Eltern und ihren Kindern unterscheiden, sollen im folgenden Beitrag sowohl emotionale als auch funktionale Unterstützungsleistungen für und von jungen Menschen betrachtet werden. Dabei sollen allerdings nicht nur Solidarleistungen zwischen den Generationen (d.h. intergenerationaler Art) im Fokus stehen, sondern auch innerhalb von Generationen (d.h. intragenerationaler Art). Grundlage der folgenden Analysen sind eigene Angaben von 867 jungen Menschen zwischen 12 und 32 Jahren, die anhand eines Add-ons des DJI-Surveys AID:A („Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“) zu Corona zu ihrer Lebenssituation während Corona befragt wurden.

2.2 Bisherige Schwerpunktsetzungen in der Forschung zu jungen Menschen während der Corona-Pandemie

Zu Beginn der Pandemie wurde der Blick schnell auf Familien mit Kindern gerichtet, wobei oft Fragen der Vereinbarkeit auf Seiten der Eltern im Fokus standen. Junge Menschen selbst kamen selten zu Wort, um über ihre Situation und ihr Wohlergehen in dieser Zeit zu sprechen. In der Regel wurde über Jugendliche und ihr Verhalten (z.B. mögliche Regelverstöße während der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen) berichtet, weniger mit ihnen selbst gesprochen.

Wird die Gruppe der jungen Menschen schließlich selbst adressiert, so wurde und wird sie häufig mit einem starken Fokus auf Bildungsfragen betrachtet. Vor allem Fragen nach Bedingungen des Gelingens von Homeschooling, der Umstellung von Präsenz- auf Online-Unterricht, dem Gelingen des Klassenübertritts, möglichen Risiken für Abschlussprüfungen sowie die Frage nach der Verstärkung von Bildungsungleichheiten waren und sind weiterhin von zentraler Bedeutung (vgl. z.B. Hurrelmann/Dohmen 2020, Fickermann/Edelstein 2020, FES 2020). Schnell wurde die Gruppe der Schülerinnen und Schüler pauschal als „Lost Generation“ betitelt.

Jugendpolitische Appelle gingen daher bereits früh in die Richtung, die Lebensphase Jugend nicht allein unter der Qualifizierungsperspektive zu betrachten, sondern Jugendlichen die Möglichkeit zur Selbstpositionierung und Verselbstständigung zu geben. Hierzu ist es notwendig, die Jugendlichen selbst zu befragen und ihnen Freiräume – auch in der Corona-Pandemie – zu schaffen (vgl. AGJ 2020, Voigts 2020).

Studien mit Kindern und Jugendlichen beleuchten häufig deren subjektive Belastungen in der Corona-Pandemie (z.B. psychische Belastung, Einsamkeit, Depressivität). Hier sind insbesondere die COPSY-Studie (Ravens-Sieberer u.a. 2020) sowie die JuCo-Studie (Andresen u.a. 2020a; Andresen u.a. 2020b) zu nennen. Mit psychischen Belastungen von jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren sowie älteren Altersgruppen befasst sich auch die COSMO-Studie (Betsch u.a. 2020). Entgegen der allgemeinen Vermutung, dass vor allem ältere Menschen von den Einschränkungen in besonderer Weise innerlich betroffen sind, zeichnet sich nach und nach ab, dass es besonders die Jüngeren sind, die häufiger psychisch mit den Einschränkungen zu kämpfen haben (z.B. Entringer/Kröger 2020, S. 3). Wie erste vergleichende Analysen zeigen, ist die Zufriedenheit mit der verbrachten Zeit sowie weiteren Aspekten des Lebens seit Corona im Vergleich zu davor zurückgegangen (Berngruber/Gaupp 2021; Andresen u.a. 2020a, S. 10f.).

Bis zum jetzigen Zeitpunkt gibt es allerdings immer noch wenig empirische Forschung zu den Lebenslagen und zur Lebensführung von jungen Menschen während der Corona-Pandemie sowie ihrer Differenzierung nach verschiedenen Ungleichheitsdimensionen. Auch die Rolle junger Menschen zur Bewältigung der Corona-Pandemie (z.B. durch Unterstützung für andere im sozialen Umfeld oder politisch-gesellschaftliches Engagement) wird kaum diskutiert. Dieses Forschungsdesiderat kann mit dem AID:A-Survey bearbeitet werden.

2.3 Datengrundlage

Im Rahmen des DJI-Surveys AID:A („Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“) (Kuger u.a. 2021) wurden im Sommer und Herbst 2020 insgesamt 867 Personen im Alter zwischen 12 und 32 Jahren anhand einer kurzen Zwischenbefragung in Form eines Add-ons zu Corona wiederbefragt. Die Befragung wurde konkret im Zeitraum von August bis November 2020 durchgeführt. Hierzu wurde denjenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bei der Erstbefragung im Jahr 2019 angegeben haben, dass sie an einer weiteren Befragung teilnehmen würden, im Rahmen einer schriftlichen Information per Post ein Link für einen Online-Kurzfragebogen zugesandt. Ziel dieses Kurzfragebogens war es, Informationen über ihre Lebenssituation während der Corona-Pandemie zu erhalten. Für die Altersgruppe der 12- bis 32-Jährigen wurde ein Rücklauf von 13 Prozent erreicht. In einer differenzierten Betrachtung der Rücklaufquote für diese Altersgruppe zeigt sich, – wie auch für andere Panelerhebungen nicht ungewöhnlich – eine höhere Teilnahmebereitschaft bei jüngeren Befragten, jungen Frauen, Befragten mit (Fach-)Abitur, ohne Migrationshintergrund und ohne finanzielle Deprivationslage. Tabelle 2.1 gibt einen ersten Überblick über wesentliche soziodemografische Merkmale für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen:

Tab. 2.1: Übersicht zu soziodemografischen Merkmalen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 12 und 32 Jahren (absolut; %)

Merkmale	Absolut	Anteil in % (gewichtet)
Altersgruppen (in Jahren)		
12 – 16	282	28%
17 – 21	184	22%
22 – 26	156	21%
27 – 32	245	29%
Geschlecht		
Frauen	492	57%
Männer	374	43%
Bildung		
Max. Realschulabschluss	195	24%
(Fach-)Abitur	591	76%
Wohnregion		
Westdeutschland	694	80%
Ostdeutschland + Berlin	173	20%
Migrationshintergrund		
kein Migrationshintergrund	717	84%
mind. ein Elternteil oder selbst im Ausland geboren	148	16%

Deprivationsindex¹		
keine Deprivation	687	80%
mind. ein Deprivationsmerkmal	171	20%
Haupttätigkeit kurz vor Corona (Februar/März 2020)		
Schulbesuch	351	36%
Betriebliche oder schulische Berufsausbildung, Studium	171	22%
Erwerbstätig	248	33%
Etwas anderes	96	9%
Gesamt	867	100%

Quelle: AID:A Add-on zu Corona 2020, Altersgruppe: 12- bis 32-Jährige; eigene Berechnungen

Die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurden im Fragebogen u.a. gebeten, Auskunft darüber zu geben, bei welchen Personen sie in schwierigen Situationen Rat und Unterstützung gesucht haben und welche Hilfe sie für andere leisteten. In den Fragen war ein expliziter Zeitbezug auf die Zeit der starken Beschränkungen von Mitte März bis Ende April 2020 enthalten. Die konkrete Formulierung der beiden Fragen im AID:A Add-on zu Corona lautete:

Intro: Mit den nachfolgenden Fragen möchten wir verstehen, wie sich Dein Leben² während der starken Beschränkungen aufgrund von Corona verändert hat. Bitte beantworte die folgenden Fragen für den Zeitraum von Mitte März bis Ende April.

a. In der Zeit der starken Beschränkungen durch Corona, bei welchen Personen hast Du in schwierigen Situationen Rat und Unterstützung gesucht? (Antwortmöglichkeiten: Ja/Nein)

1. Eltern
2. Geschwister
3. Festen Freund/feste Freundin bzw. Partnerin/Partner
4. Großeltern
5. Freunde
6. Bei Lehrkraft, Beratungsstelle, beim Arzt, beim Pfarrer bzw. Imam

b. Hast Du Dich in der Zeit der starken Beschränkungen durch Corona besonders für andere engagiert? (Antwortmöglichkeiten: Ja/Nein)

1. Ich bin für andere einkaufen gegangen.
2. Ich habe anderen bei Technikfragen (z.B. mit PC, Tablet, Smartphone) geholfen.
3. Ich habe anderen zugehört und ihnen bei persönlichen Problemen geholfen.

1 Über den Deprivationsindex kann abgebildet werden, ob ein Haushalt monatlich einen festen Betrag sparen, abgenutzte Möbel ersetzen oder unerwartet anfallende Ausgaben bezahlen kann.

2 Alternativ konnten sich die jungen Menschen auch für die Befragung in der Sie-Form entscheiden.

2.4 Ergebnisse

2.4.1 Rat und Unterstützung gesucht

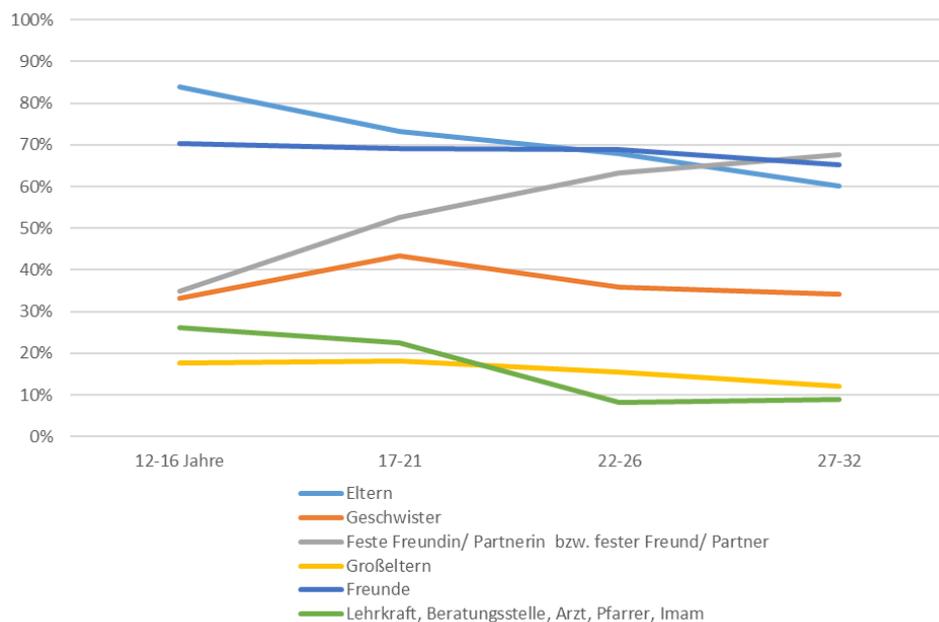
Zunächst wird untersucht, ob die jungen Menschen in der Zeit der starken Beschränkungen durch Corona persönlich schwierige Situationen erlebt haben und bei welchen Personen sie in diesem Fall Rat und Unterstützung gesucht haben.

Insgesamt berichten etwa drei Viertel (73%) der 12- bis 32-Jährigen aufgrund von situativen Belastungen Rat und Unterstützung gesucht zu haben, ein Viertel (27%) gab an, keine schwierigen Situationen gehabt zu haben. Keine Unterstützung suchten überdurchschnittlich häufig junge Männer (31%) im Vergleich zu jungen Frauen (24%) sowie junge Erwachsene im Alter zwischen 27 und 32 Jahren (34%) im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen (24%). Junge Erwachsene, die vor Corona erwerbstätig waren, gaben ebenfalls häufiger an, keine Unterstützung gesucht zu haben (33%) als Schülerinnen und Schüler (24%) sowie junge Menschen in Berufsausbildung oder Studium (22%). Diejenigen ohne finanzielle Belastung sagten ebenfalls häufiger, dass es keine schwierigen Situationen gab, die Anlass für soziale Unterstützung waren, als diejenigen mit mindestens einem finanziellen Deprivationsmerkmal (29% zu 18%).

Wenn junge Menschen Rat und Unterstützung in Belastungssituationen gesucht hatten, wurde erhoben, an welche Personen sie sich wandten. Abbildung 2.1 zeigt differenziert nach Altersgruppen die Anteile für die genannten Personen. Insgesamt zeigt sich, dass in schwierigen Situationen den Eltern eine hohe Bedeutung zukam: In der jüngsten Altersgruppe der 12- bis 16-Jährigen nannten 84 Prozent der Befragten diese als Rat- und Unterstützungsgeber. Mit höherem Alter der Befragten wurden diese zunehmend seltener zu Rate gezogen (27- bis 32-Jährige: 60%).

Die Geschwister waren insgesamt von geringerer Bedeutung. Am häufigsten wurden sie in der Altersgruppe von 17 bis 21 Jahren genannt (43%, in den anderen Altersgruppen 33% bis 36%). Über alle Altersgruppen hinweg hat sich etwa ein Sechstel der jungen Menschen in schwierigen Situationen an die Großeltern gewandt (12% bis 18%). Personen aus professionellen Kontexten (wie Schulen, Beratungsstellen, Medizin oder religiösen Gemeinden) wurden in dieser Zeit von gut einem Viertel (26%) der 12- bis 16-Jährigen und 17- bis 21-Jährigen (23%) um Rat und Unterstützung gefragt. Hierunter finden sich vor allem Schülerinnen und Schüler, die sich an ihre Lehrkräfte gewandt haben. In den beiden ältesten Altersgruppen, d.h. den 22- bis 26-Jährigen sowie den 27- bis 32-Jährigen, haben diese Möglichkeit hingegen weniger als neun von zehn der Befragten genutzt (8% bzw. 9%).

Abb. 2.1: Rat und Unterstützung gesucht nach Altersgruppen (in %)



Quelle: AID:A Add-on zu Corona 2020, Altersgruppe: 12- bis 32-Jährige, n = 511-628, Daten gewichtet; eigene Berechnungen; falls genannte Personen vorhanden

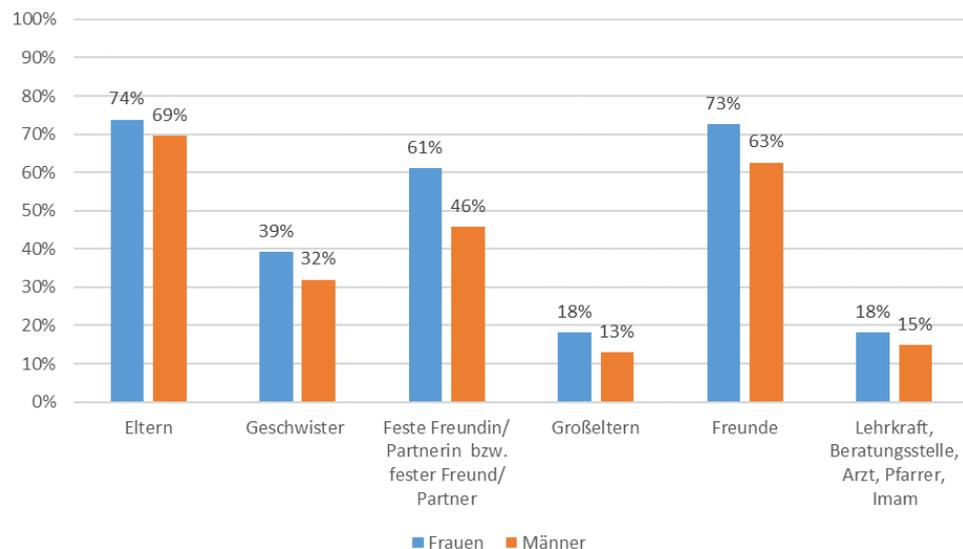
In der Zusammenschau wandten sich die Jüngeren (12- bis 16-Jährigen) vor allem an ihre Eltern und Freundinnen bzw. Freunde. Damit zeigt sich die Bedeutung von Peers im Jugendalter auch in diesem Kontext sehr plastisch. Junge Menschen wenden sich in der Corona-Pandemie in Belastungslagen nicht nur an Familienangehörige, sondern auch an Gleichaltrige. Der Gruppe der Peers kommt damit eine wesentliche Rolle bei der individuellen Bewältigung der sozialen Auswirkungen von Corona zu. An diesen Befund anschließend kommt bei den ab 22-Jährigen der eigenen Partnerin bzw. dem eigenen Partner eine vergleichbare Bedeutung zu.

Für die mittlere Altersgruppe der 17- bis 21-Jährigen zeigt sich die größte Vielfalt der adressierten Ansprechpersonen, indem für sie vor allem die Geschwister eine zusätzliche Bedeutung haben und auch die Großeltern (noch) eine relevante Rolle spielen. In dieser Altersgruppe finden insbesondere verschiedene Übergänge von der Schule in Ausbildung oder Studium statt, für einige auch der Auszug von zu Hause, so dass sich vielfältige Anlässe für Gespräche und Unterstützung bezogen auf die aktuelle Lebenssituation, aber gerade auch bezogen auf anstehende Veränderungen ergeben. Diese Fragen können grundsätzlich unabhängig von der Corona-Pandemie bestehen, sind aber vermutlich in vielen Fällen inhaltlich mit dieser verwoben. Diese Situation lässt es demnach naheliegend erscheinen, dass sich junge Menschen in diesem Alter an mehrere Personen aus ihrem sozialen Nahumfeld wenden.

Abbildung 2.2 zeigt differenziert für junge Frauen und junge Männer, bei welchen Personen sie in der Zeit der Corona-Beschränkungen Rat und Unterstützung suchten. Generell wird deutlich, dass insgesamt junge Frauen in der Tendenz häufiger Rat und Unterstützung bei bestimmten Personen suchten als junge Männer, wobei die Unterschiede bei Freundinnen bzw. Freunden (73% zu 63%) und Partnerinnen

bzw. Partnern (61% zu 46%) am deutlichsten ausfallen. Damit differenziert sich der oben beschriebene Befund einer besonderen Bedeutung der Gleichaltrigen nochmals aus. Junge Frauen suchen und finden in persönlichen Freundschaften sowie in Partnerschaften ein besonders hohes Maß an emotionaler Unterstützung. Diese Ergebnisse schließen so unmittelbar an Befunde aus der Peerforschung an, die eine engere und intimere Qualität in Freundschaften von jungen Frauen im Vergleich zu denen junger Männer zeigen (z.B. Hall 2011; Schrader 2016).

Abb. 2.2: Rat und Unterstützung gesucht nach Geschlecht (in %)



Quelle: AID:A Add-on zu Corona 2020, Altersgruppe: 12- bis 32-Jährige, n = 510-627, Daten gewichtet, eigene Berechnungen; falls genannte Personen vorhanden

Ein weiteres interessantes Ergebnis zeigt sich für junge Menschen, die mit finanziellen Engpässen aufwachsen. Diese haben sich deutlich häufiger an Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Ärztinnen bzw. Ärzte, Pfarrerinnen bzw. Pfarrer und Imame gewandt als junge Menschen ohne finanzielle Belastungen (24% zu 15%). Dies lässt sich als Hinweis auf einen erhöhten Beratungsbedarf und einen realisierbaren Zugang zu den genannten Personengruppen deuten. Fachkräfte aus pädagogischen und anderen sozialen Arbeitsfeldern waren damit für Jugendliche und junge Erwachsene im Corona-Lockdown im Frühjahr 2020 ansprechbar und erreichbar und konnten sie bei persönlichen Belastungen unterstützen. Bildungsunterschiede zeigen sich für die untersuchten Personengruppen dagegen kaum.

Als ein kurzes Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass die hier beschriebenen Ergebnisse für die Zeit der starken Einschränkungen durch Corona in dieselbe Richtung deuten wie Analysen von Anne Berngruber und Martina Gille (2012) mit Daten aus dem Jahr 2009 zur Rat- und Unterstützungssuche junger Menschen. Auch in diesen Analysen waren Eltern, Freundinnen bzw. Freunde und Partnerinnen bzw. Partner über alle Altersgruppen hinweg zentrale Bezugspersonen in schwierigen Situationen. Auffällig ist in den aktuellen Ergebnissen hingegen, dass die Altersgruppe der 17- bis 21-Jährigen in der Tendenz bei mehr Personen(gruppen) Rat und Unterstützung gesucht hat als die anderen Altersgruppen.

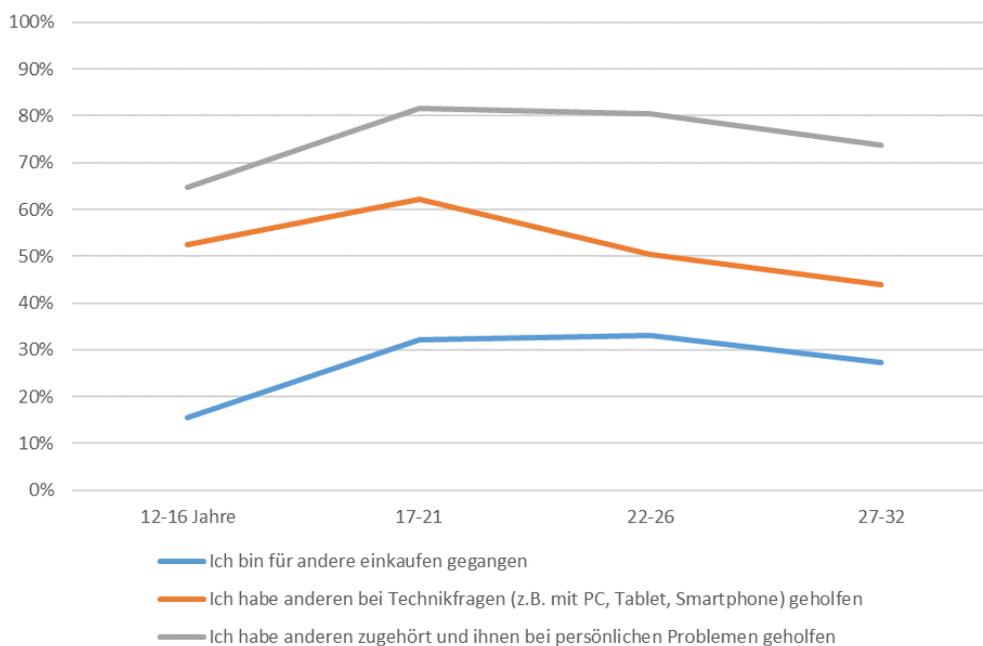
2.4.2 Unterstützung geleistet

In öffentlichen Debatten (gerade zu Beginn der Pandemie) wurden junge Menschen häufig als diejenigen dargestellt, denen das „Feiern und Party machen“ über alles gehe, die sich nicht an die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie halten würden und denen es an Sensibilität für die Schutzbedürftigkeit anderer mangle. Eine Thematisierung Jugendlicher in ihrem Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie fand kaum statt. Die Befunde der vorliegenden Corona-Befragung zeichnen dagegen ein anderes Bild.

Jugendliche und junge Erwachsene haben im Kontext der Corona-Pandemie nach eigener Aussage häufig Unterstützung für andere geleistet. Insgesamt haben 84 Prozent der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen angegeben, sich besonders für andere engagiert zu haben. Nur 16 Prozent haben keine der drei Formen des Engagements (Einkaufen gehen, Support in Technikfragen, emotionale Unterstützung) benannt. Studierende haben dabei am häufigsten (96%) mindestens eine Form der Unterstützung geleistet (Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende: je 81%, Erwerbstätige: 80%).

Abbildung 2.3 zeigt die Anteile der drei Formen des Engagements bzw. der lebenspraktischen Hilfe im sozialen Umfeld der jungen Menschen. Die höchsten Ausprägungen finden sich bei den Antworten zu „Ich habe anderen zugehört und ihnen bei persönlichen Problemen geholfen“. Bei den jüngsten Befragten der 12- bis 16-Jährigen bejahten knapp zwei Drittel (65%) diese Frage, bei den beiden mittleren Altersgruppen waren es jeweils acht von zehn Befragten (17- bis 21-Jährige: 82%, 22- bis 26-Jährige: 81%). Bei den 27- bis 32-Jährigen bejahten dies wiederum drei Viertel (74%).

Abb. 2.3: Hilfe für andere nach Altersgruppen (in %)



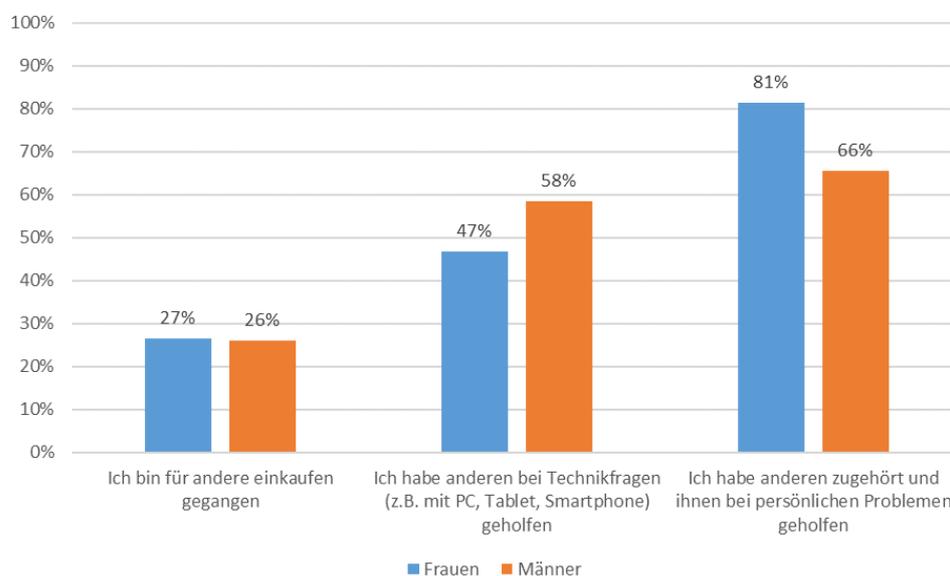
Quelle: AID:A Add-on zu Corona 2020, Altersgruppe: 12- bis 32-Jährige, n = 863-865, Daten gewichtet; eigene Berechnungen

An zweiter Stelle kommt die alltagspraktische Unterstützung in Form von technischer Hilfe im Umgang mit PC, Tablet oder Smartphone. Bei den 17- bis 21-Jährigen war der Anteil, der diese Form der Unterstützung leistete, im Vergleich zu den anderen befragten Altersgruppen mit 62 Prozent am höchsten.

Lebenspraktische Unterstützung wie das Erledigen von Einkäufen war in allen befragten Altersgruppen weniger verbreitet. Von den ab 17-Jährigen gab je etwa ein Drittel (27% bis 33%) an, sich in dieser Form für andere engagiert zu haben. Bei den 12- bis 16-Jährigen liegt der Anteil mit 15 Prozent um etwa die Hälfte niedriger.

Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Hilfe- und Unterstützungsleistungen (vgl. Abbildung 2.4), zeigt sich ein heterogenes Ergebnismuster. Während sich für das Item „Ich bin für andere Einkäufen gegangen“ keine geschlechtsspezifischen Unterschiede finden (junge Frauen: 27%, junge Männer: 26%), gibt es deutliche Unterschiede bei technischen Hilfeleistungen sowie bei der emotionalen Unterstützung bei persönlichen Problemen. Während junge Männer häufiger anderen Personen bei Technikfragen geholfen haben als junge Frauen (58% zu 47%), haben junge Frauen häufiger anderen zugehört und in dieser Form emotional unterstützt als junge Männer (81% zu 66%). An dieser Stelle spiegelt sich das Ergebnis zur in Anspruch genommenen Hilfe. Dort hatten sich die jungen Frauen häufiger an andere Personen gewandt, um von diesen soziale Unterstützung zu erhalten.

Abb. 2.4: Hilfe für andere nach Geschlecht (in %)



Quelle: AID:A Add-on zu Corona 2020, Altersgruppe: 12- bis 32-Jährige, n = 862-864, Daten gewichtet, eigene Berechnungen

Signifikante Bildungsunterschiede wiederum lassen sich nicht feststellen. Bezüglich der finanziellen Situation im Haushalt der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigen sich bei den beiden alltagspraktischen Unterstützungsformen (Einkäufen, technische Hilfe) ebenfalls keine Unterschiede. Bei der persönlichen emotionalen Unterstützung variieren die Ergebnisse dagegen. Junge Menschen in finanziellen

Belastungslagen geben etwas häufiger an, in dieser Form für andere da gewesen zu sein als diejenigen ohne finanzielle Belastung (81% zu 72%). Möglicherweise haben Sorgen um die finanzielle Situation in der eigenen Familie oder im näheren sozialen Umfeld in dieser Zeit die Jugendlichen besonders sensibel für die Belange anderer gemacht, so dass sie in besonderem Maß für andere da waren.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass die befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Zeit der starken Beschränkungen durch Corona über alle Altersgruppen hinweg am häufigsten emotionale Unterstützung geleistet haben. Aber auch alltagspraktische Hilfe haben viele von ihnen geleistet. Die Altersgruppe der 17- bis 21-Jährigen gab tendenziell etwas häufiger an, Unterstützung geleistet zu haben als die anderen Altersgruppen. Die Ergebnisse zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden entsprechen auch der bereits vor Corona beobachteten Rollenkonformität. Junge Männer kümmern sich eher um technische und handwerkliche Tätigkeiten, junge Frauen eher um die emotionalen Aspekte und Aufgaben in der Haushaltsführung wie Kochen und Putzen (z.B. Cornelißen/Entleitner 2014).

2.5 Einordnung der Ergebnisse in den Diskurs um die spezifischen Auswirkungen von Corona auf den Alltag junger Menschen

Insgesamt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass das soziale Netz vieler junger Menschen in Belastungssituationen trägt. Ein Großteil kann auf ein vielfältiges Netz an potenziellen Unterstützerinnen und Unterstützern zurückgreifen. Junge Menschen leisten aber auch in komplementärer Weise Hilfe und Unterstützung für andere. Am häufigsten in Form von Zuhören und emotionaler Unterstützung, etwas seltener als Hilfe im Umgang mit digitalen (Kommunikations-)Geräten. Seltener sind junge Menschen für andere einkaufen gegangen. Alle drei Formen waren bereits auch in Zeiten vor der Pandemie Teil des Alltags von jungen Menschen in ihren sozialen Beziehungen. Dennoch kann für das Einkaufen gehen angenommen werden, dass es sich – zumindest in Teilen – um eine „Corona-spezifische“ Unterstützungsform handelt. Während Einkäufe für andere in „regulären“ Zeiten insbesondere für die eigene Familie naheliegen, haben coronabedingte Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, besondere Vorsicht im Umgang mit sogenannten „vulnerablen“ Personen sowie Quarantänemaßnahmen diese Unterstützung oftmals zum ersten Mal und unvorhergesehen erforderlich gemacht.

Die Analysen haben auch gezeigt, dass die 17- bis 21-Jährigen sowohl beim Suchen von Unterstützung als auch beim Geben von Unterstützung hervorstechen. So ist zu vermuten, dass insbesondere in der Altersgruppe der 17- bis 21-Jährigen der Übergang von der Schule in Ausbildung oder Studium kurz bevorstand, gerade vollzogen wurde oder dieser noch nicht lange zurückliegt, so dass hier möglicherweise wichtige Bezugspersonen wie Familienmitglieder, Freundinnen und Freunde, Partnerinnen und Partner, aber auch Lehr- und Fachkräfte stärker im Sinne von Gatekeepern, Tandem-Partnern und Ratgebern bedeutsam sind bzw. in Anspruch genommen werden (vgl. hierzu Gaupp 2013, S. 70ff.), die jungen Menschen aber auch selbst stärker in einer Unterstützungsfunktion gefragt waren. Insgesamt belegen die

Daten, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene während der Corona-Pandemie sehr häufig solidarisch mit anderen zeigen und diese im Alltag unterstützen.

Thematisch wären weitere differenzierende Informationen interessant gewesen, die aufgrund der Kürze des Fragebogens nicht umgesetzt werden konnten. Hier ist beispielsweise die nähere Beschreibung der genannten schwierigen persönlichen Situationen, der Adressatinnen und Adressaten der Unterstützung oder der Häufigkeit der gesuchten und geleisteten Hilfe zu nennen. Damit könnte etwa beantwortet werden, ob geleistete Hilfe vorwiegend innerhalb des engeren sozialen Nahumfeldes erfolgte oder sich auch auf weniger nahestehende Personen wie z.B. ältere Menschen in der Nachbarschaft bezog.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass nur ein sehr kleiner Teil junger Menschen weder Rat und Unterstützung in schwierigen Situationen gesucht hat, noch selbst Hilfe geleistet hat. Ob die Gruppe derjenigen, die bei niemandem Rat und Unterstützung gesucht hat, über kein soziales Netzwerk verfügt, ob weitere relevante Personen bei der Frage nicht aufgeführt wurden oder ob die schwierigen Situationen nicht so gravierend waren, um sich in diesen Fällen vertrauensvoll an eine andere Person zu wenden, muss an dieser Stelle offenbleiben. Umgekehrt bedeutet dieser Befund nicht, dass diejenigen, die keine der erfragten Formen an Hilfe geleistet haben, andere nicht in anderer Form unterstützt haben.

Die dargestellten Befunde haben einen Teil der Erfahrungen, Herausforderungen und Umgangsweisen aufgezeigt, die junge Menschen in der Corona-Pandemie erleben bzw. praktizieren. Jugendforschung sollte auch künftig ihr Spotlight auf die Lebenssituation junger Menschen in der Corona-Krise richten. Nur so ist es möglich, ihre Situation und Rolle in der Corona-Pandemie angemessen zu beschreiben. Mit dem vorliegenden Text leisten wir einen kleinen Beitrag zu diesem Forschungsfeld „Jugend und Corona“.

Literatur

- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020a): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim.
- Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020b): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“. Jugendalltag 2020. Hildesheim.
- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2020): Jugend stärken – auch und gerade unter Corona-Bedingungen unerlässlich! Zwischenruf der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ.
- Bengtson, Vern L. (2001): Beyond the Nuclear Family: The Increasing Importance of Multigenerational Bonds. In: *Journal of Marriage and Family*, 63. Jg., H. 1, S. 1–16
- Berngruber, Anne/Gaupp, Nora (2021): Lebenswelten und Erfahrungen junger Menschen in Zeiten von Corona. Ergebnisse aus dem Corona-Add-on zur AID:A-Studie. In: *DREIZEHN - Zeitschrift für Jugendsozialarbeit*. H. 25, S. 4-9
- Berngruber, Anne/Gille, Martina (2012): Wege in die Selbstständigkeit im Geschlechtervergleich. DJI Online Thema. <https://www.dji.de/index.php?id=42806> (02.12.2020)
- Betsch, Cornelia/Wieler, Lothar/Bosnjak, Michael/Ramharter, Michael/Stollorz, Volker/Omer, Saad/Korn, Lars/Sprengholz, Philipp/Felgendreff, Lisa/Eitze, Sarah/Schmid, Philipp (2020): Germany COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO Germany): Monitoring knowledge, risk perceptions, preventive behaviours, and public trust in the current coronavirus outbreak in Germany.
- Cornelißen, Waltraud/Entleitner, Christine (2014): Verselbstständigungsprozesse von Kindern in Familien im Übergang von der Kindheit ins Jugendalter. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 34. Jg., H. 1, S. 4–22
- Entringer, Theresa/Kröger, Hannes (2020): Einsam, aber resilient – Die Menschen haben den Lockdown besser verkraftet als vermutet. *DIW aktuell*, Nr. 46, Berlin
- Fickermann, Detlef/Edelstein, Benjamin (Hrsg.) (2020): „Langsam vermisse ich die Schule ...“. Schule während und nach der Corona-Pandemie. *Die Deutsche Schule (DDS)*. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Bildungspolitik und pädagogische Praxis*, Beiheft 16, Münster
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (2020): Schule in Zeiten der Pandemie. Empfehlungen für die Gestaltung des Schuljahres 2020/21. Stellungnahme der Expert_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin
- Gaupp, Nora (2013): Wege in Ausbildung und Ausbildungslosigkeit. Bedingungen gelingender und misslingender Übergänge in Ausbildung von Jugendlichen mit Hauptschulbildung. Hans-Böckler-Stiftung. Edition 277. Düsseldorf
- Hall, Jeffrey A. (2011): Sex differences in friendship expectations: A meta-analysis. In: *Journal of Social and Personal Relationships*, 28. Jg., H. 6, S. 723–747
- Hank, Karsten (2015): Intergenerationale Beziehungen. In: Hill, Paul B./Kopp, Johannes (Hrsg.): *Handbuch Familiensoziologie*. Wiesbaden, S. 463–486
- Hurrelmann, Klaus/Dohmen, Dieter (2020): Die Krise schwächt die Schwachen. Warum die Corona-Pandemie die Bildungsungleichheit verstärkt. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 40. Jg., H. 3, S. 313–320
- Kuger, Susanne/Walper, Sabine/Rauschenbach, Thomas (Hrsg.) (2021): *Aufwachsen in Deutschland 2019 – Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien*. AID:A 2019. Bielefeld
- Langmeyer, Alexandra/Guglhör-Rudan, Angelika/Naab, Thorsten/Urlen, Marc/Winklhofer, Ursula (2020): *Kindsein in Zeiten von Corona. Erste Ergebnisse zum veränderten Alltag und zum Wohlbefinden von Kindern*. Deutsches Jugendinstitut. München
- Ravens-Sieberer, Ulrike/Kaman, Anne/Otto, Christiane/Erhart, Michael/Devine, Janine/Schlack, Robert (2020): *Impact of the COVID-19 Pandemic on Quality of Life and Mental Health in Children and Adolescents* (October 05, 2020).
- Schrader, Tina-Berith (2016): Peergroups als Kontexte der Aushandlung und Praxis von Geschlechterrollen. In: Köhler, Sina-Mareen/ Krüger, Heinz-Hermann/Pfaff, Nicolle (Hrsg.): *Handbuch Peerforschung*. Opladen/Berlin/Toronto, S. 305–322
- Szydlík, Marc (2004): Inheritance and Inequality: Theoretical Reasoning and Empirical Evidence. In: *European Sociological Review*, 20. Jg., H. 1, S. 31–45
- Voigts, Gunda (2020): „Jugendliche brauchen Freiräume!“ – ein Plädoyer, für die Perspektiven junger Menschen in Corona-Zeiten einzutreten. In: *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 15. Jg., H. 2, S. 217–222

3 Jugendliche mit Behinderung in Corona-Zeiten – eine Annäherung an offene Forschungsfragen

Jasmin Müller und Nora Gaupp

Die sich zu Beginn des Jahres 2020 ausbreitende, durch SARS-CoV-2 ausgelöste Pandemie betrifft Menschen weltweit. Die nationalen Strategien der Bekämpfung und Eindämmung des Virus unterscheiden sich dabei deutlich. So wurden in Deutschland im März 2020 in allen Bundesländern der schulische Präsenzunterricht ausgesetzt, Geschäfte und Gaststätten geschlossen und das öffentliche Leben – insbesondere durch einschneidende Kontaktbeschränkungen – für etwa neun Wochen massiv eingeschränkt. Die damit zusammenhängenden Herausforderungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen wurden öffentlich stark diskutiert, beispielsweise die schwierige Situation berufstätiger Eltern mit (kleinen) Kindern. Es lohnt jedoch auch, einen Blick auf Menschen in unserer Gesellschaft zu richten, die in diesen Debatten nur selten eine Stimme erhalten haben, wie Jugendliche mit Behinderungen.

Dieser Text befasst sich daher in einem ersten Schritt mit offenen Fragen und möglichen Herausforderungen, denen Jugendliche mit verschiedenen Formen von Behinderung und Beeinträchtigung in dieser Situation gegenübergestellt sind. Im Anschluss wird über zwei Fallbeispiele exemplarisch illustriert, wie zwei Jugendliche die Phase des ersten Lockdowns ganz konkret erlebt haben. Die weiterhin offenen Forschungsinteressen und -bedarfe bilden den Abschluss dieses Texts.

3.1 Mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Jugendliche mit Behinderung

Die Corona-Pandemie betrifft in ihren gesundheitlichen, gesellschaftlichen und sozialen Folgen grundsätzlich alle jungen Menschen und damit auch Jugendliche, die mit einer Behinderung leben. Jugendliche mit Behinderung standen und stehen vor Herausforderungen, mit denen auch andere Jugendliche konfrontiert waren bzw. sind, wie beispielsweise die temporäre Schließung von Schulen oder die allgemeinen Kontaktbeschränkungen.

Gleichzeitig leben Jugendliche mit Behinderung in einer besonderen Lebenssituation. Sie müssen sich zusätzlich zu den generellen Aufgaben des Erwachsenwerdens (wie der Bewältigung von Schule, Ausbildung oder Studium, der zunehmenden Verantwortungsübernahme für das eigene Leben, das Hineinwachsen in die Rolle einer die Gesellschaft mitgestaltenden jungen Mitbürgerin bzw. Mitbürgers) mit der Frage befassen, wie sie mit ihrer Behinderung einen für sie passenden Lebensalltag gestalten. Hierzu gehören etwa Fragen nach Kommunikation, Mobilität oder digitaler Teilhabe. In einigen Fällen kann ihre Behinderung mit besonderen Unterstützungsbedarfen (z.B. notwendige Therapien, Unterstützung durch Assistenzen) verbunden

sein und mit spezialisierten Lebensumwelten (z.B. Förderschulen, Wohnen in einer Einrichtung oder einem Internat) einhergehen. Zudem müssen sie sich mit den mit dem Label Behinderung verbundenen, gesellschaftlichen Zuschreibungen (z.B. einer erhöhten Schutzbedürftigkeit) auseinandersetzen und eine individuell passende – im günstigen Fall positiv besetzte – Selbstbeschreibung entwickeln.

Diese mitunter komplexen Lebenssituationen als junge Menschen mit Behinderung in einer oftmals (noch) wenig inklusiv ausgerichteten Gesellschaft können durch die Corona-Pandemie und die zu ihrer Eindämmung etablierten Regelungen und Umgangsweisen zusätzlich an Komplexität gewinnen. Im Hintergrund dieser These steht ein Grundverständnis, dass eine körperliche, sensorische, kognitive oder seelische Beeinträchtigung per se keine Behinderung darstellt. Eine Behinderung – verstanden als eine Einschränkung der Handlungs- und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten eines Menschen – entsteht erst durch die Wechselwirkung zwischen einer individuellen Beeinträchtigung einerseits und gesellschaftlichen (z.B. sozialen, rechtlichen oder baulichen) Barrieren andererseits (vgl. das bio-psycho-soziale Modell von Behinderung entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK 2017) bzw. der International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF) (DIMDI 2005).

Jugendliche mit einer Behinderung haben oft vielfältige Umgangs- und Kompensationsstrategien entwickelt, um mit ihrer Beeinträchtigung ihren Alltag zu bewältigen. Als Beispiel sei die Fähigkeit des „Absehens“ von hörbeeinträchtigten jungen Menschen genannt – gemeint ist das Einbeziehen von Mimik und Sprechbewegungen für das eigene Sprachverständnis oder die Nutzung digitaler Tools zur Kommunikation von nicht lautsprachlich kommunizierenden Jugendlichen. Die getroffenen Regelungen im Umgang mit dem Corona-Virus können dabei für Jugendliche mit Behinderung neue Barrieren darstellen, die sie in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe einschränken. Um eines der beiden eben zitierten Beispiele zu verwenden, ist das „Absehen“ nicht mehr möglich, wenn die Person mit der man kommuniziert einen Mund-Nasen-Schutz trägt. Jugendliche mit Behinderung erleben damit unter Umständen durch die Regelungen des Pandemieschutzes Formen einer zusätzlichen oder neuen Behinderung in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegung sei an dieser Stelle skizziert, welche spezifischen potentiellen Auswirkungen die Corona-Pandemie und die damit verbundenen gesellschaftlichen Umgangsweisen für Jugendliche mit Behinderung haben. Im Folgenden sind im Sinne von Möglichkeiten, Vermutungen oder Hypothesen Beispiele solcher Auswirkungen genannt. Sie betreffen dabei verschiedene Dimensionen wie die Alltagsgestaltung, das Zusammensein mit Peers, Bildungsprozesse und Bildungsteilhabe, Therapien und die Begleitung durch Assistenzen sowie allgemeine Erfahrungen mit der Erwachsenenwelt z.B. in Form von paternalistischen oder überfürsorglichen Haltungen.

Für blinde und sehbehinderte Jugendliche können veränderte Wegführungen die Orientierung und Bewegung im öffentlichen Raum deutlich erschweren. Sind etwa Ein- und Ausgänge in Geschäften verändert, ist die Orientierung für diese Jugendlichen dort kaum mehr möglich. Zudem ist das „Führen“ (d.h. das „untergehakte Gehen“) von blinden und stark sehbeeinträchtigten Jugendlichen unter Einhaltung

der Abstandsregelungen nicht möglich. Auch können blinde und sehbehinderte Jugendliche visuell nicht erfassen bzw. überprüfen, ob sie selbst und andere die geforderten Abstandsregelungen einhalten.

Für die bereits genannte Gruppe von gehörlosen Jugendlichen und Jugendlichen mit Hörbeeinträchtigung stellt die Maskenpflicht eine erhebliche Hürde dar. So ist eine Kommunikation durch „Absehen“ oder mittels Deutscher Gebärdensprache (DGS) aufgrund der Maske stark eingeschränkt bzw. nicht möglich. Entsprechend kann auch keine Übersetzung durch Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher mit Masken erfolgen, da Mimik und Lippenbewegungen hier eine erhebliche Bedeutung haben.

Für Jugendliche, für die etablierte Alltagsroutinen wichtig sind, wie z.B. manche Jugendliche mit einer Beeinträchtigung aus dem Bereich der Autismus-Spektrum-Störung, kann der veränderte Alltag eine besondere Herausforderung darstellen. Wenn sich Räume, zeitliche Rhythmen und Bezugspersonen ändern, kann dies gewohnte Alltagsabläufe infrage stellen und zu Unsicherheiten führen. Dies berichten beispielsweise Lehrkräfte aus der Steiermark in einer Befragung von Lehrkräften an inklusiven Sekundarschulen (Bešić/Holzinger 2020).

Für junge Menschen, die auf besondere Formen von Sprache, Schrift und Kommunikation angewiesen sind bzw. die gewohnt sind, diese zu nutzen, stellt sich die Frage, ob beispielsweise die jeweils gültigen Corona-Regelungen auch in leichter Sprache, DGS oder Brailleschrift verfügbar sind. Die oftmals komplexen Corona-bezogenen Regelungen und deren abstrakte Formulierung können so eine Barriere der sprachlichen Zugänglichkeit darstellen, was auch der Deutsche Behindertenrat (2020) in einem entsprechenden Forderungspapier deutlich macht.

Für Jugendliche, die auf persönliche Assistenzen angewiesen sind, können die Kontaktbeschränkung diese wesentliche Unterstützung im Alltag infrage stellen. Teilweise war es etwa während der Kontaktbeschränkungen nicht mehr möglich, in Begleitung Einkäufe oder Spaziergänge zu machen. Mindestens erforderte der Einsatz persönlicher Assistenzen, deren Aufgabe die Sicherstellung von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung ist, laut Deutschem Behindertenrat „schwierige logistische und finanzielle Herausforderungen“ (Deutscher Behindertenrat 2020).

Angesichts der anfangs streng geregelten Kontaktbeschränkungen waren junge Menschen (wie auch ältere) vermehrt auf digitale Kommunikationswege angewiesen. Das Kontakthalten zu Freundinnen und Freunden, sei es über Messenger, Videokonferenzen oder gemeinsame Spiele war vielfach nur auf digitalem Weg möglich. An dieser Stelle kann eine potentielle Barriere beispielsweise für Jugendliche mit kognitiven Beeinträchtigungen und Jugendliche mit einer sogenannten geistigen Behinderung entstehen. Gleiches kann für Jugendliche mit Sinnesbeeinträchtigungen gelten, die auf besondere Hard- und Softwarelösungen angewiesen sind. Die

Verfügbarkeit der entsprechenden digitalen Hardware (Smartphone, Tablet, Notebook etc.) sowie die Fähigkeiten zu deren Nutzung können für diese Gruppe junger Menschen nicht in jedem Fall vorausgesetzt werden.¹

Jugendliche mit Behinderungen wurden und werden teilweise verallgemeinernd als „medizinische Risikogruppe“ gesehen. Ein Hinweis darauf waren die frühen Schließungen von Förderschulen und Werkstätten für behinderte Menschen sowie die Besuchsverbote in Wohneinrichtungen, die zu einer weiteren Isolierung und Separierung von Menschen mit Behinderungen geführt haben (vgl. Nakao u.a. 2020, S. 9). Über die Legitimation einer besonderen Schutzbedürftigkeit ist es naheliegend, Momenten von Schutz und Sorge den Vorrang vor anderen, in der Jugendphase wichtigen Bedürfnissen zu geben. Eine zunehmende Selbstständigkeit und Autonomie, die sich ausweitenden Mobilitätsbedürfnisse oder der Wunsch, vermehrt ohne Erwachsene mit Gleichaltrigen unterwegs zu sein, lassen ein Dilemma entstehen, das unter Berücksichtigung jugendspezifischer Entwicklungsaufgaben nicht einseitig und pauschal zu Gunsten medizinischer Argumente zu lösen ist. Vielmehr bedarf es einer Abwägung zwischen den altersgemäßen Bedürfnissen junger Menschen und medizinischen Risiken, um zu einer angemessenen Verhältnismäßigkeit der beiden Perspektiven zu gelangen.

Jugendliche mit Behinderungen sind häufig in vielfältige institutionelle Kontexte eingebunden (z.B. Physiotherapie, Ergotherapie, Sprachtherapie, Lernförderung). In vielen Fällen sind diese Angebote über schulische und berufliche Einrichtungen (wie Förderschulen, Heilpädagogische Tagesstätten oder Berufsbildungswerke) organisiert. Damit waren Jugendliche mit Behinderung von den Schließungen der entsprechenden (Bildungs-)Einrichtungen und Angebote besonders betroffen. Manche Förder- und Unterstützungsangebote waren weiterhin gewährleistet oder konnten digital ersetzt werden, andere (v.a. körperbezogene) jedoch nicht, was möglicherweise negative Folgen hinsichtlich der Entwicklung und Prognose behinderungsbezogener Erkrankungen nach sich zieht.

Generell betrafen die Schulschließungen auch die Förderschulen. Inwieweit besonders Schülerinnen und Schülern mit kognitiven Einschränkungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich Lernen in bildungsbezogenen Fragen in dieser Zeit Rechnung getragen werden konnte, ist unsicher. Aus Italien berichten Rosa Bellacicco und Dario Ianes (2020) einen Ausschluss von etwa einem Drittel der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung vom Distance-Learning. Gleichzeitig zeichnen Edvina Bešić und Andrea Holzinger (2020) ein eher positives Bild für das Homeschooling von Inklusionsschülerinnen und -schülern für Österreich, wenn neben einem individualisierten Lernplan die Unterstützung durch Eltern, Schulassistenten und weitere Pädagoginnen und Pädagogen entsprechend gesichert wurde. Stark individualisierte Unterrichtskonzepte auf das Homeschooling zu übertragen, ist für alle Beteiligten eine besondere (und vielfach neue) Herausforderung. Weiter-

1 Dies gilt selbstverständlich auch für andere Gruppen junger Menschen.

hin war vor der Corona-Pandemie ein digital unterstützter Unterricht an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen oder Geistige Entwicklung kaum etabliert. Auch für Jugendliche mit Sinnesbeeinträchtigungen stellt das Homeschooling eine Herausforderung dar. So müssen sich die Jugendlichen mitunter selbst um die Adaption der Unterlagen kümmern und Webseiten, Lernvideos und -plattformen sind häufig nicht barrierefrei gestaltet (Bešić/Holzinger 2020). Eltern stehen ggfs. vor der Aufgabe, ihre jugendlichen Kinder im digitalen Unterricht zu unterstützen, wobei unsicher ist, ob ihnen die dafür notwendigen zeitlichen Ressourcen und sonderpädagogisch-fachlichen Kompetenzen zur Verfügung stehen. Damit entstehen gerade für Jugendliche mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf mögliche spezifische Lern-Barrieren.

Schließlich hat die zeitweise Schließung von Schulen für alle Jugendlichen eine Verlagerung des Alltags in die Familien bedeutet. Je nach familiärer Situation können sich dadurch – für Jugendliche mit und ohne Behinderung – Spannungen und Konflikte ergeben. Der Schulbesuch sowie der Besuch sonstiger auf die vorliegende Behinderung bezogene Freizeit-, Unterstützung-, Bildungs-, Therapie- und Betreuungsangebote kann für Jugendliche wie Eltern auch ein entlastendes Moment darstellen. Fallen diese Orte und Kontakte außerhalb der Familie weg, kann es jedoch „emotional eng“ werden. Zusätzlich kann eine eventuell notwendige Übernahme von Pflegetätigkeiten durch Eltern oder andere Familienangehörige ein Konflikt- und Überforderungspotential bergen. Auf der anderen Seite kann ein intensiveres Zusammenleben unter günstigen Bedingungen auch zu einer Verbesserung der innerfamiliären Beziehungen führen (vgl. Bešić/Holzinger 2020).

Diese Beispiele illustrieren mögliche, mit dem Vorliegen einer Behinderung verbundene einschränkende Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Alltag von Jugendlichen mit Behinderung. Es sind jedoch durchaus auch Lebenssituationen denkbar, in denen Jugendliche mit Behinderung keine oder nur geringe „behinderungsspezifische“ negative Folgen der Corona-Pandemie erleben. Zwei solche kontrastierenden Lebenssituationen sollen im Folgenden anhand von Gesprächen mit zwei Jugendlichen im August 2020 dargestellt werden. Sie geben Einblick in das Erleben der Corona-Zeit zweier junger Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen.

3.2 Empirischer Einblick in die Lebensrealität von zwei Jugendlichen in der Corona-Zeit

Über zwei (Aus-)Bildungseinrichtungen konnten kurz vor Beginn der Sommerferien Ende Juli zwei Jugendliche mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf für Gespräche zum Thema „Jugendliche mit Behinderung und Corona“ gewonnen werden.

Nina ist 17 Jahre alt und absolviert eine Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement in einem Berufsbildungswerk (BBW). Sie lebt während der Woche am Ausbildungsort im Internat und am Wochenende mit ihrer alleinerziehenden Mutter und ihrem jüngeren Bruder in einer anderen Stadt. Während der Kontaktbeschränkungen schloss das Berufsbildungswerk, sodass sie es drei Monate nicht besuchen

konnte und zu Hause lernen und arbeiten musste. Sie hat eine körperliche Beeinträchtigung, die sie beim Gehen einschränkt, und eine Sehschwäche.

Max ist 15 Jahre alt und hat während der Corona-Krise erfolgreich die Prüfungen für den qualifizierenden Hauptschulabschluss geschrieben. Er besuchte eine private inklusive Schule und hat einen sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich emotionale und soziale Entwicklung sowie eine Legasthenie. Mit seinen Eltern und seiner älteren Schwester verbrachte er die Zeit der restriktiven Kontaktbeschränkungen zuhause, bereitete sich vor allem im Homeschooling auf seinen Abschluss vor und ging nach etwa sechs Wochen wieder zur Schule. Mittlerweile hat er eine Zusage für eine Ausbildungsstelle als Gestalter für visuelles Marketing, die er über ein Praktikum zu Beginn seines letzten Schuljahres gefunden hatte.

Beide Jugendlichen berichten über ihre veränderte Bildungssituation. Nina beschreibt, dass es ihr schwergefallen sei, im „Homeoffice“ ihren Aufgaben nachzugehen und die Inhalte aus der Berufsschule zu bearbeiten. Sie war viel im Internet (v.a. Youtube, Facebook, Instagram, Netflix), wodurch das Lernen und die Arbeitsaufgaben litten. Es bedurfte vermehrter Unterstützung durch das Berufsbildungswerk, damit Nina nicht zu weit im Ausbildungsfortschritt zurückblieb. Nachdem das Berufsbildungswerk wieder geöffnet hatte, stabilisierte sich Ninas Alltag wieder. Das Berufsbildungswerk stellt nun vielfältige Lernhilfen für die Auszubildenden zur Verfügung, um Inhalte nachzuholen und einen erfolgreichen Ausbildungsverlauf zu unterstützen. Inwiefern eine solche Unterstützung für Nina in einem Ausbildungsbetrieb in der freien Wirtschaft möglich gewesen wäre, muss an dieser Stelle offenbleiben.

Max hingegen beschreibt eine aus seiner Sicht stark privilegierte familiäre Situation und ein hohes Maß an Selbststeuerung in Bezug auf seine schulischen Aufgaben. Er nennt die Entscheidung der Politik, die Abschlussprüfungen im laufenden Schuljahr stattfinden zu lassen, angesichts einer möglichen Ansteckungsgefahr verantwortungslos und hätte sich alternative Möglichkeiten für die Erlangung seines Schulabschlusses gewünscht. Noch vor Ausbruch des Coronavirus hatte er die Zusage für einen Ausbildungsplatz, um den er jedoch angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungen und der finanziellen Situation vieler Betriebe während des Lockdowns fürchtete. Seine Sorge erwies sich jedoch als unbegründet, da der Arbeitsvertrag noch während der Schulschließung zugestellt wurde und er den Ausbildungsplatz im Herbst wie gewünscht antreten kann. Max nennt den Bereich der Schule als den für ihn am stärksten eingeschränkten Bereich während der Pandemie.

Die Regelungen im Umgang mit der Corona-Pandemie hatten auch Folgen für den Alltag der beiden Jugendlichen. Nina nutzte die Zeit im Lockdown, um neue Musik zu entdecken und selbst Videos zu produzieren. Sie war häufig in sozialen Medien aktiv, über die sie auch eine neue Liebesbeziehung mit einem jungen Mann, ebenfalls Auszubildender in einem BBW, einging. Die Beziehung zu ihrem vorherigen Freund beendete sie, da dieser sie aufgrund der Kontaktbeschränkungen nicht besuchen wollte. Kontakt zu Freundinnen und Freunden aus dem Berufsbildungswerk hielt sie über Messenger und Telefon. Freundinnen und Freunde aus ihrem Wohnort traf sie zunächst nicht persönlich. Sie und ihr Freundeskreis hatten zu Beginn

der Pandemie Angst vor direkten Treffen und einer damit verbundenen Ansteckungsgefahr. Mit Beginn der Lockerungen trafen sie sich wieder zunehmend. Nina fehlten dabei ihre gewohnten Orte (z.B. Cafés) für Treffen mit Freundinnen und Freunden und sie wichen auf Parks und Grünanlagen aus. Eine große Party gemeinsam mit Freundinnen und Freunden und Familie anlässlich ihres anstehenden 18. Geburtstags musste umgeplant und ins Freie verlegt werden.

Max hingegen verbrachte bereits vor der Pandemie viel Zeit online mit seinen Freundinnen und Freunden beim gemeinsamen Computerspielen. Durch das nochmal häufigere Onlinespielen während der Pandemie knüpfte er neue Kontakte, die vereinzelt auch seit der Lockerungsphase weiterbestehen. Neben dem Spielen beschäftigten sich Max und sein Freundeskreis mit Verschwörungstheorien rund um das Coronavirus und amüsierten sich darüber. Max konnte während der Pandemie seinen gewohnten Sportarten – Kampfkunst und Fechten – nicht nachgehen und versuchte andere Individualsportarten, die ihm jedoch nicht zusagten.

Auch für das Familienleben beschreiben beide Jugendliche für sie bedeutsame Erfahrungen in der Corona-Zeit. Für Nina war die Phase der Einrichtungsschließung und die damit zu Hause verbrachten Wochen mit einer Annäherung zur Mutter verbunden. Sie berichtet über ein engeres Verhältnis zu ihrer Mutter seit der Pandemie, das durch gewachsenes Vertrauen zwischen beiden gekennzeichnet ist. In der Folge wurden ihr durch die Mutter mehr Freiheiten zugestanden als früher. Auch hat sich die Beziehung zu ihrem jüngeren Bruder verbessert, für den sie nun auch kleinere Betreuungsaufgaben übernimmt. Der vor der Pandemie im Internat begonnene Verselbstständigungsprozess (z.B. eigenständiges Wäschewaschen) wurde in der Zeit zu Hause nicht unterbrochen, sondern beispielsweise durch Kochen für die Familie fortgesetzt.

Max beschreibt die Beziehung zu seiner Familie während des Lockdowns als entspannt und konnte für sich keine Änderung feststellen. Er begründet dies unter anderem mit ihrer privilegierten Wohnsituation (Einfamilienhaus mit genügend Platz für alle Familienmitglieder, eigenes Zimmer mit eigenem PC für ihn). Er und seine Schwester gingen während der Ferien spät zu Bett und standen daher oft erst mittags auf, sodass die gemeinsame Zeit mit den Eltern reduziert war. Er berichtete zudem von einem Schulfreund, dessen familiäre Verhältnisse beengter und fordernder waren als bei sich selbst. Er lud diesen daher zu sich ein, um ihn beim Lernen zu unterstützen und ihm einen Ort zum „Rauskommen“ zu bieten.

Schließlich positionieren sich beide Jugendlichen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen im Kontext der Pandemie. Nina ärgerte, dass ihre Brille durch das Tragen einer Maske beschlägt und sie durch ihre Sehbeeinträchtigung noch stärker eingeschränkt ist als zuvor. Max hält die Maskenpflicht für eine sinnvolle und notwendige Maßnahme: Maske tragen tue nicht weh, Abstand halten sei eine intelligente Sache und die getroffenen Regeln seien nicht übertrieben. Trotzdem kritisiert er, dass Jugendliche in jugendbezogene politische Entscheidungen nicht einbezogen wurden und bezweifelt die Kompetenz älterer Politikerinnen und Politiker, die für Jugendliche relevanten Themen und Lebensbereiche zu kennen. Max beteiligte sich während der Pandemie an digitalen Protesten von Fridays for Future und ähnlichen Bewegungen. Am Protest im Rahmen der Black-Lives-Matter-Demonstrationen

nahm er nach Abwägung von Nutzen und Risiken ebenfalls teil. Insgesamt stellt sich Max als einen politisch interessierten und sich deutlich positionierenden Jugendlichen dar.

Zusammenfassend benannten Nina und Max in ihren Schilderungen nur wenige bzw. keine Auswirkungen der Corona-Pandemie, die sie in einen unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Beeinträchtigung bzw. Behinderung stellten. Die Gespräche mit ihnen zeigen dagegen die Folgen von Corona auf die unterschiedlichen Lebensbereiche von Jugendlichen (wie Bildung, Familie und Freundschaften) per se. In ihren Erzählungen brachten sie kaum Auswirkungen der Pandemie zur Sprache, die explizit in Wechselwirkung mit ihrer Beeinträchtigung bzw. Behinderung stehen, obwohl im Gespräch explizit danach gefragt wurde und sich beide von der Gesprächsanfrage als ‚Jugendliche mit Behinderung‘ angesprochen gefühlt hatten.

In beiden Gesprächen deutet sich somit an, dass junge Menschen mit Behinderung diese nur thematisieren, wenn es aus ihrer Sicht eine Notwendigkeit dafür gibt. Verursacht Corona für sie keine neuen oder zusätzlichen Barrieren, so wird die Behinderung in diesem Kontext auch nicht betont. Diese Beobachtung ist anschlussfähig an das o.g. bio-psycho-soziale Modell von Behinderung, wonach eine Beeinträchtigung nur zu einer Behinderung wird, wenn Barrieren die gesellschaftliche Teilhabe erschweren (UN 2006, DIMDI 2005). Die Gespräche mit den beiden Jugendlichen zeigen so die Diskrepanz zwischen einem „etikettierungs-orientierten“ und einem „lebenswelt-orientierten“ Behinderungsbegriff. Das Zuschreibungs-Merkmal „Behinderung“ muss sich nicht zwangsläufig explizit im (Er-)Leben von Jugendlichen mit Behinderung widerspiegeln.

Nina und Max können jedoch nicht stellvertretend für Jugendliche mit Behinderung insgesamt stehen, denn individuelle Lebenssituationen unterscheiden sich je nach Art und Ausprägung einer Beeinträchtigung und den damit verbundenen Unterstützungsbedarfen ganz wesentlich. Gespräche mit weiteren Jugendlichen hätten in diesem Sinne andere Aspekte der Corona-Pandemie und deren Folgen in den Fokus gerückt.

3.3 Forschungsbedarfe und notwendige Aufmerksamkeiten

Jugendliche mit Behinderung sind bislang kaum Thema von Forschung im Kontext Corona. Entsprechend stehen auch die Förderschulen (ebenso wie inklusive Regelschulen) als für viele dieser Jugendlichen spezifische institutionelle Kontexte nur vereinzelt im Fokus wissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Ähnlich formulieren dies auch die Autorinnen und Autoren der JuCo-Studie (Andresen u.a. 2020b). Sie heben hervor, dass Jugendliche an Förderschulen bzw. Jugendliche mit einer Behinderung in den Corona-Debatten völlig aus dem Blick der öffentlichen Diskussion geraten sind (ebd., S. 16). In der Stichprobe der zweiten Auflage der JuCo-Studie vom November 2020 sind Jugendliche und junge Menschen mit Beeinträchtigung enthalten. Eine eigene Auswertung dieser 4 Prozent ausmachenden Befragtengruppe steht jedoch noch aus (Andresen u.a. 2020a).

Wie junge Menschen, die ihr Aufwachsen vor dem Hintergrund einer körperlichen, sensorischen, kognitiven oder seelischen Beeinträchtigung bewältigen, die Zeit der Corona-Pandemie und die darauf bezogenen gesellschaftlichen Infektionsschutz-Maßnahmen erleben und bewerten, kann derzeit empirisch nicht beantwortet werden. Es besteht damit eindeutiger Forschungsbedarf. Dieser muss sich auf zwei Perspektiven beziehen: Zum einen auf die möglicherweise mit einer Beeinträchtigung verbundene spezifische Lebenssituation junger Menschen mit Behinderung, zum anderen – unter der Perspektive auf Teilhabe – auf potentielle Barrieren wie erleichternde Bedingungen für die Teilhabe junger Menschen mit Behinderung. Jugendliche mit Behinderung zunächst und in erster Linie als Jugendliche zu sehen, bedeutet, die für sie wichtigen Lebensbereiche wie Freizeit, Freundschaften, Mobilität oder Schule zum Forschungsgegenstand zu machen. Eine in dieser Weise ausgerichtete Forschung wirkt einer einseitigen, defizitorientierten Perspektive auf (junge) Menschen mit Behinderung entgegen. Sie bietet gleichzeitig eine Grundlage, sich wissenschaftlich wie gesellschaftlich mit der Lebenssituation einer wenig beachteten Gruppe von Menschen tiefer auseinanderzusetzen und diese im Kontext der Pandemie-debatte sowie auch darüberhinausgehend im Rahmen der Inklusionsdebatte zu diskutieren.

Auf eine Formel gebracht muss es folglich Ziel künftiger Forschungsvorhaben sein, die drei Themen Jugend – Behinderung – Corona zu verbinden. Resultierende Forschungsergebnisse können dazu beitragen, gesellschaftliche Bedingungen für und mit jungen Menschen so zu gestalten, dass diese ihren Alltag und ihre sozialen Bezüge ihren Wünschen und Bedarfen entsprechend leben können. Wie für alle anderen Jugendlichen gilt auch für Jugendliche mit Behinderung, dass es – im Sinne einer jugendpolitischen Forderung – Zielstellung gesellschaftlichen Handelns sein muss, „Jugend zu ermöglichen“ (15. Kinder- und Jugendbericht, Deutscher Bundestag 2017). Für junge Menschen mit Behinderung kann diese allgemeine Formulierung dahingehend ergänzt werden, dass mit Corona verbundene spezifische Teilhabebarrieren möglichst vermieden bzw. verringert werden sollen.

Literatur

- Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröder, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020a): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ – Jugendalltag 2020. Wiesbaden
- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröder, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020b): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim
- Bellacicco, Rosa/lanes, Dario (2020): Distance teaching under lockdown. Teachers' perceived impact on the inclusion of students with disabilities. In: L'Integrazione scolastica e sociale, 19. Jg., H. 3, S. 25-47
- Bešić, Edvina/Holzinger, Andrea (2020): Fernunterricht für Schüler*innen mit Behinderungen: Perspektiven von Lehrpersonen. In: Zeitschrift für Inklusion, H. 3
- Deutscher Behindertenrat (2020): DBR-Forderungspapier - Gleiche Teilhabe sicherstellen! Die Corona-Krise aus Sicht von Menschen mit Behinderung: Analysen und Forderungen. Deutscher Behindertenrat. Berlin
- Deutscher Bundestag (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin
- DIMDI (2005): ICF als Klassifikation der Komponenten von Gesundheit. Köln
- Nakao, Christiane/Preissing, Sonja/Sen, Katrin/Essen, Fabian van (2020): Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Handlungsfelder der sozialen Arbeit in der Lebensspanne. Perspektiven aus Forschung und Lehre. In: IUBH Discussion Papers - Sozialwissenschaften, 1. Jg., H. 6, S. 1–33
- UN-BRK (2017): Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-BRK). Die amtliche, gemeinsame Übersetzung von Deutschland, Österreich, Schweiz und Lichtenstein. Berlin

4 Zur Situation von LSBT*Q Jugendlichen während der Corona-Pandemie

Claudia Krell

4.1 Einleitung

Für junge Menschen stellt der Kontakt und Umgang mit Gleichaltrigen eine zentrale Rolle in der Entwicklung hin zum Erwachsenenalter dar. Im Zuge der entwicklungstypischen Ablösung vom Elternhaus wächst die Bedeutung von Peers sowie der Anteil an mit ihnen verbrachter Zeit – Freund_innen werden zu Vertrauten und Verbündeten. Sowohl in formalen bzw. zweckgebundenen Zusammenschlüssen wie Schulklassen oder Vereinen als auch in informellen, selbstgewählten Kontexten wie Freundesgruppen oder Cliques und nicht zuletzt in engen individuellen Beziehungen zu besonderen Freund_innen (15. Kinder- und Jugendbericht) sammeln Jugendliche zwischenmenschliche Erfahrungen, testen Grenzen, bilden Interessen und eigene Positionen aus, erleben und bieten Unterstützung oder sind einfach „nur jung“. Insbesondere in der Freizeit, die weniger fremdbestimmt ist als das Schul- oder Ausbildungsleben oder bestimmte familiäre Bereiche, haben junge Menschen individuelle Gestaltungsspielräume, können eigene Interessen verfolgen, erleben Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit, gehen Schritte der Verselbstständigung und probieren sich alterstypisch aus (vgl. exemplarisch Hurrelmann 2010). Peerbeziehungen und die Freizeit sind für junge Menschen zentrale Sozialisationsbereiche und damit unverzichtbar.

Im Frühjahr 2020 brachen als Folge der Covid-19 Infektionsschutzmaßnahmen zum einen soziale Unterstützung bzw. Kontakte zu Peers weg, zum anderen wurden Möglichkeiten der freien Zeitgestaltung, z.B. durch Ausgangssperren und Schließung von nicht systemrelevanten Strukturen, massiv eingeschränkt. Die Situation von Jugendlichen wurde im Pandemiegeschehen lange Zeit lediglich unter dem Aspekt der schulischen Bildung betrachtet bzw. auf diese reduziert. Weitere alters- und entwicklungstypische Bedürfnisse fanden keinen Platz bzw. wurden, wenn junge Menschen sie lebten, als negativ, gefährlich und egoistisch bewertet. Erst nach und nach drangen die Verluste der jugendlichen Generation deutlicher zu Tage: Feiern von Schulabschlüssen fielen ebenso aus wie geplante Auslandsaufenthalte, Treffen mit Freund_innen in unterschiedlichen jugendrelevanten Locations können nur in kleinen Gruppen bzw. durch die Schließung von Bars und Clubs überhaupt nicht mehr erfolgen, im öffentlichen Raum fallen Ansammlungen von Menschen auf, die den Hygienemaßnahmen widersprechen. Auch jugendrelevante Räume wie Jugendzentren oder -gruppen, Freizeitheime und -treffs unterlagen bzw. unterliegen inzwischen wieder Schließungen. Der Rückzug mit Freund_innen ins Private ist aufgrund der Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie kaum mehr möglich. Für alle Jugendlichen stellen die Jahre der Pandemie eine besondere Belastung dar. Es ist allerdings davon auszugehen, dass junge Menschen, die in für sie problematischen

Familienkonstellationen leben, nochmal deutlich mehr belastet sind. Zum einen durch die Reduzierung auf ihr nahes Familienumfeld durch die Ausgangsbeschränkungen und zum anderen durch die Einschränkung von sozialen Kontakten insbesondere zu Gleichaltrigen bzw. Freund_innen sowie den Wegfall jugendrelevanter Strukturen.

Der vorliegende Artikel befasst sich mit der Frage, was der Verlust sozialer Unterstützung z.B. durch Freund_innen und die Schließung von Jugendzentren bzw. -gruppen für Jugendliche bedeutet und legt hierbei den Fokus auf die Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bisexuellen¹, trans*² und queeren³ (LSBT*Q) jungen Menschen. Das Wissen darum, dass einerseits nicht wenige LSBT*Q Jugendliche in ihrem familiären Umfeld Diskriminierung bezogen auf ihre sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Zugehörigkeit erleben (vgl. exemplarisch Krell/Oldemeier 2017) und andererseits Unterstützung durch queere Jugendangebote bzw. Kontakte zu queeren Freund_innen ein wichtiges – wegen Corona wegfallendes – Unterstützungsmoment darstellen (Krell/Oldemeier 2018), verdeutlicht die Relevanz des Themas, den Einfluss der Pandemie auf LSBT*Q Jugendlichen genauer zu betrachten.

4.2 LSBT*Q Jugendliche – immer noch besonders?

Die Situation von nicht heterosexuellen bzw. nicht cisgeschlechtlichen⁴ Menschen hat sich in Deutschland innerhalb der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte auf rechtlicher wie gesellschaftlicher Ebene in einigen Kontexten durchaus verbessert. Allerdings ist sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in einer heteronormativen⁵ Gesellschaft nach wie vor nicht selbstverständlich. Das zeigt sich unter anderem an den vielen

- 1 Lesbisch, schwul und bisexuell sind drei von einer Vielzahl von Selbstbezeichnungen der eigenen sexuellen Orientierung. Diese definiert die romantische, sexuelle und/oder emotionale Anziehung im Hinblick auf die geschlechtliche Zugehörigkeit möglicher Partner_innen. Weitere Bezeichnungen sind z.B. pansexuell, asexuell oder heterosexuell.
- 2 Trans* steht für transsexuell, transgender, transident und wird verwendet, wenn das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht nicht dem geschlechtlichen Empfinden entspricht. Geschlecht bzw. die geschlechtliche Zugehörigkeit geht über das binäre Schema weiblich/männlich hinaus. Weitere Selbstbeschreibungen sind z.B. genderfluid, gender*divers, nicht binär oder inter* (intersexuell, intergeschlechtlich).
- 3 Queer wird in diesem Text als Überbegriff verwendet für sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Zugehörigkeiten, die über lesbisch, schwul, bisexuell und trans* hinausgehen. Alle möglichen Selbstbezeichnungen in einem Akronym zu vereinen, ist bisweilen schwierig bzw. unmöglich, weshalb an dieser Stelle von queer gesprochen wird.
- 4 Cisgeschlechtlich bedeutet, dass das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht mit dem geschlechtlichen Empfinden übereinstimmt.
- 5 Heteronormativität meint eine gesellschaftliche Grundhaltung, die davon ausgeht, dass es naturgegeben zwei binäre Geschlechter gibt (Frauen und Männer), die sich in ihrem Begehren aufeinander beziehen. Heteronormativität ist vielen Menschen nicht bewusst und wird häufig erst sichtbar oder in Frage gestellt, wenn Personen heteronormative Erwartungen nicht erfüllen. Schlussendlich beeinflusst sie jedoch nicht nur das Leben von LSBT*Q Personen, sondern von allen Menschen, weil sie deren freie Entwicklung einschränkt, z.B. durch die Zementierung von „traditionellen“ Geschlechterrollen.

Fußnoten, die für das Verständnis dieses Textes notwendig sind. Um eine gemeinsame Wissensbasis zu schaffen und das Anliegen bzw. die Schlussfolgerungen dieses Textes gut nachvollziehbar zu machen, wird deshalb zu Anfang ein Blick auf die Lebenssituationen von LSBT*Q Jugendlichen geworfen.

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und queere Jugendliche haben zum Teil schon relativ früh im Kindesalter das unbestimmte Gefühl, „anders“ als die anderen zu sein. Oft verstärkt sich dieses Empfinden und die Auseinandersetzung damit mit Eintritt der Pubertät. Für viele LSBT*Q Jugendliche ist die Zeit der Bewusstwerdung, ihr inneres Coming-out, mit Unsicherheit, Ängsten und Sorgen verbunden (Krell/Oldemeier 2017), weil ihnen nach und nach bewusst wird, dass sich ihr Erleben außerhalb heteronormativer Erwartungen bewegt. Auch heute noch ist es notwendig, dass junge Menschen (und nicht nur diese) ihre sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Zugehörigkeit benennen bzw. erklären müssen, um die ihnen entgegengebrachte Vorannahme eines heterosexuellen bzw. cisgeschlechtlichen Erlebens zu korrigieren (Krell/Gaupp 2020).

Die Auseinandersetzung mit der eigenen sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Zugehörigkeit sowie dem Umgang damit ist dabei nur eine Entwicklungsaufgabe des Jugendalters (Oerter/Montada 2002). LSBT*Q Jugendliche stehen vor jugendspezifischen Anforderungen, haben individuelle Interessen, unterschiedliche familiäre Hintergründe, Vorlieben und Abneigungen wie ihre cisgeschlechtlichen, heterosexuellen Peers auch. Gleichzeitig befinden sie sich jedoch in einer besonderen Lebenssituation, die vom gesellschaftlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und daraus resultierenden Herausforderungen verbunden ist – was nicht ohne Folgen bleibt (HRC 2012). In einer US-amerikanischen Studie beschrieben LSBT*Q Jugendliche vor allem Schwierigkeiten und Wünsche, die sich für sie aus ihrem Aufwachsen in einer heteronormativen Umwelt ergeben (ebd.). Als aktuelle Probleme in ihrem Leben nannten sie beispielsweise nicht akzeptierende Familien und Mobbing in der Schule (ebd.). Heterosexuelle und cisgeschlechtliche Jugendliche gaben vor allem Probleme mit Schulleistungen und Prüfungen, mit ihrer finanziellen Situation und ihrem Aussehen an (ebd.). Diese Sorgen haben LSBT*Q Jugendliche auch, allerdings treten sie hinter die Probleme zurück, die sich durch einen oft inadäquaten Umgang mit ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Zugehörigkeit ergeben.

LSBT*Q Jugendliche erleben ihr Heranwachsen und ihre Adoleszenz damit unter der Bedingung einer nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechenden sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Zugehörigkeit. Auch ohne eine Pandemie kann dies schwerwiegende Folgen für diese Jugendliche haben: Belastungsfaktoren wie erlebte oder antizipierte Homo- bzw. Trans*feindlichkeit, Gewalterfahrungen, Befürchtungen beim inneren wie äußeren Coming-out, medizinische und rechtliche Transitionsprozesse oder Mobbing in der Schule wirken als Stressoren auf die Personen ein, können sich potenzieren und in psychischen Erkrankungen manifestieren (Plöderl 2016). LSBT*Q Jugendliche entwickeln aufgrund ihrer erhöhten Vulnerabilität im Vergleich zu heterosexuellen und cisgeschlechtlichen Jugendlichen häufiger psychische Erkrankungen wie Depressionen oder Angststörungen, haben ein größeres Suizidrisiko sowie einen höheren Substanzkonsum (ebd.). Hierbei handelt es sich ursächlich nicht um individuelle Probleme der Jugendlichen, sondern um

Reaktionen auf (nicht erfüllbare) Erwartungen und Ansprüche einer heteronormativen Gesellschaft.

Belastungen und besondere Herausforderung sind häufig Teil des Aufwachsens von LSBT*Q Jugendlichen, die jedoch nicht bei allen LSBT*Q Jugendlichen zu den beschriebenen möglichen Problemen führen. Viele leben in einem unterstützenden oder neutralen Umfeld, haben Strategien entwickelt, mit Anforderungen oder Diskriminierungen umzugehen und navigieren durch einen jugendlichen Alltag, der in ähnlichem Maße von Hochs und Tiefs bestimmt wird, wie der ihrer heterosexuellen und cisgeschlechtlichen Peers. Zwei Kontexte, die bei der Entwicklung von LSBT*Q Jugendlichen bzw. mit Blick auf die Auswirkungen durch die Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von Covid-19 besonders wichtig bzw. interessant sind, sind die Familien sowie die Freizeit der jungen Menschen.

4.3 Erfahrungen in der Familie

Während sogenannter Lockdowns reduziert sich der Bezugsrahmen von jungen Menschen durch die Kontaktbeschränkungen, die Beschränkung von Freizeitmöglichkeiten sowie Schulschließungen v.a. auf ihr häusliches Umfeld. Diese Situation kann für LSBT*Q Jugendliche spezifische Konsequenzen haben. Diese benennen beispielsweise seltener eine Vertrauensperson in ihrem nahen Familienumfeld als heterosexuelle und cisgeschlechtliche Jugendliche (Trevor Project 2020). Sie haben damit geringere Chancen, sich bei Problemen an eine unterstützende Person aus dem Familienkreis wenden zu können und laufen eher Gefahr, wegen ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Zugehörigkeit abgelehnt zu werden.

„(...) in contrast with other vulnerable youth groups such as minority ethnic youth who generally do not face problems of racism and religious intolerance within their own families, for gays and lesbians abuse often begins at home (...)”.

(ilga europe 2006, S. 7)

Diskriminierungserfahrungen im familiären Kontext sind vielfältig. Häufig erleben die jungen Menschen, dass ihre sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Zugehörigkeit nicht ernst genommen, absichtlich ignoriert oder nicht mitgedacht wird (Krell/Oldemeier 2017). Es passiert auch, dass sie beleidigt oder beschimpft werden oder dass ihre sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Zugehörigkeit überbetont wird (ebd.). Strafen und Gewalt werden angedroht und mitunter auch umgesetzt (ebd.). Zum Teil schwelen familiäre Konflikte jahrelang, verstärken sich nach dem Coming-out und können bis zu Kontaktabbrüchen führen.

„Dann [nach dem Coming-out gegenüber der Mutter; Anmerkung d. A.] gab es einen großen Streit (...) das Thema kam dann immer wieder auf und in den folgenden Monaten verschärfte sich das dann so ein bisschen das Problem und ich hab´ halt, also meine Mutter hat mich nicht mit Romy angesprochen und ich fühlte mich dann irgendwie total übergangen und sie hat auch so ein bisschen absichtlich gestichelt, absichtlich den falschen Namen verwendet und so. Wir hatten immer mehr Streit und letzten Endes hat sie mich dann rausgeworfen, genau, aber das war so eine Nacht- und Nebelaktion eher, also weiß ich noch, abends war das, da stand ich dann vor der Tür.“

(Romy, 27 Jahre) (Krell/Brodersen 2020)

Um Problemen zu entgehen, vermeiden manche LSBT*Q Jugendliche im familiären Umfeld, insbesondere gegenüber den Eltern, ein Coming-out und leben dort ein möglichst distanziertes und unauffälliges Leben.

„Also, es weiß bis jetzt niemand aus meiner Familie. Ich glaub', ein Großteil meiner Familie ist tatsächlich halt, so homophob oder transphob, also sehr, ziemlich konservativ. (...) Und Zuhause, bin ich ziemlich verschlossen. Also, meine Eltern wissen tatsächlich sehr sehr wenig über mich. (...) da bin ich auf jeden Fall verschlossen und rede nur über Sachen, die auf etwas völlig anderes hinweisen.“

(Leonid, 18 Jahre) (Krell/Brodersen 2020)

Ein Teil der LSBT*Q Jugendlichen erfährt in ihrem familiären Umfeld daher nicht Sicherheit und Geborgenheit, sondern erlebt mit der eigenen sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Zugehörigkeit missverstanden, lächerlich gemacht oder ignoriert zu werden. Diese Probleme können sich im Kontext der Pandemie ggfs. verstärkt zeigen:

„In addition to social distancing, isolation and potential quarantine, you may be either in close quarters with family members with whom you have had conflict based on your identity, or find yourself separated from family members/loved ones who have been a support to you in the past (...)“.

(Trevor Projekt 2020, o.A.)

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie reduziert das soziale Umfeld auf die engste Familie bzw. die Personen, mit denen die Jugendlichen in einem Haushalt leben. Bei Konflikten und Diskriminierung können die jungen Menschen schlechter ausweichen, weil das Verlassen der Wohnung mit Auflagen verbunden ist. Sie haben nicht die Möglichkeit, sich in gewünschtem Umfang mit Freund_innen zu treffen, durch persönliche Gespräche Unterstützung und Rückhalt zu erfahren, ihrem Ärger und ihren Verletzungen im Beisein von Freund_innen Raum zu geben oder sich durch gemeinsame Aktivitäten abzulenken.

Zudem ist zu befürchten, dass aufgrund der Gesamtsituation in schwierigen familiären Kontexten negative Ereignisse, Spannungen und Verletzungen verstärkt auftreten. Dabei sind für LSBT*Q Jugendliche zwei mögliche Szenarien denkbar:

Geht die Familie davon aus, dass die junge Person heterosexuell bzw. cisgeschlechtlich ist, wird sie dauerhaft bzw. wiederholt mit heteronormativen Erwartungen konfrontiert, muss sich verstellen und ggf. in ihrem Verhalten und Erleben einschränken oder wird mit dem falschen Pronomen und Namen angesprochen.

Hat es ein Coming-out in der Familie gegeben und verlief dies nicht gut, können Konflikte und Diskriminierung bzgl. der sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Zugehörigkeit auftreten bzw. sich verstärken.

Neben Freund_innen können zudem mögliche Partner_innen nicht getroffen oder mit nach Hause gebracht werden – entweder, weil die Familie nichts über die Beziehung weiß oder diese ablehnt bzw. weil Kontakte generell reduziert werden müssen. Auch fehlen entlastende Zeiten außerhalb der Familie etwa durch den Schulbesuch und die Teilnahme an Freizeit- und Bildungsangeboten.

4.4 Freundschaften, Aktivitäten in der Freizeit und Angebote der offenen Jugendarbeit

Freundschaften sind – wie eingangs beschrieben – eine wichtige Ressource für Jugendliche. Für viele LSBT*Q Jugendliche ist es der_die beste Freund_in, mit dem_der sie das erste Mal über ihre sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Zugehörigkeit sprechen, häufig werden die Reaktionen hierauf als sehr positiv, unterstützend und bestärkend beschrieben. Die Relevanz von Freundschaften aber auch die Gefahr einer gewissen Instabilität wird auch darin deutlich, dass die größte Sorge vor dem ersten äußeren Coming-out im Verlust von Freund_innen besteht (Krell/Oldemeier 2015). Enge, verlässliche Freundschaften sind gerade im Jugendalter von zentraler Bedeutung – allerdings werden sie als fragiler wahrgenommen als z.B. die Beziehung zu den Eltern. Die Angst vor einem Verlassenwerden nach einem Coming-out beschreiben LSBT*Q Jugendliche eher in Bezug auf Freundschaften als auf familiäre Beziehungen. Für Freundschaften von LSBT*Q Jugendlichen sind im Wesentlichen nicht die sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Zugehörigkeit der_des Freundin_Freundes ausschlaggebend. Beispielsweise gaben rund 60% der Teilnehmenden der Studie „Queere Freizeit“ an, dass weniger als die Hälfte bzw. niemand aus ihrem Freundeskreis selber LSBT*Q ist (Krell/Oldemeier 2018). Nicht cisgeschlechtliche Jugendlichen haben allerdings häufiger einen deutlich queereren Freundeskreis als lesbisch, schwule oder bisexuelle junge Menschen (Krell/Oldemeier 2018).

Neben der Nutzung von allgemeinen jugendrelevanten Freizeitkontexten (z.B. Internet, Sport, (jugend)kulturelle Orten wie Clubs oder Konzerte, öffentlicher Raum, Orte der Jugendarbeit) besucht ein Teil der LSBT*Q Jugendlichen mit anderen (queeren) Freund_innen LSBT*Q -spezifische Jugendgruppen oder -zentren. Ein wesentlicher Anreiz für den Besuch eines solchen Angebotes ist die Möglichkeit, dort andere LSBT*Q Jugendliche kennenzulernen. LSBT*Q -spezifische Jugendangebote eröffnen darüber hinaus weitere Chancen: Sie werden von vielen LSBT*Q Jugendlichen als „Safe Space“ beschrieben, wo sie sich erholen und „einfach jugendlich“ sein können. Sie haben dort die Möglichkeit, offen über Themen zu sprechen, die ohne Coming-out nicht möglich wären. So ist es beispielsweise schwierig über Fragen zu sprechen, die mit dem Verliebtsein in eine gleichgeschlechtliche Person zusammenhängen, ohne dass dabei die eigene sexuelle Orientierung oder der Mensch, um den es geht, zur Sprache kommt. Auch Ängste bezüglich pubertätsbedingter körperlichen Veränderungen können schlecht angesprochen werden, ohne das eigene nicht cisgeschlechtliche Erleben zu benennen. Geht es um Diskriminierungserfahrungen oder Probleme mit dem Coming-out in der Schule, in der Familie oder in einem anderen Lebenskontext, steht die eigene sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Zugehörigkeit ohnehin im Fokus. LSBT*Q Jugendgruppen oder -zentren bieten damit einen Raum, um spezifische Informationen auszutauschen, Freundschaften mit anderen LSBT*Q Jugendlichen einzugehen, sich in Beziehungen auszuprobieren und Rollenmodelle zu erleben – sowohl durch andere Besucher_innen als auch durch Pädagog_innen. LSBT*Q Einrichtungen dienen auch als Räume, in denen Jugendliche ihre Freizeit nach eigenen Vorstellungen gestalten können, Partizipation und bei Bedarf Unterstützung erleben. Insgesamt gibt es in

Deutschland relativ wenige Jugendzentren, die ihr Angebot dezidiert an LSBT*Q Jugendliche richten. Schätzungsweise sind es etwas weniger als 20.⁶

Im Alltag der jungen Menschen brechen im Frühjahr 2020 durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie vertraute und hilfreiche Strukturen weg. Freund_innen in der Schule und in der Freizeit zu treffen ist nur mehr eingeschränkt möglich. LSBT*Q Jugendzentren sind geschlossen, selbstorganisierte LSBT*Q Jugendgruppen finden nicht mehr statt, Gespräche mit anderen queeren Jugendlichen oder den dortigen Mitarbeiter_innen gibt es in der gewohnten Form nicht mehr. Digitale Medien ermöglichen zwar Kontakte, diese haben allerdings eine andere Qualität als persönliche Treffen. Zudem sind digitale Zugänge nur nutzbar, wenn die jungen Menschen über eigene bzw. für sie zugängliche Endgeräte wie Smartphones oder Laptops und einen Internetzugang verfügen. Auch weitere notwendige Maßnahmen wie z.B. Termine mit Therapeut_innen oder ärztliche Besuche z.B. mit Blick auf Hormongaben bei trans* oder gender*diversen Jugendlichen sind schwieriger umsetzbar.

Aus einer internationalen Perspektive hat sich Trevor Projekt⁷ mit den Auswirkungen von COVID-19 auf die gesundheitliche Situation von LSBT*Q Jugendlichen befasst. Die Beteiligten gehen davon aus, dass die Pandemie-Situation schwerwiegende Effekte für diese Gruppe junger Menschen hat. Haben sie zwar einerseits den bisherigen Erfahrungen nach ein geringeres Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken, als beispielsweise Menschen, die aufgrund ihres Alters oder eine Erkrankung einer Risikogruppe angehören, sind sie auf der anderen Seite „nicht immun gegen die Folgen“ (Trevor Project 2020), die die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie insbesondere für junge Menschen mit sich bringen. Sie erleben – so wie ihre heterosexuellen, cisgeschlechtlichen Peers auch – den Verlust eines „normalen“ Alltags u.a. durch Schulschließungen, fehlende soziale Kontakte, wegbrechende Freizeitgestaltung und ausbleibende jugendtypische Erfahrungen (wie z.B. Abschlussfeiern oder Auslandserfahrungen). Neben den mit der aktuellen Situation verbundenen Ängste, die sowohl die Gegenwart als auch die Zukunft betreffen, sind LSBT*Q Jugendliche in besonderer Weise davon bedroht, Belastungen und Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer LSBT*Q Zugehörigkeit in einem auf die Familie konzentrierten sozialen Umfeld zu erleben.

6 Über die Schaffung bzw. das Bestehen von spezifischen Räumen und Angeboten für LSBT*Q Jugendliche wird viel diskutiert, weil dies immer mit der Frage nach deren Besonderung, spezieller Vulnerabilität und erhöhtem Unterstützungsbedarf verknüpft ist (Schirmer 2017). Allerdings zeigt sich der Bedarf nach spezifischen Angeboten für LSBT*Q Jugendliche sowohl in der offenen Kinder- und Jugendarbeit als auch im Kontext stationärer Jugendeinrichtungen (Pröpfer 2020).

7 Das Trevor Projekt ist die weltweit größte Organisation zur Suizidprävention und Krisenintervention bei LSBT*Q Jugendlichen mit Sitz in West Hollywood (www.thetrevorproject.org).

4.5 Corona-kompatible Wege einer LSBT*Q-spezifischen Jugendarbeit und mögliche Schwierigkeiten in deren Umsetzung

Die Situation der offenen Kinder- und Jugendhilfe, der Mitarbeitenden sowie der Kinder und Jugendlichen selbst wird seit Beginn der Pandemie als kompliziert beschrieben:

„Leider sind die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit auf der Ebene der Bundespolitik und in vielen Bundesländern teilweise vollkommen aus dem Blickfeld verschwunden. Was aber noch schwerer wiegt: auch die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sind mit der Corona-Pandemie vollkommen vernachlässigt.“
(Rohde 2020)

Es ist die grundsätzliche Aufgabe der öffentlichen Jugendhilfeträger, gemeinsam mit den freien Trägern, Verbänden und Jugendgruppen Angebotsformen zu entwickeln und bereit zu stellen, um den Aufgaben der Jugendhilfe bzw. Jugendarbeit in angemessenem Maße nachzukommen. Es ist explizit benannt, dass sie die Bedarfe aller Jugendlichen in den Blick nehmen muss, was auch die Berücksichtigung von LSBT*Q Jugendlichen umfasst. Mitarbeiter_innen offener Jugendangebote mussten während der, durch Covid-19 veränderten Situation, schnell auf diese reagieren und haben in vielfältiger Weise versucht, trotz der Schließung von Einrichtungen und Kontakteinschränkungen mit „ihren“ Jugendlichen in Verbindung zu bleiben. Hierfür wurde eine Reihe von kreativen Ideen entwickelt (vgl. weiterführend Voigts 2020). Vermutlich sind LSBT*Q Jugendliche jedoch auf diesen neuen Wegen zum Teil schwieriger zu adressieren, da das verbindende Moment (im Sinne des Motivs für den Besuch bestimmter Angebote) nicht in der räumlichen Nähe des Stadtviertels besteht, in dem sie leben, sondern in ihrer nicht heterosexuellen Orientierung bzw. nicht cisgeschlechtlichen Zugehörigkeit.

Unter diesem Aspekt sollen verschiedene neue Wege der Jugendarbeit in Augenschein genommen und auf ihre Passung für die LSBT*Q Jugendarbeit hin überprüft werden.

Lokale Angebote im Stadtviertel

LSBT*Q Jugendangebote wenden sich mit ihrem Angebot nicht in erster Linie an junge Menschen aus dem Stadtviertel oder dem näheren Einzugsgebiet. Vielmehr ziehen sie häufig junge Menschen aus einem sehr großen Umkreis an. Weil queere Angebote selten sind, nehmen LSBT*Q Jugendliche oft weite Wege in Kauf. Öffentliche Aktionen, über die allgemeine Jugendzentren ihre Besucher_innen im Stadtviertel erreichen können, z.B. Grußbotschaften mit Kreide auf dem Boden, haben dementsprechend im Kontext queerer Angebote weniger Wirkung. Gleiches gilt für Flyer oder Plakate, die im Viertel aufgehängt bzw. verteilt werden. Auch eine aufsuchende Jugendarbeit im öffentlichen Raum in einem bestimmten Stadtgebiet ist schwierig, weil viele Jugendliche nicht im nahen Einzugsgebiet des Jugendzentrums leben.

Verlagerung in den öffentliche Raum

Aktivitäten bzw. Kontakte in den öffentlichen Raum zu verlagern, ist für queere Angebote zwar grundsätzlich möglich, allerdings stellt sich die Frage, ob ein solches Arrangement für LSBT*Q Jugendliche gut nutzbar ist. So können beispielsweise Treffen und Beratung während eines „Walk and Talk“ im öffentlichen Raum stattfinden. Dabei sind Kontakte bzw. Angebote „to go“ durch ihre öffentliche Sichtbarkeit für manche LSBT*Q Jugendlichen schwierig. Backen beispielsweise Mitarbeiter_innen eines LSBT*Q Angebotes Kuchen oder Pizza für ihre Besucher_innen, die dann am Fenster oder der Gartentür der Einrichtung an die jungen Menschen ausgegeben werden – verbunden mit einem kurzen Gespräch – können LSBT*Q Jugendliche dies nicht nutzen, wenn sie dort nicht gesehen werden wollen.

Die entstehende Sichtbarkeit bei der Nutzung des öffentlichen Raums kann somit ein Hindernis darstellen, weil Jugendliche teilweise nicht als zur Gruppe von LSBT*Q Personen zugehörig identifiziert werden wollen und weil der öffentliche Raum wenig Sicherheit bietet bzw. einen Lebensbereich darstellt, in dem es häufig zu Diskriminierung gegenüber LSBT*Q Personen kommt (Krell/Oldemeier 2018; Deutscher Bundestag 2019).

Kontaktaufnahme zu Hause

Gerade jüngere LSBT*Q Jugendliche über Briefe, Besuche oder Anrufe zu Hause bei den Eltern zu erreichen, ist nur möglich, wenn sichergestellt ist, dass ihnen dadurch kein Nachteil oder Schaden entsteht. Wenn die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Zugehörigkeit im Elternhaus nicht bekannt oder problembesetzt ist, ist der Besuch einer Person aus dem Jugendzentrum ebenso unpassend, wie Grüße und eine Einladung auf einer Regenbogenpostkarte vom Jugendzentrum.

Digitale Medien als Zugang

Digitale Medien sind ein Kommunikationsweg, über den Jugendarbeit in Zeiten von Corona durchaus möglich ist. Zwar sind der persönliche Kontakt und die Kommunikation im offenen Angebot dadurch nicht zu ersetzen, dennoch bieten sich digitale Möglichkeiten der Kontaktaufnahme, Kontaktpflege und Freizeitbeschäftigung.

So können beispielsweise auf den von jungen Menschen genutzten Plattformen (wie z.B. Instagram) Bastelanleitungen, Rezepte oder ähnliches bereitgestellt werden und die jungen Menschen können eingeladen werden, ihre Ergebnisse dort wiederum online zu präsentieren. Challenges oder das Drehen und Hochladen eines kleinen Videoclips können ebenfalls solche Angebote darstellen. Hier müssen queere Jugendeinrichtungen prüfen, wie sie das verbindende Thema der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in solche Angebote integrieren können.

Damit Minderjährige an Online-Gruppenangeboten teilnehmen können, braucht es teilweise eine Zustimmung der Eltern. Dies ist für Jugendliche nicht möglich, deren Eltern nichts von ihren Aktivitäten in einer queeren Jugendgruppe wissen oder diese ablehnen. Um an Online-Angeboten teilzunehmen (z.B. einem gemeinsamen Online-Game), braucht es zudem ein eigenes geeignetes Endgerät mit Internetverbindung sowie einen ruhigen, unbeobachteten Ort. Nicht zuletzt stellen sich Fragen des Datenschutzes, wenn z.B. Messenger und Plattformen diesbezüglich unsicher

sind, von den Mitarbeiter_innen eines Jugendzentrums aber verwendet werden müssen, wenn sie mit ihren Jugendlichen in Kontakt treten bzw. bleiben wollen.

In der Befragung von Gunda Voigts (2020), die sich mit der Jugendarbeit während Corona in Hamburg befasst, wurde von den Mitarbeiter_innen verschiedener Angebote der allgemeinen offenen Jugendarbeit erfragt, welche Themen die Jugendlichen in dieser Zeit in Gespräche eingebracht haben. Nach Schulproblemen (57%; trotz bzw. wegen Schulschließung), waren dies die Corona-Pandemie selbst (46%), Freundinnen und Freunde (43%), Freizeit/Hobbies (49%), die persönliche Zukunftsperspektive (Schule, Ausbildung, 37%) und auf Platz sechs familiäre Probleme (34%). Seltener wurden die Themen Geld (20%) und Liebe/Sexualität (17%) genannt (Voigts 2020, S. 23). Folgende Wünsche und Bedarfe nahmen die Mitarbeiter_innen und in dieser Zeit bei den jungen Menschen wahr: Wieder in die Einrichtung kommen (76%), Treffen mit Peers im öffentlichen Raum (66%), emotionale Unterstützung und persönliche Beratung (je 45%) (ebd.). Diese Zahlen machen deutlich, wie wichtig Orte der Jugendarbeit für junge Menschen sein können, da sie genau auf diese Bedürfnisse antworten.

Jugendarbeit hat in Zeiten von Corona versucht, neue und kreative Wege zu gehen und wird unter Berücksichtigung der aktuellen Pandemie-Situation wohl auch zukünftig noch länger gefordert sein, diese Möglichkeiten auszubauen bzw. zu optimieren. Mit Blick auf queere Jugendfreizeitkontexte ist dabei folgende Besonderheit zu beachten: Es gibt nur relativ wenige „professionelle“ LSBT*Q Jugendangebote mit entsprechenden technischen, personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen. „Professionell“ meint an dieser Stelle, dass die Angebote über eigene Räume verfügen, finanziell gut ausgestattet sind und dass dort sozialpädagogisch ausgebildete Fachkräfte arbeiten. Deutlich mehr LSBT*Q Jugendgruppen sind von LSBT*Q Jugendlichen selbst organisiert, verfügen über keine finanzielle Ausstattung und können keine eigenen Räume nutzen – wenn Cafés oder Bars schließen müssen, brechen zum Beispiel deren Treffpunkte weg. Gerade für diese selbstorganisierten Strukturen stellt sich die Frage, wie sie in Zeiten der Corona-Pandemie aufrechterhalten werden können.

4.6 Zusammenfassung

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie führen zu einer Reihe gravierender Einschnitte im Leben (nicht nur) junger Menschen. Einer davon ist, neben dem Wegbrechen jugendspezifischer Strukturen, die Einschränkung wichtiger sozialer Kontakte bei gleichzeitiger Reduktion auf die Personen im eigenen Haushalt. Die Folgen dieser Veränderungen gehen möglicherweise bei LSBT*Q Jugendlichen über die negativen Auswirkungen bei ihren heterosexuellen bzw. cisgeschlechtlichen Peers hinaus. Ein Teil der LSBT*Q Jugendlichen wies schon vor der Pandemie eine größere Vulnerabilität z.B. bezüglich Depressionen, Angststörungen, selbstverletzendem Verhalten oder Suizidalität auf. Davon ausgehend gelten LSBT*Q Jugendliche als besonders anfällig für negative psychische Auswirkungen im Zusammenhang mit COVID-19, vor allem durch die Kombination von hoher psychischer Belastung und dem Kontaktverlust zu wichtigen Bezugspersonen durch Social Distancing (Trevor Projekt 2020).

Zur Bewältigung der pandemiebedingten Herausforderungen von LSBT*Q Jugendlichen ist es notwendig, die vorhandene Infrastruktur an LSBT*Q spezifischen Angeboten bestmöglich aufrechtzuerhalten bzw. umzugestalten, wofür es vor allem finanzielle Ressourcen braucht. Dadurch könnten mehr Stunden für Mitarbeiter_innen finanziert, technische Voraussetzungen für digitale Jugendarbeit geschaffen, Materialien angeschafft und ggf. Räume finanziert werden, in denen sich junge Menschen unter Berücksichtigung von Hygienemaßnahmen sicher treffen könnten.

Die Situation von LSBT*Q -Jugendlichen macht darüber hinaus auf einige Aspekte aufmerksam, die insgesamt für Jugendliche gelten. Sie erleben eine Unsicherheit in Bezug auf ihre Gegenwart und Zukunft, sehen sich mit Konflikten in ihren Familien konfrontiert, erleben das Fehlen vertrauter Freizeitorte, müssen sich mit den neuen pandemiebedingten Regelungen und Gegebenheiten arrangieren, sich möglicherweise von Träumen und Plänen verabschieden und neue schmieden. Die Perspektive von Politik und Gesellschaft fokussiert sich in dieser auf vielen Ebenen schwierigen Situation häufig auf Bildungsfragen als zentrales Thema des Jugendalters und verliert dabei aus dem Blick, dass junge Menschen auch in Zeiten von Corona die Möglichkeit haben müssen, ihre Jugend zu leben und zu gestalten.

Literatur

- Deutscher Bundestag (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht. BT-Drucksache 18/11050. Berlin
- Deutscher Bundestag (2019). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Doris Achelwilm, Dr. Petra Sitte, Simone Barrientos, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 19/12934 – Behördlicher Umgang mit Hasskriminalität gegen LSBTIQ. Berlin
- ILGA-Europe/IGLYO (2006): Social exclusion of young lesbian, gay, bisexual and transgender (LGBT) people in Europe. Brüssel
- Human Rights Campaign (HRC) (Hrsg.) (2012): Growing up LGBT in America. HRC Youth Survey Report. New York
- Hurrelmann, Klaus (2010): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim
- Krell, Claudia/Brodersen, Folke (2020): Coming-out in NRW. Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen. Eine Sekundäranalyse. München
- Krell, Claudia/Gaupp, Nora (2020): Lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und queere Jugendliche – ein Thema auch in der kulturellen Jugendarbeit. In: Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendhilfe: Offen Jugendarbeit – Praxis, Konzepte, Jugendpolitik. 2/2020, S. 6-11
- Krell, Claudia/Oldemeier, Kerstin (2018): Queere Freizeit. Inklusions- und Exklusionserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und *diversen Jugendlichen in Freizeit und Sport. München
- Krell, Claudia/Oldemeier, Kerstin (2017): Coming-out – und dann...?! Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Opladen
- Krell, Claudia/Oldemeier, Kerstin (2015): Coming-out – und dann...?! Ein DJI-Forschungsprojekt zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen. München
- Oerter, Rolf/Montada, Leo (Hrsg.) (2002): Entwicklungspsychologie. 5., vollständig überarbeitete Aufl. Weinheim
- Plöderl, Martin (2016). Out in der Schule? Bullying und Suizidrisiko bei LGBTI Jugendlichen. In: Suizidprophylaxe, 43. Jg., H. 1, S. 6–13
- Pröpfer, Stefan Maria (2020): Queere Jugendhilfe. Ausgangslage, Bedürfnisse und sozialpädagogische Begleitung junger Menschen in der Identitätsentwicklung. In: Unsere Jugend, H. 7+8, S. 299–305
- Rohde, Volker (2020): Offene Kinder- und Jugendarbeit in Zeiten der Corona-Krise. In: Bundesarbeitsgemeinschaft offene Kinder- und Jugendhilfe. Offen Jugendarbeit – Praxis, Konzepte, Jugendpolitik. 2/2020, S. 56
- Schirmer, Utan (2017): Zwischen Ausblendung und Sozialpädagogisierung? Dilemmata bei der Konstruktion von LSBT*-Jugendlichen als Zielgruppe Sozialer Arbeit. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung / Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research, 12. Jg., H. 2, S.177-189
- The Trevor Projekt (2020): National Survey on LGBTQ Youth Mental Health 2020. Los Angeles. <https://www.thetrevorproject.org/survey-2020> (7.7.2021)
- Voigts, Gunda (2020): Gestalten in Krisenzeiten: „Der Lockdown ist kein Knock-Down!“. Hamburg

5 „Jugendkrawalle“ in der Pandemie – eine neue Dimension der Jugendgewalt?

Bernd Holthusen, Sabrina Hoops, Diana Willems und Annalena Yngborn

Seit dem Frühjahr 2020 ist der Alltag geprägt von der Corona-/COVID-19-Pandemie. Darauf folgende Lockdowns und die verschiedenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie beherrschen seither die öffentliche Diskussion in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß, andere gesellschaftspolitische Herausforderungen und sog. „Megathemen“ sind dabei weitgehend in den Hintergrund getreten. Dies gilt z.B. auch für die Themen Klimawandel, Migration, Digitalisierung oder Kriminalität – Themen, die immer sehr stark mit „Jugend“ und deren Bedingungen des Aufwachsens verknüpft sind. Bestimmend sind vielmehr „Corona“, die Frage, wie wir als Gesellschaft aus der Krise herauskommen und – zumindest zeitweise – immer wieder auch der Blick auf die junge Generation bzw. auf Fragen der Bildung und Betreuung.

Am Anfang der Pandemie standen neben den Gesundheitsfragen vor allem die wirtschaftlichen Folgen im Fokus. Etwas verzögert wurde der Fokus auf das Themenfeld der Kinderbetreuung und Schulbildung erweitert. Auch dies wurde motiviert durch wirtschaftspolitische Erwägungen. Die Frage, wie es den jungen Menschen selbst geht, wie Jugendliche die Pandemie erleben, konkret: wie sie ihren Alltag gestalten und welche Probleme es gibt, oder etwas akademischer: wie sie unter diesen Bedingungen die Kernherausforderungen der Jugendphase, nämlich Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung bewältigen können (Deutscher Bundestag 2017), wurde lange Zeit vernachlässigt bzw. inhaltlich recht verengt unter der Perspektive von Qualifizierung diskutiert. Wenn überhaupt, dann galt das Interesse eher beispielsweise der Frage danach, wie zielstrebig junge Menschen ihre Abiturprüfungen absolvieren, einen Ausbildungsplatz antreten oder ein Studium beginnen könnten.

Der Fokus veränderte sich schlagartig mit den Gewaltausschreitungen im Sommer 2020 in den Innenstädten von Frankfurt und Stuttgart. Vor dem Hintergrund der gravierenden Einschränkungen anderer Freizeitmöglichkeiten im Rahmen der Pandemiemaßnahmen versammelten sich auffallend mehr Jugendliche insbesondere in städtischen öffentlichen Räumen. Durch die verdichtete Nutzung entstanden Konflikte, die immer weiter eskalierten. Die größeren aber auch kleinere lokalen Ausschreitungen lösten einige Wochen lang ein weitreichendes Medienecho aus und beunruhigten die Öffentlichkeit. Plötzlich war das journalistische Interesse am Thema „Jugend“ – wie so oft, wenn junge Menschen mit ihrem Verhalten auf Unverständnis und Kritik stoßen – groß.

Vielfach war von einem „neuen Phänomen“, von „Krawallen“ und von „Gewalteskalationen“ in den Medien zu lesen und zu hören. Aber: Handelt es sich bei den Ausschreitungen tatsächlich um ein neues Phänomen, gar eine neue Dimension

von Jugendgewalt, die – so die Pandemie länger andauert – noch weitreichendere Folgen haben wird? Was ist über die Hintergründe der Vorfälle bekannt, was über die jungen Menschen selbst? Welche allgemeinen kriminologischen Erkenntnisse zu Delinquenz im Kindes- und Jugendalter können hilfreich sein, die medial aufgegriffenen Vorfälle zu analysieren? Mit welchen (pandemiebedingten neuen) Delikten werden sie auffällig und wie wurde/wird auf straffälliges Verhalten seitens der Institutionen (die ihrerseits unter Pandemiebedingungen arbeiten müssen) reagiert?

In dem nachfolgenden Beitrag wird ein sortierender Blick auf die Ausschreitungen im Sommer 2020 geworfen. Zugleich werden Pandemiefolgen auf die nicht so in der öffentlichen Aufmerksamkeit stehenden „üblichen“ Delinquenzphänomene fokussiert. Die Frage stellt sich, was getan werden kann, um „pandemiebedingte“ Folgen für Jugendliche und junge Erwachsene im Bereich von Delinquenz nach Möglichkeit zu reduzieren und wie die beteiligten gesellschaftliche Akteure, allen voran die Kinder- und Jugendhilfe, trotz aller aktuellen Einschränkungen dieses unterstützen können.

5.1 „Krawallnächte“ in den Städten

Im Sommer 2020 prägten Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte, zerbrochene Fensterscheiben, andere Sachbeschädigungen bis hin zu Plünderereien in einer Fußgängerzone die Schlagzeilen. Unter dem Eindruck dieser Ausschreitungen von Jugendlichen und jungen Menschen in Stuttgart, Frankfurt und weiteren „kleineren“ Ereignissen an anderen Orten waren und sind Polizei, Medien und Politik auf der Suche nach Hintergründen und Auslösern für diese Vorfälle. Weitgehend unbeachtet blieb in der aktuellen Diskussion allerdings, dass der Großteil der Jugendlichen friedlich und eben nicht gewalttätig handelte. Trotz der eingriffsintensiven Pandemiemaßnahmen in das Leben der jungen Menschen verhielten sich diese ganz überwiegend überaus verantwortungsbewusst und infektionsschutzsensibel.¹ Junge Menschen machten in Interviews und Gesprächen im Anschluss an diese Ausschreitungen auf ihre Probleme aufmerksam, eigene Räume – außerhalb virtueller Räume – für sich in der Corona/Covid-19-Pandemie zu finden und verwiesen dabei auf eine von ihnen wahrgenommene, stärkere Kontrolle durch die Polizei (z.B. Stuttgarter Zeitung 2020).

Mit Blick auf die aktuelle Lebenssituation und Problemstellungen der jungen Menschen als Hintergrund der Ausschreitungen liegt es nahe, die Einschränkungen und Herausforderungen durch die Corona-Krise und der damit einhergehenden Maßnahmen aufzuzeigen. Schon seit langem wurde seitens der Kinder- und Jugendhilfe

1 Vgl. hierzu Andresen u.a. 2020. Mit zusätzlichem Blick auf Sanktionen, vgl. Habermann u.a. 2020, denen zufolge es bei dort befragten Studierenden grundsätzlich eine hohe Akzeptanz gegenüber den verhängten Maßnahmen zum Infektionsschutz gibt; allerdings wird gegen bestimmte Maßnahmen (z.B. Kontaktbeschränkungen und Mindestabstände) auch häufig verstoßen; darauf bezogene Sanktionen bei solchen Abweichungen findet unter der Mehrheit der Befragten allerdings keine volle Zustimmung (ebd.).

immer wieder kritisiert, dass Jugendlichen oftmals eigene Räume, die sie für sich ausgestalten können, fehlen. Ihr Aufenthalt im (halb)öffentlichen Raum (siehe z.B. den Diskurs um Einkaufszentren, u.a. Deinet/Thomas 2016) steht seit vielen Jahren, insbesondere in den Innenstädten, unter strenger Beobachtung von Nachbarschaften und Polizei. Der Aufenthalt, zum Teil verbunden mit Alkoholkonsum, wird an einzelnen Orten auch immer wieder mit Verboten belegt und entsprechend sanktioniert (siehe Alkoholverbot in Freiburg oder Verbot des „Cornern“ in Hamburg (Hefendehl 2014; Kemme/Teafi 2018)).² Angefangen mit der Schließung von Schulen und dann nur teilweisen Öffnung bis hin zur vollständigen Schließung von Jugendtreffs/-zentren und Clubs, Bars und Diskotheken, aber auch Sportangeboten fehlen jungen Menschen seit Corona noch mehr Räume, in denen sie sich mit ihren Freunden und Bekannten, ihrer Peer-Group treffen und austauschen können – Orte, an denen sie ausgelassen sein und feiern können. Diese Orte sind in der Pandemie, wenn überhaupt nur sehr beschränkt und unter ganz anderen Bedingungen nutzbar, als die Jugendlichen es sich wünschen würden.

Hinzu kommt, dass Jugendliche und ihre spezifischen Bedürfnisse in der öffentlichen Diskussion um Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen von Corona relativ wenig Berücksichtigung erfuhren und an dieser praktisch nicht beteiligt wurden (vgl. Andresen u.a. 2020). Der Alltag vieler Jugendlichen war/ist vielmehr geprägt durch eine offenere Tagesstruktur (u.a. durch die Schulschließungen), neue unverplante Zeit (z.B. durch die Einstellung von Sportangeboten) und fehlende Räume, um sich mit Freunden zu treffen und damit gleichzeitig Entlastung von der Arbeit, von der Ausbildung oder der Schule zu finden.

Als Erklärung für die konkreten Vorfälle lassen sich Befunde aus der Gewaltforschung heranziehen. Demnach ist bekannt, dass die Gefahr von Gewaltausschreitungen im Peer-Kontext, das heißt im Zusammensein mit Gleichaltrigen, gerade unter dem Einfluss von Alkohol (Hoops/Holthusen 2019) und in einer angespannten, aufgeheizten, unübersichtlichen Situation mit großen Gruppen erhöht ist (Görgen/Nowak 2013; Özsoz 2014). In diesem Zusammenhang kann es zu situationsdynamischen Entwicklungen kommen, die in Gewalthandlungen münden, die vorab weder geplant und wenn auch nicht überraschend – so doch nicht vorhersagbar waren. Die Auslöser für eine plötzlich eintretende Eskalation können dabei ganz unterschiedlich sein.

In Frankfurt war der Anlass der Ausschreitungen das Einschreiten der Polizei zur Bergung eines verletzten Jugendlichen bei der gewalttätigen Auseinandersetzung zweier Gruppen von Jugendlichen (wobei viele andere Gruppen von Jugendlichen

2 Dass junge Menschen sich öffentliche Räume aneignen, ist durchaus jugendspezifisch und keinesfalls als neues Phänomen zu betrachten. So verabredeten sich z.B. im ländlichen Raum in Ermangelung von Alternativen, aber auch, weil „das Draußen“ zu früheren Zeiten noch anders konnotiert war, etwa schon in den 1960er Jahren (vorzugsweise männliche) Jugendliche, vor allem an öffentlichen Plätzen (Dorfbrunnen), um sich zu treffen und bei dieser Gelegenheit auch Alkohol zu konsumieren. Auseinandersetzungen (unter den Jugendlichen) fanden in diesem Zusammenhang bereits damals statt und galten – auch damals – als „öffentliches Ärgernis“ (vgl. hier schon Matt 1995).

ebenfalls vor Ort waren). Während vorher die Gruppen gegeneinander kämpften, führte das Einschreiten der Polizei dazu, dass die vorher verfeindeten Gruppen sich gemeinsam gegen die Polizei zusammenschlossen. Davor eingesetzte Deeskalationsstrategien seitens der Polizei funktionierten mit diesen neuen Gruppenkonstellationen nicht mehr. Es kam zu einer gemeinsamen Positionierung gegenüber der Polizei (als gemeinsames „Feindbild“), die ggf. auch im Zusammenhang damit gesehen werden kann, dass die Jugendlichen sich bereits vorher gegängelt, intensiver kontrolliert und durch die Maßnahmen in ihrer Freiheit beeinträchtigt fühlten. Unklar ist auch, inwiefern die Maßnahmen der Polizei für die Jugendlichen nachvollziehbar waren (zur These eines Anstiegs von Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamten aufgrund der Kontrolle und Durchsetzung der pandemiebedingten Regelungen siehe Neubert u.a. 2020, S. 350f).

In Stuttgart war der Auslöser die Festnahme eines Jugendlichen, der aufgrund des Verdacht eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz kontrolliert wurde. Diese Kontrolle durch die Polizei war Ausgangspunkt der anschließenden Eskalation, bei der sich unterschiedliche Jugendliche gegen die Polizei solidarisierten.

Ein wichtiger Aspekt war, dass in Stuttgart, Frankfurt und auch in anderen Großstädten sehr unterschiedliche Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit ausgesprochen heterogenen Hintergründen³ und aus unterschiedlichen Szenen im begrenzten öffentlichen Raum zusammengetroffen sind, die in „normalen Zeiten“ nicht mit einander in Kontakt kommen. Während der Pandemiemaßnahmen entfalten öffentliche Plätze in Großstädten eine hohe Anziehungskraft für viele Jugendliche aus städtischen und ländlichen Räumen, da hier „etwas los“ ist, andere Jugendliche gesehen und getroffen werden und gleichzeitig Alternativen fehlen. An bekannten großstädtischen Plätzen ist seitdem eine viel höhere Personenzahl mit entsprechenden (mitunter riskanten) Verdichtungen anzutreffen – insbesondere in den Abendstunden und an Wochenenden. Für die Polizei ist dies eine schwierige und schwer überschaubare Situation, wenn sie Pandemieregulungen durchsetzen soll, aber etwa Räumungen zwangsläufig die Abstände unzulässig verringern würden. Mit fortschreitender Dunkelheit und erhöhtem Alkoholkonsum steigt das Eskalationsrisiko.

Kommt es zu Ausschreitungen wie in Stuttgart und Frankfurt ist es keinesfalls so, dass die beteiligten jungen Menschen als homogen handelnde Gruppe agieren, oder gar als „Mob“, wie es teilweise in den Medien dargestellt wurde. Vielmehr war das Verhalten der Jugendlichen vor Ort sehr unterschiedlich: Während einige gewalttätig und aggressiv auftraten, verließen andere bei Beginn und zunehmender Eskalation die Plätze oder stellten sich eher an den Rand und beobachteten die Situation

3 Die Heterogenität zeigt sich z.B. bei den im Zusammenhang mit den Stuttgarter Ausschreitungen ermittelten Tatverdächtigen: Die 88 Tatverdächtigen kommen sowohl aus Stuttgart als auch aus umliegenden Städten und Gemeinden und sind zwischen 13 und 29 Jahren alt. Sie sind in der überwiegenden Zahl männlich und haben zu zwei Drittel die deutsche Staatsangehörigkeit (von diesen etwa drei Viertel einen Migrationshintergrund). 72 Prozent waren bereits zuvor polizeilich auffällig. (vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg 2020, S. 2)

neugierig, beteiligten sich aber nicht an Ausschreitungen. Darüber hinaus gab es eine Gruppe von jungen Menschen, die deeskalieren wollte und andere aufgefordert hat, Ausschreitungen zu unterlassen. Teilweise wurde sie dann selbst Ziel von aggressiven Handlungen. Auch das „Feindbild“ Polizei kann nicht in Bezug auf alle Jugendlichen verallgemeinert werden.⁴ Wenige junge Menschen richteten in der Situation, in der sich die Polizei zurückzog, ihre Aggressionen gegen Geschäfte in der Innenstadt und nutzen die Gelegenheit für Diebstähle. Mit der Rückkehr der Polizeipräsenz wurden dann die Angriffe gegen Einsatzkräfte der Polizei in Form von Flaschen- und Steinwürfen und anderen Tötlichkeiten verübt. Forschungen zu Jugend und Gewalt verweisen auf die bedeutsame Rolle der Gruppe⁵, die in der vorliegenden Situation sicherlich zu der besonderen Dynamik beitrug, gegenüber einer ansonsten übermächtigen Polizei. Hinzu kommt, dass Straftaten durch die Dunkelheit und durch Gesichtsmasken ein vermeintlich geringeres Entdeckungs- und Strafverfolgungsrisiko aufweisen.

5.2 Jenseits der „Krawalle“ – Delinquenz im Kindes- und Jugendalter in Zeiten der Pandemie

Mit der Thematisierung der Krawalle bleiben andere Formen von Delinquenz, die Kinder und Jugendliche betreffen, im öffentlichen Diskurs außen vor. Da aber auch hier die Pandemie mutmaßlich Folgen hat, werden diese im Folgenden in den Blick genommen. Bislang allerdings – dies ist als zentrale Botschaft vorzuschicken – gibt es kaum empirische Befunde zu Fragen der Delinquenz in Coronazeiten. Vieles von dem, was wir (vermeintlich) wissen und worüber auch bereits Literatur veröffentlicht ist, basiert auf Beobachtungen, Gesprächen und daraus geschlossenen Schlussfolgerungen und bezieht sich vor allen Dingen auf die Aspekte häusliche Gewalt und Mediennutzung.

Verschiedene Veröffentlichungen verweisen etwa auf die erhöhte Wahrscheinlichkeit von häuslicher und familiärer Gewalt (Neubert u.a. 2020), was zentral die Lebenswelt der Jugendlichen beeinflusst.⁶ Darüber hinaus lassen die fehlenden Rückzugsmöglichkeiten in der Wohnung junge Menschen aus beengten Verhältnissen, sozial schwierigen Lebenslagen und konfliktbelasteter Unterkunftssituation „entfliehen“ und ebenfalls vermehrt auf den öffentlichen Raum ausweichen.

Durch die verstärkte Mediennutzung vor allem in Zeiten des Lockdowns mit einer Verlagerung von alltäglichen Tätigkeiten ins Internet und einer Verlängerung der

4 In einer online durchgeführten Befragung, in der zwischen dem 23. April und dem 06. Mai 2020 1.203 Hamburger ab 16 Jahren miteinbezogen wurden, wird die Polizei als Institution als auch das Verhalten von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten während der Pandemie als positiv wahrgenommen. 87 % der Befragten gaben zudem an, dass man sich auch in der Corona-Pandemie auf die Polizei verlassen könnte (Thurnes 2020).

5 Vgl. u.a.: Baier/Rabold/Pfeiffer 2010; Oberwittler 2016.

6 Hier ist auf den eingeschränkten Zugang zu Hilfen und Unterstützung hinzuweisen.

Nutzungsdauer (vgl. JIM Studie 2020) ist zudem ein Anstieg im Bereich der Cyberkriminalität zu erwarten (Neubert u.a. 2020, S. 353f). So können durch Onlineshopping, Homeschooling bzw. Wechselunterricht und (Video)chats, insbesondere Betrugsdelikte, Cybermobbing sowie sexualisierte Delikte ansteigen⁷, wobei Jugendliche sowohl selbst Straftaten ausüben als auch häufiger Opfer von Straftaten werden können (ebd.).

Ebenfalls noch nicht bekannt ist, ob und inwiefern die Corona-Situation auch dasjenige Delinquenzhandeln beeinflusst, das gemeinhin v.a. für episodenhafte und ubiquitäre Delinquenz im Kindes- und Jugendalter steht. Es ist aber zu vermuten, dass vor allem bei (bagatellhafter) Diebstahldelinquenz, die üblicherweise einen Großteil an der Gesamtdelinquenz ausmacht (Fischer u.a. 2018), vor allem zu Beginn der Pandemie mangels Gelegenheitsstrukturen infolge von Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen und veränderten „Kulturen“, z.B. in den Einkaufszentren, ein Rückgang zu verzeichnen sein wird. Ähnliches gilt für jugendspezifische Gewaltdelikte, wenn etwa zwei Jugendliche in der Disco aneinandergeraten und es auf dem Parkplatz dann zu einer Schlägerei kommt. Auch für solche Taten gab es seit dem Frühjahr 2020 kaum noch Gelegenheiten. Genauer wird man jedoch auch hier erst wissen, wenn 2021 mit der polizeilichen Kriminalstatistik die neuen amtlichen Hellfelddaten herausgegeben werden und Dunkelfeldstudien die Situation weiter aufklären werden.⁸

Was man bisher weiß: Neu hinzugekommen sind Verstöße gegen die Pandemiemaßnahmen, wie Ausgangsbeschränkungen, Kontakt- oder Alkoholkonsumverbote in der Öffentlichkeit. Insbesondere in der Phase des ersten Lockdowns wurden Verstöße – etwa, wenn sich Jugendliche mit anderen Jugendlichen auf einer Parkbank trafen – teilweise mit hohen Bußgeldern (z.B. 150 €) geahndet (dazu auch Fromm 2020, S. 297). Im weiteren Verlauf der Pandemie geraten auch immer mehr illegale Treffen und Partys in den Blick. Dabei zeigten sich zwischen dem Vorgehen in den verschiedenen Bundesländern sowohl hinsichtlich der Kontrollintensität als auch der Rigidität der Regelungen und der Durchsetzung von Ahndungen große Unterschiede. Doch hier gilt ebenfalls: Auch wenn Berichte von bis zu vierstelligen Bußgeldern (die bei Nichtzahlung zu einem Freiheitsentzug in Form von Ordnungswidrigkeitsarrest führen können) und der mehrtägigen polizeilichen Inhaftierung wegen

7 Darüber hinaus sind einhergehend mit der durch die Pandemie verstärkten Digitalisierung auch neue Formen von Delikten zu beobachten wie z.B. das systematische Stören von Videokonferenzen („Zoombombing“) oder Angriffe auf Schulplattformen.

8 Eine erste Dunkelfelduntersuchung von Baier, in der 1.236 Personen in einem Kanton der Schweiz auf der Basis von Selbstauskünften befragt wurden, belegt, dass es im Vergleich des Zeitraums vor und während des Lockdowns „deutliche“ Anstieg von Cybercrime-Delikten gab (vgl. Baier 2020, S. 456). Des Weiteren sind für die folgenden drei Delikte „signifikante Anstiege“ zu erkennen: Interessanterweise „Diebstahl (von Gegenständen, Geld oder anderen Zahlungsmitteln (z.B. Kreditkarte), ohne dass in Wohnräume eingebrochen oder Gewalt angewendet wurde)“, Sachbeschädigung und Betrug; dagegen sind Fahrraddiebstähle „signifikant gesunken“ sowie Gewaltdelikte, untersucht am Beispiel der Körperverletzungsdelikte, genauso wie (versuchte) Wohnungseinbrüche, auf einem konstanten Niveau geblieben (vgl. Baier 2020, S. 455 f.).

mehrfachen Verstößen gegen die Ausgangsbeschränkungen vorliegen, lässt sich zurzeit, bevor die einschlägigen Statistiken vorliegen, noch kein belastbares Bild über Quantitäten, beteiligte junge Menschen und regionale Ausprägungen geben.

5.3 Einfluss der Corona-Pandemie auf die Strafverfolgung von jungen Menschen

Die Pandemie hat auch den institutionellen Umgang mit Delinquenz zumindest vorübergehend stark beeinflusst: Erste Auswertungen deuten darauf hin, dass z.B. die Polizei von persönlichen Vernehmungen Abstand nahm, Staatsanwaltschaften verstärkt das Mittel der Diversion nutzten, Jugendgerichte keine Hauptverhandlungen terminierten und diese später nur mit Trennscheiben und Masken durchführten, gegen Heranwachsende häufiger Strafbefehle verhängt wurden, auferlegte Arbeitsstunden reduziert und neue Sanktionsformen überlegt wurden (z.B. Fromm 2020, S. 295ff). Zeitweise wurden Jugendarrestanstalten geschlossen und pädagogische Gruppenangebote komplett eingestellt (Ernst/Klatt 2020, S. 303ff). Ladungen zum Antritt des Vollzugs von Jugendstrafen wurden verschoben, Besuche im Vollzug ausgesetzt (Fromm 2020, S. 296) und das Übergangsmanagement (aus der Haft) wurde stark eingeschränkt (Bode 2020, S. 299). Aus Verteidigersicht wurde gegen Heranwachsende vermehrt zum Mittel des Strafbefehls gegriffen – auch ohne die Jugendhilfe im Strafverfahren zu beteiligen. Ebenso wurde aufgrund von Verfahrensverzögerungen das Beschleunigungsgebot im Jugendstrafverfahren nicht mehr befolgt (Fromm 2020, S. 296f.). Die Jugendhilfe im Strafverfahren musste neue (digitale) Möglichkeiten suchen, mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen bzw. zu bleiben. Ambulante Maßnahmen wie soziale Trainingskurse konnten nicht stattfinden und Arbeitsleistungen nicht erbracht werden (vgl. Schmoll in diesem Band), teilweise wurden neue Formen entwickelt.⁹

All diese Entwicklungen sind für Jugendliche mit einem laufenden Strafverfahren folgenreich. Ist bereits unter „normalen“ Bedingungen ein Strafverfahren für Jugendliche sehr belastend und mit viel Unsicherheit verbunden, so ist dies unter Pandemiebedingungen weiter erschwert, auch deshalb, weil sie durch die Jugendhilfe im Strafverfahren nur eingeschränkt beraten, begleitet, unterstützt und besucht werden können.

9 Erste Rückmeldungen auf einen Aufruf der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention an die Fachpraxis zu ihren Ideen und alternativen Formen der Arbeit mit durch Delinquenz auffälligen Jugendlichen zeigten, dass es hier einiges an Bewegung gab. So wurden z.B. Gesundheitsschutzkurse als Sanktionsalternativen für Bußgelder wegen Verstößen gegen das Infektionsschutzgesetz entwickelt oder auch Arbeitsstunden durch Aufgaben wie z.B. durch das Verfassen von Aufsätzen ersetzt.

5.4 Fazit

Delinquenz im Kindes- und Jugendalter ist – und bleibt es auch zu Zeiten der Corona-Pandemie – überwiegend ein ubiquitäres und episodenhaftes Phänomen. Im Unterschied zu „Vor-Corona-Zeiten“ wurden junge Menschen durch die Ausschreitungen in einer Problemperspektive im öffentlichen Raum verstärkt sichtbar. Außer Acht gelassen wird dabei, dass gemeinsames „Feiern“ oder „Chillen“ mit Peers etwas sehr jugendspezifisches ist und das Treffen mit Gleichaltrigen zum Aufwachsen dazu gehört, das seit jeher auch „draußen“ und in Zeiten von Corona vor allem im öffentlichen Raum, etwa im Park oder in der Fußgängerzone stattfindet. Aus entwicklungspsychologischer und sozialisationstheoretischer Sicht sind Peers und Gleichaltrige neben der Familie der wichtigste Sozialisationskontext für Kinder und Jugendliche. Insbesondere im Jugendalter, das mit entwicklungsbedingten Veränderungen und Unsicherheiten einhergeht, bieten Peers oftmals besser als Erwachsene Gelegenheit für einen Erfahrungsaustausch.

Zu Corona-Zeiten, noch verstärkt in Lockdown-Phasen, sind Jugendliche in ihrer Freizeitgestaltung deutlich eingeschränkt. Clubs, Bars und Diskotheken oder Jugendtreffs haben geschlossen. Es gibt kaum oder wenig Alternativen zu diesen Orten und ein Ausweichen in öffentliche Räume kann zu Konflikten führen. Es besteht die Herausforderung, wie sich Jugendliche unter Berücksichtigung des erforderlichen Gesundheitsschutzes in der Pandemie wieder treffen und ihre Freizeit gemeinsam verbringen können. Um Möglichkeiten auszuloten, bieten sich zum Beispiel Runde Tische mit öffentlichen Akteuren unter Beteiligung der unterschiedlichen Gruppen von Jugendlichen an. Allein auf Maßnahmen, wie etwa Sperrstunden, größere Polizeiaufgebote und intensivere Kontrollen zu setzen, kann Eskalationen gegebenenfalls befördern.

Ein gewisser jugendlicher „Leichtsinn“, wie auch Partymachen und gemeinsamer Alkoholkonsum, in diesem Sinne „riskantes Verhalten“ oder auch kurz: „Feiern“ ist Teil jugendlichen Ausprobierens, ist jugendspezifisch. Feiern und Freunde treffen, sorglos sein – sind normale Bedürfnisse, für die es auch in Pandemiezeiten Freiräume für junge Menschen braucht. Vorfälle wie in Frankfurt oder Stuttgart mit derart schweren Ausschreitungen stellen eine besondere Ausnahme dar und lenken den Fokus eher auf Einzelfälle. Hier gilt es sachlich die Gesamtsituation zu betrachten und alle Jugendlichen und ihre Bedürfnisse in den Blick zu nehmen.

Für die Zukunft heißt dies, die Erfahrungen, die während der Pandemie gemacht wurden, systematisch mit dem Ziel auszuwerten, coronabedingte Konfliktsituationen und delinquentes Handeln wie auch Kriminalisierungsrisiken von jungen Menschen möglichst zu vermeiden. Es bedarf hierbei der sensiblen Abwägung zwischen Anforderungen des Gesundheitsschutzes, sicherheitspolitischen Erfordernissen und pädagogischen Notwendigkeiten. Dies ist aktuell eine zentrale Aufgabe einer verantwortungsvollen und adressatenbezogenen Kriminalitätsprävention im Jugendalter.

Literatur

- Andresen, Sabine/Heyer, Lea/Lips, Anna/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ – Jugendalltag 2020. Wiesbaden
- Baier, Dirk (2020): Kriminalität während des Corona-Lockdowns. Empirische Befunde auf Basis einer Dunkelfeldbefragung im Kanton Zürich. In: *Kriminologie – Das Online-Journal*, 2. Jg., H. 3., S. 444–466
- Baier, Dirk/Rabold, Susann/Pfeiffer, Christian (2010): Peers und delinquentes Verhalten. In: Haring, Marius/Böhm-Kasper, Oliver/Rohlf, Carsten/Palient, Christian (Hrsg.): *Freundschaften, Cliques und Jugendkulturen*. Wiesbaden, S. 309–337
- Bode, Lorenz (2020): Jugendstrafvollzug in Zeiten der COVID-19-Pandemie. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ)*, 31. Jg., H. 3, S. 298–301
- Deinet, Ulrich/Thomas, Sophie (2016): Chillen in der Shopping Mall – neue Aneignungsformen von Jugendlichen in halböffentlichen, kommerziell definierten Räumen. In: *sozialraum.de*, Ausgabe 1. <https://www.sozialraum.de/chillen-in-der-shopping-mall---neue-aneignungsformen-von-jugendlichen-in-halboeffentlichen,-kommerziell-definierten-raeumen.php> (14.09.2020)
- Deutscher Bundestag (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht. BT-Drucksache 18/11050. Berlin
- Ernst, Stephanie/Klatt, Thimma (2020): Jugendarrest während der COVID-19-Pandemie. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ)*, 31. Jg., H. 3, S. 302–305
- Görgen, Thomas/Nowak, Sabine (2013): Alkohol und Gewalt: Eine Analyse des Forschungsstandes zu Phänomenen, Zusammenhängen und Handlungsansätzen. Münster
- Hoops, Sabrina/Holthusen, Bernd (2011): Delinquenz im Jugendalter – Ein Indikator für Gefährdung? In: *IzKK-Nachrichten*, H. 1, S. 36–40
- JIM-Studie (2020): Jugend, Information, Medien. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest. Stuttgart
- Fischer, Thomas A./Schmoll, Annemarie/Willems, Diana/Yngborn, Annalena (2018): *Jugendgewalt. Reihe: Durchblick. Informationen zum Jugendschutz*. Berlin/München
- Fromm, Ingo E. (2020): Jugendstrafsachen und COVID-19-Pandemie aus Verteidigersicht. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ)*, 31. Jg., H. 3, S. 295–297
- Habermann, Julia/Singelstein, Tobias/Zech, Louisa (2020): Devianz, soziale Kontrolle und Kriminalitätseinstellungen während der Corona-Pandemie – Ergebnisse einer Studierenden-Befragung*. In: *Kriminologie – Das Online-Journal*, 2. Jg., H. 3., S. 394–422
- Hefendehl, Roland (2014): Der lebenswerte öffentliche Raum: Ein Auslaufmodell? Oder worum es bei den Alkoholverboten wirklich geht. In: Neubacher, Frank/Kubink, Michael (Hrsg.): *Kriminologie – Jugendkriminalrecht – Strafvollzug. Gedächtnisschrift für Michael Walter*. Berlin, S. 69–82
- Hoops, Sabrina/Holthusen, Bernd (2019): Gewaltdelinquenz und Alkohol im Jugendalter. Herausforderungen für die pädagogische Praxis. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ)*, 30. Jg., H. 2, S. 155–161
- Matt, Eduard (1995): Episode und Doppel-Leben. Zur Delinquenz Jugendlicher. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 78. Jg., H. 3, S. 153–164
- Neubert, Caroline/Stiller, Anja/Bartsch, Tillmann/Dreißigacker, Arne/Isenhardt, Anna/Krieg, Yvonne/Müller, Philipp/Zietlow, Bettina (2020): Kriminalität in der Corona-Krise: Haben die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus möglicherweise einen Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland? In: *KrimOJ*, 2. Jg., H. 2, S. 338–371
- Bury, Mathias (2020): Die Spannung zwischen Jugendlichen und der Polizei bleibt. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nach-der-stuttgarter-krawallnacht-die-spannung-zwischen-jugendlichen-und-polizei-bleibt.6570ca57-9c84-49ea-8cbd-eaaa3f61fb31.html?reduced=true> (22.09.2020)
- Oberwittler, Dietrich (2016): Jugendliche und Polizei. Eine vergleichende Untersuchung zur Rolle verdachtsunabhängiger Personenkontrollen in französischen und deutschen Städten. In: *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, 64. Jg., H. 4, S. 414–427
- Özsöz, Figen (2014): *Gewaltdelikte unter Alkoholeinfluss bei jungen Menschen in Bayern. Projektbericht der Kriminologischen Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei*. München
- Schumann, Karl F. (2010): Jugenddelinquenz im Lebensverlauf. In: Dollinger, Bernd/ Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): *Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog*. Wiesbaden, S. 243–257
- Staatsministerium Baden-Württemberg (2020): Bericht zu den Stuttgarter Ausschreitungen, 22.09.2020. <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/bericht-zu-den-stuttgarter-ausschreitungen/?cHa%E2%80%A6> (20.12.2020)
- Thurnes, Henrik (2020): Sicherheit und Zusammenhalt in Zeiten von Corona – Eine Quantitative Bevölkerungsbefragung in Hamburg. In: *KriPoZ*, 5. Jg., H. 4, S. 257–262

6 Digitale Kommunikation sozialer Dienste mit Jugendlichen in Zeiten der Corona-Pandemie – Herausforderungen und Perspektiven für die Zukunft

Andreas Mairhofer, Christian Peucker, Liane Pluto und Eric van Santen

6.1 Zentrale Bedeutung von Kommunikation in der Kinder- und Jugendhilfe

Die im Frühjahr 2020 zur Eindämmung der Pandemie verhängten Regeln zur Gestaltung von sozialen Kontakten in der Corona-Pandemie gingen mit strikten und sehr weitgehenden Kontakteinschränkungen einher. Social Distancing steht jedoch in scharfem Kontrast zu den Kerncharakteristika sozialer Dienste. Hilfe- und Unterstützungsleistungen können nur in Koproduktion von Fachkräften und Adressatinnen und Adressaten erbracht werden und dafür sind Gespräche und Kontakte unabdingbar. Die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe basiert zu einem großen Teil auf interaktiver, dialogischer Arbeit mit den Adressatinnen und Adressaten, also den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Die gemeinsame Kommunikation zwischen Fachkräften und Adressatinnen und Adressaten ist das entscheidende „Arbeitsmittel“ und geht weit über einen reinen Informationsaustausch hinaus (vgl. Hasenfeld 2010a, b). Vertrauen herzustellen, über sensible und heikle Themen zu sprechen, Adressatinnen und Adressaten zu ermutigen sowie tragfähige Ziele und Unterstützungsmöglichkeiten zu entwickeln, benötigt Zeit für den Aufbau einer gemeinsamen Arbeitsbeziehung und ein breites Spektrum an Kommunikationskanälen. So fällt es z.B. einem Teil der Adressatinnen und Adressaten generell nicht leicht, ihre Sorgen bzw. ihren Unterstützungsbedarf zu artikulieren. Oftmals ergeben sich Gespräche erst parallel zu gemeinsamen Aktionen (z.B. beim gemeinsamen Kochen oder Brettspiel mit der Sozialpädagogischen Familienhelferin, einem Ausflug oder dem ungeplanten Tür-und-Angel-Gespräch mit der Mitarbeiterin im ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) (vgl. Hollstein-Brinkmann/Knab 2016).

Die Kommunikation – insbesondere im Allgemeinen sozialen Dienst, aber auch in anderen Hilfebereichen wie ambulanten bzw. stationären Hilfen – ist zudem komplex, weil sie häufig durch das Spannungsfeld aus Hilfe und Kontrolle bestimmt wird (vgl. z.B. Müller 1978). Damit sind unterschiedliche Herausforderungen verbunden. Eine dieser Herausforderungen ist z.B., dass ein Teil der Adressatinnen und Adressaten nicht unbedingt von sich aus mit dem Jugendamt kommuniziert. Herausfordernd ist es auch, eine Kommunikationssituation zu gestalten, in der das Ziel darin besteht, eine Familie von der Notwendigkeit einer Hilfe zu überzeugen oder durch die Kommunikation einzuschätzen, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Dies ist in der Regel nicht einfach zu erkennen und bedarf neben einem per-

sönlichen Eindruck von dem betreffenden Kind oder Jugendlichen auch der persönlichen Kontakte und Gespräche mit der Familie. Eine Herausforderung stellt es auch dar, die Kommunikation gemäß dem Alter der jeweiligen Adressatinnen und Adressaten zu gestalten.

6.2 Digitalisierung und Kinder- und Jugendhilfe

Die Einschränkung direkter, persönlicher Kontakte im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hat in vielen Bereichen der Gesellschaft dazu geführt, dass die Nutzung digitaler Kommunikationsmedien zugenommen hat. Zum einen ist dies Ausdruck eines generellen Trends, zum anderen hat dieser Trend in Zeiten der Corona-Pandemie zusätzlichen Auftrieb durch die erzwungene Reduktion der Face-to-Face-Kontakte erfahren.

In der Kinder- und Jugendhilfe konnte man in den letzten Jahren eine stärker werdende Diskussion zu Digitalisierung in ganz unterschiedlichen Dimensionen beobachten (vgl. z.B. Garkisch 2017; Kutscher u.a. 2020). Diese bezieht sich zum einen auf den großen Bereich der Veränderungen und z.T. auch auf die daraus folgenden Problemkonstellationen, die mit der Digitalisierung in der Lebenswelt der Adressatinnen und Adressaten einhergehen (z.B. Mobbing, Internetsucht). Zum anderen bezieht sie sich auf die Veränderung von Angeboten (z.B. durch veränderte Kommunikationswege, wie z.B. Onlineberatung oder die Auseinandersetzung mit der veränderten Lebenswelt der jungen Menschen) und von Arbeitsprozessen in sozialen Diensten und Einrichtungen (z.B. digitale Dokumentation und Aktenführung oder Wissensmanagement), was zu neuen Herausforderungen für Organisationen und Fachkräfte führt (z.B. Datenschutz, Kompetenzanforderungen). Das Thema digitale Kommunikation spielt in allen diesen Dimensionen eine je unterschiedliche Rolle. Empirische Befunde zum Stellenwert digitaler Kommunikation in der Kinder- und Jugendhilfe sind jedoch kaum vorhanden (vgl. Kutscher u.a. 2020).

Bezogen auf die Gruppe der Jugendlichen existiert eine breitere fachliche Auseinandersetzung zum Thema digitaler Kommunikation und es liegen am ehesten Forschungsergebnisse für den Bereich der Beratung vor, in dem es viele Ansätze und auch Erfahrung mit verschiedenen Formen der Onlineberatung gibt (vgl. z.B. Kupfer/Mayer 2019; Klein/Pulver 2020). In den anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe gibt es zumindest zu Fragen der Ausstattung und zum fachlichen Umgang für den Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit und die stationären Hilfen Forschungsbefunde, die dem Thema Digitalisierung zugerechnet werden können (vgl. z.B. Behnisch/Gerner 2014; Feyer u.a. 2020; Steiner u.a. 2017; Seckinger u.a. 2016; Mairhofer u.a. 2020). Insgesamt zeigt sich, dass die mit dem Thema Digitalisierung/digitale Kommunikation verbundenen fachlichen Fragen und Perspektiven extrem vielfältig und komplex sind und bislang nur ansatzweise empirisch bearbeitet werden.

6.3 Kommunikation in der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten von Corona

Vor diesem Hintergrund bestand ein großes Interesse daran, empirische Einblicke zu bekommen, wie die Kinder- und Jugendhilfe (in diesem Fall die Jugendämter) auf die veränderten Ausgangsbedingungen im Kontext von Corona reagiert hat bzw. welche Reaktionen in den Jugendamtsbezirken zu beobachten sind.

In der vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) zwischen dem 23. April und dem 12. Mai 2020, also zur Zeit des Lockdowns in allen Bundesländern durchgeführten Online-Befragung „Jugendhilfeb@rometer“ wurden Jugendämter¹ unter anderem danach gefragt, auf welchen Kommunikationswegen im ASD, in ambulanten erzieherischen Hilfen (wie z.B. Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH), soziale Gruppenarbeit oder Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung (ISE)) und in Beratungsstellen mit Adressatinnen und Adressaten kommuniziert wird. Die Befunde liefern Anhaltspunkte dazu, ob Jugendämter in dieser Situation insgesamt bestimmte Kommunikationswege genutzt oder eingeschränkt haben bzw. welchen Eindruck sie von der Praxis der Angebote, die sie nicht selbst erbringen, haben.

Nachfolgend werden Ergebnisse zur Kommunikation der Allgemeinen Sozialen Dienste und von Beratungsstellen vorgestellt. Adressatinnen und Adressaten dieser sozialen Dienste sind Kinder, Jugendliche und Familien. Auch wenn sich die Befunde nicht explizit auf die Kommunikation mit Jugendlichen beziehen, so ist diese Zielgruppe doch immer auch adressiert. Der Allgemeine Soziale Dienst ist meist bei den Jugendämtern angesiedelt und fungiert als allgemeine Anlauf- und Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Familien in schwierigen Lebenssituationen. Daneben zählen hoheitliche Aufgaben, wie Inobhutnahmen sowie Aufgaben des Kinderschutzes zu den Aufgaben der ASD, wobei die Aufgaben der Dienste aufgrund weitreichender Selbstorganisationsrechte der Kommunen stark variieren.

Als ein zentrales Ergebnis zeigte sich, dass der direkte, persönliche Kontakt zu den Adressatinnen und Adressaten in der Zeit des Lockdowns in mindestens einem Drittel der Jugendämter deutlich reduziert bis eingestellt war, was – wie zu Beginn dargelegt – eine starke Einschränkung für die Arbeit bedeuten muss. Von den Jugendämtern wurden in der zusätzlich gegebenen offenen Antwortmöglichkeit Treffen bei Spaziergängen im Freien oder in speziell eingerichteten Beratungsräumen unter Wahrung der Hygieneschutzvorschriften als Beispiele dafür genannt, wie der persönliche Kontakt dennoch realisiert wurde. Berichtet wurde aber auch von Ängsten vor einer möglichen Infizierung auf Seiten einiger Adressatinnen und Adressaten, wodurch Kontakte von Angesicht zu Angesicht erschwert werden. Einschränkung wird z.T. vermerkt, dass persönliche Kontakte nur in spezifischen Konstellationen stattfanden, z.B. wenn sich die Fachkräfte des ASD die Frage stellten, ob in

1 An der Vollerhebung haben sich 371 der 575 zu der Zeit existierenden Jugendämter beteiligt, was einer Rücklaufquote von 65 % entspricht (vgl. Mairhofer u.a. 2020, S. 77 f.).

der Familie möglicherweise eine Kinderschutzgefährdung vorliegen könnte. Die Ergebnisse in Tabelle 6.1 zeigen auch, dass viele Jugendämter verschiedene andere Kommunikationskanäle nutzten. So wurde in fast allen Jugendamtsbezirken von den ASD-Mitarbeitenden telefonischer und schriftlicher Kontakt mit den Adressatinnen und Adressaten gehalten (vgl. Tabelle 1). Es gibt nur sehr wenige Jugendämter, die ausschließlich telefonischen Kontakt als Kommunikationskanal angeben.

Tab. 6.1: Formen der Kommunikation mit Adressatinnen und Adressaten über Terminvereinbarungen und organisatorische Absprachen hinaus (Anteil der Jugendämter in %, Mehrfachnennungen)

	(Allgemeiner) Sozialer Dienst	Beratungsstellen
Telefonisch	99 %	98 %
Bildgestützt (Video)	25 %	37 %
Schriftlich/per Mail/per Chat	94 %	79 %
Im direkten persönlichen Kontakt	67 %	25 %
Der Kontakt ist derzeit weitestgehend eingestellt	17 %	19 %

Lesebeispiel: 25 Prozent der Jugendämter geben für den (Allgemeinen) Sozialen Dienst an, zum Erhebungszeitpunkt (April-Mai 2020) (auch) bildgestützt (Video) – über Terminvereinbarungen und organisatorische Absprachen hinaus – mit Adressatinnen und Adressaten zu kommunizieren.

n = 328 ((Allgemeiner) Sozialer Dienst), n = 319 (Beratungsstellen)

Quelle: DJI-Jugendhilfeb@rometer zu Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die kommunale Kinder- und Jugendhilfe 2020, eigene Berechnungen

Nur eines von vier Jugendämtern griff im ASD auf bildgestützte Kommunikation zurück. Mit der Erhebung können nur wenige Aussagen darüber gemacht werden, was die Gründe für die Nutzung bildgestützter Kommunikation sind und inwiefern dies für die Jugendämter neue Formen der Kommunikation sind. Die technische Ausstattung scheint zumindest ein Grund für den geringen Anteil an Jugendämtern zu sein, der im ASD auf bildgestützte Kommunikation zurückgegriffen hat: Wenn im ASD nicht bildgestützt kommuniziert wird, dann wird es häufiger als hoch und höchst problematisch eingeschätzt, technische Herausforderungen zu meistern (z.B. Kommunikation sicherstellen, Diensthandys, Laptops). Darüber hinaus können auch die fehlenden technischen Voraussetzungen (Hard- und Software) bei den Adressatinnen und Adressaten und im Jugendamt, ein bewusstes Dagegen-Entscheiden, grundsätzliche Vorbehalte gegenüber diesen Kommunikationswegen, Datenschutzbedenken oder auch ungeklärte Fragen hinsichtlich einer rechtssicheren Ausgestaltung dieser Kommunikationsformen Gründe sein. Da sich die bisherigen Digitalisierungsbestrebungen in den Jugendämtern vor allem im Bereich der Fallbearbeitung, des Fallmanagements und der Dokumentation bewegen, ist davon auszugehen, dass für die digitale Kommunikation oft auch die technischen Voraussetzungen/Infrastruktur fehlen, um die Kommunikation mit den Adressatinnen und Adressaten, z.B. in einem Hilfeplangespräch, aufrechtzuerhalten.

Ein Anteil von 17 Prozent hat zwar – wie in Tabelle 6.1 zu sehen – angegeben, dass der Kontakt weitgehend eingestellt ist. Dieser Befund ist in hohem Maße interpretationsbedürftig, denn er bedeutet offenbar nicht, dass es in diesen Jugendämtern gar keinen Kontakt mehr mit allen Adressatinnen und Adressaten gab, so wie das diese Antwortmöglichkeit nahelegen würde. Alle diese Jugendämter gaben zusätzlich auch weitere Kommunikationskanäle (vor allem telefonisch und schriftlich, aber auch Face-to-Face und bildgestützt) an. Diese Jugendämter haben zudem nicht häufiger als andere angegeben, ihre Aufgaben coronabedingt eingeschränkt zu haben (vgl. dazu Mairhofer u. a. 2020, S. 14ff). Somit wird mit dieser Antwort einer weitgehend eingestellten Kommunikation aus Sicht der Jugendämter entweder eher zum Ausdruck gebracht, dass die Kontakte deutlich reduziert waren und nicht im vorher üblichen Maße stattfanden oder in manchen Fällen die Kommunikation mit einzelnen Adressatinnen und Adressaten tatsächlich eingestellt wurde.

Bei den Jugendämtern, die nicht in direktem persönlichen Kontakt, sondern ausschließlich über andere Wege mit ihren Adressatinnen und Adressaten kommunizierten, gab es auch einen signifikant höheren Anteil, der das (rechtzeitige) Erkennen von Hilfebedarfen, die Verwirklichung des Kinderschutzes oder die Partizipation der Adressatinnen und Adressaten am Hilfeprozess, als große Herausforderung wahrgenommen hat (vgl. Mairhofer u. a. 2020, S. 50). Man kann diese Zusammenhänge dahingehend interpretieren, dass der Verzicht auf die persönliche Begegnung mit den Adressatinnen und Adressaten als durchaus riskant und problematisch angesehen wird. Und es zeigt sich noch ein weiterer Zusammenhang: Es werden in jenen Jugendämtern, in denen zum Zeitpunkt der Befragung kein direkter persönlicher Kontakt aufrechterhalten wurde, auch signifikant seltener ambulante Hilfen begonnen. Dies ist insofern nachvollziehbar, da eine angemessene Entscheidungsgrundlage für die Hilfe fehlt.

Als schwierig für einen Wechsel der Kommunikation auf digitale Kanäle könnte sich auch erweisen, dass in der bisherigen Zusammenarbeit zwischen Fachkräften und Adressatinnen und Adressaten die digitalen Möglichkeiten nicht eingeführt sind. Man kann demnach nicht auf gemeinsame Erfahrungen zurückgreifen, für welche Kommunikationsanlässe diese Mittel hilfreich und ausreichend sind. Als Hürde könnte sich auch erweisen, dass die Hilfeempfänger befürchten, so einen umfangreichen und schwer zu kontrollierenden Einblick in die eigene Privatsphäre zu geben. Mögliche weitere Hürden bestehen darin, Vertraulichkeit in digitaler Kommunikation sicherzustellen. So können die Interaktionspartnerinnen und Interaktionspartner nicht kontrollieren, wer gerade sonst noch anwesend ist und gewollt oder ungewollt mithört (vgl. Cook/Zschomler 2020).

Auch der Aufbau einer tragfähigen Arbeitsbeziehung ist ohne direkte Kontakte schwerer zu realisieren (vgl. u. a. Kupfer/Mayer 2019). Die Formen digitaler Kommunikation können aber umgekehrt auch positive Effekte auf die Gestaltung der Kontakte haben und zu einer größeren Bereitschaft zur Zusammenarbeit führen, z.B. weil es niedrigschwellig möglich ist, sich kurz auszutauschen oder auch die

Hürde, sich ins „Amt“ begeben zu müssen, wegfällt.² Dies setzt eine ausreichende digitale Ausstattung der Jugendämter voraus, ein Umstand, dem zuletzt z.B. auch im Referentenentwurf des KJSG (§ 79 SGB VIII-E) Rechnung getragen wird. Es ist davon auszugehen, dass die Jugendämter durch den vermehrten Einsatz digitaler Kommunikationskanäle nun neue und zusätzliche Erfahrungen mit digitalen Medien machen, was auch längerfristig zu Erweiterungen der bestehenden Kommunikation führen kann. Dadurch entstehen wiederum Ausstattungs-, Qualifizierungs- und Forschungsbedarfe.

Für den Bereich der Beratungsstellen gab nur ein Viertel der Jugendämter an, dass weiterhin direkter persönlicher Kontakt mit den Adressatinnen und Adressaten gehalten wird (vgl. Tabelle 6.1). Ein Einsatz bildgestützter Formate war in zwei von fünf Jugendamtsbezirken verbreitet. Die Beratungsstellen scheinen überwiegend telefonisch weitergearbeitet zu haben. Im Unterschied zu anderen Bereichen ist das sicher auch dadurch zu erklären, dass der Kontakt in der Regel von den Adressatinnen und Adressaten ausgesucht wird.

Angesichts der inzwischen schon seit bald zwei Jahrzehnten bestehenden Erfahrungen mit Online-Beratung verblüffen die niedrigen Anteile von Jugendamtsbezirken, in denen Beratungsangebote die vielfältigen digitalen Kommunikationsformen nutzen. Die Antworten der Jugendämter beziehen sich an der Stelle – sofern sie überhaupt detailliertes Wissen darüber haben – vermutlich weniger auf bestehende Formen der Online-Beratung, die auch jetzt weiterbestehen und genutzt werden, als vielmehr diejenigen Beratungen, die bisher Face-to-Face geführt wurden.

Möglicherweise haben zudem Beratungsstellen, die ihre bisherigen Angebote auf Face-to-Face-Beratungen und Gruppenangebote fokussiert haben, die bei ihnen anfragenden Personen und Familien auf bestehende Beratungsangebote von bundesweit erreichbaren Krisentelefonen und Online-Angeboten, wie z.B. die bke-online Beratung oder lokale Anbieter verwiesen, da sie sich selbst aufgrund fehlender technischer Ressourcen und auch angesichts der besonderen Datenschutzproblematik nicht in der Lage sahen, in kurzer Zeit entsprechende Angebote zu etablieren. Sollte diese Vermutung zutreffen, dann wäre es ein deutlicher Hinweis auf Handlungs- und Entwicklungsbedarfe. Zudem bietet dieser Zusammenhang eine plausible Erklärung für den deutlichen Anstieg der Inanspruchnahme von Krisenhotlines während der Corona-Pandemie.

Mit diesem ausschnitthaften, empirischen Blick auf die Kommunikation mit Adressatinnen und Adressaten aus der Sicht der Jugendämter wird auch deutlich, dass mit digitaler Kommunikation eine Fülle an Fragen verbunden sind. So braucht es weitere Erkenntnisse dazu, welche Erfahrungen in der Erbringung sozialer Leistungen mit der digitalen Kommunikation gemacht werden und wo diese – auch zusätzlich

2 Annemarie Schmoll weist in diesem Band darauf hin, dass sich in der Praxis der Jugendhilfe in Strafverfahren während der Zeit der Pandemie herausgestellt hat, dass das Telefonieren den jungen Menschen leichter fällt und ihnen die Angst nimmt, Kontakt zur Jugendhilfe im Strafverfahren zu suchen.

vor dem Hintergrund, dass Kontaktbeschränkungen im Kontext von Corona anhalten werden – welche Effekte erzeugen.

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Chancen und Herausforderungen die Nutzung digitaler Kommunikation speziell in der Interaktion mit Jugendlichen im Kontext sozialer Dienstleistungen und besonders in Beratungskontexten mit sich bringt.

6.4 Digitale Kommunikation zwischen sozialen Diensten und Jugendlichen

Obwohl aufgrund des Fehlens von Vergleichsdaten zu den Kommunikationskanälen vor der Corona-Pandemie keine belastbaren empirischen Belege für eine Veränderung des Einsatzes der verschiedenen möglichen Kommunikationskanäle während der Corona-Pandemie vorhanden sind, so gibt es doch eine Reihe von empirischen Hinweisen auf einen „Digitalisierungsschub“ der Kommunikation infolge der Praxis während des Lockdowns und der Wünsche und Erwartungen bezüglich der zukünftigen Kommunikationspraxis (z.B. Buschle/Meyer 2020; ISM 2020a, 2020b; Bank für Sozialwirtschaft 2020). Vertreterinnen und Vertreter des FORUMTRANSFER (2020), einer Plattform für den Austausch von Wissenschaft und Praxis während der Corona-Pandemie, formulieren die Forderung nach einer umfassenden Digitalisierungsstrategie für die Jugendämter. Unter anderem wird diese damit begründet, dass junge Menschen einen barrierefreien Zugang in Beratungs- und Hilfsangebote bräuchten und über digitale Kommunikationsmedien der Kontakt mit Kindern, Jugendlichen und Eltern aufrechterhalten werden kann (ebd., S. 2f). Auch wird eine gute digitale Infrastruktur in den stationären Hilfen gefordert, damit die Bildungsteilhabe und Kontaktmöglichkeiten während der Pandemie sichergestellt werden können (ebd. S. 3).

Im Fachdiskurs der Kinder- und Jugendhilfe besteht aktuell eine deutliche Digitalisierungseuphorie. Es werden besonders die Chancen der digitalen Kommunikation betont, während die mit Digitalisierungsprozessen einhergehenden Voraussetzungen und Herausforderungen nur selten in den Blick genommen werden. Angesichts der aktuellen Eindrücke und der Herausforderungen, vor denen Dienste und Einrichtungen in der noch immer andauernden Pandemie stehen, ist dies gut nachvollziehbar. Spätestens wenn es nicht mehr nur um die Überwindung der pandemiebedingten Notsituation, sondern um eine sinnvolle digitale Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe geht, ist aber ein bedachtes Abwägen von Vor- und Nachteilen digitaler Kommunikation nötig. Dazu sollen die nachfolgenden Ausführungen beitragen, die auf Formen der direkten oder ggf. zeitversetzten digitalen Kommunikation zwischen Fachkräften und jugendlichen Adressatinnen und Adressaten fokussieren. Zuerst werden Hinweise auf den aktuellen Stellenwert digitaler Leistungserbringung für Jugendliche dargestellt, dann Dimensionen zur Beschreibung digitaler Leistungserbringung diskutiert und abschließend werden kurz einige Voraussetzungen und Herausforderungen digitaler Leistungserbringung benannt.

6.4.1 Stellenwert digitaler Leistungserbringung

Eine erste Annäherung an die Frage, ob und in welchen Konstellationen digital gestützte Kommunikationsformen für Interaktionen mit jugendlichen Adressatinnen und Adressaten passend sind, kann über die Bedeutung von digitalen Medien in der Lebenswelt von Jugendlichen erfolgen. Digitale Medien sind heute fester Bestandteil der Lebenswelt junger Menschen. Der JIM-Studie zufolge verfügen 84 Prozent der 12- bis 13-Jährigen über ein Smartphone. Bei den 18- und 19-Jährigen sind es nahezu 100 Prozent (MPFS 2019, S. 9). Die jungen Menschen verbringen im Durchschnitt mehr als drei Stunden am Tag im Internet (MPFS 2019, S. 24) und nutzen digitale Medien als Mittel der Vernetzung, des Kontakthaltens mit Freundinnen und Freunden sowie Familien, der Freizeitgestaltung und der Information. Ohne digitale Medien ist soziale Teilhabe inzwischen schwer vorstellbar (vgl. z.B. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 231ff; Hugger 2014; MPFS 2019; Tillmann 2020; Rees u.a. 2020). Insofern besteht eine Affinität von Jugendlichen zu digital gestützten Kommunikationsformen. Das heißt nicht, dass direkte Face-to-Face-Kommunikation für junge Menschen weniger bedeutsam wäre (vgl. Tran/Gaupp 2021). Vielmehr nutzen sie eine Vielzahl unterschiedlicher Kommunikationswege, auch während der Corona-Pandemie (vgl. z.B. Andresen u.a. 2020). Inwiefern digital gestützte Kommunikation auch im Kontext von Beratung sowie der Erbringung von Unterstützungs- und Hilfeleistungen geeignet ist, ist jedoch eine eigene Frage.

Es gibt verschiedene Formen der digital unterstützten Leistungserbringung in der Kinder- und Jugendhilfe. Über deren jeweiligen Verbreitungsgrad auf der Ebene der konkreten Leistungserbringung liegen neben den in Abschnitt 6.3 dargestellten Befunden für die Zeit des ersten Lockdowns nur wenige Daten vor. Hinweise zu den verschiedenen Formen der digitalen Beratung liefern zum Beispiel die Berichte der Bundeskonferenz zur Erziehungsberatung (bke 2018; bke 2019) und der Nummer gegen Kummer e.V. (2020), die auch einige Angebote der Online-Beratung vorhält. Beide Berichte, wie auch die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik zur Inanspruchnahme von Beratungsleistungen, können nur auf Beratungen und nicht auf Personen verweisen, was ihre Aussagekraft deutlich einschränkt.³ Der Vergleich zu den Zahlen zur Inanspruchnahme traditioneller, nicht digitaler Kontaktformen wie Telefonberatung oder der klassischen Face-to-Face-Beratung in Beratungsstellen (NummergegenKummer 2020; Statistisches Bundesamt 2020) zeigt, dass die klassischen Formen der Beratung bei Erwachsenen immer noch stark dominieren.

Bei Jugendlichen ist die Situation weniger eindeutig. Die Anzahl der digitalen Kontaktaufnahmen ist bei Jugendlichen etwa zehnmal höher als bei den Angeboten für Eltern (bke 2019) und gleichzeitig ist die Anzahl der Offline-Beratungen, die durch Minderjährige initiiert werden, sehr viel geringer als die Anzahl der Beratungen auf Initiative der Sorgeberechtigten (Statistisches Bundesamt 2017). Der Vergleich der verschiedenen Zahlen zur Inanspruchnahme von Offline- und Online-Beratung

3 Es ist zu vermuten, dass einzelne Personen mehrmals mit Anliegen zum selben Thema oder auch zu verschiedenen Themen Kontakt suchen, ggf. auch bei unterschiedlichen Leistungsanbietern. Dies gilt sowohl für die Online- als auch die Offline-Beratung.

deutet, bei allen Unwägbarkeiten⁴, auf eine Affinität von Jugendlichen für Online-Angebote hin.

6.4.2 Formen und Kontexte digitaler Leistungserbringung

Die Formen digitaler Leistungserbringung sind extrem vielfältig. Die Vielfalt wird zudem dadurch weiter erhöht, dass die Kommunikation zwischen sozialen Diensten und Adressatinnen und Adressaten nicht ausschließlich digital erfolgt, sondern je nach Adressat bzw. Adressatin sowie je nach Kommunikationsanlass (zur Kontaktherstellung, zum Kontakthalten oder in der Leistungserbringung selbst) unterschiedlich intensiv und mit unterschiedlichen Medien ablaufen kann. Jede Kommunikationsform an sich, als auch die Formen in spezifischen Hilfe- und Unterstützungskontexten haben ihre jeweiligen Voraussetzungen und können jeweils spezifische Chancen und Herausforderungen mit sich bringen. Nachfolgend werden zunächst die Kontexte digitaler Leistungserbringung betrachtet, um im Anschluss die Potenziale digitaler Kommunikationsmedien für eine Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe nach Corona angemessen einzuschätzen.

Analytisch lassen sich bezüglich der Nutzung digitaler Medien im Kontext der Erbringung sozialer Dienstleistungen drei Anlässe für Kommunikation unterscheiden: zur **Kontaktherstellung**, zum **Kontakthalten** sowie für die **Leistungserbringung** an sich. Die Ebene der **Kontaktherstellung** bezieht sich auf die Phase, in der der Erstkontakt hergestellt wird. Diese beinhaltet sowohl die Form der Bekanntmachung (z.B. Internetpräsenz, Präsenz in sozialen Netzwerken⁵), die (auch) von Seiten der sozialen Dienste über digitale Medien erfolgen kann, als auch die Form der direkten Kontaktaufnahme. Auch letztere kann unter Verwendung digitaler Medien (z.B. Kontaktformulare im Internet, Posts) erfolgen. Wie die Kontaktaufnahme kann auch das **Kontakthalten**, z.B. in Form von kurzen organisatorischen Absprachen über das weitere Vorgehen oder auch der Vergewisserung, dass ein begonnener Hilfeprozess fortgesetzt wird, über digitale Medien, etwa Messenger-Dienste, erfolgen.

Der für die Umsetzung der Funktionen der Kinder- und Jugendhilfe wichtigste Anlass für die Nutzung von digitalen Medien ist die **Leistungserbringung** an sich, also der Akt, in dem sich die Adressatinnen und Adressaten mithilfe sozialpädagogischer Angebote ihre Umwelt aneignen und hierüber sich selbst und ihren Status

4 So gibt es eine Reihe von themenbezogenen Anbietern, wie z.B. N.I.N.A. e.V., eine bundesweite Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt an Mädchen und Jungen, die in 2018 von 965 E-Mails mit Beratungsinhalten berichtet (NINA e. V. 2019, S. 23). Darüber hinaus gibt es auch auf örtlicher oder auf Trägerebene organisierte digitale Dienstleistungsangebote für Jugendliche (vgl. <https://www.bildungsserver.de/Online-Beratung-fuer-Jugendliche-12678-de.html> für eine, vermutlich nicht vollständige, Übersicht).

5 Klein & Pulver (2020) weisen darauf hin, dass der Einstieg zu professionellen Beratungsangeboten vielfach nicht über ein Suchen im Internet, sondern über soziale Netzwerke zustande kommt und Beratungsangebote deshalb in den sozialen Medien präsent sein müssen (S. 196).

verändern (vgl. Schaarschuch 1999; Schaarschuch/Oelerich 2005). In diesem „Erbringungsverhältnis“ (Schaarschuch 1999, S. 552) wird die für die soziale Arbeit typische Koproduktion sozialer Dienstleitungen konkret gestaltet und z.B. Beratung realisiert.

Wie anfangs erwähnt, gibt es in der Praxis eine große Vielfalt an Leistungskontexten. Die Gegenüberstellung von zwei Extremen verdeutlicht dies: Es ist etwas Anderes, ob ein Jugendlicher selbst Beratung sucht, weil die Freundin oder der Freund gerade die Beziehung beendet hat, oder ob ein Verdacht auf Kindeswohlgefährdung in Bezug auf den Jugendlichen besteht. Im Folgenden werden als Diskussionsanregung fünf Dimensionen vorgeschlagen, entlang derer sich das Interaktionsverhältnis zwischen Fachkraft und Adressatinnen und Adressaten unterscheiden können, nämlich **Anonymität, Anlass, Autonomie, Spezifika der Kommunikationskanäle** und **Anzahl der Kommunikationskanäle**.

Diese Dimensionen erlauben es, den konkreten Kontext einer (teilweisen) digitalen Dienstleistungserbringungskonstellation näher zu bestimmen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausprägungen dieser Dimensionen auch die Passung der Nutzung digitaler Medien in Bezug auf die Leistungserbringung beeinflussen.

Anonymität wird oft als Vorteil der Leistungserbringung im digitalen Raum betrachtet. Sie schützt z.B. vor Sanktionen und nicht antizipierbaren Erwartungen der Eltern, des weiteren sozialen Umfelds oder auch der Fachkräfte. Die Jugendlichen können in ihrer eigenen Lebenswelt verbleiben und sich emotional sicher und beschützt fühlen (Kupfer/Mayer 2019, S. 253). Sie ermöglicht auch ein breiteres Spektrum an „Testmöglichkeiten“: Wie direkt kann man kommunizieren? Was kann man alles thematisieren? Wie wirken verschiedene angenommene „Identitäten“? Was sind die Ratschläge der Fachkraft A im Vergleich zu Fachkraft B? Es gibt Hinweise, dass Anonymität die Inhalte beeinflusst und zu Direktheit und einer größeren Offenheit der Kommunikation seitens der Adressatinnen und Adressaten beiträgt (vgl. z.B. Große Perdekamp 2014; Kupfer/Mayer 2019; Bambling u.a. 2008). Weiterhin unterstützt die Anonymität die Möglichkeiten der Aufrechterhaltung von Autonomie und die eigenständige Suche nach Beratung und Unterstützung.⁶ Die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Anonymität passt zu Bedürfnissen von Jugendlichen. Sie befinden sich in einer Phase des Ausprobierens, des Herantastens und der Identitätssuche. Anonymität ermöglicht es Jugendlichen, diese Entwicklungsphase

6 Eine besondere Konstellation, bei der sowohl die Anonymität als auch die Autonomie der Adressatinnen und Adressaten angetastet werden kann, ist eine (vermutete) Kindeswohlgefährdung. Aufgrund des Technikbesitzes liegt die Kontrolle der Situation bei den Jugendlichen, aber die Fachkraft kann sich in ihrer Wahrnehmung des Wächteramts gezwungen sehen, selbst Kontrolle über die Situation zu gewinnen (vgl. ausführlicher dazu Meßmer/Weinhardt 2011; Meßmer u.a. 2012). In einem anonymen Leistungserbringungsverhältnis muss in einer solchen Situation ein Weg gefunden werden, die Anonymität aufzuheben. Im Kontext vermuteter Kindeswohlgefährdungen müssen daher oft Übergänge zwischen Kommunikationsformen (z.B. von Online-Chat zu Offline-Treffen) gefunden werden, damit die Fachkraft ausreichend Informationen erhält, um dem Verdacht nachgehen zu können. Dies wiederum kann Folgen für das Kommunikationsverhalten der Adressatinnen und Adressaten haben.

mit reduzierten Befürchtungen zu durchleben und sich (auch) mit einer Trial-and-Error-Methode zu positionieren.

Der **Anlass**, der zu einer Inanspruchnahme einer sozialen Dienstleistung führt, variiert grundsätzlich stark. Bezogen auf die Elternberatung wird eine Differenz der Anlässe zwischen Online- und Offline-Beratung wahrgenommen (bke 2019, S. 5). So stellen die Themen Trennung, Scheidung sowie Umgangs-/Sorgerechtsstreitigkeiten in der Online-Beratung 12 Prozent der Fälle, während sie in der Offline-Beratung oft über 30 Prozent der Anlässe ausmachen (ebd., S. 6). Bezogen auf die Beratungsanlässe von Jugendlichen werden insbesondere scham- und schuldbesetzte Themen sowie Themen, die das Leben der Jugendlichen massiv beeinträchtigen, wie Suizidgedanken und erlebte (sexuelle) Gewalt, genannt (ebd., S. 12). Es ist zu vermuten, dass gerade bei diesen Themen die Schwelle der Inanspruchnahme für Jugendliche niedriger ist, als bei Offline-Unterstützungsleistungen. Auch hier kann die/der Jugendliche sich herantastend offenbaren und die Reaktionen der Fachkräfte abwarten und ausprobieren.

Die durch Technik in eigenem Besitz vermittelte Kommunikation erhöht die **Autonomie** der Jugendlichen im Kontext der Leistungserbringung. Die Adressatinnen und Adressaten haben dadurch die Möglichkeit zu kontrollieren, ob sie eine Beratung in Anspruch nehmen wollen, an welchem Ort, zu welcher Zeit und zu welchem Thema. Sie können jederzeit die „Verbindung“ abbrechen. Wenn sie eine Verletzung der eigenen Grenzen des für sie als zumutbar Empfundene(n) wahrnehmen oder wenn sie sich nicht oder falsch verstanden fühlen, können sie sich der Situation entziehen. Sie können damit die Themen, das Tempo und die Methode der Bearbeitung der Probleme bestimmen bzw. darauf Einfluss nehmen und haben damit die Entscheidungshoheit über das (weitere) Vorgehen.

Verschiedene digitalen **Kommunikationskanäle** haben jeweils ihre eigenen **Spezifika**. Bei einer **Mailberatung** erfolgt die Leistungserbringung durch Mailverkehr, die Lese- und Schreibkompetenz in den von den Fachkräften beherrschten Sprachen voraussetzt, was wiederum bestimmte Gruppen (Analphabeten sowie Personen, die ausschließlich hierzulande nicht geläufigen Sprachen sprechen) ausschließt.⁷ Die Kommunikation, die Reaktion auf einen Input der Adressatin oder des Adressaten oder der Fachkraft erfolgt in der Regel zeitversetzt. Die Kommunikation kann auf beiden Seiten spontan, ohne große Überlegung erfolgen oder auch Ergebnis eines längeren Überlegens sein. Die Kommunikation bleibt von Anfang an im Prinzip in Gänze nachvollziehbar. Die Inhalte der Kommunikation stehen für

7 In den Diensten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe wurden für die persönliche Interaktion in vergangenen Jahren zahlreiche Formen der Vermittlung bzw. Übersetzung zwischen Fachkräften und Adressatinnen und Adressaten etabliert, beispielsweise Gebärdendolmetscher oder Fremdsprachdolmetscher. Diese stehen im Falle von Interaktionen, die nicht Face-to-Face stattfinden, nicht in gleicher Weise zur Verfügung. Aus der Praxis wird auch berichtet, dass während der Corona-Pandemie aufgrund von Abstandsregeln teilweise auch die Hinzuziehung von Dolmetschern bei Face-to-Face-Gesprächen nicht möglich war.

sich und werden in der Regel nicht durch andere Kommunikationsinhalte kontextualisiert, was die Gefahr von Missverständnissen erhöhen kann. Im Unterschied zur Mailberatung wird im **Einzelchat** unmittelbar auf Kommunikationsinhalte reagiert, die auf digitalem Weg übermittelt wurden. Damit ähnelt dieser Kommunikationstyp stärker einer offline-Gesprächssituation. Dennoch beschränken sich auch hier die Kommunikationskanäle auf verschriftlichte oder z.B. durch Emoticons symbolisierte Äußerungen. Im **Gruppenchat** findet die Kommunikation unter Beteiligung von mehreren Adressatinnen und Adressaten gleichzeitig statt. Ein Gruppenchat ähnelt einer Selbsthilfegruppe, weil die Teilnahme an einem Gruppenchat in der Regel durch ein geteiltes Problem und ein Bedürfnis nach Austausch mit anderen Betroffenen geleitet wird. In themenbezogenen oder allgemeinen **Foren** können Adressatinnen und Adressaten Inputs posten, worauf in der Regel wiederum zeitversetzt andere Bezug nehmen. Fachkräfte achten darauf, dass die für diese Foren geltenden Regeln der Kommunikation eingehalten werden und können professionelle Hinweise und Anregungen zum Geäußerten geben. Bei all diesen Formen der Beratung und Unterstützung gibt es keine lebendigen visuellen Eindrücke von den Interaktionspartnern. Diese „Kanalreduktion“ (Sauerbrey/Vollmer 2019) gilt auch als Vorteil dieser Formen, weil es so zu weniger Zuschreibungen etwa aufgrund des wahrgenommen Geschlechts, Alters oder Beeinträchtigungen kommt (Große Perdekamp 2015). Alle Formen können im Prinzip sowohl anonym als auch nicht anonym erfolgen. In beiden Konstellationen bedarf es jedoch der Etablierung einer Arbeitsbeziehung zwischen Fachkraft und Adressatinnen und Adressaten. Diese lässt sich grundsätzlich auch unter Bedingungen der Anonymität herstellen.

Beim **Videochat** sehen und hören sich die Fachkräfte und Adressatinnen und Adressaten gegenseitig. In der Regel ist der Videochat nicht anonym, weil auch der visuelle Kommunikationskanal bedient wird. Was die offizielle Identität der Adressatinnen und Adressaten betrifft, ist es denkbar, dass sich etwa in einer Videosprechstunde Personen ohne oder mit falschen Identitätsangaben melden. Im Gegensatz zu einer offline-Gesprächssituation ist sie von einer größeren Statik geprägt. Technisch bedingt gibt es eine Verengung auf eine Gesprächssituation mit einer erstmal durch die Kamera festgelegten Perspektive. Gespräche können sich wie etwa in der Sozialpädagogischen Familienhilfe nicht beiläufig zu praktischen Tätigkeiten, bei der ein anderer Zweck (vorerst) im Vordergrund steht (z.B. aufräumen, kochen, spazieren etc.), entwickeln. Daneben ist der „Augenkontakt“ nicht möglich und es kann, je nach technischen Bedingungen, zu Verzögerungen des Audio- und/oder Videokanals kommen, die für eine natürliche Gesprächssituation untypisch sind.

Unabhängig davon, welche digital gestützte Kommunikationsform gewählt wird, ist die **Anzahl der Kommunikationskanäle** gegenüber einer Begegnung von Angesicht zu Angesicht geringer. Nicht jeder Offline-Kontext muss jedoch ausschließlich von Face-to-Face-Situationen geprägt sein. Auch hier kann die Anzahl der Kommunikationskanäle (temporär) reduziert werden, indem einer der Beteiligten den Raum verlässt und dabei ggf. weiter redet etc. Die klassische Situation einer Psychoanalyse, bei der die Therapeutin bzw. Therapeut sich außerhalb des Blickfeldes der Patientinnen und Patienten befindet, veranschaulicht, dass auch in offline-Kontexten zu therapeutischen Zwecken mit der Anzahl der Kommunikationskanäle gearbeitet wird. Bei textbasierten Online-Beratungen gibt es eine Verengung auf nur

einen Kommunikationskanal, nämlich Text und Symbole. Sprachmerkmale wie Sprachgeschwindigkeit oder Intonation, die bei einer Telefonberatung eine Rolle spielen können, fallen weg.⁸ Textbasierte Online-Beratung mit Jugendlichen setzt aufseiten der Fachkraft Kenntnisse der vertexteten, symbolisierten Jugendsprache voraus. Während textbasierte Online-Beratung keinen persönlichen Eindruck der Lebensumgebung der Adressatinnen und Adressaten vermitteln kann, bietet die bildgestützte Online-Beratung diesen Vorteil, der nur durch Techniken, wie selbst gewählte Hintergründe durch die Kommunikationspartnerinnen und -partnern vermieden werden kann. Aus der Perspektive der Adressatinnen und Adressaten besteht ein Vorteil von online-Kommunikationsformen in vermiedenen Anreizeiten zu persönlichen Begegnungen und der Kontrolle über die Wahl und Gestaltung des Kommunikationsortes. Ob Jugendliche bei freier Wahl einer bildgestützten Kommunikation den Vorzug gegenüber einem Treffen von Angesicht zu Angesicht geben, ist bisher nicht erforscht. Es liegt aber nahe, dass es auch vom Setting der Kommunikation, also ob es zum Beispiel ein freiwilliges Gespräch oder „erzwungenes“ Gespräch ist, von Anlass, anwesenden Personen und Themen abhängt, welche Kommunikationsform eher den Bedürfnissen von Jugendlichen entspricht (vgl. z.B. Schmoll in diesem Band). Vermuten lässt sich, dass die vorgegebene Statik einer videobasierten Kommunikationssituation und die technisch bedingte Fokussierung auf den visuellen Kommunikationskanal, ohne dass diese kontrolliert werden kann, eher nicht bzw. nicht immer den Bedürfnissen der Jugendlichen entspricht.

Die verschiedenen Dimensionen zur Beschreibung von Erbringungsverhältnissen sozialer Dienstleistungen haben angedeutet, dass alle Formen der digitalen Kommunikation – auch technisch ausgefeilte Formen – ihre spezifischen Chancen, aber auch Grenzen haben und gleichzeitig Spannungen bestehen zwischen dem, was technisch möglich ist, und dem, was sich in der Praxis unter Wahrung der Interessen der Adressatinnen und Adressaten realisieren lässt.

Auch internationale Studien zu digitaler Kommunikation in der psychosozialen (Beratungs-)Arbeit verweisen auf Vor- und Nachteile unterschiedlicher Kommunikationswege, d.h. unterschiedliche Ausgestaltungen der konkreten Erbringungsverhältnisse (Kupfer/Mayer 2019). Einer dauerhaften Erweiterung und Etablierung des Spektrums der Kommunikationswege sollte daher eine empirische Analyse der Vor- und Nachteile der jeweiligen Kommunikationsformen unter anderem mit Blick auf die vorgestellten Dimensionen, die die Perspektive der Fachkräfte und Adressatinnen und Adressaten, differenziert nach möglichst vielen Merkmalen (z.B. dem Alter) einbezieht, vorangehen.

8 Sogenannte „Lurker“ nehmen nur Einblick in Kommunikationsprozesse (etwa in Foren), ohne sich zu beteiligen und einen Kommunikationskanal zu bedienen. Gerade Menschen, denen es schwerfällt, Zugänge zu Hilfeangeboten zu finden, können davon für die Bearbeitung eigener Problemlagen dennoch profitieren (Klein 2020, S. 194).

6.4.3 Voraussetzungen der Nutzung digitaler Kommunikation im Kontext von sozialstaatlicher Leistungserbringung

Die Erbringung sozialer Dienstleistungen erfolgt nicht im luftleeren Raum, sondern in einem institutionell und organisational bestimmten Erbringungskontext (vgl. Schaarschuch 1999). Auch dieser äußere Rahmen der Dienstleistungserbringung ist im Hinblick auf die Potenziale einer stärkeren Nutzung digitaler Kommunikationsmedien zur berücksichtigen. Die sozialen Dienste sind verpflichtet, die geltenden Datenschutzregeln auch im Bereich der digitalen Kommunikation einzuhalten. Die Nutzung von US-Amerikanischen Dienstleistern (z.B. Google, Zoom, Facebook, Whatsapp, Instagram) im Bereich der digitalen Kommunikation geht oft mit einer Speicherung von digitalen Informationen auf Servern außerhalb des europäischen Raums einher. Diese sind nicht sicher vor Fremdnutzung durch Dritte und entsprechen damit nicht den Regelungen des DGSVO, wie der EUGH in seinem Urteil vom 16. Juli 2020 deutlich gemacht hat (EUGH 2020). Dies führt dazu, dass auf datenschutzkonforme Applikationen zurückgegriffen werden muss, die allerdings häufig eine geringe Verbreitung haben.

Neben einem Mangel an entsprechenden aktuellen Software-Applikationen aufseiten der Adressatinnen und Adressaten kann auch eine für digitale Kommunikation notwendige Ausstattung mit Hardware nicht vorausgesetzt werden. Auch wenn in Jugendstudien nahezu alle Jugendliche angeben, über einen Internetzugang und ein Smartphone zu verfügen, so bedeutet dies eben nicht, dass auf dieser Seite keine Einschränkungen bestehen. So können etwa fehlendes WLAN, zu geringe Übertragungsbandbreiten, fehlende Mikros, Headsets, Kameras oder auch Geräte, auf der die notwendige Software nicht mehr installierbar ist, einer von digitaler Kommunikation unterstützten Leistungserbringung im Weg stehen.

Auch aufseiten der sozialen Dienstleister ist es nicht selbstverständlich, dass die entsprechenden technischen Voraussetzungen gegeben sind. Darauf haben die Ergebnisse der Studie zur Aufgabenwahrnehmung der Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie auch hingewiesen (Mairhofer u.a. 2020, S. 56).

Und selbst wenn die technischen Voraussetzungen aufseiten der Adressatinnen und Adressaten und Leistungserbringer vorhanden sind, kann nicht selbstverständlich davon ausgegangen werden, dass bei den Beteiligten die notwendige Kompetenz und Akzeptanz von digital gestützter Kommunikation besteht. Während bei den jugendlichen Adressatinnen und Adressaten eine solche Akzeptanz aufgrund der Bedeutung digitaler Medien in ihrem Lebensalltag angenommen wird, kann diese zum einen nicht automatisch auf Kontexte der Hilfeerbringung übertragen werden und zum anderen bei den Fachkräften der sozialen Dienste nicht ohne weiteres angenommen werden (vgl. Smith/Eaton 2014).

Digitale Medien sind im Allgemeinen durch eine permanente Verfügbarkeit gekennzeichnet. Zu jeder Tageszeit kann eine Mitteilung verschickt, eine Frage gestellt, ein Bedürfnis artikuliert werden. Das Medium an sich kennt keine Zeitfenster, in denen es benutzt werden kann. Dies stellt die Anbieter sozialer Dienstleistungen vor ganz neue Herausforderungen. Um den Nutzungsweisen digitaler Kommunikation entsprechen zu können, müssen sie eine Ressourcenallokation organisieren, die nur

bedingt durch Öffnungszeiten, Sprechzeiten, Termine gesteuert werden kann. Dies gilt umso mehr, wenn mit dem Dienstleistungsangebot gleichzeitig auch eine Anerkennung der Bedürfnisse und Annäherung an die Lebenswelt der Jugendlichen vermittelt werden soll. Aufseiten der Fachkräfte impliziert eine solche an der Mediennutzung ausgerichtete Gestaltung der Angebote eine Flexibilisierung der Arbeitsvollzüge, mit der Gefahr einer zunehmenden Entgrenzung von Arbeit und Freizeit (vgl. Klinger/Mayr 2019).

Hinzu kommt, dass über digitale Kontakte insbesondere bei Wahrung der Anonymität keine Zuständigkeitsverteilung auf örtliche soziale Dienste möglich ist.⁹ Damit erfordert die Frage der Klärung der Finanzierung eines Angebots überregionale Absprachen, die unter Umständen staatliche Ebenen einbeziehen, die normalerweise nicht in die Grundfinanzierung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe einbezogen sind (vgl. Sauerbrey/Vollmer 2019).¹⁰

6.5 Ausblick

Vorliegende empirische Daten – sowohl systematische wie auch Erfahrungsberichte – zeigen, dass der Lockdown zur Eindämmung der Corona-Pandemie über die verschiedenen Subfelder der Kinder- und Jugendhilfe hinweg, zu einem Digitalisierungsschub sozialer Dienste geführt hat – vom Jugendamt über Beratungsangebote, ambulante und stationäre Hilfen bis zur offenen und verbandlichen Jugendarbeit. Ein wichtiger Aspekt dieses Schubs ist sicherlich, dass in einer Ausnahmesituation Dinge ausprobiert wurden, die unter „normalen“ Umständen nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt stattgefunden hätten. So konnten z.B. Fachkräfte Erfahrungen mit digitaler Kommunikation sammeln und diese Erfahrungen in die Gestaltung zukünftiger Hilfen und auch in ihren Eindruck von der Lebenswelt der Adressatinnen und Adressaten einbringen.

Dieser Digitalisierungsschub hat das Potenzial, die Responsivität sozialer Dienste gerade für Jugendliche zu steigern, da die Nutzung digitaler Medien in hohem Maße anschlussfähig an die Lebenswelt junger Menschen ist. Digitale Kommunikationswege bieten dabei besondere Chancen der Inanspruchnahme sozialer Dienste, wie die Diskussion der Dimensionen Anonymität, Anlass, Autonomie sowie Anzahl und Spezifika der Kommunikationskanäle zeigt. Allerdings stellen sich diese Vorteile

9 Nicht als Voraussetzung digitaler Kommunikation im Kontext sozialstaatlicher Leistungserbringung, sondern als ein Beispiel für eine Folge dieser Form der Dienstleistungserbringung lässt sich etwa benennen, dass sozialräumliche Bearbeitungsansätze bei Wahrung der Anonymität insbesondere bei überregional verfügbaren Online-Angeboten nicht zur Geltung kommen können. Überregionale Beratungsstellen verfügen in der Regel auch nicht über Verweisungswissen zu lokalen Diensten und Angeboten (vgl. für die Sozialrechtsberatung Hitchings/Maclean 2020). Das Spektrum der Unterstützungsmöglichkeiten wird dadurch eingeschränkt.

10 So wird die Online-Beratung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) nach dem Königsteiner Schlüssel, die sich nach dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl richtet, geregelt. Entsprechend dieses Schlüssels tragen die einzelnen Bundesländer zur Finanzierung der Online-Angebote bei (bke 2019, S. 9).

nicht automatisch ein. Vielmehr bedarf es entsprechender materieller, kognitiver und motivationaler Voraussetzungen aufseiten von Adressatinnen und Adressaten und Fachkräften. Es hat sich gezeigt, dass es eine zu einfache Vorstellung ist, von einer allgemeinen Zugänglichkeit der digitalen Angebote auszugehen und anzunehmen, dass etwa Online-Beratungsangebote, diejenigen erreichen, die man mit Offline-Beratungsangeboten nicht erreicht. Vielmehr zeigen sich auf verschiedenen Ebenen Ungleichheiten (z.B. Zugangsmöglichkeiten, Nutzungsmöglichkeiten, infrastrukturelle Rahmendbedingungen), die unter der Chiffre „digital divide“ zusammengefasst werden (vgl. z.B. Klein/Pulver 2019, S. 191). Zudem zeigt sich, dass Online-Angebote eher von Personen genutzt werden, die auch über andere Unterstützungsmöglichkeiten verfügen (Klein 2015). Darüber hinaus müssen auch organisationale Voraussetzungen aufseiten der Leistungserbringer, etwa mit Blick auf Dienstplanung oder Fragen des Datenschutzes, stimmen. Diese bestimmen, inwiefern Potenziale genutzt werden und Vorteile auch wirklich realisiert werden können.

Ähnliche Beispiele ließen sich neben der Zugänglichkeit und den Nutzungsmöglichkeiten auch für andere fachliche Standards der Kinder- und Jugendhilfe formulieren. So weisen Annett Kupfer und Marion Mayer (2019, S. 254) darauf hin, dass auch zu fragen ist, „inwieweit Online-Beratung nicht nur niedrigschwelliger ist, sondern ob sie ihrerseits auch die Schwelle zu Direktkontakten erhöhen und Kinder und Jugendliche in Vermeidungs- und Abwehrstrategien verharren lässt, anstatt sie herauszufordern, aktiv in die Welt zu treten und mit Unvertrautem in Kontakt zu kommen.“ Kritisch geprüft werden muss auch, inwiefern durch Online-Angebote die Vernetzungsangebote und -möglichkeiten im Sozialraum schwinden und somit wichtige Anschlussmöglichkeiten für Adressatinnen und Adressaten verloren gehen. Damit die Potenziale digitaler Kommunikationsmedien in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Sozialen Arbeit insgesamt genutzt werden können, bedarf es also einer kritischen Reflexion von Digitalisierungsprozessen.

Es spricht einiges dafür, dass positive Effekte vor allem dann realisiert werden, wenn digitale Kommunikationswege zusätzlich zu „klassischen“ Face-to-Face-Zugängen genutzt werden. Dies lässt sich zum einen damit begründen, dass die Präferenzen der Adressatinnen und Adressaten unterschiedlich sind. Daher entsteht Niedrigschwelligkeit von Beratungsangeboten gerade durch das Anbieten einer Vielfalt verschiedener Settings, die die Chance der Passung erhöhen (Wenzel 2013). Auch zeigt die vorliegende, v.a. auch internationale Forschung, dass medienvermittelte Kommunikationswege bei allen Vorteilen auch Grenzen haben, besonders in belastenden, traumatischen und krisenhaften Situationen. Vor diesem Hintergrund scheint es geboten, angesichts der aktuellen Digitalisierungseuphorie auch Grenzen und Risiken digitaler Kommunikationswege aufzuzeigen.

Wenn die aktuelle Pandemie als Auslöser einer Digitalisierung fungiert, so ist zu beachten, dass die aktuelle Situation eine spezifische ist. So besteht ganz offensichtlich eine Differenz zwischen Digitalisierung unter den Bedingungen des Social Distancing und Digitalisierung unter „normalen“ Umständen, etwa mit Blick darauf, wozu die Nutzung digital gestützter Kommunikationswege dient und wofür sie relevant ist. So sind audio-visuelle Formen der digitalen Kommunikation (z.B. Video-Chats) in der Lockdown-Situation besonders wichtig, weil sie am ehesten als Ersatz für Face-to-Face-Kommunikation gelten. Unter „normalen“ Umständen, dürften

dagegen textbasierte Zugänge, gerade weil sie sich stark von Face-to-Face-Kommunikation unterscheiden, besonders wichtig sein, zumal wenn weiterhin die Option zu herkömmlichen Kommunikationswegen besteht. Auch die Begründungen für digitale Kommunikation variieren. So stand während des Lockdowns das Ziel im Zentrum, überhaupt mit den Adressatinnen und Adressaten irgendwie Kontakt zu halten. Unter anderen Umständen stehen dagegen eine Vervielfältigung der Kommunikationsoptionen oder die Zugänglichkeit zu Hilfen z.B. in ländlichen Räumen im Zentrum der Diskussion. Es ist deshalb kritisch zu prüfen, inwiefern die während des Lockdowns etablierten digitalen Kommunikationswege auch unter „normalen“ Bedingungen sinnvoll sind und dazu beitragen können, Jugendlichen die Inanspruchnahme und Nutzung sozialer Dienste und Einrichtungen zu erleichtern und sie in ihrem Aufwachsen zu unterstützen.

Die Zukunft wird zeigen, ob die - zumindest im Bereich der Online-Beratung - im Vergleich zu Erwachsenen höhere Inanspruchnahme von Jugendlichen ausschließlich mit dem Lebensalter und der damit noch einhergehenden höheren Eingebundenheit in digitalen Bereichen der Lebenswelt zusammenhängt oder, ob sich dieser Unterschied mit dem Älterwerden der aktuell und zukünftigen jungen Alterskohorten auflöst. In letzterem Fall müssen sich die wohlfahrtsstaatlichen Angebote im Bereich der sozialen Arbeit mehr noch als jetzt auf diesen Wandel einstellen und ihre Strukturen daran anpassen.

Literatur

- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Hildesheim
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020): Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt. Bielefeld
- bke (2018): Erziehungs- und Familienberatung im Internet. Bericht 2018. Fürth
- bke (2019): bke-Onlineberatung. Etabliertes Angebot Entwicklungen 2019. Fürth
- Bambling, Matthew/King, Robert/Reid, Wendy/Wegner, Karly (2008): Online counselling: The experience of counsellors providing synchronous single-session counselling to young people. *Counselling and Psychotherapy Research*, 8. Jg., H. 2, S. 110–116
- Bank für Sozialwirtschaft (2020): Befragung zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Sozial- und Gesundheitswesen. Köln
- Behnisch, Michael/Gerner, Carina (2014): Jugendliche Handynutzung in der Heimerziehung und ihre Bedeutung für pädagogisches Handeln. In: *Unsere Jugend*, 66. Jg., H. 1, S. 2–7
- Buschle, Christina/Meyer, Nikolaus (2020): Soziale Arbeit im Ausnahmezustand?! Professionstheoretische Forschungsnotizen zur Corona-Pandemie. In: *Soziale Passagen*, 12. Jg., H. 1, S. 155–170
- Cook, Laura/Zschomler, Danny (2020): Virtual Home Visits during the COVID-19 Pandemic. *Social Workers' Perspectives*. In: *Practice*, 32. Jg., H. 5, S. 401–408
- EUGH (2020): Gerichtshof der Europäischen Union. Pressemitteilung Nr.91/20, Luxemburg, den 16. Juli 2020.
- Fever Jessica/Kochskämper, Dorothee/Müller, Tom/Rusack, Tanja/Schilling, Carina/Schröer, Wolfgang/Tillmann, Angela/Weißel, André/ Zinsmeister, Julia (2020): Digitalisierung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe – nicht nur in Zeiten der COVID-19-Pandemie. Hildesheim
- FORUMTRANSFER (2020): Die Kinder- und Jugendhilfe in der 2. Welle. Was nicht wieder passieren darf! Mainz
- Garkisch, Michael (2017): Digitalisierung@Soziale Arbeit. *BdW Blätter der Wohlfahrtspflege*, 164. Jg., H. 5, S. 177–180
- Große Perdekamp, Maria (2014): Onlineberatung als Chance für traumatisierte Jugendliche. Ein Praxisbericht über die Möglichkeiten der Mailberatung und des Gruppenchats im Online-Portal der bke-Jugendberatung. In: Krist, Marita/Wolcke, Adelheid/Weisbrod, Christina/Ellermann-Boffo Kathrin (Hrsg.): Herausforderung Trauma. Weinheim/ Basel
- Große Perdekamp, Maria (2015): Onlineberatung als Chance. Aus der Praxis der bke-Jugendberatung. In: Die Kinderschutz-Zentren (Hrsg.): Zwischen Beziehung und Konflikt. Köln
- Hasenfeld, Yeheskel (2010a): The Attributes of Human Service Organizations. In: Hasenfeld, Yeheskel (Hrsg.): *Human services as complex organizations*. 2. Aufl. Los Angeles, S. 9–32
- Hasenfeld, Yeheskel (2010b): Worker-Client-Relations. In: Hasenfeld, Yeheskel (Hrsg.): *Human services as complex organizations*. 2. Aufl. Los Angeles, S. 405–425
- Hitchings, Emma/Maclean, Mavis (2020): Unprecedented times. Some thoughts on the consequences of the COVID-19 pandemic from a family and social welfare law perspective. In: *Journal of Social Welfare and Family Law*, 42. Jg., H. 3, S. 277–280
- Hollstein-Brinkmann, Heino/Knab, Maria (Hrsg.) (2016): Beratung zwischen Tür und Angel. Professionalisierung von Beratung in offenen Settings. Wiesbaden
- Hugger, Kai-Uwe (Hrsg.) (2014): *Digitale Jugendkulturen*, 2. Aufl. Wiesbaden
- Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Ism) (2020a): Statusbericht Jugendverbandsarbeit in Rheinland-Pfalz in Zeiten von Corona 2020. Mainz
- Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Ism) (2020b): Statusbericht (mobile) Jugendarbeit und (aufsuchende) Jugendsozialarbeit in Rheinland-Pfalz in Zeiten von Corona 2020. Ergebnisse der Auswertung. Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH Statusbericht (mobile) Jugendarbeit und (aufsuchende) Jugendsozialarbeit in Rheinland-Pfalz in Zeiten von Corona 2020. Mainz
- Klein, Alexandra/Pulver, Caroline (2020): Onlineberatung. In: Kutscher, Nadia/Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo/Silber, Friederike/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung*. Weinheim, S. 190–200
- Klein, Alexandra (2015): Online-Beratung in der Kinder- und Jugendhilfe: Zugänglichkeit und Qualität. *Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit*. 46. Jg., H. 2, S. 35–43
- Klinger, Dabine/Mayr, Andrea (2019): Transformationsprozesse in der Sozialen Arbeit im Kontext der Digitalisierung. Sozialpädagogische Fachkräfte in der mediatisierten Gesellschaft. Beitrag zur Fachtagung „FT 17 Sozialpädagogik“ zum Thema „Digitalisierung zwischen Hype und didaktischen Mehrwert: Digitale Lehr-Lern-Formate sozialpädagogischer Qualifizierung in Hochschule und beruflicher Bildung“. 20. Hochschultage Berufliche Bildung Universität Siegen. Siegen
- Kupfer, Annett/Mayer, Marion (2019): Digitalisierung der Beratung. Onlineberatung für Kinder und Jugendliche und die Frage nach Möglichkeiten des Blended Counseling in der Kinder- und Jugendhilfe. In: *Soziale Passagen*, 11. Jg., H. 2, S. 243–265

- Kutscher, Nadia/Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo/Siller, Friederike/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (Hrsg.) (2020): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim
- Levine, Diane Thembekile/Morton, Julie/O'Reilly, Michelle (2020): Child safety, protection, and safeguarding in the time of COVID-19 in Great Britain. Proposing a conceptual framework. In: Child Abuse & Neglect, H. 110/2,
- Mairhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/Santen, Eric van/Seckinger, Mike (2020): Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern. München
- Meißner, Simone/Weinhardt, Marc/Bauer, Petra (2012): Kindeswohlgefährdung und Onlineberatung. In: e-beratungsjournal, 8. Jg., H. 1, Artikel 2
- Meißner, Simone/Weinhardt, Marc (2011): Kindeswohlgefährdung und Onlineberatung – ein Fallbeispiel. In: e-beratungsjournal, 7. Jg., H. 2, Artikel 9
- MPFS – Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.) (2019): JIM-Studie 2019. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart
- Müller, Siegfried (1978): Sozialarbeiterisches Alltagshandeln zwischen Hilfe und Kontrolle – Aspekte einer gesellschaftlichen Funktionsbestimmung der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. In: neue praxis, 8. Jg., H. 4, S. 342–348
- NummergegenKummer (2020): Jahresbericht 2020. Wuppertal
- Rees, Gwyther/Savahl, Shazly/Lee, Bong Joo/Casa, Ferran (2020): Children's Worlds Report 2020. Children's Worlds Project. Jerusalem Sauerbrey, Ulf/Vollmar, Horst Christian (2019): Digitale Beratung in der Sozialen Arbeit – ein Einblick in die gegenwärtige Lage. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik, 17. Jg., H. 2, S. 150–166
- Schaarschuch, Andreas (1999): Theoretische Grundelemente Sozialer Arbeit als Dienstleistung. In: neue praxis, 29. Jg., H. 6, S. 543–558
- Schaarschuch, Andreas/Oelerich, Gudrun (2005): Theoretische Grundlagen und Perspektiven der Nutzerforschung. In: Oelerich, Gertrud/Schaarschuch, Andreas (Hrsg.): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert sozialer Arbeit. München, S. 9–25
- Seckinger, Mike/Pluto, Liane/Peucker, Christian/van Santen, Eric/Gadow, Tina (2016): Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme. Weinheim/Basel
- Smith, Richard J./Eaton, Tara (2014): Information and Communication Technology in Child Welfare: The Need for Culture-Centered Computing. In: The Journal of Sociology & Social Welfare, 41. Jg., H. 1, S. 137–160
- Statistisches Bundesamt (2017): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe: Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige. Erziehungsberatung 2015. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (2020): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe: Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige 2019. Wiesbaden
- Steiner, Olivier/Heeg, Rahel/Schmid, Magdalene/Luginbühl, Monika (2017): MEKIS. Studie zur Medienkompetenz in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe. Basel.
- Tillmann, Angela (2020): Veränderte Lebenswelten im Zuge gesellschaftlicher Digitalisierungsprozesse. In: Kutscher, Nadia/Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo/Siller, Friederike/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim, S. 89–100
- Tran, Kien/Gaupp, Nora (2021): Freundschaften im Jugendalter: online, offline oder beides? In: Walper, Sabine/Kuger, Sabine/Rauchenbach, Thomas (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland 2019. Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien. Bielefeld, S. 80–85
- Wenzel, Joachim (2013): Wandel der Beratung durch Neue Medien. Göttingen

7 Digitalisierung und Extremismusprävention: Überlegungen zu Entwicklungsstand und –perspektiven des Handlungsfeldes „vor“ und „nach Corona“¹

Sally Hohnstein

7.1 Extremismus und (sozial)pädagogische Prävention im Angesicht der Corona-Pandemie

Die Prävention von politisch-weltanschaulichem Extremismus ist seit einigen Jahrzehnten, spätestens seit den 1990er Jahren des 20. Jhd., ein etabliertes Handlungsfeld (sozial)pädagogischer Arbeit in der Bundesrepublik. Ihr Ziel ist es, ausgehend von der Normativität einer pluralistischen, menschenrechtsorientierten Werteordnung und demokratischen Kultur, der Ablehnung antidemokratischer Werte sowie diskriminierendem und abwertendem Verhalten vorzubeugen und entgegenzuwirken. Waren in den 1990er und 2000er Jahren vor allem rechtsextreme Phänomene im Fokus präventiver Maßnahmen, hat sich bis heute das Spektrum an Phänomenen, denen vorbeugend oder interventiv begegnet werden soll, merklich erweitert. Aktuell gilt die Aufmerksamkeit präventiver Maßnahmen neben rechtsextremen Erscheinungsformen, die angesichts der Mordanschläge auf die Synagoge und einen Dönerimbiss in Halle (Saale) oder den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke keineswegs an Relevanz verloren haben, vor allem dem islamistischen Extremismus, dem Linksextremismus bzw. linker Militanz sowie den verschiedenen Ausprägungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) wie Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Homo- und Transfeindlichkeit u.a.

Extremismusprävention umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze und Maßnahmen. Diese richten sich, dem Präventionsmodell von Gordon (1983) folgend, im Bereich der universellen Prävention mit wissensvermittelnden, sensibilisierenden Angeboten zu Extremismus an die Gesamtbevölkerung, in der selektiven Prävention an ausgewählte Bevölkerungsgruppen, bei denen eine erhöhte Vulnerabilität

¹ Dieser Beitrag ist im Rahmen des Projekts ‚Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention‘ entstanden, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) von 2020-2024 gefördert wird. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

oder Affinität für extremistische Angebote angenommen wird und in der indizierten Prävention an Individuen, die bereits extremistische Orientierungen und Zugehörigkeiten ausgebildet haben. Adressiert werden dabei vor allem Jugendliche sowie sozialisationsrelevante Akteure wie pädagogische Fachkräfte oder Eltern (Milbradt/Schau/Greuel 2019b, 143ff.). Entsprechend vielfältig gestaltet sich das Spektrum an (sozial)pädagogischen Ansätzen und Formaten in der Extremismusprävention.

Gleichwohl extremismuspräventive Maßnahmen auch Gegenstand sicherheitspolitischer Strategien zum Schutz der Bevölkerung und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind (BMFSFJ/BMI 2016, S. 11,16), konstituiert sich der (sozial)pädagogische Anspruch im Feld aus verschiedenen Argumentationslinien. Er leitet sich erstens vom Stellenwert ab, der den Lebensabschnitten der Kindheit und Jugend im Prozess der politischen Sozialisation beigemessen wird (Reinders 2016). Dabei wird insbesondere die Adoleszenz als Entwicklungsphase begriffen, in der junge Menschen als besonders vulnerabel für extremistische Deutungs- und Gemeinschaftsangebote gelten (Glaser/Herding/Langner 2018, S. 17). Zweitens werden Jugendliche gemeinhin als für präventive Angebote leichter erreichbar erachtet als Erwachsene - weil bei ihnen zum einen noch eine stärkere Entwicklungsoffenheit angenommen wird (Milbradt/Schau/Greuel 2019a, S. 149) und sie zum anderen über institutionalisierte Bildungs- und Freizeitkontexte gut ansprechbar sind (Milbradt/Schau/Greuel 2019a, S. 144). Drittens offerieren extremistische Akteure spezifische jugendaffine Angebote, die an den politischen wie auch sozialen Orientierungsbewegungen und Verselbstständigungsprozessen junger Menschen anknüpfen, womit sie ihrerseits versuchen, sich die Vulnerabilität der Jugendphase nutzbar zu machen und damit indirekt die Adressatengruppe der Jugendlichen als relevant für (sozial)pädagogische Arbeit markieren (ebd.).

Angesichts dessen sehen sich (sozial)pädagogische Angebote der Extremismusprävention einer zweifachen Aufgabe gegenüber: Einerseits gilt ihre Aufmerksamkeit den Jugendlichen, deren Hinwendung zu extremistischen Angeboten sie zu verhindern oder aufzuhalten suchen. Deren Lebenswelten und Bedürfnisse müssen berücksichtigt und in der Arbeit aufgegriffen werden. Andererseits müssen extremismuspräventive Angebote auch die extremistischen Szenen selbst kennen. Entwicklungen im extremistischen Bewegungsspektrum müssen sensibel wahrgenommen und in den gesamtgesellschaftlichen Kontext eingeordnet werden, in dem extremistische Akteure (auch strategisch) navigieren und ihre Weltsichten positionieren. Gesellschaftlicher Wandel wie auch aktuelle gesellschaftliche Ereignisse und Brüche wirken sich demnach in einem doppelten Sinne indirekt auf Angebote der Extremismusprävention aus: einerseits durch ihre Effekte auf die Lebenswelten junger Menschen und deren Adressierung und andererseits durch ihren Einfluss auf die Entwicklung in extremistischen Szenen und deren Mobilisierungspraxen.

Ein solcher Einschnitt, der die Extremismusprävention in den letzten Monaten sehr stark gefordert hat, ist zweifelsohne die COVID-19-Pandemie. Zum einen wurden die Pandemie sowie die politischen Maßnahmen zur Eindämmung derselben und die damit verbundenen tiefen Einschnitte in das gesellschaftliche Leben in den extremistischen Milieus aufgegriffen und für ideologische Deutungen und Selbstpositionierungen genutzt. Das islamistisch-extremistische Milieu beispielsweise erklärte

Hygiene zur religiösen Aufgabe aller Musliminnen und Muslime und deutete die Pandemie zugleich als göttliche Strafe gegen die Feinde der islamischen Welt (Sold/Süß 2020). Rechte Akteure verorteten sich dagegen stärker im Anti-Corona-Milieu, mischten sich in den sich neu konstituierenden diffusen und äußerst heterogenen Straßenprotest gegen Corona oder organisierten selbst Demonstrationen unter diesem Label (Zeit Online 2020). Und auch im Internet besetzten Rechtsextreme und Rechtspopulistinnen und -populisten den Anti-Corona-Diskurs mit fließenden Übergängen ins antidemokratische Verschwörungsmilieu (jugendschutz.net 2020). Für junge Menschen, die sich im Netz informieren und orientieren, können extremistische Informationsnetze und -blasen Zugänge zu antidemokratischen und antipluralistischen Deutungswelten und Akteuren eröffnen. Extremismuspräventive Angebote standen und stehen daher vor der Aufgabe, solche aktuellen strategischen Entwicklungen im Extremismus und deren mediale Dimensionen zu erkennen und in ihrer Arbeit zu berücksichtigen.

Zum anderen hat die COVID-19-Pandemie wie in allen Gesellschaftsbereichen auch in der Extremismusprävention zu drastischen Einschnitten in der praktischen Arbeit geführt. Zahlreiche Fachveranstaltungen mussten abgesagt oder verschoben sowie Beratungsaktivitäten unterbrochen werden. Mit dem Lockdown während der Pandemie waren und sind die Handlungsoptionen der Angebote im Feld massiv eingeschränkt. Angebote konnten ihre Arbeit entweder über die nach wie vor in ihren zeitlichen Dimensionen schwer einschätzbare Phase hinweg gänzlich einfrieren, in mehr oder weniger eingeschränkter Form weiterführen oder aber sich bestehende Formen digitaler (sozial)pädagogischer Bildungs- und Beratungsarbeit nutzbar machen.

Damit stellt sich auch für das Handlungsfeld Extremismusprävention die Frage nach der Digitalisierung (sozial)pädagogischer Arbeit - insbesondere mit Blick auf die Nutzung digitaler Kommunikationstechniken als Medien in der (sozial)pädagogischen Interaktion (Eßer 2020, S. 24). Die damit einhergehende Mediatisierung - also die Überprägung und Durchdringung der Handlungssituation durch digitale Medien - und die damit verbundenen Veränderungen von Arbeitsumgebungen und Kommunikationsformen (Krotz 2020, S. 33) müssen beim Übergang zum digitalisierten (sozial)pädagogischen Arbeitsprozess fachlich eingebettet sein. Dies wirft als anschließende Frage auf, inwieweit (sozial)pädagogische Angebote der Extremismusprävention an fachliche Entwicklungen um digitale Leistungserbringung in der (sozial)pädagogischen Arbeit anknüpfen und gegebenenfalls auf bereits erprobte und etablierte Ansätze und Vorgehensweisen einer digitalmedienbasierten Arbeit zurückgreifen können.

Im Weiteren soll diskutiert werden, inwiefern Extremismusprävention als breit ausdifferenzierte Praxislandschaft in der Lage war und ist, auf die beiden aufgezeigten pandemiebedingten Herausforderungen - die COVID-19-bezogenen Entwicklungen im Extremismus, dem Problemgegenstand der Arbeit, einerseits und die pandemiebedingte veränderte Arbeitssituation andererseits - zu reagieren. Dargestellt werden soll, welche hierfür geeigneten Angebotsformate in der Extremismusprävention „vor Corona“ im Handlungsfeld praktiziert wurden und welche Herausforderungen

und Entwicklungsaufgaben für die aktuelle, fortdauernde Arbeit unter Pandemiebedingungen daraus abzuleiten sind. Damit sollen Impulse für die professionelle Reflexion und Weiterentwicklung der Handlungsfelder gegeben werden.

7.2 Digitalisierung und Extremismusprävention vor, während und nach Corona

Betrachtet man die pädagogische Praxis der Extremismusprävention „vor Corona“ und die Frage, welchen Stellenwert das Thema „Digitalisierung“ als sowohl inhaltliche als auch strukturelle Dimension im Handlungsfeld innehatte, lassen sich schlaglichtartig für die letzten Jahre folgende thematische Linien skizzieren:

7.2.1 Arbeit zu Extremismus im Netz

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit digitalen Phänomenfacetten von Extremismus konstituiert sich in der (sozial)pädagogischen Extremismusprävention in Reaktion auf und Auseinandersetzung mit extremistischen Aktivitäten in virtuellen Kontexten, insbesondere im Social Media-Bereich. Im Fokus der Arbeit stehen die Rekrutierungs- und Mobilisierungsbemühungen menschenfeindlicher und extremistischer Akteure im Netz, mögliche Attraktivitätsmomente extremistischer Deutungsangebote und Gruppen für junge Menschen sowie angrenzende, im Internet sehr prominente Milieus wie Verschwörungsszenen oder fundamentalistische religiöse Gruppen.

Auch das Thema „Hate Speech“ beschäftigt die Extremismusprävention. Bei diesem Thema standen und stehen zum einen die gesellschaftlichen Implikationen von abwertender und gewalthaltiger Sprache, z.B. hinsichtlich der Diskurs- und Konfliktkultur, im Fokus der fachlichen Auseinandersetzung. Zum anderen rücken zunehmend die (sozial)pädagogischen Akteure selbst als Adressatinnen und Adressaten von virtuellem Hass in den Blick: Insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, die sich mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus befassen, werden Opfer virtueller Anfeindungen und Bedrohungen (bis hin zu sog. rechtsextremen „Todeslisten“) und müssen sich deshalb mit Fragen digitaler Kommunikation, Arbeit und Sicherheit befassen.

Vor dem Hintergrund dieser und weiterer Facetten von Extremismus und Hass im Netz finden sich insbesondere im universalpräventiven Bereich pädagogische Angebote aus der Bildungsarbeit, des Jugendmedienschutzes und mitunter auch der Medienpädagogik, die das Thema „Extremismus im Netz“ aufgreifen. Extremistische Erscheinungsformen und darauf bezogene Handlungsempfehlungen sind Gegenstand von Monitorings (Amadeu Antonio Stiftung 2020; jugendschutz.net 2019a, 2019b), Workshops mit Jugendlichen oder deren Eltern und Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte und werden in der Regel hochaktuell in Broschüren und Ratgebern in die Fachdiskussion eingespeist.

- Aufklärung über extremistische Corona-Kampagnen

Ein aktueller Blick ins Feld zeigt, dass auch auf die Instrumentalisierung der Corona-Krise durch extremistische Akteure reagiert wird. Wenngleich vereinzelt, finden sich Onlineinformationsmaterialien (jugendschutz.net 2020) zu extremistischen Aktivitäten mit Bezug zu Corona. Kritisch begleitet wird insbesondere der rechtsextreme Onlinediskurs zur Pandemie: Aufgeklärt wird über die gezielten Desinformationskampagnen der Rechten und demokratie- und staatsfeindliche sowie antisemitische Verschwörungsmymen, die in wechselnden Feinbildern mal Angela Merkel, mal die angeblich 'jüdisch-globale Weltelite' für die Verbreitung des Virus verantwortlich machen (jugendschutz.net 2020). Des Weiteren wird über Imagekampagnen aufgeklärt, in denen Rechtsextreme für Wohltätigkeitsaktionen werben sowie über sog. Prepper-Aktivitäten, in denen sich Mitglieder rechtsextremer Netzwerke und Reichsbürger angesichts der einschneidenden gesellschaftlichen Krise durch Corona auf einen „Tag X“ des Kollapses der gesellschaftlichen Ordnung und die Möglichkeit eines antidemokratischen Putsches vorbereiten (ebd.; Meyer/Spickschen 2020; Sold/Süß 2020). Inwieweit diese Bildungsangebote ihre Adressatengruppen erreichen, besonders dann, wenn diese sich bereits in sehr einseitigen Informations- und Meinungsblasen orientieren, bleibt offen.

- Förderung medialer Orientierungs- und Bilanzierungskompetenzen

Betrachtet man zudem die aktuellen Entwicklungen in der Anti-Corona-Szene, so zeigt sich in aller Brisanz, wie ganz unterschiedliche soziale und politische Milieus im Netz (hierzu basierend auf der Analyse einer Telegram-Gruppe Nachtwey/Schäfer/Frei 2021) wie auch im Straßenprotest Allianzen eingehen. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen politischen Lagern und es finden sich kaum mehr Abgrenzungen vom eigenen Anspruch her eher links und pluralistisch orientierter Menschen gegen rechtsextreme und antidemokratische Mitprotestierende. Für die extremismuspräventive Arbeit bedeutet dies, dass mit Fake News und Verschwörungstheorien zunehmend antidemokratische Phänomene an Bedeutung gewinnen, die nicht mehr über politische Positionierungen bzw. Abgrenzungen - z.B. über rechtsextreme Markierungen - adressiert werden können. Gefragt sind daher nicht nur Information und Aufklärung, sondern auch Bildungsformate, die politische und mediale Orientierungs- und Bilanzierungskompetenzen fördern und junge Menschen dazu befähigen, Informationen im Netz einzuordnen und die Logiken und Mechanismen hinter virtuellen Wissenswelten zu verstehen. Jedoch sind solche stärker medienkompetenzorientierten Bildungsangebote generell unterrepräsentiert im Bereich der Extremismusprävention und unter den aktuellen Shutdownbedingungen vermutlich noch rarer geworden.

Dabei sind sie auch gerade jetzt sehr wichtig, in einer Phase, in der institutionalisierte Bildung für junge Menschen nur eingeschränkt verfügbar ist, Schulen im Sparbetrieb fahren, Bibliotheken geschlossen bleiben und außerschulische Jugend- und Bildungsarbeit kaum verfügbar ist, weshalb junge Menschen verstärkt oder fast ausschließlich auf digitale Bildungsangebote zurückgreifen (müssen). Dies spiegelt sich in einer verstärkten Nutzung vieler Internet- und Social-Media-Kanäle als Informationsangebote (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2020, 49f.). Und denkbar ist, dass diese Informationsbeschaffungsroutinen auch nach Ende des Lockdowns erhalten bleiben.

7.2.2 Digitalisierung der Extremismusprävention

Auch angesichts dessen steht Extremismusprävention des Weiteren vor der Aufgabe, junge Menschen auch in virtuellen Informationswelten zu adressieren und ihre Angebote dort, wo Jugendliche nach Informationen suchen, zu platzieren. Dies führt nun zur zweiten Ausgangsfrage, nämlich inwieweit auch Möglichkeiten einer digitalisierten, d.h. digitale Medien in der Adressateninteraktion nutzenden Extremismusprävention hier zum Tragen kommen.

Festzustellen ist, dass „Digitalisierung“ in der Extremismusprävention erst seit ein paar Jahren und trotz besonderer Förderinitiativen eher zurückhaltend diskutiert wird (Hohnstein/Glaser 2017, 258f.). Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Frage, inwieweit Extremismusprävention nicht auch im digitalen Raum aktiv werden müsse, um Angebote auch unter den Bedingungen mediatisierter Alltagswelten adressatengerecht und lebensweltnah erbringen zu können.

- Wissensvermittlung

Der Arbeitsbereich der Extremismusprävention, in dem am ehesten in den vergangenen Jahren die Entwicklung virtueller Angebote vorangetrieben wurde, ist der universalpräventive Bereich der Bildung und Aufklärung zu aktuellen und historischen extremistischen Phänomenen. Mittlerweile haben zahlreiche institutionelle Akteure im Handlungsfeld eigene Informationsportale und -websites aufgebaut, auf denen sie nicht nur über die eigenen Angebote, sondern darüber hinaus über aktuelle Entwicklungen informieren, relevantes Wissen bereitstellen und Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner zu weiterführenden Themen vermitteln. Genannt werden hier exemplarisch die reichweitenstarken multimedialen Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), die Webangebote der Landesdemokratiezentren der Bundesländer (LDZ) mit ihren umfangreichen Bildungs- und Vernetzungsangeboten oder die Webseiten der 2020 initiierten Kompetenznetzwerke im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, auf denen neben Beratungs- und Bildungsangeboten vielfältige Informationen, Analysen, Monitorings u.v.m. bereitgestellt werden oder das Portal von Jugendschutz.net.

- Lernen in multimedialen Erlebniswelten

Neben diesen wissensvermittelnden Angeboten finden sich im universalpräventiven Bereich deutlich seltener interaktiv angelegte digitale Lernangebote, die versuchen, die Möglichkeiten von Audiovisualität und Multimedialität bis hin zu 3D und Virtual Reality für die Bildungsarbeit nutzbar zu machen. Damit sollen die Lernenden nicht nur kognitiv adressiert, sondern auch emotional involviert werden (Hölzel/Jugel 2019, 248ff.). Insbesondere im Bereich der Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus und dem Holocaust sind in den vergangenen Jahren interessante historisch-politische Bildungsprojekte angestoßen worden, die subjektives Erleben in digitalen Lernumgebungen ermöglichen sollen. Beispiele hierfür sind die virtuellen Angebote des Anne-Frank-Hauses inkl. 3D-Rundgang oder Smartphone-Apps wie der Stolpersteine-Guide, der die Erkundung von jüdischen Lebensgeschichten hinter den Stolpersteinen als Stadtrundgang erlebbar macht. Aber auch für die Auseinandersetzung mit zeitgenössischem Rechtsextremismus

gibt es erste Bemühungen, virtuelle Kontexte für die Arbeit mit Testimonials nutzbar zu machen. Ein Beispiel hierfür ist die Plattform Extreme Dialogue, die filmisch dokumentierte Aussteigererzählungen bereitstellt – ergänzt um Arbeitsmaterialien und -anleitungen für den praktischen Einsatz der Videos in physischen Lernkontexten.

- Virtuelle aufsuchende Bildungsarbeit für gefährdete junge Menschen

Ein sich seit einigen Jahren vereinzelt in Erprobung befindender Ansatz ist des Weiteren, dort, wo junge Menschen sich im Netz öffentlich durch einschlägige Äußerungen oder durch Kommunikation mit extremistischen Akteuren Gefährdungen erkennen lassen, zielgerichtet Bildungsangebote zu platzieren. Nuancierungen finden sich im Detail: Ausprobiert wurden in den vergangenen Jahren im Projekt „No Nazi Net“ der Amadeu Antonio Stiftung beispielsweise Gegennarrativpostings u.a. in Facebookgruppen, in denen rechtsextreme Positionen und Deutungen vorgetragen wurden, mit dem Ziel, die Meinungshomogenität dieser Gruppen aufzubrechen und um pluralistisch orientierte Positionen zu ergänzen (Amadeu Antonio Stiftung o.J., 21f.). An anderer Stelle erfolgten stärker individualisierte Formen der Ansprache. So wurden im Projekt „Was postest du?“ des Vereins Ufuq junge Musliminnen und Muslime adressiert, die mit Fragen rund um Identität und Religiosität im Netz Rat suchen und dabei auch islamistische Positionen angeboten bekommen. Durch Beiträge der Projektmitarbeitenden sollte diesen Jugendlichen die Vielfalt muslimischer Lebensweisen eröffnet werden und sie sollten dazu angeregt werden, eigene Perspektiven auf religiöse Fragen zu entwickeln (ufuq 2016, 22ff.). Im Projekt „No Nazi.net“ wiederum wurden User/innen angesprochen, um sie über den rechtsextremen Hintergrund von Webseiten und -gruppen aufzuklären (Amadeu Antonio Stiftung o.J., 19ff.). Und auch aktuell finden sich Beispiele für diese Art der aufsuchenden Arbeit. So wird im Projekt „Sabil Streets“ der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein (TGS-H) der Ansatz verfolgt, junge Menschen in den sozialen Netzwerken aufzusuchen und über Kommentare sowie über individuelle Ansprachen mit ihnen in Kontakt zu kommen.

- Onlineberatung

Darüber hinaus wird seit einigen Jahren, ebenfalls im Rahmen modellhafter Erprobungen versucht, den Ansatz der psychosozialen Onlineberatung, die in anderen Beratungsfeldern zum Teil seit vielen Jahren etabliert und fachlich reflektiert ist, für Extremismusprävention nutzbar zu machen. Adressiert werden sollen zum einen Menschen, die unmittelbar oder mittelbar in ihrem Lebensumfeld - in der Familie, am Wohnort, im Beruf, in Freizeitkontexten usw. - von den Auswirkungen extremistischer Aktivitäten negativ betroffen sind und im Umgang damit Unterstützung und Rat suchen. Als erste internetbasierte Beratung nahm 2007 die „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus“ des Vereins gegen Vergessen für Demokratie e.V. die Arbeit auf. Im Themenfeld islamistischer Extremismus folgte 2019 die Onlineberatung Emel - Online-Beratung zu religiös begründetem Extremismus der TGS-H in Zusammenarbeit mit der Landespräventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus PROvention Schleswig-Holstein.

Zum anderen verbindet sich mit Onlineberatungen auch die Hoffnung, auf niedrigschwelligem, anonymen Weg Beratungsmöglichkeiten für distanzierungs- bzw. ausstiegsinteressierte junge Menschen mit extremistischen Orientierungen oder Haltungen zu eröffnen und damit das Angebotsportfolio der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit in Deutschland um eine virtuelle Komponente zu ergänzen. Das Projekt „Sabil - online. religiös. Ratsuchend“ der TGS-H verfolgt diesen Ansatz im Themenfeld islamistischer Extremismus und berät und begleitet Menschen mit Ausstiegswunsch mittels E-Mail- und Chatberatung. Ursprünglich zählte die Ausstiegsberatung auch zum Angebotsspektrum der „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus“. Unter anderem aufgrund mangelnder Nachfrage wurde es jedoch eingestellt.

· Virtuelle Trainings

Ein letztes Erprobungsfeld der vergangenen Jahre ist der Transfer stärker curricular strukturierter sozialer Lern- und Trainingsangebote für junge Menschen. Hierfür steht das Angebot „Click!“ des Vereins Drudel 11 e.V., mittels dessen Jugendliche in ihrer Auseinandersetzung mit Gewalt und Hass unterstützt werden sollen. Ihnen steht eine interaktive und multimediale Lernplattform zur Verfügung, die sie anonym nutzen können sowie bei Bedarf eine individuelle professionelle Begleitung mittels Messengerdienst.

Wenngleich das Angebotsspektrum, das sich hier auffächert, durchaus breit erscheint, muss einschränkend bemerkt werden, dass mit Ausnahme klassisch wissensvermittelnder Formate im Netz die Zahl der existierenden Angebote nur bedingt über die hier genannten hinausweist, sodass kaum von mehr als exemplarischen Erprobungen gesprochen werden kann. Es bleibt festzustellen, dass das Thema „Digitalisierung in der (sozial)pädagogischen Interaktion“ bislang kaum in der Extremismusprävention Einzug gehalten hat. Eher ist es wohl dem Interesse einzelner Akteure und gezielter Bundesprogrammförderung zu verdanken, dass digitalmedienbasierte Ansätze in den letzten Jahren zumindest vereinzelt angewendet und damit auch der fachlichen Debatte und professionellen Reflexion zugeführt wurden. Von einer flächendeckenden Sensibilität für digitale Arbeit und einer festen Etablierung neuer Ansätze, auf die im Bedarfsfall kurzfristig umgesteuert hätte werden können, konnte und kann keine Rede sein. Die Ausgangslage des Handlungsfeldes, um kurzfristig und mit fachlich unteretzten Herangehensweisen die Herausforderungen der COVID-19-Pandemie und des wiederholten Lockdowns vieler etablierter institutioneller Verfahren anzunehmen, muss angesichts dessen als eher ungünstig eingeschätzt werden.

Dennoch soll der Blick an dieser Stelle positiv gewendet werden. So wurde die neue gesellschaftliche Situation im Handlungsfeld vielfach in der Praxis zum Anlass genommen, sich dem Thema Digitalisierung in der Extremismusprävention und den damit zusammenhängenden fachlichen Herausforderungen zuzuwenden. Die Erfahrungen des letzten Jahres dürften dabei erstens anschaulich illustriert haben, dass Digitalisierung nicht im Sinne eines 1:1-Transfers bisheriger etablierter Formate, Ansätze und Vorgehensweisen aus der bisherigen Arbeit in digitale Handlungsräume, sondern vielmehr als Praxisfeld mit eigenen Logiken und strukturellen Spezifika zu begreifen ist. Allein dieser Befund ist bedeutsam für eine fachlich basierte

Weiterentwicklung des Feldes im digitalen Arbeiten, denn er bildet die Grundlage für eine an Fachlichkeit und professionellen Prinzipien und Standards orientierte, reflektierte Praxis. Und zweitens setzte die breite und gravierende Betroffenheit von Angeboten der Extremismusprävention (genauso wie vieler anderer (sozial)pädagogischer Handlungsfelder) und der damit verbundene dringende Handlungsdruck das Thema nunmehr dringlich auf die Agenda.

Dennoch wäre die Hoffnung, dass ein Jahr nach Pandemiebeginn das Portfolio der Extremismusprävention um ein breites Spektrum digitaler Arbeitsformen erweitert sein würde, eine übermütige. Anzunehmen ist, dass für die verschiedenen Handlungsfelder und -kontexte der Extremismusprävention in unterschiedlichem Maße technische Möglichkeiten und Anwendungen zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Pandemie bereitstanden und in vergleichsweise kurzer Zeit sowohl angebots- als auch adressatenseitig erschlossen werden konnten. So dürfte sich beispielsweise für Anbieter von wissensvermittelnden universalpräventiven Bildungsangeboten die technische und fachliche Adaption der Pandemielage anders gestalten als für Akteure, die stärker individualisierte Ansätze und Beratungsangebote offerieren oder ihre Angebote bislang über institutionelle Schnittstellen, z.B. Schule, oder in stark restriktiven Handlungskontexten, z.B. Justizvollzugsanstalten, platzieren. Und so legt denn auch ein erster Blick ins Feld nahe, dass sich Entwicklungen hin zu digitalen Angeboten am ehesten im Bereich der sensibilisierenden und aufklärenden Universalprävention nachzeichnen lassen, in dem sich Online- und Hybridfachtagungen, Podcasts, Onlinefortbildungen, -workshops und -coachings recht schnell etablieren konnten.

Des Weiteren standen und stehen Angebote im Feld der Extremismusprävention vor der Herausforderung, ihre technische Infrastruktur an die neuen Bedingungen und Bedarfe digitalbasierter oder hybrider Angebotsbereitstellung anzupassen. Auf Seiten der Angebote dürfte zwar von einer grundsätzlichen Verfügbarkeit digital-technischer Ressourcen ausgegangen werden, jedoch ist auch anzunehmen, dass diese an den bisherigen Anforderungen orientiert waren und damit nicht auf die aktuelle Bedarfssituation zugeschnitten sind. Digitale Arbeitsprozesse, die den hohen Anforderungen an den Persönlichkeits- und Datenschutz gerecht werden, erfordern beispielweise professionelle IT-Anwendungen sowie internetfähige Endgeräte, die längst nicht überall zur selbstverständlichen Ausstattung aller, in Teilen auch auf Honorarbasis beschäftigter Angebotsmitarbeitenden gehören.

Der kurzfristigen Beschaffung neuer IT-Infrastruktur dürfte nicht nur die drastisch gestiegene Nachfrage an Geräten, Anwendungen und IT-Support entgegenstehen. Die Umstellung auf digitalisiertes Arbeiten dürfte darüber hinaus in teils umfangreichem Maße Sach- und Honorarmittel erfordern - u.a. für den Erwerb von Hardware oder Softwarelizenzen, für Webprogrammierung und -design sowie für Qualifizierung und Coaching - deren Finanzierung in einem per se eher unterausgestatteten (sozial)pädagogischen Feld nicht für jeden Träger problemlos realisierbar sein dürfte. Zudem könnten derart umfangreiche finanzielle Umsteuerungen insbesondere für befristete Förderprojekte mit fester Finanz- und Sachmittelplanung spezifische verwaltungsbezogene Probleme bergen.

Herausforderungen bestehen jedoch nicht nur mit Blick auf die Technikausstattung der Angebote, sondern auch hinsichtlich deren Anwendung. Gemeint ist hier nicht die grundsätzliche Bedienung der Technik, sondern die umfassende Aneignung und didaktisch kreative Nutzung komplexer digitaler Bildungsumgebungen einerseits sowie die Neuorganisation interner Planungs-, Kommunikations- und Koordinierungsprozesse andererseits, die zudem unter großem Handlungsdruck erfolgen mussten. Positiv zu bewerten sind angesichts dessen fachliche Unterstützungsangebote, z.B. der Kompetenznetzwerke im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, die Fachkräften im Handlungsfeld den Erwerb digitaler Anwendungskompetenzen erleichtern. Zu bedenken ist jedoch auch, dass nicht jede Fachkraft technikaffin und technikkompetent ist und dass Unsicherheiten und Vorbehalte im Umgang mit digitalen Angeboten und Arbeitsformen bestehen können. Wie die ARD/ZDF-Onlinestudie 2019 zeigt, lassen sich z.B. hinsichtlich der täglichen Nutzung des Internets noch immer Alterseffekte nachzeichnen (Beisch/Koch/Schäfer 2019, 374f.). Unabhängig vom Alter finden sich zudem in der Fachpraxis medienkritische Perspektiven, die einer systematischen Nutzung digitaler Technik entgegenstehen. Daher kommt insbesondere extremismuspräventiven Angeboten für Multiplikatoren die Aufgabe zu, bei Fachkräften für den reflektierten, adressatengerechten Einsatz digitaler Medien in der Arbeit zu werben und deren digitale Handlungskompetenz zu fördern.

Doch nicht nur angebotsseitig stellt sich die Frage nach dem Umgang mit weniger affinen, mediendistanteren Gruppen. Auch auf Seiten der Adressatinnen und Adressaten der Angebote kann eine Offenheit für die Arbeit in digitalen Kontexten nicht generell vorausgesetzt werden. Was für die eine willkommene niedrigschwellige und lebensweltnahe Veränderung ist, ist für den anderen eine hohe Belastung oder Ressourcenfrage. Hier stellen sich für eine für kommunikative und soziale Exklusionsprozesse sensible Extremismusprävention - wie in der Präsenzarbeit auch - Fragen nach der Passgenauigkeit von Angeboten. Insofern spricht vieles dafür, dass auch unter den aktuell erschwerten Arbeitsbedingungen weiterhin nicht-digitale Angebote vorgehalten werden und, sofern dies aus epidemiologischer und Arbeitsschutzsicht gerechtfertigt werden kann, etablierte Vor-Ort-Vorgehensweisen vollumfänglich wiederaufgenommen werden, nunmehr ergänzt um weitere digitale Formate.

7.3 Ausblick

Nach nunmehr einem Jahr COVID-19-pandemiebedingter Einschränkungen und angesichts des zweiten umfassenden Lockdowns zum Jahreswechsel 2020/2021 kann von einer Rückkehr der Praxis zum Gewohnten und Etablierten, zum Business as Usual der Extremismusprävention, nach wie vor keine Rede sein. Für die Praxis bedeutet dies, trotz erschwelter Arbeitsbedingungen und entgegen möglicher, von Gesellschaft und Bürgerinnen und Bürgern als drängender wahrgenommener Themen, die präventive und interventive Arbeit im Themenfeld politisch-weltanschaulicher Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufrechtzuerhalten sowie die mit der COVID-19-Krise verbundenen Herausforderungen anzunehmen und als Impuls und Entwicklungsaufgabe zu begreifen.

Die aktuelle Situation kann dabei zunächst einmal als Initiationsmoment bzw. Katalysator einer längst überfälligen, verstärkten professionellen Auseinandersetzung mit Digitalisierung im Handlungsfeld begriffen werden. Von Bedeutung ist vor allem, dass digitales, mediengestütztes Arbeiten langfristig als Praxisentwicklungsthema auf der Agenda bleibt und weiterverfolgt wird, da – wie dargestellt – mediatisierte, digitale Lebens- und Bildungswelten junger Menschen wie auch das Engagement extremistischer Akteure im Netz entsprechende Antworten einfordern. Die Arbeit mit digitalen Kontexten sollte im Idealfall nicht, wie aktuell der Fall, von wenigen, in diesem Themenfeld spezialisierten einzelnen Angeboten und Modellprojekten der Extremismusprävention erbracht werden, sondern von allen Angeboten mit inhaltlichen Bezügen zum Thema als selbstverständlicher Teil der eigenen Arbeit erachtet werden. Modellprojekte und Erprobungen sind in dieser Entwicklung zentrale Bausteine zur Erarbeitung reflektierter Praxis. Sie können neue Wege beschreiten und Gelingendes wie auch Handlungsprobleme und Dilemmata sichtbar machen. Die Kommunikation ihrer Lernerfahrungen ist eine wichtige Transferaufgabe mit Blick auf die Integration digitalmedienbasierter Ansätze in der extremismuspräventiven Arbeit von Spezialprojekten wie auch regelhaften Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und angrenzender Felder, die ebenfalls auf ihren Webseiten, Social-Media-Profilen oder in Chatgroups mit Extremismus oder menschenabwertenden Phänomenen konfrontiert sein können.

Orientierung bieten bei der (Weiter)Entwicklung digitaler Formate nach wie vor etablierte Ansätze (sozial)pädagogischer Arbeit, die in digitale Kontexte transferiert wurden und werden. Während beispielsweise der Ansatz der Onlineberatung seit einigen Jahren bereits erfolgreich in anderen Handlungsfeldern der sozialpädagogischen Arbeit zum Einsatz kommt und einen hohen Grad an Standardisierung und fachlicher Reflexion erreicht hat, ist Beratung in der Extremismusprävention nach wie vor (mit Ausnahme der gen. Einzelprojekte) Präsenzberatung. Die universalpräventive Bildungsarbeit mit Jugendgruppen beginnt gerade erst im Zuge der Corona-Krise, sich digitale Lernumgebungen nutzbar zu machen. Und auch die virtuelle aufsuchende Arbeit ist bislang nicht über vereinzelte Erprobungsprojekte hinausgekommen. Hier zeigt sich weiterer Entwicklungsbedarf und es ist zu hoffen, dass nach Ende des Lockdowns und einer Rückkehr zur „gesellschaftlichen Normalität“ die aktuell neu gewonnenen digitalen Handlungsformate, als Ergänzung zu Präsenzangeboten im Sinne einer Hybridisierung der Praxis weiter vorgehalten und ausgebaut werden.

Bei der (Weiter)Entwicklung digitaler Angebote gilt es, fachlich reflektiert vorzugehen und die spezifischen Anforderungen zu berücksichtigen, die virtuelle Lebenswelten mit ihren je eigenen Strukturlogiken an professionelles (sozial)pädagogisches Handeln stellen. Exemplarisch sei auf die Chancen und Schwierigkeiten von räumlichen und zeitlichen Ungleichheiten in der (sozial)pädagogischen digitalen Interaktion und damit verbundene Entgrenzungen von Arbeitsprozessen (Seelmeyer/Waag 2020, S. 185) oder auf Fragen rund um den Umgang mit Persönlichkeitsdaten verwiesen (u.a. Beranek/Hill/Sagebiel 2019), deren Schutz mit dem Einsatz vieler lebensweltnaher Anwendungen (z.B. Instagram, Skype etc.) in der Arbeit mit jungen Menschen kaum vereinbar ist. Ein anderes Dilemma zeigt sich mit Blick auf die Einhaltung professioneller Grundprinzipien sozialpädagogischer und Bildungsarbeit, u.a. die Etablierung oder die Ausgestaltung professioneller Beziehungen,

Grenzziehungspraktiken oder das Spannungsverhältnis zwischen privatem und öffentlichem Raum betreffend, die in virtuellen Kontexten auch, aber in je eigentümlicher Weise aufschlagen (Hohnstein/Glaser 2017, 270ff.). Auch unter dem aktuell hohen Handlungsdruck dürfen solche professionstheoretischen Probleme nicht aus dem Blick geraten.

Mit Blick auf vielversprechende Ansätze digitalmedienbasierter Arbeit erscheint es ratsam, angesichts polarisierender Debatten- und Meinungskulturen im Netz einerseits solche Ansätze zu verfolgen, die junge Menschen vor allem verstehend und wertschätzend und nicht belehrend oder gar konfrontativ adressieren. Virtuelle Kommunikation birgt eigene Fallstricke, Emotionen oder Ironie sind mitunter schwer vermittelbar und Positionen stehen sich scheinbar unüberwindbar gegenüber. Extremismusprävention muss dabei ihrem normativen Anspruch und der eigenen pluralistischen, menschenrechtsorientierten Haltung auch in der Arbeit in digitalen Kontexten gerecht werden und darf zugleich ihre Adressatengruppen nicht von vornherein ausgrenzen.

Besonders herausforderungsvoll gestaltet sich nicht zuletzt auch vor diesem Hintergrund in digitalen Arbeitskontexten die Adressierung von und Arbeit mit extremismusaffinen und extremistisch orientierten jungen Menschen. Sie gelten generell als schwer erreichbare Klientel und auch in virtuellen Kontexten setzen sich Anspracheschwierigkeiten fort. Zwar sind diese Jugendlichen hier aufgrund von visuellen Selbstinszenierungen oder Gruppenzugehörigkeiten häufig greifbar, jedoch kann ihre Adressierung leicht abgewehrt werden (Dinar/Heyken 2017), wenn Extremismuspräventive Angebotsziele oder Positionierungen „gegen Extremismus“ in der notwendigerweise professionellen (und nicht verdeckten) Ansprache erkennbar sind. Diskutiert werden muss daher, wie digitale aufsuchende Streetwork- oder Bildungsangebote sowie Onlineberatung gestaltet sein müssen, damit sie in polarisierten Diskurswelten von den Adressatinnen und Adressaten angenommen werden. Zu überlegen wäre des Weiteren, inwieweit nicht auch niedrigschwellige Angebote der nicht-digitalen Jugendarbeit wie Freizeitangebote oder Jugendsozialarbeit bei der Ansprache extremistisch affiner Jugendlicher nutzbar gemacht werden könnten. Diese haben sich bei der Initiierung und Ausgestaltung von Arbeitsbeziehungen mit der Adressatengruppe bewährt (Hohnstein/Greuel 2015, 98ff.) und könnten möglicherweise als „Brücke“ zu den Jugendlichen dienen.

Darüber hinaus hat Corona als tiefgreifender gesellschaftlicher Einschnitt einmal mehr aufgezeigt, wie schnell extremistische Szenen – im aktuellen Fall vor allem der Rechtsextremismus – in der Lage sind, gesellschaftliche Krisen aufzugreifen und für die eigene Mobilisierungspraxis nutzbar zu machen. Gezielt wird versucht, ein für viele, auch für junge Menschen, bedeutsames und mit vielfältigen Verunsicherungen, Ängsten und Neuorientierungen verbundenes Thema zu instrumentalisieren und mit Hilfe von Falschdarstellungen und Umdeutungen antidemokratische, menschenabwertende Positionen anschlussfähig zu machen. Weitere Uneindeutigkeiten bringt der Schulterschluss unterschiedlicher politischer Milieus und die fortschreitende Auflösung der Grenzen zwischen links und rechts hervor, wie sie sich gegenwärtig im Anti-Corona-Protesspektrum vollzieht.

Junge Menschen, die sich im Netz orientieren und Informationen suchen, navigieren tagtäglich in diesen unübersichtlichen Diskurswelten und benötigen sowohl Wissen zu extremistischen Strategien und Narrationen wie auch grundlegende Orientierungs- und Einordnungskompetenzen, die sie im Umgang mit (medialen) Informationen unterschiedlichster Art stärken und sie dazu befähigen, die Qualität von Inhalten zu beurteilen, dahinterstehende Kommunikationsabsichten zu erkennen und mit Strukturlogiken und Dynamiken von Kommunikationsräumen (wie Filterblasen und Algorithmen) kritisch umzugehen.

Grundsätzlich vor menschenfeindlichen und extremistischen Angeboten schützen können diese Kompetenzen jedoch nicht. Zu bedenken ist, dass antidemokratische, verschwörungstheoretische und extremistische Angebote vor allem dann anschlussfähig sind, wenn sie an Bedürfnissen und Sinn- und Erfahrungswelten ihrer Adressatinnen und Adressaten anknüpfen können und auf diese Weise Plausibilität erhalten. Sofern also aufseiten junger Menschen Interesse und Vulnerabilität für extremistische Angebote besteht, werden genannte Kompetenzen gerade auch im Kontext der Hinwendung der Jugendlichen zu extremistischen Szenen und Weltansichten zum Tragen kommen.

Inwieweit gerade die Corona-Pandemie ein Thema ist, das jungen Menschen Zugänge in extremistische Deutungswelten eröffnet, ist bislang kaum erforscht. Zumindest im (sichtbaren) Anti-Corona-Protest scheinen junge Menschen deutlich unterrepräsentiert zu sein (Nachtwey/Schäfer/Frei 2021, S. 6). Da die Pandemie jedoch gerade auch für junge Menschen massive Einschnitte in ihren Lebensalltag bedeutet und vermutlich in vielerlei Hinsicht Einfluss auf ihre Zukunftsperspektiven hat und zugleich die für sie daraus resultierenden Verunsicherungen, Überforderungen und Orientierungsbedürfnisse kaum gesellschaftlich aufgefangen werden, können junge Menschen gerade jetzt empfänglich für extremistische, zumeist einfache, pauschalisierende Krisendeutungen werden.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (o.J.): No-nazi.net. Digitale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Berlin
- Amadeu Antonio Stiftung (2020): Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien. Wie konstruierte „Wirklichkeiten“ die Demokratie gefährden. Berlin
- Beisch, Natalie/Koch, Wolfgang/Schäfer, Carmen (2019): ARD/ZDF-Onlinestudie 2019: Mediale Internetnutzung und Video-on-Demand gewinnen weiter an Bedeutung. In: Media Perspektiven, H. 9, S. 374-388
- Beranek, Angelika/Hill, Burkhard/Sagebiel, Juliane Beate (2019): Digitalisierung und Soziale Arbeit – ein Diskursüberblick. In: Soziale Passagen, 11. Jg., H. 2, S. 225–242
- BMFSFJ/BMI (Hrsg.) (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Berlin
- Dinar, Christina/Heyken, Cornelia (2017): „Digital Streetwork“. Erfahrungen aus dem Projekt debate//. In: Hohnstein, Sally/Herding, Maruta (Hrsg.): Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis. Halle (Saale), S. 151–163
- Eßer, Florian (2020): Wissenschaft- und Technikforschung: Erklärungspotenziale für die Digitalisierung der Sozialen Arbeit. In: Kutscher, Nadia/Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo/Siller, Friederike/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim, S. 18–29
- Glaser, Michaela/Herding, Maruta/Langner, Joachim (2018): Warum wenden sich junge Menschen dem gewaltorientierten Islam zu? Eine Diskussion vorliegender Forschungsbefunde. In: Glaser, Michaela/Frank, Anja/Herding, Maruta (Hrsg.): Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe. Weinheim/Basel, S. 12–24
- Gordon, Richard S. (1983): An Operational Classification of Disease Prevention. In: Public Health Report, 98. Jg., H. 2, S. 107–109
- Hohnstein, Sally/Glaser, Michaela (2017): Wie tragen digitale Medien zu politisch-weltanschaulichem Extremismus im Jugendalter bei und was kann pädagogische Arbeit dagegen tun? Ein Überblick über Forschungsstand, präventive und intervenierende Praxis im Themenfeld. In: Hohnstein, Sally/Herding, Maruta (Hrsg.): Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis. Halle (Saale), S. 243–281
- Hohnstein, Sally/Greuel, Frank (2015): Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus. DJI. Halle (Saale)
- Hölzel, Tina/Jugel, David (2019): „Da kannst du Freunde verlieren!“. Politische Bildung, Emotionen und Bindung – Zur Aufklärung eines fachdidaktischen Irrtums. In: Besand, Anja/Overwien, Bernd/Zorn, Peter (Hrsg.): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn, S. 246–266
- jugendschutz.net (2019a): Bericht Rechtsextremismus im Netz 2018/2019. Mainz
- jugendschutz.net (2019b): Islamismus im Netz. Bericht 2018. Mainz
- jugendschutz.net (2020): Praxisinfo. Corona-Pandemie und rechtsextreme Onlinepropaganda. Verschwörungstheorien, Hasskampagnen und rechtsextremes Framing. Mainz
- Krotz, Friedrich (2020): Mediatisierung als Konzept für eine Analyse von Sozialer Arbeit im Wandel der Medien. In: Kutscher, Nadia/Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo/Siller, Friederike/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim, S. 30–41
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2020): JIM-Studie 2020. Jugend – Information – Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart
- Meyer, Dorothee/Spickschen, Leon (2020): Das Coronavirus und Verschwörungstheorien. Bonn. <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/politik-einfach-fuer-alle/311406/das-coronavirus-und-verschwörungstheorien> (10.02.2021)
- Milbradt, Björn/Schau, Katja/Greuel, Frank (2019a): (Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention. Handlungslogik, Präventionsstufen und Ansätze. In: Heinzlmann, Claudia/Marks, Erich (Hrsg.): Prävention & Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag. Bonn, S. 141-179
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2021): Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundauserwertung 17.12.2020. Universität Basel. Basel
- o.A. (2020): Mehr als 90 Corona-Proteste mit rechtsextremen Wortführern. In: Zeit Online am 06.09.2020. https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/bundesamt-fuer-verfassungsschutz-90-corona-proteste-rechtsextrem?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (12.01.2021)
- Reinders, Heinz (2016): Politische Sozialisation Jugendlicher. Entwicklungsprozesse und Handlungsfelder. In: Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palntien, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden, S. 85–101
- Seelmeyer, Udo/Waag, Philipp (2020): Hybridisierung personenbezogener sozialer Dienstleistungen. In: Kutscher, Nadia/Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo/Siller, Friederike/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim, S. 180–189

Sold, Manjana/Süß, Clara-Auguste (2020): Das Virus als Mittel zum Zweck: Extremistische (Um-)Deutungen der Corona-Pandemie. Bonn. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/308634/das-virus-als-mittel-zum-zweck-extremistische-um-deutungen-der-corona-pandemie> (11.012021)

ufuq.de (Hrsg.) (2016): Was postest du? Politische Bildung mit jungen Muslim_innen online. Hintergründe, Erfahrungen und Empfehlungen für die Praxis in sozialen Netzwerken und Klassenräumen. Berlin

8 Jugend(hilfe) im Strafverfahren während der Covid-19-Pandemie

Annemarie Schmoll

Wie andere Felder der Sozialen Arbeit waren auch die Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren durch die Covid-19-Pandemie beeinträchtigt (vgl. Mairhofer u.a. 2020¹). Wie die Jugendhilfe im Strafverfahren auf die Beeinträchtigungen ihrer Aufgaben und die sich ständig wechselnden Situationen aufgrund der dynamisch verlaufenden Pandemie reagierte, wie sich die Kooperationen mit anderen Institutionen und Akteuren veränderten, war Gegenstand einer Telefonrecherche, die von Juli bis September 2020 innerhalb der Fachgruppe „Angebote und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe“ in der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut durchgeführt wurde. Mit ausgewählten Jugendhilfen im Strafverfahren², die das breite Spektrum der verschiedenen Organisationsformen³ aufwiesen, wurden sieben Telefoninterviews mit Fachkräften über den von ihnen erlebten institutionellen Umgang mit delinquenten Jugendlichen und Heranwachsenden geführt und dabei deren Perspektive auf und über die betreffenden jungen Menschen erfragt.

Die Telefoninterviews mit den Fachkräften dauerten zwischen 33 und 88 Minuten. Das ausführliche Gespräch mit einer Fachkraft eines Freien Trägers, der aufgrund der Covid-19-Pandemie eine neue Weisung kreiert hat, dauerte 65 Minuten. Als Mittel der Interviewdokumentation wurden währenddessen handschriftliche Notizen verfasst, die Kernaussagen und, soweit möglich, kurze wörtliche Zitate enthalten. Unmittelbar nach dem Interview wurden sie um weitere Erinnerungen ergänzt (vgl. hierzu etwa Vogel/Funck 2018). Gemeinsam mit weiteren Gesprächen und Berichten aus der Fachpraxis dienen diese recherchierten Situationsbeschreibungen der Praxis der Jugendhilfe im Strafverfahren dafür, erste Einblicke darin zu gewähren,

- 1 Da der Erhebungszeitraum des DJI-Jugendhilfeb@rometers bereits Anfang Mai 2020 endete, sind darin nur Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie bis zu diesem Zeitpunkt enthalten; Mairhofer u.a. 2020, S. 12, 77 f., zu den Befunden zur Jugendhilfe im Strafverfahren: S. 29 ff.
- 2 An dieser Stelle möchte ich mich nochmals ganz herzlich bei den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren bedanken, die sich in dieser außergewöhnlichen Situation für ein Interview und damit für die Einblicke in ihre Praxis bereiterklärt haben. Auch möchte ich mich herzlich bei Bernd Holthusen für die intensive Diskussion zu vorherigen Textfassungen bedanken.
- 3 Jugendhilfe im Strafverfahren als eigenständige, spezialisierte Organisationseinheiten, als ein Teil des Allgemeinen Sozialen Dienstes, sowohl spezialisiert als auch entspezialisiert oder regionalisiert tätig und bei einem Freien Träger, dem die Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren vom Jugendamt vollständig delegiert worden sind. Es wurde kein Interview mit Fachkräften aus „Ein-Personen-JGHs“ geführt. Bei „Ein-Personen-JGHs“ werden die Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren von nur einer Person wahrgenommen, wie dies in etwa 11% der Jugendämter erfolgt; vgl. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention/Projekt: Jugendhilfe und sozialer Wandel 2011, S. 29.

wie die Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren die sie beeinträchtigende Situation aufgrund der Covid-19-Pandemie einschätzen und darauf reagieren.

8.1 Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren

Zentrale Aufgabe der Jugendhilfe im Strafverfahren ist es, junge Menschen während des gesamten Jugendstrafverfahrens zu betreuen und zu begleiten (vgl. § 52 SGB VIII, § 38 JGG). Welche Beeinträchtigungen die Arbeit der Jugendhilfe im Strafverfahren aufgrund der Covid-19-Pandemie erfuhr, wie sie auf die Situation reagierte und zum Teil auch kreative Lösungen fand, um die Aufgaben trotz der „erschwernten Bedingungen“ zu erfüllen, wird im Folgenden entlang ausgewählter Schwerpunkte vorgestellt. Soweit durch die geführten Interviews und Gespräche mit der Fachpraxis möglich, werden auch die Sichtweisen der Fachkräfte auf die daraus resultierenden Folgen für die jungen Menschen erörtert.

8.1.1 Veränderte Gelegenheitsstrukturen, verändertes Fallaufkommen

Nach dem Eindruck der befragten Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren gingen in der ersten Phase der Covid-19-Pandemie ab etwa Mitte März 2020 weniger polizeiliche Ereignismeldungen als sonst üblich im Jugendamt ein. Während den Kontakt- bzw. Ausgangsbeschränkungen beobachteten die Fachkräfte, dass die Polizei nach Möglichkeit keine Ladungen und persönlichen Vernehmungen durchgeführt, sondern möglichst kontaktlos gearbeitet hat und deswegen von etwa Mitte März bis Mitte Mai 2020 eher per Brief und/oder Telefon mit den Beschuldigten in Kontakt stand oder auf Kontakte bzw. Vernehmungen im Freien ausgewichen ist. In der zweiten und dritten Phase⁴ näherte sich die Anzahl der Ereignismeldungen sukzessive – wenn auch nicht ganz vollständig – dem sonst Üblichen an.

Hinsichtlich der von den jungen Menschen (mutmaßlich) begangenen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten stellten die Fachkräfte Veränderungen aufgrund modifizierter Gelegenheitsstrukturen bedingt durch die pandemische Lage fest. Vor allem zu Beginn der Pandemie hatten die Befragten fast durchweg die Einschätzung, dass die jungen Menschen insgesamt weniger polizeilich auffällig gewesen wären. Manche Fachkräfte hatten gar den Eindruck, „als wären die jungen Menschen gar nicht da gewesen“. Die Befragten betonten, es handelt sich hinsichtlich des Fall- und Delikttaufkommens und -verschiebungen lediglich um ihre vorläufigen Einschätzungen; das tatsächliche Ausmaß der Jugenddelinquenz in quantitativer wie qualitativer Hinsicht in diesem Zeitraum kann erst nach dem Vorliegen der Statistiken bestimmt werden.⁵ Nach Auffassung der Fachkräfte nahmen vor allem (Laden-)Diebstähle ab.

4 Vgl. zu den zeitlichen und inhaltlichen Besonderheiten der einzelnen Phasen 8.1.2.

5 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Holthusen u.a. in diesem Band. Der vorliegende Beitrag wurde vor der im Frühsommer 2021 veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2020

Im weiteren Verlauf der Pandemie, auch nachdem die Regelungen zu den Kontakt- bzw. Ausgangsbeschränkungen allmählich gelockert wurden, nahmen die (Laden-)Diebstähle wieder etwas zu und es kam im öffentlichen Raum wieder häufiger zu Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen. Neu hinzugekommen sind Ordnungswidrigkeiten und damit im Zusammenhang stehende Verfahren, die sich u.a. auf Verstöße gegen infektionsschutzrechtliche Bestimmungen beziehen. Allerdings werden solche Ordnungswidrigkeitenverfahren aus Sicht der befragten Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren seltener oder unzuverlässiger an sie mitgeteilt.

8.1.2 Kontakt zu den jungen Menschen und ggf. zu ihren Eltern/Personensorgeberechtigten

Aufgrund der erlassenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie war – vor allem während des Lockdowns mit Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen – der Kontakt zwischen den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren zu den jungen Menschen und ggf. ihren Eltern/Personensorgeberechtigten seit Mitte März 2020 grundlegend erschwert. Es lassen sich in zeitlicher Hinsicht Zäsuren in der Veränderung des Kontakts festmachen und in drei Phasen einteilen. Die Phasen dauerten je nach pandemischem Geschehen in den einzelnen Bundesländern oder Kommunen und bei dem jeweiligen Dienstherrn oder Freien Trägern unterschiedlich lang an.

Die erste Phase begann Mitte März und dauerte etwa bis Mitte oder Ende April 2020: Mit dem Lockdown, der in den Bundesländern zu Kontakt- oder Ausgangsbeschränkungen führte, veränderte sich abrupt auch der Kontakt zwischen den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren und den jungen Menschen: Übliche Einladungen (per Brief) zum persönlichen Gespräch in das Dienstgebäude wie sonst waren in dieser Zeit des Notbetriebs nicht mehr möglich. Termine wurden zwar nach wie vor vereinbart, jedoch wurden diese zum Teil telefonisch, zum Teil mittels Videokonferenzen, zum Teil außerhalb eines Gebäudes im Freien bei Spaziergängen, in Parks oder, aufgrund einsetzenden Regens, in (Tiefgaragen-)Eingängen durchgeführt. Vereinzelt wurden Haupteingangstüren mit Bretterbalken verschlossen, um ein Eintreten möglicher Besucherinnen und Besucher zu verhindern und dies auch optisch-baulich, mitunter in brachial anmutender Weise umgesetzt.

Auch der telefonische Kontakt zwischen den Fachkräften und den jungen Menschen war mit Hürden verbunden. Das Telefonieren aus dem Home-Office war den Fachkräften nicht durchgängig möglich, denn sie wollten (und durften) ihre privaten Telefonnummern nicht herausgeben. Nicht alle Fachkräfte verfügten über dienstliche Mobiltelefone, mit denen sie mit den jungen Menschen und ggf. ihren Eltern/Personensorgeberechtigten in Kontakt treten oder diese zurückrufen konnten. In manchen Jugendhilfen im Strafverfahren verfügten jedoch einzelne Fachkräfte

über ein dienstliches Mobiltelefon oder das einzig vorhandene dienstliche Mobiltelefon wurde abwechselnd genutzt. Aufseiten der Jugendlichen und ihren Eltern/Personensorgeberechtigten stellten die Fachkräfte – nicht erst seit den Anfängen der Covid-19-Pandemie – einen vergleichsweise häufigen Wechsel der Mobiltelefonnummern fest, der den Kontakt erschwerte, falls die neuen Telefonnummern nicht mitgeteilt wurden. Auch war es nicht allen Fachkräften möglich, aus dem Home-Office auf die (Behörden-)Server zuzugreifen, um an die für ihre Arbeit notwendigen Unterlagen zu gelangen. Eine Mitnahme der in Papier vorliegenden Akten ins Home-Office war in der Regel nicht überall gestattet.⁶ Nicht alle Fachkräfte verfügten über dienstliche mobile Endgeräte und zum Teil durften keine privaten Computer für den dienstlichen Gebrauch im Home-Office genutzt werden. Der jeweilige Grad der Digitalisierung der örtlichen Verwaltung und die technische Ausstattung bestimmten gerade in der Zeit des Notbetriebs die Möglichkeiten der Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren maßgeblich mit.

Von März 2020 bis zum Ende des Erhebungszeitraums im September 2020 – und vermutlich auch darüber hinaus – hat es immer wieder Abordnungen an Gesundheitsämter gegeben, so dass die Erfüllung der Aufgaben durch die dann fehlenden personellen Ressourcen nicht mehr durchgängig erfolgen konnte. Die Aufgaben der Mitwirkungen in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz mussten zum Teil hintenanstehen, da zeitweilig Aufgaben übernommen werden mussten, die dem Gesundheits- und Infektionsschutz zuzuordnen waren und die Fachkräfte u.a. abgeordnet und eingesetzt wurden, um Kontaktpersonennachverfolgungen bei SARS-CoV-2-Infektionen zu übernehmen.

In der zweiten Phase, die etwa von Ende April bis etwa Mai 2020 dauerte und eher einem eingeschränkten Dienstbetrieb glich, wurden die jungen Menschen wieder vermehrt in die Räumlichkeiten der Jugendhilfe im Strafverfahren zu Terminen eingeladen. Dies wurde vor allem dadurch ermöglicht, dass sich in den Teams der Jugendhilfen im Strafverfahren vermehrt ein „Schichtbetrieb“ etablierte, der es den Fachkräften und den Eingeladenen erlaubte, untereinander die Abstands- und Hygienemaßnahmen einhalten zu können. Ein kollegialer, strukturierter Austausch im Team war seitdem wieder, wenn auch eingeschränkt, möglich. Der eingeschränkt mögliche kollegiale Austausch führte in Teilen dazu, dass sich Fachkräfte alleine gelassen fühlten, dass das ganze Team betreffende Informationen sich langsamer verbreiteten und die Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen umgestaltet werden musste. Zudem mussten die notwendigen Rahmenbedingungen (z.B. Plexiglastrennwände, Desinfektionsmittel, -spender, Informationstafeln) erst geschaffen werden.

Die dritte Phase, die ab etwa Ende Mai oder Anfang Juni 2020 bis zum Erhebungszeitpunkt dauerte, und die vorherige Phase sind aufgrund der unterschiedlichen pandemischen Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern zeitlich nicht klar

6 Hier ist vor allem an den Datenschutz und die Zutritts- und Zugangskontrolle zu denken, dass kein Fremdzugriff im Home-Office auf personenbezogene Daten der jungen Menschen erfolgen kann.

voneinander abgrenzbar. Die dritte Phase charakterisiert ein langsames, wenn auch nicht vollständiges, Annähern an den Normalbetrieb unter den neuen Bedingungen des Infektions- und Gesundheitsschutzes. Das notwendige Hygienekonzept sah an manchen Orten vor, dass die jungen Menschen, sobald sie vor der Eingangstür angekommen sind, die zuständige, fallführende Fachkraft anriefen. Diese öffnete ihnen die Tür und, nach einer Desinfektion und dem Anlegen eines Mund-Nasen-Schutzes, geleiteten sie die jungen Menschen in einen Raum, in dem auch die Abstandsregelungen eingehalten werden konnten. Mitunter befanden sich dort auch Plexiglastrennwände, so dass die Mund-Nasen-Bedeckungen zum Teil auch abgenommen werden konnten. Mit möglichst großem Abstand zueinander befanden sich die Fachkräfte und die jungen Menschen, die teils auch von ihren Eltern/Personensorgeberechtigten begleitet wurden, in einem Raum; es erfolgte also eine Trennung nach Haushalten und entsprechend der Abstandsregelungen. Je mehr Personen insgesamt bei einem Termin anwesend waren, desto größer musste das dafür genutzte Zimmer sein. Dies stellte die Fachkräfte vor die Herausforderung, die Nutzung der entsprechend großen Räumlichkeiten für Termine mit mehreren Anwesenden in Absprache mit ihren Kolleginnen und Kollegen zu planen. Nach dem Ende des Termins wurden die jungen Menschen und ggf. ihre Eltern/Personensorgeberechtigten von den Fachkräften wieder nach draußen gebracht.

Die Fachkräfte beschrieben den Aufbau von Vertrauen unter Abstandsregeln zwar als grundsätzlich möglich, aber erschwert. Die nicht sichtbare Mimik infolge des Tragens der Masken beeinträchtigte die Beratungssituation, die Kommunikation und die Beziehungsarbeit mit den jungen Menschen. Die Fachkräfte begrüßten deshalb die Installation der Plexiglastrennwände in ihren Räumlichkeiten, um wieder in einen direkteren persönlichen Kontakt mit den jungen Menschen treten zu können, denn dies erleichterte auch die Beziehungsarbeit mit den jungen Menschen.

Den Fachkräften zufolge war das vermehrte Telefonieren mit den jungen Menschen zwar eine anstrengendere, aber direktere Art der Kommunikation als der Kontakt per E-Mail. Sie hatten den Eindruck, die jungen Menschen per Telefon sogar zum Teil besser zu erreichen, als wenn sie persönlich in die Räumlichkeiten der Jugendhilfe im Strafverfahren hätten kommen müssen. Das Telefonieren falle den jungen Menschen leichter und nehme ihnen teilweise die Angst, Kontakt zur Jugendhilfe im Strafverfahren zu suchen. Durch lange und ausführliche Telefonate gewannen die Fachkräfte mitunter sogar bessere Einblicke darin, in welchen Bereichen Bedarfe bei den jungen Menschen bestanden, weil sie sich manchmal leichter zu belastenden, emotionalen Themen öffneten.

Dies galt jedoch nicht bei allen jungen Menschen und Fallkonstellationen gleichermaßen. Es wurde danach differenziert, um welche Art von Delikt es sich handelt, ob sie Erst- oder Mehrfachtäterinnen und Mehrfachtäter bzw. -tatverdächtige sind. Zum Beispiel war konfrontative Arbeit mit den jungen Menschen mittels Telefonaten erschwert oder gar nicht möglich. Wesentliche Dinge in der Lebensgeschichte der jungen Menschen, wie optisch wahrnehmbares, verändertes Suchtverhalten oder selbstverletzendes Verhalten waren bzw. sind bei telefonischen Beratungen ebenso

schwerer bis gar nicht erkennbar. Das Telefonieren als „Kontaktbrücke“⁷ veränderte in anderen Konstellationen jedoch die Qualität der Kommunikation und den Zugang zu den jungen Menschen, was von den befragten Fachkräften zum Teil als eine Verbesserung wahrgenommen wurde. Die bisherige Praxis schriftlicher Einladungen wurde in der Folge mancherorts überdacht, um Zugangshürden der jungen Menschen zur Jugendhilfe im Strafverfahren abzubauen. Da die Kommunikationsqualität grundsätzlich vom Setting abhängig ist, wird verschiedentlich erwogen, die durch die Pandemie vermehrt notwendig gewordenen Telefonate mit den jungen Menschen auch zukünftig beizubehalten.

Die Regelungen des im November 2020 erfolgten Bund-Länder-Beschlusses zu neuen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wurden mit dem ab Mitte Dezember 2020 geltenden, bundesweiten „harten Lockdown“ verschärft und, je nach pandemischer Lage, ggf. ab März 2021 stufenweise gelockert. Da es der zweite Lockdown seit März 2020 war, gab es schon einen Erfahrungshintergrund, auf den nicht nur die Jugendhilfe im Strafverfahren, sondern auch ihre Kooperationspartnerinnen und -partner zurückgreifen konnten und die Suchbewegungen, wie mit der Situation umzugehen war, waren nun mutmaßlich zielgerichteter und es konnte von den Erfahrungen seit März 2020 profitiert werden. Aufgrund der Unvorhersehbarkeit der pandemischen Lage ist derzeit (Februar 2021) nicht absehbar, wie es im weiteren Verlauf des Jahres 2021 weitergehen wird. Planungsunsicherheiten aufgrund des pandemischen Geschehens erfordern viel Flexibilität von den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren und ihren Kooperationspartnerinnen und -partnern. Insgesamt nehmen sich die befragten Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren während der Covid-19-Pandemie als „normal hoch belastet“ wahr.⁸

8.1.3 Beeinträchtigungen bei der frühzeitigen Planung von Hilfeangeboten und Initiierung von Jugendhilfeleistungen

Ein Teil der Befragten hatte den Eindruck, dass sich die aus § 52 II SGB VIII ergebende Aufgabe der frühzeitigen Prüfung eines etwaigen Jugendhilfebedarfs und der ggf. notwendigen Initiierung von Jugendhilfeleistungen während den Anfängen der Covid-19-Pandemie aus dem Blick geraten war. Ein Einleiten oder Gewähren von in Betracht kommenden Leistungen nach Prüfung eines etwaigen Jugendhilfebedarfs konnte zum Teil auch gar nicht stattfinden, da die entsprechenden Angebote der Jugendhilfe, wie Hilfen zur Erziehung oder weitere ambulante Angebote der Jugendhilfe, ebenfalls von der Covid-19-Pandemie betroffen waren bzw. noch immer sind und nicht mehr wie üblich zur Verfügung standen bzw. noch immer nicht

7 Wenzel/Jaschke/Engelhardt 2020, S. 13. Vgl. zu Beratungen in Krisensituationen, nicht erst seit, aber besonders während der Covid-19-Pandemie via Telefon und Video und zu methodischen Aspekten der Telefonberatung: Wenzel/Jaschke/Engelhardt 2020; Kühne/Hintenberger 2020; Sötemann 2019.

8 Vgl. grundsätzlich zur Arbeitssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendhilfen im Strafverfahren, zu Arbeitszufriedenheit, Überlastungsanzeigen und Fallbelastung: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention/Projekt: Jugendhilfe und sozialer Wandel 2011, S. 34 ff.

wieder zur Verfügung stehen. In der Folge konnte, trotz eines ggf. festgestellten Jugendhilfebedarfs, auf diesen nicht in üblicher Weise reagiert werden, so dass zu befürchten steht, dass sich Problemlagen der jungen Menschen zuspitzen. Grundsätzlich setzt die Anregung der Diversion⁹ durch die Jugendhilfe im Strafverfahren eine gute Kooperation mit der Jugendstaatsanwaltschaft voraus. Diese Kooperation war pandemiebedingt teils sehr eingeschränkt.

8.1.4 Beeinträchtigungen im Vor- und Hauptverfahren, insbesondere während Hauptverhandlungen

Veränderungen und Beeinträchtigungen für die Jugendhilfe im Strafverfahren bestanden in den unterschiedlichen Verfahrensstadien der Jugendstrafverfahren. In Bezug auf die Nutzung der Diversion im Jugendstrafverfahren seit dem Beginn der Pandemie zeichneten die Fachkräfte ein uneinheitliches Bild, das das Spektrum zwischen vermehrt, gleichbleibend und etwas weniger angewandter Diversion umfasste. Andere Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren berichteten davon, dass die Justiz aufgrund der durch die Covid-19-Pandemie geänderten Rahmenbedingungen wieder mehr pädagogische Erwägungen berücksichtigt, die die Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren während des (Vor-)Verfahrens einbringen. Praktische Erwägungen, wie z.B. durch Arbeitsstunden „schnell und einfach“ Verfahren zu beenden, werden mangels Durchführbarkeit zum Teil weniger auferlegt (vgl. auch 8.1.6). Im Interesse einer raschen Verfahrenserledigung beobachten die Fachkräfte nun, dass mitunter Verwarnungen in Fällen als ausreichend erachtet werden, bei denen es „vor“ der Covid-19-Pandemie „undenkbar“ gewesen wäre. Damit wird – wenn auch nicht intendiert – der Grundsatz der informellen statt formellen Verfahrenserledigung im Sinne des Erziehungsgedankens des JGG gestärkt. Die Fachkräfte nehmen somit eine Art der Rückbesinnung auf die Ziele und Erwägungen, auf denen das gesamte Jugendstrafverfahren basiert, wahr. Die befragten Fachkräfte heben zudem positiv hervor, dass die von den jungen Menschen während der Covid-19-Pandemie gezeigte Solidarität gegenüber ihren Mitmenschen, indem sie z.B. Masken nähen oder sich in der Nachbarschaftshilfe engagieren, wertgeschätzt und bei Sanktionen als Ersatz zu Arbeitsstunden berücksichtigt wird.

Die Begleitung der jungen Menschen während der Hauptverhandlung ist eine zentrale Aufgabe der Jugendhilfe im Strafverfahren, deren Rahmenbedingungen sich aufgrund der Covid-19-Pandemie stark verändert haben. Zunächst ist festzuhalten, dass nicht von allen Jugendgerichten in der ersten Phase der Covid-19-Pandemie wie üblich Sitzungen terminiert wurden. Mancherorts fanden, abgesehen von eilbedürftigen Verfahren, in denen die Beschuldigten in Untersuchungshaft waren, bis

9 Im Jugendstrafrecht spielt die informelle Verfahrensbeendigung eine wichtige Rolle. Es sind verschiedene Möglichkeiten vorgesehen, wie die Durchführung eines formellen Strafverfahrens oder des Hauptverfahrens vermieden werden kann. „Diversion“ „fasst die vielfältigen Möglichkeiten, das Jugendstrafverfahren aus Opportunitätsgründen einzustellen, zusammen“ (Ostendorf/Drenkhahn 2017, S. 94). Vgl. ausführlicher zu negativen Effekten einer formellen Sanktionierung und zu Zielen der Diversion: Ostendorf/Drenkhahn 2017, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention/Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz 2019, S. 12.

etwa Mitte April 2020 gar keine Hauptverhandlungen statt. Diese damals nicht terminierten Hauptverhandlungen werden seitdem versucht abzuarbeiten. Da allerdings kontinuierlich neue Verfahren hinzukommen, ergibt sich mitunter ein „Rückstau“ an Hauptverhandlungen. Um diesen „Rückstau“ nicht noch größer werden zu lassen, werden neu hinzukommende Verfahren mittlerweile zum Teil vermehrt bereits im Vorverfahren aus pragmatischen Gründen im Wege der Diversion erledigt oder werden nach Anklageerhebung im Rahmen einer Gerichtsdiversion eingestellt.

Auch das Erstellen und Umsetzen von Hygienekonzepten in den Gebäuden der Gerichte fand nicht einheitlich und auch zu sehr verschiedenen Zeitpunkten statt. Die Gerichte durften mitunter erst nach Hinterlegung des Namens betreten werden. Da nicht in allen vorhandenen Gerichtssälen der notwendig gewordene Mindestabstand zwischen den Anwesenden eingehalten werden kann, kann nur ein Teil der Räume im Gericht genutzt werden. In der Folge finden Hauptverhandlungen nun zum Teil später statt, so dass sich die Zeit zwischen der Tat bis zur Hauptverhandlung verlängert, was nicht nur in Anbetracht des besonderen Beschleunigungsgebots im Jugendstrafrecht eher kritisch zu bewerten ist, sondern auch für die jungen Menschen mit Belastungen einhergeht. In den Gerichtssälen wurden zum Teil Plexiglastrennwände auf den Tischen errichtet. Unterschiedlich wurde von dem/der Vorsitzenden RichterIn bzw. Richter gehandhabt, ob während den Hauptverhandlungen in den Sitzungssälen hinter den Plexiglastrennwänden auch Mund-Nasen-Bedeckungen getragen werden mussten. Die Verständigung, die Akustik und auch die Verständlichkeit des Gesagten wurde sowohl durch die Plexiglastrennwände als auch durch die ggf. getragenen Masken eingeschränkt und erschwert. Die notwendig gewordenen Lüftungspausen, in Abhängigkeit von der Größe des Sitzungssaales, den anwesenden Personen und dem Sauerstoffsättigungsgehalt, erschwerte nicht nur die Prozessführung, sondern auch die Kommunikation, insbesondere mit den jungen Beschuldigten. Besonders die Unsichtbarkeit der Mimik wurde von den jungen Menschen den Fachkräften zufolge als zusätzliche Belastung und Verunsicherung in der für sie schwierigen Hauptverhandlungssituation gesehen. Auch die körperliche und symbolische Distanz zwischen den jungen Menschen und ihren ggf. anwesenden Verteidigerinnen oder Verteidigern und den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren wurde durch die Abstandsregelung erhöht und führte subjektiv zu einer Verringerung der durch den jungen Menschen wahrgenommenen Unterstützung.

Während der ersten Phase fanden, wie bereits beschrieben, weniger bis gar keine Hauptverhandlungen statt; ab der zweiten Phase fanden sie wieder vermehrt statt. Die Zeit, in der Hauptverhandlungen ausgesetzt waren, wurde von den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren unter anderem dazu genutzt, um ausführlichere Stellungnahmen für große, umfangreiche Verfahren zu schreiben und sich dabei intensiver mit der Delinquenzgeschichte und der Persönlichkeit der jungen Menschen zu befassen. So wurde in dieser Zeit in Einzelfällen sogar ein intensiveres Arbeiten befördert. Die damals geleisteten Vorarbeiten konnten bei den wiedereinsetzenden Hauptverhandlungen gut genutzt werden und es verblieb mehr Zeit, um sich auf neu hinzukommende Fälle und die jungen Menschen zu konzentrieren.

8.1.5 Beeinträchtigungen im Kontext von ambulanten sozialpädagogischen Angeboten

Die Arbeit der Jugendhilfe im Strafverfahren war auch im Kontext von ambulanten sozialpädagogischen Angeboten beeinträchtigt.¹⁰ Bei den im Rahmen von Diversion (§§ 45 II, III, 47 JGG) sehr häufig auferlegten Arbeitsstunden, aber auch bei Arbeitsstunden als Weisungen oder Auflagen bei einer Verurteilung gaben die Fachkräfte stets zu bedenken, dass seit dem Beginn der Pandemie Mitte März 2020 die Einsatzstellen für Arbeitsstunden nahezu alle geschlossen waren und zum Teil noch immer sind. Der entstandene „Stau“ an Arbeitsstunden wurde zwar langsam abzubauen versucht, aber gleichzeitig wurde prognostiziert, dass sich dies wohl über eine sehr lange Zeit erstrecken wird.

Als Lösung darauf, nicht in diese Angebote und Einsatzstellen vermitteln zu können, wurden vielfältige neue, kreative Wege sowohl aufseiten der Jugendhilfe im Strafverfahren, der Freien Träger als auch der Justiz gegangen. Zum Teil wurden kreative Lösungen entwickelt und pädagogisch orientierte Auflagen, wie z.B. ein Gespräch über Gesundheit, durchgeführt. Es wurde beispielsweise ein Angebot bei einem Freien Träger in Form einer Gesprächsweisung mit themenbezogener Einzelfallarbeit entwickelt. Diese Gesprächsweisung per Telefon wurde bei weniger schweren Taten (für die sonst etwa 20 bis 50 Arbeitsstunden auferlegt werden) genutzt, mit dem Ziel, eine Alternative zu Arbeitsstunden zu geben und mit den jungen Menschen themenbezogen über Probleme zu sprechen. Thematische Schwerpunkte konnten hierfür vorgegeben werden, wie beispielsweise die Straftat selbst, deren Hintergründe oder das Klären von sozialen Beziehungen. Unter Umständen war es aus Sicht der Fachkräfte unter pädagogischer Perspektive sinnvoll, während des ersten Treffens zwischen der Fachkraft und dem jungen Menschen zu besprechen, welches Thema oder welche Themen im Rahmen dieser Einzelfallarbeit bearbeitet werden sollen. Im Anschluss daran wurde den jungen Menschen ggf. aufgegeben, einen Aufsatz dazu zu schreiben, der in weiteren Telefonaten gemeinsam besprochen wurde. Diese neu kreierte Weisung zeigt einmal mehr das Potential einer Krise auf, sie als Chance für fachliche Weiterentwicklungen zu nutzen. Gruppenangebote waren aufgrund der Covid-19-Pandemie größtenteils nicht durchführbar und sind es zum Teil noch immer nicht oder allenfalls mit stark verminderter Teilnehmerzahl machbar.

10 Vgl. hierzu auch den Aufruf der DJI-Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention an die Fachpraxis im Bereich Jugendhilfe im Strafverfahren und ambulante sozialpädagogische Angebote, indem sie gebeten wurden, innovative Ansätze mitzuteilen, die sie während der Corona-Krise eingesetzt haben; zu den ersten Befunden hierzu: Holthusen/Hoops/Willems 2021.

8.1.6 Beeinträchtigungen im Kontext des Vollzugs

Die Covid-19-Pandemie beeinträchtigte auch die vielfältigen Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren, die sie im Kontext des Freiheitsentzugs von jungen Menschen zu erfüllen hat.¹¹ Da Dienstgänge und Dienstreisen seit März 2020 häufig von den Kommunalverwaltungen untersagt waren, konnten die Fachkräfte die jungen Menschen in Untersuchungshaft, im Jugendstrafvollzug oder in Jugendarresteinrichtungen überwiegend nicht persönlich aufsuchen. Kontakt- oder Gesprächsmöglichkeiten via Videokonferenzsystemen waren ebenfalls nicht allen Fachkräften möglich, weil nicht alle Jugendhilfen im Strafverfahren oder die Vollzugseinrichtungen über entsprechende technischen Voraussetzungen verfügten oder datenschutzrechtliche Bedenken entgegenstanden. Auch waren Videokonferenzen mit Beteiligung von dolmetschenden Personen in der Regel nicht möglich.

Folglich war die fachliche Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren im Kontext des Vollzugs kaum möglich, was bedeutet, dass die Rechte der jungen Menschen auf Unterstützung eingeschränkt waren. Persönliche Besuche der sich im Freiheitsentzug befindenden jungen Menschen sind mittlerweile nicht nur von den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren, sondern auch von ihren Angehörigen in den unterschiedlichen Einrichtungen unter Einhaltung von Gesundheitsschutzmaßnahmen wieder möglich. Die fehlenden Besuchsmöglichkeiten führten bei den jungen Menschen zu zusätzlichen Belastungen zu den bereits von Unsicherheiten und Ängsten geprägten Situationen im Freiheitsentzug. Während des Vollzugs fanden auch kaum pädagogische Angebote statt und von manchen Einrichtungen wurde berichtet, dass der sonst sich auf eine Stunde belaufende Hofgang auf zwei Stunden erhöht wurde, um den jungen Menschen etwas Abwechslung zum Einschluss zu gewähren, da Gruppenangebote zumeist nicht zur Verfügung standen. Auch von der vermehrten Zurverfügungstellung von Fernsehern in den Räumen der jungen Menschen wurde berichtet.

Mit Beginn der Covid-19-Pandemie wurden zum Teil Jugendarresteinrichtungen geschlossen¹², die damals Arrestierten sogar unter Umständen vorzeitig und abrupt entlassen. Neue Arrestantritte waren lange Zeit nicht mehr wie üblich möglich. Nachdem Arrestantritte etwa seit Mitte Juni 2020 wieder vermehrt möglich waren, müssen die Arrestantinnen und Arrestanten oder die neu in den Jugendstraf- oder Untersuchungshaftvollzug Kommenden dort zum Teil in Quarantäne. Auch kann nicht überall die volle Belegungsfähigkeit genutzt werden, denn auch im Vollzug mussten Hygienekonzepte erarbeitet und umgesetzt werden.

11 Vgl. ausführlicher zu ersten Erkenntnissen zu Veränderungen, Schutzmaßnahmen, Auswirkungen und Herausforderungen im Jugendstrafvollzug und in Jugendarresteinrichtungen während der Covid-19-Pandemie: Bode 2020, Ernst/Klatt 2020, Schneider/Kaplan 2020 und aus Verteidigersicht Fromm 2020.

12 Vgl. Hierzu ausführlicher Ernst/Klatt 2020.

8.1.7 Veränderungen und Beeinträchtigungen des Kontakts und der Kooperation zwischen Justiz, Jugendhilfe im Strafverfahren und Freien Trägern

Die Fachkräfte zeichneten hinsichtlich des Kontakts und der Kooperation zwischen der Justiz, der Jugendhilfe im Strafverfahren und den Freien Trägern ein sehr unterschiedliches Bild. Die etablierten Kommunikationswege waren häufig unterbrochen, teils wurde ihnen nicht proaktiv mitgeteilt, wenn einer der Kooperationspartnerinnen bzw. -partner für eine gewisse Zeit nicht, nur eingeschränkt oder auf welchem Weg erreichbar ist. Die zunehmend stockendere Kommunikation zwischen den Kooperationspartnerinnen und -partnern war vor allem in der ersten beschriebenen Phase ein Hemmnis, das sich allerdings, nachdem sich langsam neue Arrangements des Umgangs mit den bestehenden Regelungen entwickelt haben, allmählich wieder aufgelöst hat. Teils bildeten sich „neue Formen“ der Kooperation aus.

Die Kooperationspartnerinnen und -partner vermissen die für den informellen Austausch wichtigen „Tür-und-Angel-Gespräche“ und den währenddessen erfolgenden schnellen, unkomplizierten Informationsaustausch. Sie bedauern, dass aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen auch gemeinsam genutzte Pausen während Hauptverhandlungen weniger geworden sind, um Kooperationen zu pflegen oder sich fallspezifisch auszutauschen. Um dennoch miteinander in Austausch zu bleiben oder um sich gegenseitig über z.B. neu geschaffene Projekte zu informieren, wurde vermehrt auf E-Mails ausgewichen. Allerdings besteht die Befürchtung, wichtige Informationen könnten aufgrund der Fülle an täglich eingehenden E-Mails nicht vollständig rezipiert werden. Eine Vermittlung z.B. von Inhalten und Konzeptionen neu kreierter Projekte in mündlicher Form erscheint leichter und nachhaltiger als die schriftliche Vermittlung.

8.1.8 Vielseitige Veränderungen des Arbeitsalltags der Jugendhilfen im Strafverfahren

Die eigentlich in § 52 SGB VIII vorgesehene Begleitung der jungen Menschen im Strafverfahren war den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren nicht immer wie vor der Covid-19-Pandemie möglich. Viele zuvor übliche Abläufe, Vorgehensweisen, Aufgaben und Angebote mussten angesichts der „neuen Realität“ zum Teil unterbrochen oder modifiziert werden. Insgesamt befindet sich die Jugendhilfe im Strafverfahren seit und aufgrund der Covid-19-Pandemie zwischen Krisenbewältigung und neuen Wegen. Die Zusammenarbeit innerhalb der Jugendhilfen im Strafverfahren und mit anderen Kooperationspartnerinnen und -partnern (u.a. Jugendgericht, Jugendstaatsanwältinnen und -anwälten, Freien Trägern) musste aufgrund der Covid-19-Pandemie ebenfalls geändert werden. Neue Wege in der berufsfeldübergreifenden Kooperation und Kommunikation mussten gefunden werden. Da persönliche Kontakte nicht mehr wie vor März 2020 möglich waren, fand auf allen Ebenen eine Verlagerung der Face-To-Face-Kommunikation hin zu einer vermehrten Kommunikation mittels Telefon, Videokonferenzen und E-Mails statt, auch mit den jungen Menschen. Dabei stellen zum Teil nicht nur Fragestellungen des Datenschutzes, sondern auch die Verfügbarkeit von geeigneter Soft- und Hardware alle Beteiligten, seien es nun die Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren oder von

Freien Trägern, Einrichtungen des Jugendstrafvollzugs, der Untersuchungshaft, Jugendarresteinrichtungen, die Justiz oder die jungen Menschen selbst, vor Herausforderungen und werden auch situativ differenziert abgewogen. Der entstandene „Rückstau“ an Arbeitsstunden und Hauptverhandlungen wird versucht, sukzessive abzarbeiten.

Die Nutzung neu kreierter Maßnahmen, die Modifizierung bestehender Maßnahmen und die zum Teil eingeschränkte Verfügbarkeit der Jugendarresteinrichtungen führen dazu, dass vielerorts eingriffsmildere und mehr pädagogische, an den konkreten erzieherischen Bedarfen der jungen Menschen orientiertere Maßnahmen als Reaktion erfolgten. Aus fachlicher Sicht ist das ebenso zu begrüßen wie die Entwicklung, dass auch das Schreiben von Aufsätzen oder die Berücksichtigung dessen, dass die jungen Menschen sich sozial engagieren, etwa in der Nachbarschaftshilfe, in Familienzentren oder beim Maskennähen, nun zum Teil als „Ersatzmaßnahme“ gesehen werden. Eine weitere wesentliche Veränderung betrifft die Kommunikation und den Kontakt mit den jungen Menschen und den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren in allen Verfahrensstadien. Die aufgrund der neuen Situation erforderlich gewordenen, je nach Phase angepassten und als adressatengerechter empfundenen neuen, weniger formalen, persönlicheren Kommunikationsstile und neuen Settings führen, je fall- und situationsabhängig, möglicherweise auch dazu, dass Hilfe, Unterstützung und Begleitung in Koproduktion besser erbracht werden können.

8.2 Die Situation junger Menschen im Jugendstrafverfahren während der Pandemie aus der Perspektive der Fachkräfte

Für junge Menschen sind – unabhängig von der aktuellen Situation aufgrund der Covid-19-Pandemie – die unmittelbar rechtlichen, aber auch die mittelbar im persönlichen Umfeld entstehenden Folgen eines Jugendstrafverfahrens kaum absehbar. Sie führen dementsprechend zu Belastungen, diffusen Ängsten und Verunsicherungen (Dollinger u.a. 2016). Die Jugendhilfe im Strafverfahren hat deshalb während des gesamten Verfahrens die Aufgabe, sie zu betreuen und sie währenddessen zu begleiten und zu unterstützen.

Zusätzlich zu diesen grundsätzlich belastenden Situationen nehmen die Fachkräfte die jungen Menschen während und aufgrund der Covid-19-Pandemie selbst differenziert und verändert wahr: Ein Teil der jungen Menschen scheint aus ihrer Sicht die mit der Pandemie im Zusammenhang stehenden Veränderungen und Beeinträchtigungen verhältnismäßig gut zu verkraften und zöge zum Teil sogar Vorteile daraus, indem sie sich fokussierter um ihre schulische Leistungen kümmern und von devianten oder delinquenten Freundeskreisen Abstand gewinnen konnten, was die Fachkräfte als positiv bewerteten. Bei anderen jungen Menschen beobachteten die Fachkräfte eine Zunahme an psychischen Problemen und Belastungssituationen, die sie auch auf die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen zurückführten. So empfanden die jungen Menschen zum Teil Wut, Verzweiflung, Einsamkeit und vermissen den Kontakt zu ihren Freundinnen und Freunden. Gerade in Einrichtungen lebende

junge Menschen hatten in der Zeit der strengen Kontakt- bzw. Ausgangsbeschränkungen wenig Möglichkeiten, den dort zum Teil beengten räumlichen Gegebenheiten zu entfliehen, wodurch sich das Konflikt- und Aggressionspotential dort zum Teil erhöhte.

Während der Covid-19-Pandemie konnten die jungen Menschen, wie bereits beschrieben, teilweise Auflagen und Weisungen nicht oder nur unvollständig erfüllen. Die jungen Menschen gingen damit nach Einschätzung der Fachkräfte ganz unterschiedlich um. Ein Teil der jungen Menschen dachte, und äußerte dies auch gegenüber den Fachkräften, dass sie in der durch die Covid-19-Pandemie bedingten außergewöhnlichen Situation ohnehin keine Möglichkeit haben, Weisungen oder Auflagen zu erfüllen. Möglichen Folgen aus der Nichterfüllung dieser Maßnahmen, wie etwa einem Nichtbefolgungsarrest, sahen ein Teil der jungen Menschen aus Sicht der Fachkräfte eher gelassen entgegen. Ein kleinerer Teil der jungen Menschen rief regelmäßig bei den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren an, um zu erfragen, ob denn mittlerweile wieder Angebote oder Einsatzstellen verfügbar seien, um die noch ausstehenden Auflagen oder Weisungen zu erfüllen. Sie formulierten unterschiedliche Ängste, wie etwa vor einem ggf. drohenden Nichtbefolgungsarrest, Weisungs- oder Auflagenänderungen. Vereinzelt bemühten sich die jungen Menschen sogar selbst um Einrichtungen oder Einsatzstellen, indem sie in der Nähe ihrer Wohnumgebung mögliche Institutionen anriefen, ihre Lage schilderten, in der Hoffnung, dass diese ihnen Zeiten anbieten, in denen sie Auflagen oder Weisungen erfüllen und so das „Kapitel Strafverfahren“ abschließen können.

Aus Sicht der Fachkräfte belasteten diese Veränderungen und Verzögerungen die jungen Menschen. Gerne hätten sie die Maßnahmen überwiegend zu einem früheren Zeitpunkt erfüllt. Nun müssen sich ihre Lebenspläne mitunter den neuen Zeiten, zu denen sie Auflagen oder Weisungen erfüllen müssen, unterordnen. All dies erschwert es aus Sicht der Fachkräfte den jungen Menschen, mit den Belastungen, die mit einem Jugendstrafverfahren von dessen Beginn bis Ende einhergehen, umzugehen: Je länger das Ende des Verfahrens hinausgezögert wird, desto schwieriger und später können sie auch emotional damit abschließen.

Bei denjenigen jungen Menschen, die zum ersten Mal in der Zeit seit Anfang 2020 Kontakt mit der Jugendhilfe im Strafverfahren aufgrund eines eingeleiteten Verfahrens hatten, bemerkten die Fachkräfte noch größere Verunsicherungen und Ängste hinsichtlich der möglichen Konsequenzen der Nichterfüllungen von Weisungen und/oder Auflagen als bei den jungen Menschen, die bereits mehrfach polizeilich auffällig wurden. Die Fachkräfte nahmen teilweise einen gestiegenen Jugendhilfebedarf bei den jungen Menschen aufgrund der Covid-19-Pandemie wahr. Diesem konnte aber zum Bedauern der Fachkräfte nur eingeschränkt nachgekommen werden, denn auch andere Teile der Jugendhilfe konnten durch die veränderte Situation nicht wie üblich agieren. Dennoch versuchten die Fachkräfte, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die Verunsicherungen und Ängste, die ein Strafverfahren während des Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahrens bei jungen Menschen verursachen kann, aufzufangen.

8.3 Was kann aus der Situation und den Auswirkungen der Pandemie gelernt werden?

Die Herausforderungen in der Aufgabenerfüllung durch die Covid-19-Pandemie hat vielerorts die Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren, aber auch die anderen Kooperationspartnerinnen und -partner kreative Lösungen finden lassen. Die neuen Impulse könnten im Feld der Jugendhilfe im Strafverfahren eine Chance zur fachlichen Weiterentwicklung bieten. Es sollte von allen an der Jugendkriminalrechtspflege Beteiligten überdacht werden, ob nicht die bedingt durch die Covid-19-Pandemie veränderten und weiterentwickelten Alternativen an ambulanten sozialpädagogischen Angeboten – jenseits von Arbeitsstunden – beibehalten und auch zukünftig vermehrt als Alternativen zu den bestehenden Reaktionsmöglichkeiten genutzt werden könnten.

Eine wesentliche Erkenntnis, die die Fachkräfte aus den vergangenen Monaten ziehen, ist der hohe Stellenwert von klaren und eindeutigen Kommunikationswegen und -strukturen zwischen den Kooperationspartnerinnen und -partnern, die sich in den letzten Monaten mancherorts als nicht durchgängig robust oder klar herausgestellt haben. Zeitpunkte, zu denen Informationen weitergegeben werden, sollten verbindlich vereinbart werden. Es wird zum Teil zur Organisationsverantwortung aufgerufen, die eigene Erreichbarkeit sicherzustellen und darüber zu informieren, um ein gegenseitiges, zeitintensives Recherchieren bei Justiz, im Justizministerium, im (Landes-)Jugendamt, bei den Jugendhilfen im Strafverfahren und den Freien Trägern, weitgehend zu vermeiden.

Die Richtlinien (EU) 2016/800 und 2016/1919 und die daraus notwendig gewordenen gesetzlichen Änderungen u.a. im Jugendgerichtsgesetz und in der Strafprozessordnung,¹³ die Ende 2019 bzw. Anfang 2020 in Kraft getreten sind,¹⁴ haben mindestens seit den Veröffentlichungen der entsprechenden Referentenentwürfe des

13 Die sich daraus ergebenden Änderungen wurden jeweils während den Interviews kurz erörtert. Die Eindrücke der Fachkräfte zu den sich daraus zum Teil bereits entwickelten neuen Praxen der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure und den noch erforderlichen (weiteren) Veränderungen, um den neuen Vorgaben gerecht zu werden, würden den Rahmen des vorliegenden Beitrags übersteigen, weshalb davon abgesehen wird, die diesbezüglichen Eindrücke der Fachkräfte hier vorzustellen. Das Forschungsprojekt „Jugend(hilfe) im Strafverfahren – neue Gesetzeslage, veränderte Aufgaben und die Perspektive der jungen Menschen“, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, angesiedelt in der Fachgruppe „Angebote und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe“ in der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ des Deutschen Jugendinstituts widmet sich ausführlich diesen und weiteren Fragestellungen u.a. zur organisatorischen Verfasstheit der Jugendhilfe im Strafverfahren und Personal, zur Kooperation mit der Justiz und anderen Institutionen sowie zu ambulanten sozialpädagogischen Angeboten für straffällige junge Menschen bzw. besondere Zielgruppen (z.B. Strafunmündige, junge Menschen mit Opfererfahrungen). Auch die Perspektive der jungen Menschen, u.a. wie sie das Jugendstrafverfahren erleben und das Handeln der unterschiedlichen institutionellen Akteure (u.a. Jugendhilfe, Polizei, Staatsanwaltschaft) wahrnehmen, wird im Rahmen des Forschungsprojekts bearbeitet. Ausführlichere Informationen zum Forschungsprojekt: www.dji.de/juhis.

14 Durch die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/800 durch das „Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren“ im Dezember 2019 (BGBl. I, S. 2149)

Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz im Oktober 2018 innerhalb der Jugendhilfe im Strafverfahren Diskussionen über das eigene Selbstverständnis, die eigene Fachlichkeit und die eigenen Aufgaben angeregt. Der angestoßene Fachdiskurs dazu ist mit einsetzender Covid-19-Pandemie vorübergehend abgeebbt. Es konnte während den Interviews mit den Fachkräften, den Gesprächen und weiteren Berichten aus der Fachpraxis aber der Eindruck gewonnen werden, dass die Fachkräfte der Jugendhilfe im Strafverfahren fachlich analytischer an die Beeinträchtigungen ihrer Aufgabenerfüllungen bedingt durch die Covid-19-Pandemie herangegangen sind, da sie aufgrund der Richtlinien (EU) 2016/800 und 2016/1919 und den Umsetzungsprozessen verstärkt über ihre eigene Fachlichkeit, die neuen bzw. geänderten Aufgaben reflektiert und über Fragen, die die Kooperation betreffen, diskutiert haben. Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Umsetzungsprozess der neuen gesetzlichen Regelungen in die Praxis sind derzeit leider nicht absehbar. Es steht zu befürchten, dass die Implementation der neuen gesetzlichen Regelungen und eine entsprechend veränderte Fachpraxis nun regional noch disparater sein werden als ohne die Covid-19-Pandemie bereits zu befürchten gewesen wäre.¹⁵

In den Interviews wurde deutlich, dass das abrupte Einsetzen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auch zu einem Innehalten und Reflektieren der Fachkräfte über ihre sonst üblichen Vorgehensweisen geführt hat, und so Wege für Neues, auch und vor allem im Sinne der Adressatinnen und Adressaten bereitet wurden. Die Einsicht, Reaktionen auf delinquentes Verhalten mehr an pädagogischen Überlegungen und vor allem am Erziehungsgedanken und weniger an verfahrenspraktischen Überlegungen zu orientieren, ist eine zwar das Jugendstrafverfahren und die jugendrechtliche Sozialkontrolle insgesamt bestimmende Einstellung, die anscheinend aber erst jetzt wieder stärker ins Bewusstsein der Akteurinnen und Akteure rückt. Insofern kann die Mitte März 2020 eingesetzte Krise eine Chance bieten, Etabliertes zu überdenken und darüber nachzudenken, das während der Covid-19-Pandemie neu Geschaffene ggf. beizubehalten.

Die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure wurden sich in den vergangenen Monaten ihrer gegenseitigen Abhängigkeit stärker bewusst: Ohne die Jugendhilfe,

änderten sich u.a. die Zeitpunkte, wann die Jugendhilfe im Strafverfahren über die Einleitung des Verfahrens zu unterrichten ist: Sie ist nun spätestens zum Zeitpunkt der Ladung der jungen Menschen zu ihrer ersten Vernehmung als Beschuldigte zu unterrichten (§ 70 II 1 JGG). Findet die erste Beschuldigtenvernehmung ohne vorherige Ladung statt, muss die Unterrichtung der Jugendhilfe im Strafverfahren spätestens unverzüglich nach der Vernehmung erfolgen (§ 70 II 2 JGG). Folglich ist die Jugendhilfe im Strafverfahren nun sehr frühzeitig in die Verfahren eingebunden und kann so einen frühen Kontakt zu den jungen Menschen anbieten. Die Notwendigkeit der frühen Mitteilung an die Jugendhilfe im Strafverfahren ermöglicht ihr wiederum, rechtzeitig Stellungnahmen abzugeben, denn die Jugendhilfe im Strafverfahren soll die Ergebnisse der Nachforschungen früher als bislang vorlegen, nämlich „sobald es im Verfahren von Bedeutung ist, soll [...] möglichst zeitnah Auskunft gegeben werden“ (§ 38 III 1 JGG). Vgl. hierzu und zu weiteren, auch nicht intendierten Folgen für die jungen Menschen und die Jugendhilfe im Strafverfahren aufgrund der umfassenden Neuerungen, die sich aus der Umsetzung der Richtlinien (EU) 2016/800 und 2016/1919 ergeben Holthusen/Schmoll 2020.

15 Vgl. hierzu auch Höynck/Ernst 2020, S. 257 f.; DVJJ 2020b.

insbesondere die Jugendhilfe im Strafverfahren und die Angebote Freier Träger sind keine Maßnahmen verfügbar, die von Jugendstaatsanwältinnen und -anwälten beantragt oder von Jugendrichterinnen und -richtern verhängt werden können. Ohne die Jugendhilfe kann die Zeit des Freiheitsentzugs nur sehr eingeschränkt pädagogisch begleitet, und währenddessen kaum pädagogische Angebote entsprechend der Bedarfe der jungen Menschen gemacht werden.

Die Justiz musste ebenfalls auf die beeinträchtigende Situation reagieren und hat nun zum Teil andere, eingriffsmildere Sanktionen verhängt als vor der Covid-19-Pandemie. Kreative Vorschläge der Jugendhilfe jenseits der „üblichen Maßnahmen“ wurden als Lösungen wahrgenommen und genutzt. Vor dem Hintergrund des Erziehungsgedankens wurden kreative Lösungen gefunden, die nicht mehr ausschließlich verfahrenspraktische, sondern in der Wahrnehmung der Befragten pädagogische Erwägungen beinhalten und den Jugendhilfe- und pädagogischen Bedarf verstärkt berücksichtig(t)en. Ohne die allseitige Änderungsbereitschaft der bisherigen Praxen entsprechend der neuen Situation hätte das Jugendstrafverfahren als solches vor noch größeren Herausforderungen seit März 2020 gestanden.

Insbesondere die nach dem Eindruck der Fachkräfte mancherorts eingetretene Verbesserung der Qualität der Kommunikation mit und der Zugang zu den jungen Menschen ist ein für die zentrale Aufgabe der Jugendhilfe im Strafverfahren bemerkenswertes Ergebnis. Dem Selbstverständnis der Jugendhilfe im Strafverfahren entsprechend ist es wert, die neuen Wege fortzuführen und zu intensivieren. Unter den besonderen Bedingungen des Lockdowns wurde offensichtlich, wie wichtig eine stabile Kooperation zwischen den beiden Systemen der jugendrechtlichen Sozialkontrolle ist. Es konnten nun Probleme „wie unter einem Brennglas“ identifiziert werden. Eine offene und transparente Kommunikation zu den jungen Menschen ist ebenfalls notwendig, um die Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren erfüllen zu können. Nun sollten Chancen ergriffen werden, um Kooperations- und Kommunikationsstrukturen, auch für spätere Zeiten – im Sinne der Adressatinnen und Adressaten und allen an der Jugendkriminalrechtspflege Beteiligten – zu verbessern.

Aus fachlicher Sicht ergeben sich aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen grundsätzliche Fragen und Herausforderungen für die Zukunft, die das Jugendkriminalrecht und insbesondere die Arbeit der Jugendhilfe im Strafverfahren betreffen. Einige dieser Herausforderungen für die Zukunft sollen hier benannt werden:

Die als adressatengerechter empfundenen neuen, weniger formalen, persönlicheren Kommunikationsstile und neuen Settings zwischen den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren und den jungen Menschen sollten, wo es möglich ist, auch nach Covid-19-Pandemie beibehalten werden, um den Zugang zu und die Arbeit mit ihnen zu verbessern. Es scheint, als hätten die aufgrund der Covid-19-Pandemie veränderten Settings mit neuen Kommunikationsformen, insbesondere das häufigere Telefonieren der Fachkräfte mit den jungen Menschen, dazu beigetragen, dass die Jugendhilfe im Strafverfahren ihre zentrale Aufgabe der Begleitung der jungen Menschen während des gesamten Jugendstrafverfahrens verändert und für die jungen Menschen die ggf. bestehenden Hürden niedrigschwelliger werden lassen. Die nach Ansicht der Fachkräfte adressatengerechtere Art der Kommunikation sollte, wo es möglich und fachlich vertretbar ist, fortgeführt werden. Nichtsdestotrotz sind

Situationen nicht allzu selten denkbar, in denen ein persönliches Gespräch zwischen den jungen Menschen und den Fachkräften der Jugendhilfe im Strafverfahren als unerlässlich einzustufen ist.

Aufgrund der Covid-19-Pandemie scheinen mancherorts Jugendstrafverfahren vermehrt im Wege der Diversion beendet worden zu sein. Auch zukünftig sollte die Jugendhilfe im Strafverfahren weiterhin zur Förderung von möglichen Diversionen beitragen und versuchen, die Justiz „für Diversionen wachzuhalten“.

Die Covid-19-Pandemie und die eingeschränkten Möglichkeiten, auferlegte Arbeitsstunden abzuleisten, hat zu schnellen, kreativen Problemlösungen angeregt. Die Praxis sollte Umfang und Verhängung von Arbeitsstunden einer kritischen Überprüfung unterziehen¹⁶ und bereits bestehende oder neu entwickelte Alternativen nutzen.

Die Fachkräfte berichten von vermehrten Ordnungswidrigkeitsverfahren und Verstößen gegen infektionsschutzrechtliche Bestimmungen. Damit ist ein neues Risiko von Verstößen gegeben. Es steht nicht selten in Frage, ob die jungen Menschen die verhängten Bußgelder oder Strafbefehle (gegen Heranwachsende)¹⁷ mit eigenen Mitteln begleichen können. Deshalb sollte von vornherein bereits an Alternativen gedacht werden.¹⁸

Die vor der Covid-19-Pandemie wohl noch nie weitgehend flächendeckend erfolgte zeitweise Schließung¹⁹ von Jugendarresteinrichtungen und damit einhergehende vorzeitige Entlassungen, der sehr verspätete Arrestantritt oder das gänzliche Abstandnehmen der Verhängung dieses Zuchtmittels aufgrund der Schließung der Einrichtungen lässt – wie schon der langjährige Fachdiskurs zeigt – wieder einmal ganz aktuell darüber nachdenken, ob nicht auch in Zukunft vermehrt auf die Verhängung von Jugendarrest als häufigster Form des Freiheitsentzugs, den junge Menschen erfahren, verzichtet werden kann. Dies gilt erst recht für den Nichtbefolgungsarrest. Eingedenk seiner negativen Wirkungen und den hohen Rückfallraten gehört der Jugendarrest zu den umstrittensten jugendstrafrechtlichen Sanktionen und könnte, wenn andere Maßnahmen vermehrt genutzt und als Alternative anerkannt werden sowie um die negativen Wirkungen erst gar nicht entstehen zu lassen, zurückgedrängt werden. Die Monate, in denen der Vollzug nicht möglich war, haben – im Sinne eines natürlichen Experiments – aufgezeigt, dass statt eines Jugendarrestes auch andere Maßnahmen ergriffen werden können, um auf Verfehlungen junger Menschen zu reagieren.

16 Hiermit soll freilich nicht in Abrede gestellt werden, dass es bundesweit durchaus Projekte gibt, die Arbeitsstunden sehr stark pädagogisch begleitet anbieten.

17 Soweit Strafbefehle überhaupt hätten erlassen werden dürfen; vgl. § 79 JGG.

18 Es wurden z.B. Kurse entwickelt, die in der Ordnungswidrigkeitenvollstreckung als Alternative zum Bußgeld dienen, dort werden die jungen Menschen „normverdeutlichend über das Infektionsschutzgesetz und die aktuellen Hygienebestimmungen der jeweils aktuellen Verordnungen aufgeklärt“, DVJJ – Landesgruppe Bremen 2020a.

19 Vgl. näher hierzu Ernst/Klatt 2020.

In diesem Sinne sollten die Erkenntnisse und die neuen Reaktionsmöglichkeiten, die während der Covid-19-Pandemie entwickelt wurden, wo es möglich ist, auch zukünftig beibehalten werden, um das bereits gute Jugendstrafverfahren weiter im Sinne und im Interesse der betroffenen jungen Menschen zu verbessern.

Literatur

- Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (2021): Zahlen – Daten Fakten Jugendgewalt. Aktualisierung: Mai 2021. München
- Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention/Projekt: Jugendhilfe und sozialer Wandel (2011): Das Jugendgerichtshilfeb@rometer. Empirische Befunde zur Jugendhilfe im Strafverfahren in Deutschland. Band 12. München
- Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention/Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (Hrsg.) (2019): Jugendgewalt. 2. Auflage. Reihe: Durchblick. Informationen zum Jugendschutz. München/Berlin
- Bode, Lorenz (2020): Jugendstrafvollzug in Zeiten der COVID-19-Pandemie. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 31. Jg., H. 3, S. 298–301
- Dollinger, Bernd/Fröschle, Tobias/Gilde, Luzie/Vietig, Jenna (2016): Junge Menschen vor Gericht: Fallstudien zum subjektiven Erleben von Verhandlungen durch das Jugendgericht. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 99. Jg., H. 5, S. 325–341
- DVJJ [Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.], Landesgruppe Bremen (2020a): Corona-Schutz-Kurs als Alternative zum Bußgeld. Angebot für junge Menschen zu Themen rund um den Infektionsschutz. <https://www.dvjj.de/wp-content/uploads/2020/12/Lebendige-Auseinandersetzung-mit-den-Infektionsrisiken-statt-Bussgeld-f....pdf> (07.12.2020)
- DVJJ [Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.] (2020b): Stellungnahme der DVJJ zum Umgang mit der Corona-Pandemie im Bereich des Jugendstrafrechts. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 31. Jg., H. 3, S. 314–315
- Ernst, Stephanie/Klatt, Thimna (2020): Jugendarrest während der COVID-19-Pandemie. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 31. Jg., H. 3, S. 302–305
- Fromm, Ingo E. (2020): Jugendstrafsache und COVID-19-Pandemie. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 31. Jg., H. 3, S. 295–297
- Holthusen, Bernd/Schmoll, Annemarie (2020): Neues im Jugendgerichtsgesetz. Folgen für die Jugendlichen und die Jugendhilfe im Strafverfahren. In: Nachrichtendienst Deutscher Verein, 100. Jg., H. 3, S. 113–118
- Holthusen, Bernd/Hoops, Sabrina/Willems, Diana (2021): „Im Kontakt bleiben und Alternativen anbieten“ – Zur aktuellen Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe in der Arbeit mit delinquenten jungen Menschen während der Corona-Pandemie. Eine Momentaufnahme. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 32. Jg., H. 1, S. 57–59
- Höyneck, Theresia/Ernst, Stephanie (2020): Das Gesetz zur Stärkung der Verfahrensrechte von Beschuldigten im Jugendstrafverfahren. Die Umsetzung der Vorgaben der EU-Richtlinie 2016/800 und ihre Auswirkungen auf das deutsche Jugend-(verfahrens-)recht. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, 31. Jg., H. 3, S. 245–258
- Kühne, Stefan/Hintenberger, Gerhard (2020): Onlineberatung und -therapie in Zeiten der Krise. Ein Überblick. In: e-beratungsjournal.net. Fachzeitschrift für Onlineberatung und computervermittelte Kommunikation, 16. Jg., H. 1, S. 33–45
- Mairhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/Santen, Eric van/Seckinger, Mike (2020): Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern. Unter Mitarbeit von Monika Gandgruber. München.
- Ostendorf, Heribert/Drenkhahn, Kirstin (2017): Jugendstrafrecht. 9. Auflage. Baden-Baden
- Schneider, Lisa/Kaplan, Anne (2020): Corona als Bildungsanlass? Pädagogische Empfehlungen für die Ausgestaltung von Bildungsangeboten in Haft und Arrest während der Corona-Pandemie. In: Forum Strafvollzug. Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, 69. Jg., H. 5, S. 362–367
- Sötemann, Christian H. (2019): Telefonische Beratung in Krisensituationen. Hintergründe und Interventionen für Psychologen, Berater und Ehrenamtliche. Wiesbaden
- RICHTLINIE (EU) 2016/800 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 11. Mai 2016 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, Amtsblatt der Europäischen Union L 132/1 vom 21.05.2016
- RICHTLINIE (EU) 2016/1919 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Oktober 2016 über Prozesskostenhilfe für verdächtige und beschuldigte Personen in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls, Amtsblatt der Europäischen Union L 297/1 vom 04.11.2016
- Vogel, Dita/Funck, Barbara J. (2018): Immer nur die zweitbeste Lösung? Protokolle als Dokumentationsmethode für qualitative Interviews. In: Forum: Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 19. Jg., H. 1, Art. 7
- Wenzel, Joachim/Jaschke, Stephanie/Engelhardt, Emily (2020): Krisenberatung am Telefon und per Video in Zeiten von Corona. Aktualisierte Handreichung zur zweiten Coronawelle. Version 1.3 vom 09.11.2020 (Erstveröffentlichung: 26. März 2020). https://www.dgsf.org/ueber-uns/gruppen/fachgruppen/online-beratung/krisenberatung-am-telefon-und-per-video-in-zeiten-von-corona/at_download/file (03.12.2020)

9 Demokratieförderung unter Pandemiebedingungen – Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für Jugendpolitik und (pädagogische) Praxis in Deutschland und Europa

Marit Pelzer und Tobias Johann

Mit der globalen Verbreitung der Covid-19-Pandemie, ist nicht nur eine neuartige Bedrohung der Gesundheit der Menschen, sondern mit Blick auf Langzeitfolgen auch eine Herausforderung für das demokratische Zusammenleben entstanden. Dabei werden nicht nur in Deutschland, sondern europa- und weltweit Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialsysteme vor neue Herausforderungen gestellt (Europäische Kommission 2020b). Gerade wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Veränderungen politischer Stimmungslagen sind mit den Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie einhergegangen und bilden aktuell die Rahmenbedingungen für die politische Sozialisation junger Menschen. Neben diesen jüngsten Entwicklungen, weist Hafenecker (2021) darauf hin, dass die Demokratie in Europa und auf nationaler Ebene derzeit ohnehin mit großen Herausforderungen wie sozialer Gerechtigkeit, Klimawandel, globalen Fluchtbewegungen oder autoritär-nationalistischen Dynamiken konfrontiert ist. Diese Themen wurden von der Covid-19-Pandemie temporär überlagert, haben ihre Relevanz dadurch aber nicht verloren.

Europa, seine Mitgliedsstaaten und auch Deutschland befinden sich somit in einer schwierigen Situation, in der sich bereits bestehende gesellschaftliche und politische Problemlagen in Folge der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie nochmals verschärfen. Eine auf Deutschland beschränkte Perspektive greift bei der Auseinandersetzung mit der europäischen und globalen Reichweite der Auswirkungen der Pandemie zu kurz. Mit Blick auf Europa war retrospektiv ein gemeinsames Agieren der europäischen Mitgliedsstaaten zunächst primär im medizinischen Sektor zu sehen (Europäische Kommission 2020a). Dennoch werden in der Krise auch Renationalisierungstendenzen und Protektionismus durchaus als Gefahr für die europäische Demokratie erkannt (Auswärtiges Amt 2020). Denn „die Krise hat auch gezeigt, was fehlt, wenn europäische Errungenschaften wegfallen, die schon lange als selbstverständlich galten“ (BMFSFJ 2020). Wenn europäische Werte wie im Besonderen Solidarität und gelebte kulturelle Vielfalt, als Grundlage gemeinsamen demokratischen Handelns, in der Krise auf die Probe gestellt werden, bedarf es einer Stärkung von Maßnahmen sowie Akteurinnen und Akteuren der Demokratieförderung.

In Deutschland gingen die nach dem staatlich verordneten Lockdown entfachten Debatten über die demokratische Legitimität der Einschränkung von Bürgerrechten oder einer vermeintlichen Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit des demokratischen Staates schnell mit verschwörungsideologischen und antisemitischen Welterklärungen und entsprechenden Großdemonstrationen unter dem Vorwand einer angeblichen Verteidigung der Demokratie einher (BMB 2020, RIAS 2020, Schießler u.a. 2020). Neben der Vielzahl individueller Ängste und Unsicherheiten, die mit den staatlichen Eindämmungsmaßnahmen verbunden sind (vgl. Berngruber/Gaupp in diesem Band), dürfen auch solche antidemokratischen Diskurse als Einflussfaktoren für die (politische) Sozialisation junger Menschen unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie nicht unterschätzt werden. Ausgehend von der Situation in Deutschland können nur vorsichtige Rückschlüsse auf eine Verschärfung der Situation für junge Menschen in europäischen Ländern mit zeitweise deutlich drastischeren Eindämmungsmaßnahmen und anderen politischen Stimmungslagen gezogen werden. Hinzu kommt eine in der Krise problematische „Brüchigkeit“ des Anspruchs auf umfassende und ernstgemeinte Jugendbeteiligung und deren beobachtbare temporäre Aussetzung auf allen staatlichen Ebenen (AGJ 2020). Ohne hierauf näher eingehen zu können, stellt dies aus unserer Sicht einen wichtigen Aspekt dar, der eine weiterführende Debatte im Hinblick auf die andauernde Krise verdient.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen ist es lohnenswert, sich der Frage zuzuwenden, wie nationales sowie gemeinsames europäisches Handeln und Strategien der Demokratieförderung aussehen könnten, die auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen der globalen Covid-19-Pandemie nachhaltig umgesetzt und fachlich weiterentwickelt werden können. Hierfür braucht es zunächst eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Strategien und Rahmenbedingungen für Demokratieförderung auf den beiden Ebenen, um je spezifische Handlungsmöglichkeiten und -grenzen unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie nachvollziehen zu können.

Der Beitrag liefert im ersten Kapitel zunächst einen kurzen Überblick über aktuelle Maßnahmen, Programme und zentrale Akteurinnen und Akteure der Demokratieförderung auf europäischer Ebene (1.1.) sowie in Deutschland (1.2). Im zweiten Kapitel werden zentrale Auswirkungen und Reaktionen auf die Pandemie auf europäischer Ebene dargestellt (2.). Grundlage dafür ist die systematische Aufarbeitung europäischer Reaktionen, die sich (entsprechend der EU-Kompetenz im jugendpolitischen Sektor) primär im Rahmen politischer Positionierungen und förderbezogener Maßnahmen bewegen. Bezogen auf den deutschen Kontext werden im dritten Kapitel (3.) auf Basis erster empirischer Befunde der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld „Demokratieförderung“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ die Folgen der Covid-19-Pandemie auf der Ebene konkreter (pädagogischer) Projektpraxis in den Blick genommen. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bemühungen um Demokratieförderung unter Pandemiebedingungen auf beiden dargestellten Ebenen, werden in einem abschließenden Resümee (4.) die bisherigen Entwicklungen und Reaktionen auf europäischer und deutscher Ebene reflektiert und potenzielle Bezüge beider Ebenen andiskutiert.

9.1 Demokratieförderung in Europa und Deutschland - Jugendpolitische Strategien und zentrale Akteurinnen und Akteure

9.1.1 Europäische Jugendpolitik zur Förderung von Jugend und Demokratie

Wenn von europäischer Jugendpolitik gesprochen wird, ist in der Regel von der Europäischen Union (EU) und dem Europarat (Council of Europe, CoE) die Rede. Trotz je individueller Aktivitäten und thematischer Schwerpunktsetzungen der beiden Organisationen kann seit Ende der 90er Jahre unter anderem über die „Partnership between the European Commission and the Council of Europe in the field of youth (kurz: Youth Partnership) (vgl. Partnership between the European Commission and the Council of Europe in the field of youth 2018) eine gesteigerte jugendpolitische Zusammenarbeit verzeichnet werden (Williamson 2007). In der deutschen Debatte wird indessen europäische Jugendpolitik zumeist mit EU-Jugendpolitik gleichgesetzt, weshalb auch in den folgenden Darstellungen einen Fokus auf EU-Jugendpolitik gelegt wird.

„Demokratie, Pluralismus und aktive Bürgerschaft sind Grundwerte der Europäischen Union. Sie umfassen auch die Werte der Meinungsfreiheit und der Toleranz (4) und haben die Inklusion aller europäischen Bürger zum Ziel. Demokratie darf nicht als selbstverständlich betrachtet, sondern muss bewahrt und ständig gefördert werden.“

(Rat der Europäischen Union 2015)

Dem Ziel der Demokratieförderung (im europäischen Sinn) kommt in der EU-Jugendpolitik eine prominente Rolle zu. An der konstitutiven Haltung, dass junge Menschen und Demokratie Kern Europas sind, richtet sich jugendpolitisches Handeln der EU in der Vergangenheit, aktuell und auch zukünftig aus. Ein in diesem Zusammenhang relevanter Schritt sind die Ende 2020, unter der deutschen Ratspräsidentschaft, von der EU verabschiedeten Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Jugend und Demokratie“ (Rat der Europäischen Union 2020). Der für die Jugendpolitik in Deutschland zentrale Begriff der Demokratieförderung, findet sich so auf der Ebene europäischer Jugendpolitik zwar kaum wieder.²⁰ Doch unter europäischer jugendpolitischer Perspektive lässt sich Demokratieförderung über diverse Themen wie Solidarität, Zusammenhalt, aktive Bürgerschaft, Menschenrechtsbildung, dem europäischen Gedanken oder der (politischen) Beteiligung junger Menschen und den damit verbundenen Aktivitäten verstehen (vgl. Rat der Europäischen Union 2015).

20 Auf europäischer Ebene ist der Begriff der „(externen) Demokratieförderung“ v. a. im Politikfeld der internationalen Entwicklungszusammenarbeit anders besetzt (vgl. Hahn-Fuhr /BPB 2020). Analog zur Debatte in Deutschland verwenden wir in diesem Beitrag den Begriff „Demokratieförderung“ in einem dezidiert jugendpolitischen Sinn.

Für die Einordnung der weiteren Ausführungen zur europäischen Jugendpolitik zur Förderung von Jugend und Demokratie ist es wichtig, sich zunächst den Handlungskompetenzen der EU zuzuwenden. Grundsätzlich ist die Kompetenz der EU im Bereich Jugend klar auf die „Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten“ (Europäische Union 2012) beschränkt. Die EU unterstützt die Mitgliedsstaaten mit eigenen Initiativen, die in den meisten Fällen über EU-Förderprogramme finanziert werden. Zur Gestaltung europäischer Jugendpolitik und somit auch zur Förderung von Jugend und Demokratie bleibt der EU somit die Möglichkeit, Inhalte und Themen auf die Agenda der Mitgliedsstaaten zu bringen sowie durch die Verteilung von Finanzmitteln, jugendpolitische und demokratiefördernde Programme zu initiieren.

Im Folgenden wird ein kleiner Einblick in aktuelle Aktivitäten der EU gegeben, die in einem solchen Sinne von Demokratieförderung verstanden werden können.

EU-Förderprogramme

Die wichtigsten europäischen jugendpolitischen Programme, die auch dem Ziel der Demokratieförderung zugeordnet werden können, sind „Erasmus+ Youth in Action“²¹ und der Europäische Solidaritätskorps (ESK – European Solidarity Corps²²). Die Programme werden als Umsetzungsinstrumente der EU-Jugendstrategie verstanden (vgl. Rat der Europäischen Union 2018) und sind demnach eng mit den Themen der EU-Jugendpolitik verzahnt. Der Europäische Solidaritätskorps zielt darauf ab, junge Menschen dabei zu unterstützen, gemeinsam eine solidarische und inklusive Gesellschaft zu gestalten (vgl. Europäische Kommission 2016).

Der Teilbereich „Youth in Action“ des Programms Erasmus+ richtet sich fokussierter an Menschen im Bereich der non-formalen und informellen Bildung (vgl. JUGEND für Europa) mit dem Ziel der Förderung aktiver Bürgerschaft sowie der zivilgesellschaftlichen Partizipation und des demokratischen Lebens.²³ Dabei bildet politische Partizipation junger Menschen in Form des EU-Jugenddialogs einen eigenen Programmschwerpunkt (vgl. JUGEND für Europa). Der EU-Jugenddialog ist ein Dialogprozess zwischen jungen Menschen und europäischen Akteurinnen und Akteuren aus Jugendpolitik und Forschung, der darauf ausgerichtet ist, jungen Menschen eine Stimme in der EU zu geben. Während ein solcher „politischer Beteiligungsprozess“²⁴ junger Menschen bereits als Demokratieförderung per se verstanden werden kann, pointiert das Thema des aktuellen Zyklus des EU-Jugenddialogs „Europe for YOUTH – YOUTH for Europe: Raum für Demokratie und Beteiligung“ (vgl. DBJR 2020a) zusätzlich diesen Beteiligungsfokus und somit

21 Weiterführende Informationen: [https://www.erasmusplus.de/erasmus/bildungsbereiche/jugend-in-aktion/\(04.12.2020\)](https://www.erasmusplus.de/erasmus/bildungsbereiche/jugend-in-aktion/(04.12.2020)).

22 Weiterführende Informationen: https://europa.eu/youth/solidarity/mission_de (04.12.2020).

23 In einer Studie des RAY Forschungsnetzwerkes wurden die Langzeitauswirkungen der Erasmus+ Aktivitäten hinsichtlich der Entwicklung bürgerschaftlicher Kompetenzen und Partizipation in ihrer Praxis angeschaut. Siehe: Bárta u.a. 2018.

24 Inwiefern wirklich über einen europäischen Beteiligungsprozess gesprochen werden kann oder eher von einer Meinungsabfrage, diskutieren Patricia Friedrich und Frederike Hofmann-van de Poll (2019).

das Bemühen um Demokratieförderung. Die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses werden auf der EU-Jugendkonferenz von delegierten Jugendvertreterinnen und -vertetern mit politischen Akteurinnen und Akteuren diskutiert (vgl. DBJR 2020b).

Thematische Agenda

Neben den europäischen Förderprogrammen setzt die EU über die Veröffentlichung politischer Dokumente thematische Impulse und Anregungen für die Mitgliedsstaaten.²⁵ Das aktuell wichtigste Dokument der EU ist die EU-Jugendstrategie 2019-2027. Deren allgemeines Ziel ist es „die Teilhabe der Jugendlichen am demokratischen Leben [...] [sowie] das soziale und bürgerschaftliche Engagement“ (Rat der Europäischen Union 2018) junger Menschen zu fördern. Dies soll über drei zentrale Themenbereiche geschehen: connect (begegnen), engage (beteiligen) und empower (befähigen) (vgl. Rat der Europäischen Union 2018). Explizit setzt der thematische Schwerpunkt „engage/beteiligen“ die „Schaffung von Möglichkeiten für das Engagement junger Menschen nicht nur in ihrem täglichen Leben, sondern auch im demokratischen Leben“ in den Mittelpunkt und beschreibt dies als Prämisse für eine „funktionierende Demokratie und die Gesellschaft im Ganzen“ (Rat der Europäischen Union 2018). Insbesondere „digitale Demokratieinstrumente“ (Rat der Europäischen Union 2018) sollen den Zugang junger Menschen zum demokratischen Leben erleichtern. Auch in den anderen beiden Themenbereichen werden Aspekte der Demokratieförderung mit einbezogen, bilden aber nicht den expliziten Fokus.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft (Juli-Dezember 2020) bot für Deutschland eine besondere Möglichkeit der jugendpolitischen Mitgestaltung auf europäischer Ebene. Die inhaltliche Ausrichtung lag auf den drei Schwerpunkten der EU-Jugendstrategie, wodurch dem Thema „Jugend und Demokratie“ auch hier eine große Bedeutung zugekommen ist. Im Bereich „engage/beteiligen“ wurden unter dem Leitthema „Jugend und Demokratie in Europa“ Ratsschlussfolgerungen „zur Förderung des Demokratiebewusstseins und des demokratischen Engagements junger Menschen in Europa“ verabschiedet (Rat der Europäischen Union 2020) und die EU-Jugendkonferenz im Rahmen des aktuellen Zyklus des EU-Jugenddialogs vom 02.10.-06.10.2020 unter dem Thema „Europe for YOUTH – YOUTH for Europe: Raum für Demokratie und Beteiligung“ (DBJR 2020b) durchgeführt.

Im Folgenden richten wir den Blick auf zentrale Akteurinnen und Akteure im Bereich der Demokratieförderung und Maßnahmen, die in Deutschland entwickelt und umgesetzt werden.

9.1.2 Demokratieförderung in Deutschland

Eingang in die bundesdeutsche Debatte hat der Begriff Demokratieförderung vor allem mit dessen Verwendung durch die Bundesregierung im Kontext bundesweiter

²⁵ Eine Übersicht welche europäische Themensetzung im Rahmen von Youth Work seit 2015 stattgefunden hat, bietet die Publikation: Frederike Hofmann-van de Poll u.a. (2020).

Förderprogramme wie „Demokratie leben!“ (BMFSFJ)²⁶ oder „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (BMI)²⁷ sowie in der „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ (Bundesregierung 2016) gefunden. Auf konzeptioneller Ebene lässt sich in Deutschland Demokratieförderung somit zwar stets komplementär zur Radikalisierungs- bzw. Extremismusprävention verstehen, ist aber keinesfalls vollständig unter dieser subsumierbar (vgl. Milbradt/Schau/Greuel 2019).

Die Fachpraxis der Demokratieförderung ist in Deutschland geprägt von regen Debatten um Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen von anderen Disziplinen; neben der Extremismusprävention vor allem von der Politischen Bildung²⁸. Da sich bislang noch keine eigenständige Profession der Demokratieförderung konstituiert hat, finden sich bisher in der Fachpraxis unter dem gleichnamigen Förderdach durchaus unterschiedliche Disziplinen und Arbeitsansätze wieder. Als fachliche Ergänzung der gewachsenen Strukturen der außerschulischen politischen Bildung in Deutschland (u.a. Bundes- und Landeszentralen, Stiftungen, Volkshochschulen) prägen in Deutschland vor allem die von mehreren Bundes- und Landesministerien finanzierten Förderprogramme das Arbeitsfeld der Demokratieförderung. Seit den 1990er Jahren entstand durch eine kontinuierliche Förderpolitik von bundesweiten Modellprogrammen eine plurale zivilgesellschaftliche Trägerlandschaft, die in enger Kooperation mit Schulen, der Kinder- und Jugendhilfe und vielen weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen und Institutionen zu den Leitzielen der Demokratieförderung und Extremismusprävention zusammenarbeitet.

Mit einem Finanzvolumen von aktuell 115,5 Millionen Euro pro Jahr (Stand: 01.09.2020) zählt das vom BMFSFJ geförderte Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auch in seiner zweiten Förderperiode seit Beginn des Jahres 2020 zu den zentralen Säulen der Demokratieförderung in Deutschland. „Demokratie leben!“ verfolgt die drei gleichrangigen Kernziele Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (vgl. Lüders u.a. 2020) und ist von einer komplexen Programmarchitektur mit Handlungsbereichen auf allen unterschiedlichen föderalen Ebenen (Kommune, Land, Bund und Modellprojekte) gekennzeichnet.

Der Handlungsbereich der Modellprojekte untergliedert sich in insgesamt vier thematische Handlungsfelder.²⁹ Mit dem in der zweiten Förderperiode von „Demokra-

26 Für weiterführende Informationen zum Programm siehe: www.demokratie-leben.de (04.12.2020).

27 Für weiterführende Informationen zum Programm siehe: <https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/> (04.12.2020).

28 Hinzuweisen ist an dieser Stelle v. a. auf die Debattenbeiträge der Ausgabe 02/19 des Journals für politische Bildung mit dem Titel „Demokratieförderung vs. Politische Bildung“ (Bap 2019)

29 Neben dem Handlungsfeld „Demokratieförderung“ werden auch Modellprojekte in den Handlungsfeldern „Vielfaltgestaltung“, „Extremismusprävention“ und „Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug und der Bewährungshilfe“ gefördert.

tie leben!“ neu hinzugekommenen Handlungsfeld „Demokratieförderung“ erarbeiten erstmals 30 Modellprojekte neue Konzepte der Demokratieförderung für das Kindesalter bzw. Jugend- und junge Erwachsenenalter. Modellprojekte dienen der Anregung und Weiterentwicklung der pädagogischen Fachpraxis und der Kinder- und Jugendhilfe, indem von ihnen innovative und übertragbare Methoden und Formate entwickelt und erprobt werden. Die Projekte arbeiten mit unterschiedlichen Zielstellungen mit jungen Menschen, aber auch mit (pädagogischen) Fachkräften, Organisationen oder anderen sozialisationsrelevanten Akteurinnen und Akteuren im schulischen und außerschulischen Kontext zusammen (vgl. Ehnert u.a., i. E.). In diesem äußerst heterogenen Handlungsfeld finden sich neben Trägern der klassischen Politischen Bildung, auch solche der Demokratie- oder Medienpädagogik. Diese arbeiten sowohl personenbezogen, z.B. mit Empowermentkonzepten bei marginalisierten Gruppen, als auch auf institutioneller Ebene, z.B. durch Anregung von Organisationsentwicklungsprozessen in (pädagogischen) Einrichtungen. Aufgrund dieser Heterogenität und Vielfalt der Modellprojekte kann das Handlungsfeld „Demokratieförderung“ im Programm „Demokratie leben!“, aus der Perspektive seiner wissenschaftlichen Begleitung am DJI somit durchaus als exemplarisch für das junge Arbeitsfeld der Demokratieförderung in Deutschland betrachtet werden.

Nach dieser kursorischen Darstellung zentraler Programme sowie der Akteurinnen und Akteure der Demokratieförderung wenden wir uns im Folgenden den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie im jugendpolitischen Sektor der EU sowie im Arbeitsfeld der Demokratieförderung in Deutschland zu. Im Mittelpunkt stehen dabei zentrale Herausforderungen, Handlungsmöglichkeiten und Umgangsstrategien der Akteurinnen und Akteure. Auf europäischer Ebene nehmen wir dabei die Programm- und Fördermittelgebenden in den Blick; für den deutschen Kontext die demokratiefördernde Fachpraxis von Modellprojekten.

9.2 Europäische Förderung von Jugend und Demokratie in Zeiten von Covid-19

„Die Corona-Pandemie hat Europa in einen Ausnahmezustand versetzt. In vielen Ländern stand das öffentliche Leben mehrere Wochen lang still. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden in Europa noch lange spürbar sein.“

(BMFSFJ 2020)

Ein Blick auf die vergangenen Monate nach Ausbruch der Pandemie zeigt, dass „erste [...] Antworten auf die Krise [...] bei [...] nationalen Regierungen gesucht [wurden]“ (BMFSFJ 2020). Ganze Staaten wurden als sogenannte „Risikogebiete“ eingestuft und bisher offene innereuropäische Grenzen innerhalb kurzer Zeitspannen geschlossen. Hinsichtlich medizinischer Hilfen und dem Gesundheitswesen wurde schnell ein gemeinsames europäisches Handeln sichtbar und die EU hat mehrere umfangreiche Rettungspakete beschlossen (BMFSFJ 2020). Allen voran ist der Aufbauplan „Next Generation EU“ im finanziellen Umfang von 750 Mrd. Euro beschlossen worden, der über wirtschaftliche Förderungen die „Stärkung des demokratischen Fundaments Europas“ (Europäische Kommission 2020b) anstrebt. Ein jugendpolitischer Bezug findet sich jedoch in diesem Aufbauplan primär im Zusammenhang mit nationalen Jugendarbeitslosigkeitsquoten. Diesem einmaligen

Aufbauplan wurde im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) in Höhe von 1 074,3 Mrd. €, am 10.11.2020 vom Europäischen Parlament zugestimmt (Europäischer Rat/Rat der europäischen Union 2020), wobei für den Jugendsektor keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden (DBJR 2020c). Durch den mehrjährigen Finanzrahmen sollen Schwerpunkte in der Unterstützung des digitalen Wandels und grünen Wandels gesetzt werden (vgl. Europäischer Rat/Rat der europäischen Union 2020). Beide „Aufbauinstrument[e] werden miteinander zu einem Paket verknüpft, mit dem die EU den Wiederaufbau nach der COVID-19-Pandemie unterstützt“ (Europäischer Rat/Rat der europäischen Union 2020).

Doch neben diesen ersten finanziellen Schritten wird zukünftig aus deutscher Sicht ein solidarischer Umgang und eine europäische Antwort auf langfristige Auswirkungen obligat (BMFSFJ 2020). Dies spiegelt sich auch in dem Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wieder: „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ (BMFSFJ 2020). Solidarisches Handeln wird dabei immer wieder als normativer Kern der europäischen Bemühungen genannt. Es scheint, dass die Relevanz der Werte, die aus europäischer Sicht im Fokus der Demokratieförderung junger Menschen stehen, in der Zeit der Covid-19-Pandemie zunimmt. Die politische Partizipation junger Menschen und die aktive Teilhabe an der Gesellschaft werden sogar explizit als grundlegende Elemente dessen benannt, was ein „gutes Leben für die Menschen in Europa ausmacht“ (BMFSFJ 2020). Doch auch die EU-Programme der Förderung von Demokratie, die hierfür wichtige Beiträge liefern sollen, sind von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie betroffen.

So musste die ursprünglich direkt zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft im Sommer 2020 geplante EU-Jugendkonferenz als wichtiges Instrument der politischen Jugendpartizipation im Sinne der Förderung von Jugend und Demokratie in Europa aufgrund von Reisebeschränkungen und dem Verbot von Großveranstaltungen auf Anfang Oktober 2020 verschoben und in ein digitales Format übertragen werden. Dadurch wurde auch die Einbeziehung der Ergebnisse dieser Konferenz in die Verhandlungen um die jugendpolitischen Papiere beeinflusst und konnte nicht wie ursprünglich vom BMFSFJ geplant von Beginn an als Grundlage dienen. Von der Beschränkung der Reisefreiheit in Europa und auch der Schließung vieler Einrichtungen waren auch die Aktivitäten im Rahmen von „Erasmus+ Youth in Action“ und dem Europäischen Solidaritätskorps in besonderer Weise betroffen. Von der europäischen Ebene wurden die einzelnen Mitgliedstaaten (vertreten durch die Nationalagenturen) gebeten mit den Fördermitteln flexibel umzugehen (vgl. Europäisches Parlament 2020a). Was diese Entwicklungen für junge Menschen direkt bedeutet und wie sich dies äußert, wäre eine Analyseperspektive, die einzunehmen aus Sicht des Autorenteam's lohnenswert wäre. Eine erste allgemeine Annäherung an diese Perspektive lässt sich in dem „research project on the impact of the corona pandemic on youth work in Europe (RAY-COR)“ des RAY-Forschungsnetzwerkes finden (RAY-Network 2020). Hier wurde im spezifischen Kontext von Youth Work neben den strukturellen Auswirkungen der Blick sowohl auf die Auswirkungen für Praktikerinnen und Praktiker in Youth Work als auch auf junge Menschen, die an Youth Work partizipieren, gerichtet.

Neben organisatorischen und finanziellen Reaktionen hat es zusätzlich im Rahmen von „Erasmus+ Youth in Action“, einen Aufruf der europäischen Kommission gegeben, Anträge für Aktivitäten für die Aktion „Europäische Jugend vereint“ einzureichen (vgl. JUGEND für Europa 2020). Diese sollen sich mit dem Ziel der Demokratieförderung und „insbesondere mit Herausforderungen in Verbindung mit einer umfassenden Beteiligung aller Jugendlichen unabhängig von ihrem Hintergrund oder ihrer Situation befassen, die sich in Verbindung mit der Covid-19-Pandemie ergaben“ (Europäische Kommission 2020c).

Die dargestellten Reaktionen auf Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zeichnen ein Bild, das vor dem Hintergrund der geringen Kompetenzen der EU im Bereich Jugend nicht überraschend ist. Die Aktivitäten sind im Wesentlichen davon geprägt, das Thema Demokratieförderung erstens durch gezielte Strategien auf die Agenden der unterschiedlichen Entscheidungsträger zu bringen, beispielsweise durch Stellungnahmen und eine entsprechende Ausrichtung der deutschen Ratspräsidentschaft. Und zweitens durch eine Ausrichtung der europäischen Förderprogramme der Praxis Anreize zu bieten, sich auf das Thema Demokratieförderung einzulassen. Der öffentliche Fokus auf Jugend außerhalb des explizit jugendpolitischen Sektors scheint im Rahmen der Covid-19 Thematik bislang eher auf der Prävention und Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zu liegen (vgl. Europäisches Parlament 2020b).

Nimmt man die Aussage ernst, dass zukünftig nur über ein europäisches, solidarisches Handeln die Krise überwunden werden kann, braucht es Ansätze, eben diese demokratischen Werte bei jungen Menschen vermehrt zu stärken. Die konkreten Aktivitäten, die auf EU-Ebene direkt stattfinden (z.B. die EU-Jugendkonferenz), sind bisher begrenzt. Eine gemeinsame europäische Strategie der Demokratieförderung kann aus unserer Sicht länderspezifische Strategien, die angepasst an die jeweiligen nationalen Regelstrukturen sowie von Akteurinnen und Akteuren ausgestaltet werden müssen, ergänzen, jedoch keinesfalls kompensieren. Die konkrete Umsetzung von Maßnahmen der Demokratieförderung muss in erster Linie in der direkten pädagogischen Praxis in den einzelnen Mitgliedsstaaten stattfinden. Dazu zählen in Deutschland sowohl die Praxis der Regelstrukturen der politischen Bildung als auch die spezifischen Modellprogramme der Demokratieförderung (wie z.B. „Demokratie leben!“). Dementsprechend lohnenswert ist ein exemplarischer Fokus auf die (pädagogische) Praxis der Demokratieförderung, um die besonderen Herausforderungen zu identifizieren, mit denen diese im Kontext der Covid-19-Pandemie konfrontiert ist und herauszuarbeiten, an welchem Stellen bereits gute erste Lösungsstrategien entwickelt werden konnten.

9.3 Die (pädagogische) Praxis der Demokratieförderung im Kontext der Covid-19-Pandemie – Beispiel Deutschland

In besonderer Weise spüren Praxisakteurinnen und -akteure der Demokratieförderung die starken Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in ihrer Arbeit, die sich je

nach Träger und Arbeitsansatz in unterschiedlichem Maße niederschlagen. In komplexen Programmen der Demokratieförderung, wie „Demokratie leben!“ in Deutschland sind alle Handlungsbereiche des Programms aufgrund ihrer spezifischen Ausrichtung, Zielsetzung und Strukturiertheit in unterschiedlichem Maße von den Auswirkungen der Pandemie betroffen (vgl. Langer/Hemmann/Sammet in diesem Band). Die in einem eigenen Handlungsbereich des Programms geförderten Modellprojekte eignen sich aufgrund ihrer vergleichsweise flexiblen Struktur sowie ihres erprobenden Charakters in besonderem Maße, um schnell und modellhaft Handlungsstrategien im Umgang mit der Pandemie zu entwickeln. Entsprechend werden auch die konkreten handlungspraktischen Herausforderungen, die sich im Bereich der pädagogischen Praxis der Demokratieförderung stellen, am deutlichsten im Handlungsbereich der Modellprojekte sichtbar.³⁰

Aufgrund ihres Auftrags, neue Methoden und Materialien für die pädagogische und bildnerische Arbeit mit jungen Menschen zu entwickeln und zu erproben, lässt sich am Beispiel der Modellprojekte veranschaulichen, vor welchen inhaltlichen und organisatorischen Problemstellungen Praxisakteurinnen und -akteure der Demokratieförderung momentan stehen. Aus der Rolle der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte des gleichnamigen Handlungsfelds „Demokratieförderung“ kann im Folgenden ein exemplarischer Einblick in die pandemiebedingten Herausforderungen und proaktiven Umgangsstrategien der (pädagogischen) Fachpraxis gegeben werden. Die empirische Datengrundlage bildet eine Vollerhebung per leitfadengestützter Telefoninterviews unter Leitungskräften und Mitarbeitenden aller 30 Modellprojekte im Handlungsfeld im Juni 2020. Die Interviewdaten wurden transkribiert und mittels qualitativer Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 2015) ausgewertet.

„So ein bisschen die Not zur Tugend machen.“³¹ - Empirische Befunde aus der Praxis:

Für das gesamte Arbeitsfeld der Demokratieförderung in Deutschland, das von einer hohen Zahl an freien Mitarbeitenden geprägt ist, bringt die Covid-19-Pandemie eine große Belastung und mitunter eine existenzielle Bedrohung mit sich (vgl. Heil/Wohnig 2020; bap 2020). Neben der grundsätzlich prekären Situation im Arbeitsfeld sind auch die festen Mitarbeitenden der begleiteten Modellprojekte im Handlungsfeld „Demokratieförderung“ mit einer belastenden Arbeitssituation konfrontiert. Personalfindung und -einarbeitung der Projektteams sind im Home-Office erschwert, zugleich besteht ein gewisser Durchführungsdruck für beantragte Projektmaßnahmen. Doch trotz dieser strukturell schwierigen Arbeitssituation lässt sich bei den Mitarbeitenden der Modellprojekte eine eher gelassene Haltung gegenüber den veränderten Rahmenbedingungen und kommenden Herausforderungen

30 So nimmt beispielsweise in Handlungsfeldern von „Demokratie leben!“, die auf der kommunalen Ebene (Partnerschaften für Demokratie) oder Landesebene (Landesdemokratiezentren, Beratungsstrukturen) verortet sind, die pädagogische Praxis mit jungen Menschen keinen zentralen Stellenwert ein.

31 Interviewaussage eines Mitarbeitenden eines begleiteten Modellprojekts.

feststellen. Im Folgenden werden zunächst arbeitspraktische Hürden und pandemiebedingte Schwierigkeiten der Modellprojektarbeit dargestellt, gefolgt von Umgangsstrategien der Projektmitarbeitenden.

Neben einer Vielzahl von Absagen und Verschiebungen von geplanten Aktivitäten in diesem Jahr stellt allen voran die mangelnde Planungssicherheit, die mit dem schwer zu antizipierenden Verlauf der Covid-19-Pandemie einhergeht, die größte praktische Herausforderung für die Projekte im Bereich der Demokratieförderung dar. Jedwede Planungen zur pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen kann aktuell nur unter Vorbehalt stattfinden. Praxisakteurinnen und -akteure der Demokratieförderung sahen sich über weite Teile des Jahres 2020 mit einer Situation konfrontiert, in der keine Präsenzarbeit mit ihren Adressatinnen und Adressaten möglich war. Da temporär in mehreren Bundesländern die Arbeit von externen Projektträgern in Schulen gänzlich untersagt war, konnten die begleiteten Projekte in der ersten Jahreshälfte nur in Ausnahmefällen, z.B. mit einzelnen Abschlussklassen, überhaupt Projektaktivitäten durchführen. Für Projektangebote im außerschulischen Kontext, die auf Freiwilligkeit der Teilnahme als pädagogisches Grundprinzip setzen, gestaltet sich auch nach dem Lockdown eine mittelfristige Bindung der Adressatinnen und Adressaten, etwa für langzeitpädagogische Formate noch als Black Box. Aufgrund dieser limitierenden Rahmenbedingungen rechnen die Modellprojekte mit reduzierten Teilnehmendenzahlen und befürchten eine situativ geringere Qualität ihrer Formate, wenn die Kontinuität der Durchführung und der Einsatz von geplanten Methoden nicht garantiert werden können. Dennoch agieren die Projekte verständnisvoll gegenüber der herausfordernden Lage ihrer Kooperationspartnerinnen und -partnern und akzeptieren, dass deren interne Organisationsprozesse zunächst den überwiegenden Teil ihrer Ressourcen gebunden haben. Hingegen werden von den Modellprojektmitarbeitenden veränderte thematische Prioritätensetzungen in Schulen und Regelstrukturen, häufig auch zu Lasten von demokratiefördernden Angeboten wahrgenommen und kritisiert.

Vor allem bereits etablierte Kooperationsbeziehungen zu Einrichtungen der Regelpraxis werden von den Projektmitarbeitenden in der aktuellen Situation als belastbare Stabilitätsfaktoren einer gelingenden Modellprojektarbeit betrachtet, was in einem Grundoptimismus aller Akteurinnen und Akteure zum Ausdruck kommt. Im Gegensatz dazu stellt die Gewinnung von kooperierenden Einrichtungen derzeit eine vergleichsweise hohe Hürde dar. Dies trifft in besonderem Maße etwa Projekte mit sozialräumlich-orientierten Konzepten, die neue Akteurinnen und Akteure, Adressatinnen und Adressaten sowie Einrichtungen für das Leitziel der Demokratieförderung aktivieren und miteinander vernetzen wollen.

Eine Ausnahme stellen Modellprojekte mit Arbeitsschwerpunkten digitaler bzw. medienpädagogischer Demokratieförderung und entsprechender Expertise dar, die von der Regelpraxis zurzeit verstärkt und aktiv nachgefragt werden. Ohne Zweifel hat die Covid-19-Pandemie insgesamt Digitalisierungsprozesse der Fachpraxis, wie auch in sämtlichen anderen Bildungsbereichen (Rummler u.a. 2020) beschleunigt. Viele Modellprojekte erproben verstärkt digitale Zugänge zu Adressatinnen und Adressaten, sind dafür allerdings in der Regel auch auf die technische Ausstattung und Medienkompetenz ihrer Kooperationspartnerinnen und -partner angewiesen. Während etwa allgemeinbildende Schulen diesbezüglich zunehmend besser aufgestellt

sind, betreten manche Berufsschulen, kommunale Einrichtungen oder Verwaltungen ein neues Terrain. Diese verfügen bisher deutlich seltener über etablierte organisationsinterne Kommunikationsplattformen, die auch von externen Bildungsträgern und Modellprojekten für die kommunikative Zugangerschließung zu Adressatinnen und Adressaten verwendet werden können.

Abschließend stellen für die sukzessive Wiederaufnahme der Präsenzarbeit einrichtungsspezifische Hygienekonzepte mit zum Teil restriktiven Maßnahmen hohe Hürden für die Projektarbeit mit jungen Menschen dar. Dies trifft in besonderem Maße Projekte, die mit jungen Menschen arbeiten, die als Covid-19-Risikogruppen eingestuft sind und keinesfalls gefährdet werden dürfen. Für die Erprobung von neuen Zugängen zu bisher im Bereich der Demokratieförderung eher vernachlässigten Zielgruppen, wie jungen Menschen mit Behinderungen, stellt dies eine große Herausforderung dar (vgl. Müller/Gaupp in diesem Band).

Die Eindämmungsmaßnahmen der Pandemie fielen im ersten Halbjahr 2020 zeitlich mit der Konzeptionierungs- und Entwicklungsphase der erst zu Jahresbeginn gestarteten Modellprojekte zusammen. In dieser Phase war bei vielen Projekten die erprobende Präsenzarbeit mit jungen Menschen in der Regel noch nicht in vollem Umfang vorgesehen. Die notgedrungene Verlängerung des Zeitraums der Konzeptentwicklung wird dabei von den Projektmitarbeitenden durchaus auch als Chance empfunden. Dies wird in einem hochgradig flexiblen und proaktiv-optimistischen Umgang der Modellprojekte mit den neuen Rahmenbedingungen deutlich, die gewillt sind, wie es ein Projektmitarbeitender im Interview formuliert, „die Not zur Tugend [zu] machen“. Langfristig hoffen die Projekte somit sogar auf eine steigende Qualität ihrer entwickelten Angebote, die auf einem soliden konzeptionellen Fundament in die praktische Erprobung gehen könnten. Ein Innovationsschub deutet sich etwa bei der Entwicklung von neuen Methoden unter Wahrung von Hygiene- und Abstandsregeln an, etwa für outdoorpädagogische Settings, mobile Ansätze oder Kleinstgruppenformate.

Der Schwerpunkt der Modellprojekte liegt aktuell allerdings deutlich auf der Entwicklung von digitalen Formaten der Demokratieförderung, die auch unter Bedingungen der körperlichen Distanz zum Einsatz kommen können. Während zum Teil daran gearbeitet wird, etablierte Methoden und Formate für digitale Settings aufzubereiten, erproben andere Projekte primär neue Wege der digitalen Zielgruppenerreichung oder betreten in der Methodenentwicklung digitales Neuland. Bei allem Optimismus zeigen sich die Modellprojekte dabei sensibel für datenschutzrechtliche Herausforderungen und reflektieren die Grenzen digitaler Zugänge, etwa für die Arbeit mit jüngeren Kindern als Zielgruppe. Der Aufgeschlossenheit der Fachpraxis für praktikable digitale Methoden und Formate steht eine ebenso starke Bedeutsamkeit körperlicher Präsenz in pädagogischen Prozessen gegenüber, die durch Medieneinsatz nicht vollständig kompensiert werden kann.

Neben diesen methodischen Herausforderungen, die von den Mitarbeitenden in den Modellprojekten benannt werden, skizzieren diese darüber hinaus auch ein fachliches Spannungsfeld. So finden sich durchaus kritische Positionierungen der Projektmitarbeitenden zur mangelnden Berücksichtigung der Perspektiven und Bedarfe von jungen Menschen bei den staatlichen Eindämmungsmaßnahmen der Pandemie.

Insbesondere die darin inhärente Reduzierung von jungen Menschen auf ihre Funktionsrolle als Schülerinnen und Schüler vonseiten politischer Entscheidungsträgerinnen und -trägern, sehen die Projektmitarbeitenden in Spannung zu ihrem Anspruch, junge Menschen als soziale und politische Subjekte zu adressieren.

Schließlich drängt sich auch der gesellschaftliche und politische Umgang mit der Pandemie als „inhaltlicher Lerngegenstand“ (Heil/Wohnig 2020) der Demokratieförderung sowie der politischen Bildung auf. Dazu zählen auch die grassierenden Verschwörungsideologien und demokratiegefährdende Phänomene wie Fake News und Desinformation im Kontext der Pandemie, die von den Projekten in die Methoden- und Materialentwicklung aufgegriffen werden. Durch ihren hohen gesellschaftlichen Verbreitungsgrad manifestieren sich diese Phänomene zunehmend in der (digitalen) Lebenswelt junger Menschen. Auch in der Arbeit mit Fachkräften wird die Pandemie aktiv zum Thema gemacht, etwa im Kontext demokratischer Konfliktbearbeitung in pädagogischen Einrichtungen oder zur Reflexion von Marginalisierungs- und Ausschlussprozessen durch die Eindämmungsmaßnahmen selbst.

9.4 Resümee

Die kursorischen Ausführungen zur Förderung von Jugend und Demokratie unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020, von der strukturellen Ebene europäischer Jugendpolitik bis zur Ebene der konkreten pädagogischen Praxis am Beispiel der Modellprojekte der „Demokratieförderung“ in Deutschland veranschaulichen gemeinsame Ziele und Herausforderungen. Sie machen aber auch die unterschiedlichen Handlungsoptionen der Akteurinnen und Akteure deutlich und zeigen, dass eine zukünftige verstärkte Verzahnung und Unterstützung demokratiefördernder Aktivitäten lohnenswert sein kann.

Das Thema Demokratieförderung gewinnt im Zuge der Covid-19-Pandemie auf europäischer wie nationaler Ebene in Deutschland an Bedeutung. Die vorangegangenen Ausführungen verdeutlichen, wie divers die Handlungskompetenzen und -möglichkeiten auf beiden Ebenen ausfallen und sich dadurch verschiedene Umgangsstrategien mit der Pandemie entwickeln. Diese Differenz kann nun schlicht als vermeintliche Unverbundenheit beider Ebenen interpretiert werden. Doch lassen sich daraus durchaus Chancen für ein verstärktes gemeinsames Ineinandergreifen der unterschiedlichen Strategien zur Förderung von Jugend und Demokratie ableiten. Im Folgenden werden exemplarisch mögliche Anknüpfungspunkte zwischen beiden Ebene dargestellt.

Unter steigendem „Durchführungsdruck“ bei Akteurinnen und Akteuren der Fachpraxis ist politischer Rückhalt und Anerkennung für ihre Arbeit ein notwendiges

Element, um Fachpraxis zu stärken.³² Dafür braucht es auf europäischer Ebene ein aktives jugendpolitisches Werben für die kontinuierliche und in der Krise nochmals steigende Relevanz der Themen Jugend und Demokratie. Damit dies ebenenübergreifend erfolgreich sein kann und die jugendpolitischen Bemühungen auf europäischer Ebene auch nationale Fachpraxis bestärken können, bedarf es einer stärkeren Konkretisierung und Übersetzung von den europäischen Werten in konkrete politische Unterstützungsmaßnahmen für die Praxisakteurinnen und -akteure der Demokratieförderung. Aus Sicht des jugendpolitischen Sektors der EU sind im Themenfeld Demokratieförderung vor allem Solidarität, Freizügigkeit und Beteiligung besonders relevant.

Doch zeigt der vorliegende Beitrag auch, dass sich neben unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten auf beiden Ebenen inhaltliche Diskurse und thematische Herausforderungen überschneiden.

Vor dem Hintergrund aktuell vorherrschender Planungsunsicherheit, die alle Akteurinnen und Akteure im Kontext der Demokratieförderung junger Menschen derzeit in unterschiedlichem Maße noch weiter begleiten wird, braucht es mehr als grundsätzliche politische Bekenntnisse zur Förderung demokratischer Werte bei jungen Menschen, um die Fachpraxis zu unterstützen. Insbesondere Debatten zur Förderung neuer digitaler Handlungswege, die eine gute pädagogische und bildnerische Arbeit ermöglichen, werden sowohl europäisch als auch in der deutschen Fachpraxis geführt. Eine stärkere Verknüpfung beider Debatten bietet zum einen die Chance, Praxisbedürfnisse stärker in das politische Agendasetting aufzunehmen. Zum anderen kann die deutsche Debatte in Sinne des Peer-Learning durch die Öffnung der eigenen Perspektive hin zu Diskursen und Erfahrungen aus anderen Ländern profitieren. Eine solche Vernetzung ist eher als langfristige Strategie einzuordnen. Denn unter Bedingungen der Covid-19 Pandemie zeigt sich in der Praxis, dass es schnelle und flexible Reaktionen vonseiten der Fördermittelgebenden braucht um pandemiebedingte konzeptionelle Umsteuerungen abzusichern. Dies zeichnet sich auf struktureller Ebene sowohl im Rahmen der europäischen Programme als auch in Deutschland bereits ab.³³ Eine Stärkung der Thematik im Rahmen von finanziellen Hilfspaketen zur Bekämpfung der Folgen der Eindämmungsmaßnahmen der Covid-19 Pandemie wäre ebenfalls erstrebenswert.

Seit Beginn der Pandemie stehen sowohl große europäische Programme wie „Erasmus+ Youth in Action“ oder das Europäische Solidaritätskorps, als auch nationale Modellprojekte der „Demokratieförderung“ vor der zentralen Herausforderung,

32 Werner Lindner und Claudius Siebel (2020) kritisieren in diesem Zusammenhang die mangelnde professionelle strukturelle Anerkennung der Kinder- und Jugendarbeit im Bereich der Demokratieförderung durch die Politik.

33 In Deutschland wird dies zum einen in der Unterstützung der geförderten Modellprojekte durch den Programmgeber im Hinblick auf eine Flexibilisierung ihrer Angebote deutlich. Zum anderen deutet sich aktuell eine geplante (finanziellen) Stärkung von „Demokratie leben!“ und weiteren Angeboten der Demokratieförderung durch die Bundesregierung in den kommenden Jahren an (Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus und Rassismus 2020).

ihre Angebote für jungen Menschen nicht oder nur begrenzt durchführen zu können.

Der Blick in die (pädagogischen) Praxiskonzepte der Modellprojekte macht deutlich, dass deren Mitarbeitende fortwährend gute Ideen und neue Ansätze entwickeln und mit großem Elan und Kreativität auf die schwierigen Rahmenbedingungen reagieren (vgl. Schmoll in diesem Band). Die dargestellten empirischen Befunde stützen demnach auch die These von Alexander Wohnig und Matthias Heil (2020), wonach die von der Covid-19-Pandemie ausgelöste Krise für Akteurinnen und Akteure der Demokratieförderung auch eine Chance bieten kann, hegemoniale Vorstellungen aufzubrechen, (demokratische) Alternativen zu durchdenken und „mithilfe gesellschaftlicher und politischer Partizipation zur Demokratisierung beizutragen“ (Heil/Wohnig 2020). Diesbezüglich wurden auch auf der Ebene europäischer Jugendpolitik trotz ihres eingeschränkten Kompetenzrahmens bereits wichtige Grundsteine gelegt, um politische Jugendpartizipation in Europa zu stärken.

Ein besonders hervorzuhebender empirischer Befund aus der Begleitung der Modellprojekte ist die Aufbereitung und Thematisierung des gesellschaftlichen und politischen Umgangs mit der Pandemie als eigenen Lerngegenstand. Eine Perspektive, die sich in der Fachpraxis der Modellprojekte bereits findet und auch für Angebote im Rahmen der Förderung von Jugend und Demokratie auf europäischer Ebene ein spannendes und relevantes Thema sein dürfte.

Zudem zeichnen sich große Potenziale durch den sowohl in der örtlichen Praxis als auch auf europäischer Ebene beobachtbaren „Digitalisierungsschub“ ab. Die Vorteile der Intensivierung digitaler Formate auf europäischer Ebene liegen auf der Hand, etwa die Erleichterung eines grenzüberschreitenden Jugendaustauschs in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und damit steigende (internationale) Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen. Ein stärkeres jugendpolitisches Agendasetting in Bezug auf Digitalisierung auf europäischer Ebene birgt zudem die Chance auf eine Weiterentwicklung „digitaler Demokratieförderung“ in den europäischen Mitgliedstaaten. Auch in der Praxis der Modellprojekte in Deutschland zeigen sich unter den aktuellen Pandemiebedingungen vor allem digitale Formate als gewinnbringend für die Erreichung neuer Zielgruppen oder der Anregung fachlicher Austauschprozesse. Gleichwohl reflektieren die Projektmitarbeitenden, dass eine zunehmend digitalisierte Fachpraxis der Demokratieförderung an pädagogische Grenzen stoßen und mitunter neue Hürden und Ausschlüsse generieren kann. Sowohl in der deutschen Fachdebatte als auch im europäischen politischen Diskurs zur Digitalisierung pädagogischer Praxis werden diese Fragen auch bereits vor der Covid-19-Pandemie diskutiert (siehe hierzu u.a. Manzel 2017; Kenner/Lange 2020; Council of the European Union 2019).

Perspektivisch hilfreich wäre vor dem Hintergrund dieser Ausführungen eine Ausweitung und Stärkung des fachlichen Austauschs innerhalb der nationalen Fachpraxis³⁴ sowie zwischen nationaler und europäischer Ebene. Ergebnisse und Erfahrungen aus den unterschiedlichen Praxiskontexten der verschiedenen Mitgliedsstaaten könnte die Chance bieten, das Feld Jugend und Demokratie gemeinsam und solidarisch weiterzuentwickeln und für die Herausforderungen, vor denen ganz Europa steht, kompetente Antworten und neue Angebote für eine Fachpraxis der Demokratieförderung zu entwickeln. Ein gemeinsames Arbeiten an der Förderung von Jugend und Demokratie, sowohl auf der Ebene europäischer Jugendpolitik als auch in den Praxiskontexten vor Ort, bedarf bei allen Beteiligten Wissen über und Interesse an den Bemühungen und Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen. Mit dem kursorischen Einblick in das Feld der Demokratieförderung in diesem Beitrag wird sichtbar, dass viele gleiche und ähnliche Fragestellungen die tägliche Praxis der Akteurinnen und Akteure prägen. Eine reziproke Perspektiveinnahme und Verknüpfung dieser Debatten kann im gemeinsamen Streben nach der Förderung von Jugend und Demokratie bereichernd sein.

34 Einen vielversprechenden Ansatz in der deutschen Praxislandschaft, der auch auf das Arbeitsfeld der Demokratieförderung übertragen werden könnte liefert etwa das ISM mit einer Online-Plattform für disziplin- und arbeitsfeldübergreifenden Austausch und Wissenstransfer der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext der Covid-19-Pandemie (www.forum-transfer.de , zuletzt geprüft 04.12.2020).

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2020): Jugend stärken – auch und gerade unter Corona-Bedingungen unerlässlich! Zwischenruf der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2020/AGJ-Zwischenruf_Jugend_st%C3%A4rken.pdf (04.12.2020)
- Auswärtiges Amt (2020): Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Auswärtiges Amt. Berlin. <https://www.eu2020.de/blob/2360246/d0e7b758973f0b1f56e74730bfda99d/pdf-programm-de-data.pdf> (04.2.2020)
- Bárta, Ondřej/Fennes, Helmut/Gadinger, Susanne (2018): Long-Term Effects of Erasmus+: Youth in Action. Draft Interim Transnational Analysis. Generation and Educational Science Institute Wien.
- BMFSFJ (2020): Gemeinsam. Europa wieder stark machen. <https://www.bmfsfj.de/eu2020> (04.12.2020)
- Bundesausschuss für politische Bildung (bap) (2019): Demokratieförderung vs. Politische Bildung? In: Journal für politische Bildung, 9. Jg., H. 2, Frankfurt am Main
- Bundesausschuss politische Bildung (bap) (2020): Es geht um die Existenz! Die Träger der politischen Bildung gehören unter den Corona-Schutzschirm der Bundesregierung! https://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2020/03/Bundesausschuss-Politische-Bildungbap_Es-geht-um-die-Existenz_web.pdf (04.12.2020)
- Bundesregierung (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Berlin
- Bundesverband Mobile Beratung (BMB) (2020): Anfeindungen, Verschwörungsmythen und rechtsoffene Versammlungen im Kontext der Corona-Pandemie. https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2020/05/2020-05-29_Einsch%C3%A4tzung-Corona.pdf (04.12.2020)
- Council of the European Union (2019): Council conclusions of the Council and of the representatives of the governments of the member states meeting within the Council on digital youth work. 2019/C 414/02
- DBJR – Deutscher Bundesjugendring (2020a): Räume und Beteiligung für alle – Jugenddialog – das Thema. <https://jugenddialog.de/darum-gehts-im-jugenddialog/> (04.12.2020)
- DBJR – Deutscher Bundesjugendring (2020b): EU-Jugendkonferenz – Jugenddialog. <https://jugenddialog.de/do-it-yourself/eu-jugendkonferenzen/> (04.12.2020)
- DBJR – Deutscher Bundesjugendring (2020c): Kritische Kürzungen bei EU-Haushalt und Aufbaufonds. <https://www.dbjr.de/artikel/kritische-kuerzungen-bei-eu-haushalt-und-aufbaufonds/> (04.12.2020)
- Ehnert, Katrin/Johann, Tobias/Mielke, Anne/Rehse, Aline/Walter, Elisa/Zimmermann, Eva (im Erscheinen): Erster Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte „Demokratieförderung. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2020 – 01.10.2020. Halle (Saale)
- Europäische Kommission (2016): Ein europäisches Solidaritätskorps. Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. COM(2016) 942 final . Brüssel
- Europäische Kommission (2020a): Coronakrise: Aktive europäische Solidarität. Europäische Kommission. Brüssel. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS_20_563. (04.12.2020)
- Europäische Kommission (2020b): Die Stunde Europas. Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen. Brüssel. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940 (04.12.2020)
- Europäische Kommission (2020c): Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen. Programm Erasmus+, Leitaktion 3, Unterstützung politischer Reformen. Die europäische Jugend vereint. EACEA/10/2020. Brüssel.
- Europäisches Parlament (2020a): Folgen von Covid-19 auf Erasmus und EU-Solidaritätskorps. Brüssel. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20200429STO78173/folgen-von-covid-19-auf-erasmus-und-eu-solidaritatskorps> (04.12.2020)
- Europäisches Parlament (2020b): Covid-19: Das tut die EU gegen Jugendarbeitslosigkeit. Brüssel. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/priorities/eu-antwort-auf-das-coronavirus/20200709STO83004/covid-19-das-tut-die-eu-gegen-jugendarbeitslosigkeit> (04.12.2020)
- Europäischer Rat / Rat der europäischen Union (2020): Langfristiger EU-Haushalt 2021-2027 – Consilium. Brüssel. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/the-eu-budget/long-term-eu-budget-2021-2027/> (04.12.2020)
- Europäische Union (2012): Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. L 112. <https://dejure.org/gesetze/AEUV> (04.12.2020)
- Friedrich, Patricia/Hofmann-van de Poll, Frederike (2019): Partizipation als Meinungsabfrage oder Beteiligungsmechanismus? Eine Analyse des Strukturierten Dialogs in Deutschland und der Europäischen Union. In: Deutsche Jugend 67 (2), S. 72–79
- Hafenecker, Benno (2021): Essay: Demokratie in Zeiten von Corona. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 5. Jg. H. 2, S. 94–102

- Hahn-Fuhr, Irene/Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Demokratieförderung durch die EU. <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176781/demokratieforderung-durch-die-eu> (04.12.2020)
- Heil, Matthias/Wohnig, Alexander (2020): Politische Bildung unter Bedingungen sozialer Distanz in der Corona-Krise: Lerngelegenheit, Herausforderung und neue Formate. In: Medienimpulse, 58. Jg., H. 2, S. 1–32
- Hofmann-van de Poll/Frederike/Pelzer, Marit/Riedle, Stephanie/Rottach, Andreas (2020): The European Discussion on Youth Work 2015-2020. München
- JUGEND für Europa (2020): Zentraler Aufruf der EU-Kommission on Corona Krisenzeiten: Die europäische Jugend vereint. <https://www.jugendfuereuropa.de/news/10927-zentraler-aufruf-der-eu-kommission-in-corona-krisenzeiten-die-europaeische-jugend-vereint/> (04.12.2020)
- JUGEND für Europa: Erasmus+ – JUGEND IN AKTION. Bonn. <https://www.jugend-in-aktion.de/> (04.12.2020)
- Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (2020): Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. 25. November 2020. Berlin. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf> (04.12.2020)
- Kenner, Steve/Lange, Dirk (2020): Digitalisierung als Herausforderung für politische Bildung. Im Spannungsfeld von inklusiven Praxen und neuen Formen der Exklusion. In: Eis, Andreas/Bade, Gesine/Albrecht, Achim/Jakubczyk, Uwe/Overwien, Bernd (Hrsg.): Jetzt erst recht: Politische Bildung! Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen. Frankfurt am Main, S. 233–247
- Lindner, Werner/Siebel, Claudius (2020): Kinder- und Jugendarbeit in (und nach) der „Corona-Krise“ – Strategische Reflexionspotenziale. In: FORUM für Kinder- und Jugendarbeit, 36. Jh., H.3, S.42-4
- Lüders, Christian/Milbradt, Björn/Gess, Christopher/Mewes, Alexander (2020): Die Bundesebene – Bundesprogramme zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. In: Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention – Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend. Wiesbaden
- Manzel, Sabine (2017): Medienkompetenz als eine Schlüsselkompetenz für politische Urteils- und Handlungsfähigkeit. In: Gapski, Walter/Oberle, Monika/Staufer, Walter (Hrsg.): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung. Bonn, S. 207–217
- Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarbeitete Aufl. Weinheim
- Milbradt, Björn/Schau, Katja/Greuel, Frank (2019): (Sozial-)pädagogische Praxis im Handlungsfeld Radikalisierungsprävention. In: Marks, Erich (Hrsg.): Prävention & Demokratieförderung Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag. Godesberg
- Partnership between the European Commission and the Council of Europe in the field of youth (2018): 20 years EU-CoE youth partnership. Activities and products. Youth Partnership between the European Commission and the Council of Europe in the field of Youth. Straßburg. <https://pjp-eu.coe.int/documents/42128013/47261626/Partnership+20+years.pdf/603f93be-846b-f6d9-df1f-77358bddc60a> (03.09.2020)
- Rat der Europäischen Union (2015): Entschließung des Rates zur Förderung der politischen Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa. 2015/C 417/02. Luxemburg
- Rat der Europäischen Union (2018): Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: die EU-Jugendstrategie 2019-2027. 2018/C 456/01. Luxemburg
- Rat der Europäischen Union (2020): Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Förderung des Demokratiebewusstseins und des demokratischen Engagements junger Menschen in Europa. 2020/C 415/16. Luxemburg
- RAY-Network (2020): Research project on the impact of the Corona pandemic on youth work in Europe (RAY-COR). Initial Survey Findings // Data Snapshot 1. https://www.researchyouth.net/wp-content/uploads/2020/09/RAY-COR_Literature-Review_20200814.pdf (17.09.2020)
- RIAS – Bundesverband der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (2020): Monitoring: Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie. Berlin. https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Riasbund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf (04.12.2020)
- Rummler, Klaus/Aßmann, Sandra/Bettinger, Patrick/Wolf, Karsten D. (2020): Stellungnahme des Vorstands der Sektion Medienpädagogik der DGfE zur Covid-19 Situation. Digitale Medien in Bildung und Erziehung: Krisenzeiten verdeutlichen Defizite und Innovationspotenziale. https://www.dgfe.de/fileadmin/OrdnerRedakteure/Sektionen/Sek12_MedPaed/2020_Corona-Stellungnahme.pdf (04.12.2020)
- Schießler, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver (2020): Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – Neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen
- Williamson, Howard (2007): A complex but increasingly coherent journey. The emergence of "youth policy" in Europe. In: Youth & Policy, H. 95, S. 57–72

10 Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Adressierung der Fachpraxis in der Kinder- und Jugendhilfe am Beispiel der Kompetenzzentren und -netzwerke im Bundesprogramm „Demokratie leben!“¹

Sarah Langer, Max Hemmann und Kornelia Sammet

10.1 Adressierung² der Fachpraxis in der Kinder- und Jugendhilfe durch bundesmittelgeförderte Kompetenzzentren und -netzwerke

Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie sind nicht nur Kinder und Jugendliche selbst betroffen, sondern auch die fachliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe ist durch die pandemiebedingten Einschränkungen herausgefordert. Es müssen z.B. neue Wege des Fachaustauschs und des Transfers von Bildungs- und Qualifizierungsangeboten gefunden werden. Durch den weitgehenden Wegfall von persönlichen Treffen und Präsenzformaten sind Anbieter von Angeboten vor die Frage gestellt, wie sie die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe erreichen können.

Seit Januar 2020 werden im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vier Kompetenzzentren und zehn Kompetenznetzwerke³ mit dem Auftrag geför-

1 Dieser Beitrag ist im Rahmen des Projekts ‚Programmevaluation Demokratie leben!‘ entstanden, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) von 2020-2024 gefördert wird. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

2 Wir verwenden den Terminus „Adressierung“ im vorliegenden Beitrag zunächst eindimensional im Sinne der Ansprache von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe.

3 Die Förderung von Kompetenzzentren und -netzwerken ist Teil des umfangreichen Förderprogramms „Demokratie leben!“, das auf unterschiedlichen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) im Zeitraum von 2020 bis 2024 innovative Projekte fördert (siehe Programmwebsite www.demokratie-leben.de). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zielt mit der bundesweiten Förderung von Kompetenzzentren und -netzwerken darauf ab, die fachliche Expertise in den Handlungsfeldern „Demokratieförderung“, „Vielfaltgestaltung“ und „Extremismusprävention“ zusammenzuführen und weiterzuentwickeln. Die drei wesentlichen Aufgaben dieser angestrebten bundesweiten Weiterentwicklung der Fachpraxis sind a) die Anregung und der Transfer von innovativen Arbeitsansätzen, b) die Qualitätssicherung, die Qualifizierung und

dert, die Weiterentwicklung der Fachpraxis in der Kinder- und Jugendhilfe als „bundeszentrale Aufgabe“ zu übernehmen (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben 2020). Insgesamt 40 gemeinnützige, meist anerkannte Träger der Kinder- und Jugendhilfe sollen als thematisch ausgewiesene Träger oder Trägerverbände die inhaltliche Expertise in den Handlungsfeldern „Demokratieförderung“, „Vielfaltgestaltung“ und „Extremismusprävention“ bündeln, weiterentwickeln und bundesweit zur Verfügung stellen (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben 2020). Die Kompetenzzentren und -netzwerke sind u.a. dazu angehalten, Fachveranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahmen zu organisieren und die Entwicklung fachlicher Standards voranzubringen. Das Förderprogramm sieht dabei vor, dass die Kompetenzzentren und -netzwerke neben den innerhalb des Programms geförderten Akteuren und Modellprojekten auch Fachkräfte in den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe bundesweit adressieren (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben 2020). Ihre Adressaten sind aufgrund ihrer bundeszentralen Funktion außerdem Institutionen(-vertreter) aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft sowie die allgemeine Öffentlichkeit.

Der vorliegende Beitrag fokussiert insbesondere auf die vom Förderauftrag abgeleitete Adressierung der Fachpraxis in der Kinder- und Jugendhilfe durch die Kompetenzzentren und -netzwerke unter den besonderen Bedingungen des Pandemicschutzes. Adressierung meint hier die gezielte Ansprache von Fachkräften mit dem Ziel, fachliche Anregungen und Angebote zur Qualifizierung bereitzuhalten und damit zum Transfer und zur Weiterentwicklung von Ansätzen in den Bereichen „Demokratieförderung“, „Vielfaltgestaltung“ und „Extremismusprävention“ beizutragen. Es wird untersucht, welche Herausforderungen sich für die Kompetenzzentren- und -netzwerke dabei konkret stellen und welche Umgangsstrategien entwickelt werden. Aus einer organisationsbezogenen Perspektive nimmt der vorliegende Beitrag insbesondere die Adressierung als Vermittlung von fachlicher Expertise sowie als Unterstützung von Qualitätsentwicklung und Qualifizierungsprozessen in der Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe in den Blick.⁴

Auf der Basis empirischer Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung aus dem ersten Förderjahr der Kompetenzzentren und -netzwerke werden die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie hinsichtlich ihrer Herausforderungen, ihrer Anpassungsnotwendigkeiten und ihrer Potenziale für die Erreichung der Fachpraxis beschrieben. Der Beitrag betrachtet zunächst Problemwahrnehmungen und Handlungsstrategien der Kompetenzzentren und -netzwerke zur veränderten Ansprache der Fachpraxis. Daran anschließend folgen vertiefend die Herausforderungen und Implikationen der mit der Corona-Pandemie einhergehenden Digitalisierungsdynamiken.

Unterstützung von Professionalisierungsprozessen sowie c) die (fach-)politische Interessenvertretung (Heinze u.a. 2017).

4 Diese Aufgabe der Adressierung entfaltet sich für die Akteure der Kompetenzzentren und -netzwerke in mehrdimensionaler Weise: Wenn fachliche Neuerungen, Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote bei den Fachkräften ankommen sollen, gilt es, z.B. wesentliche Adressatinnen und Adressaten zu identifizieren, passende Kommunikationswege zu entwickeln und die Anschlussfähigkeit der Ansprache bzw. der Angebote zu beachten.

Das Fazit arbeitet schließlich weiterführende Fragestellungen für die Forschung heraus.

10.2 Mehrstufige Datenerhebung und -analyse zu den Problemwahrnehmungen während der Covid-19-Pandemie

Diesem Beitrag liegen empirische Daten der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Bund im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zugrunde.⁵ Sie wurden in mehreren Stufen erhoben und ausgewertet. In einem ersten Schritt sollten die geförderten 40 Träger der Kompetenzzentren und -netzwerke im April 2020 in einer standardisierten Online-Befragung⁶ die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf ihre Arbeit benennen. An dieser Befragung nahmen 26 der 40 geförderten Träger teil; die Rücklaufquote beträgt damit 65 Prozent. In einem zweiten Schritt wurden die durch eine inhaltsanalytische Auswertung der Antworten auf offene Fragen gewonnenen Ergebnisse im Juni 2020 im Rahmen von digitalen bilateralen Austauschgesprächen der wissenschaftlichen Begleitung mit allen Kompetenzzentren und -netzwerken diskutiert und ergänzt. Diese Diskussionen sind in Form von Protokollen festgehalten. In einem dritten Schritt erfolgte die inhaltsanalytische Auswertung von im Juli 2020 an das BMFSFJ als Fördermittelgeber gerichteten Ergebnisberichten der Kompetenzzentren und -netzwerke für den Zeitraum seit Jahresbeginn. In diesem Beitrag konzentrieren wir uns auf Passagen zu den berichteten Auswirkungen der Pandemie und darauf bezogene Umgangsstrategien.

Die herangezogenen Daten dokumentieren durch die stufenweise Erhebung differenzierte Einschätzungen der Träger (zu unterschiedlichen Zeitpunkten) im Verlauf der Pandemie zwischen April und Juli 2020. So waren die frühen Einschätzungen im Rahmen der Online-Erhebung an die wissenschaftliche Begleitung gerichtet. Die Protokolle der darauffolgenden bilateralen Austauschgespräche halten dagegen Reflexions- und Aushandlungsprozesse aus der Perspektive der wissenschaftlichen Begleitung fest. Die Ergebnisberichte schließlich sind unabhängig von der wissenschaftlichen Begleitung entstanden, sie sind gewissermaßen vom Feld selbst erzeugt (Oevermann 2000, S. 87f.). Sie haben u.a. die Aufgabe, über die Arbeit im Förderjahr zu berichten und sie zu bilanzieren – also Erfolge und Scheitern zu benennen

5 Die wissenschaftliche Begleitung des Handlungsbereichs Bund ist am Deutschen Jugendinstitut e.V. in der Außenstelle Halle (Saale) angesiedelt. Neben den Autorinnen und dem Autor arbeiten darin Franziska Heinze, Stefanie Reiter, Ellen Schroeter und Petra Görlicke mit. Ihnen möchten wir an dieser Stelle danken.

6 Der kurze Fragebogen enthielt Fragen zur allgemeine Einschätzung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die eigene Arbeit; zu pandemiebedingten fachlichen und organisatorischen Herausforderungen; vorgenommenen Anpassungen; zu erwarteten veränderten gesellschaftlichen und fachlichen Herausforderungen; sowie zu veränderten Rahmenbedingungen. Die offenen Antworten wurden inhaltsanalytisch ausgewertet.

– und auf diese Weise die Anträge für das Folgejahr vorzubereiten. Sie haben damit im Wesentlichen eine strategische Funktion für die beteiligten Programmakteure.

Im Folgenden werden auf der Basis dieser Daten zunächst die von den Kompetenzzentren und -netzwerken wahrgenommenen Auswirkungen der pandemischen Situation und damit verbundene Herausforderungen für die Adressierung von Zielgruppen skizziert. Daran anschließend arbeiten wir Umgangsstrategien und Dynamiken der Digitalisierung der Arbeit heraus.

10.3 Pandemiebedingte Herausforderungen als Kontext der Adressierungspraxis

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie brachten für die Arbeit der Kompetenzzentren und -netzwerke vielfältige organisatorische, fachliche und betriebswirtschaftliche Herausforderungen mit sich. Tabelle 10.1 gibt eine Übersicht über unterschiedliche Folgen der Pandemie, die von den befragten Trägern geschildert wurden. Zunächst unterscheiden wir Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die vor allem im Zuge der politisch-administratorisch eingeführten Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus von den befragten Akteurinnen und Akteuren als wirkmächtige Veränderungen angeführt wurden. Davon abgeleitet werden die von den Befragten benannten konkreten Folgen für die Adressierungspraxis der Kompetenzzentren und -netzwerke dargestellt.

Tab. 10.1: Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und ihre Folgen für die Adressierungspraxis der Kompetenzzentren und -netzwerke

Auswirkung der Covid-19-Pandemie	Herausforderung	Folgen für die Adressierungspraxis
<p>Zeitweise Schließung oder eingeschränkter Betrieb von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Ausbildungsstätten, Tagungshäusern etc.</p> <p>Ausfall oder eingeschränkte Durchführbarkeit von Präsenzveranstaltungen</p> <p>Veränderte Arbeitsbedingungen, z.B. Kurzarbeit, Mehrbelastung durch Überlagerung von Care- und Lohnarbeit im Home-Office</p>	<p>Organisatorisch</p> <p>Fachlich</p>	<p>Erschwerter Kontaktaufbau zu fachlichen Akteuren sowie Kooperationspartnerinnen und -partnern, Fehlen von analogen Austausch- und Erfahrungsräumen</p> <p>Verschiebung und Ausfall von fachlichen Angeboten</p> <p>Erheblicher Mehraufwand in der Logistik von Angeboten, z.B. Beschaffung von Soft- und Hardware, Vermittlung digitaler Kompetenzen an Mitarbeitende</p> <p>Konzeptioneller Mehraufwand zur Überarbeitung der Angebote für eine digitale Durchführung</p>

		Ungleichgewicht von zeitlichen und personellen Kapazitäten der Trägerorganisation zur Konzeptionierung und Durchführung von fachlichen Angeboten und dem erhöhten Bedarf der Fachpraxis nach digitalen Fachveranstaltungen, Weiterbildungen etc.
Verstärkte Verbreitung und Artikulation von verschwörungsideologischen Erzählungen, antisemitischen Ressentiments und diversen Diskriminierungshandlungen	Fachlich	Akuter Bedarf nach fachlichen Weiterbildungsangeboten in der Fachpraxis Gegebenenfalls strategische, inhaltliche Justierung der bestehenden Angebote oder neue Angebote
Kurz-, mittel- und langfristige wirtschaftliche Folgen für Individuen und Gesellschaft	Betriebswirtschaftlich	Gegebenenfalls betriebswirtschaftliche Existenzbedrohung von Adressierenden und Adressaten, z.B. durch fehlende Einnahmen, Fördermittel usw.

Quelle: Eigene Auswertung von empirischen Daten der wissenschaftlichen Begleitung des Handlungsbereichs Bund im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (April bis Juli 2020)

Als organisatorische und fachliche Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sind etwa die zeitweise Schließung und der eingeschränkte Betrieb von Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, z.B. Kindertagesstätten oder Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, zu nennen. Auch der verordnete Ausfall oder die eingeschränkte Durchführbarkeit von Präsenzveranstaltungen (wie Workshops, Tagungen oder Arbeitstreffen) wirkten sich direkt auf die Arbeit der Kompetenzzentren und -netzwerke aus. Dazu kommen veränderte, zum Teil belastende Arbeitsbedingungen aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, z.B. die Einführung von Kurzarbeit oder die Mehrbelastung von Mitarbeitenden aufgrund der Überlagerung von Care- und Lohnarbeit im Home-Office. Die befragten Akteure führten außerdem die zunehmende Verbreitung und Artikulation von verschwörungsideologischen Erzählungen an und problematisierten die damit einhergehenden gesteigerten demokratiefeindlichen Haltungen und antisemitischen Ressentiments. Auch ein zunehmendes Auftreten rassistischer Diskriminierungen, z.B. rassistische Ressentiments gegen Romnja und Roma sowie Sintizze und Sinti⁷, wurden

7 Es kann hier z.B. auf das ganze Abriegeln von Wohnhäusern als Folge von lokalen Ausbrüchen verwiesen werden (vgl. Vates 2020) und auf die stigmatisierende Berichterstattung am Beispiel zweier Wohnhäuser in Göttingen (Zentrum für Globale Migrationsstudien 2020).

genannt. Schließlich wurden die nur teilweise antizipierbaren kurz-, mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Folgen für Individuen und Gesellschaft als zentrale zukünftige Auswirkungen der aktuellen Pandemie angeführt.

Diese vielfältigen pandemiebedingten Auswirkungen führen zu praktischen Konsequenzen für die Arbeit der Kompetenzzentren und -netzwerke, insbesondere für die Möglichkeiten, die Fachpraxis der Kinder- und Jugendhilfe als Zielgruppe ihrer Angebote zu adressieren. Die zunehmende Verbreitung und Artikulation von Verschwörungsideologien sowie diskriminierender Einstellungen und Handlungen in der Gesellschaft erfordern unmittelbare Veränderungen in der Adressierungspraxis einiger Kompetenzzentren und -netzwerke: Die befragten Akteure gaben beispielsweise an, dass – neben vermehrter anlassbezogener Öffentlichkeitsarbeit – ein akuter Bedarf nach fachlichen Weiterbildungsangeboten in der Fachpraxis zu verzeichnen war, der teilweise die vorhandenen Kapazitäten überstieg.

Im Unterschied dazu bedeutet die Schließung von Bildungsstätten und Tagungshäusern etc. zunächst eine Leerstelle für die Kompetenzzentren und -netzwerke, weil ihre pädagogischen Angebote darauf basieren, analoge Erfahrungsräume zu nutzen. Aufgrund der Schließung von Einrichtungen existieren diese analogen Räume jedoch vorübergehend nicht. Dadurch ist wiederum der Aufbau von Kontakten zu fachlichen Akteuren sowie Kooperationspartnerinnen und -partnern erschwert. Außerdem mussten anlassbezogen inhaltliche Anpassungen der Angebote und ihrer Verbreitungsstrategie vorgenommen werden. Die Planung, Verbreitung und Durchführung fachlicher Angebote verkompliziert sich weiterhin durch die spezifischen Dynamiken im Home-Office (Überlagerung von Lohn- und Carearbeit, gegebenenfalls eingeschränkte Erreichbarkeit und Arbeitsmöglichkeiten) und die regional unterschiedlich ausgeprägten sowie sich stetig ändernden Regelungen des Pandemieschutzes, woraus eine allgemeine Planungsunsicherheit für fachliche Präsenzformate, z.B. analoge Fachtagungen, Konferenzen und Workshops, resultiert.

Besonders hervorgetreten in der Analyse von Problemwahrnehmungen zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Arbeit der Kompetenzzentren und -netzwerke sind die schlagartig verstärkten Dynamiken der Digitalisierung. Daher wollen wir diesen Aspekt im folgenden Abschnitt gezielter vertiefen. Als letzte Folge für die Adressierung sind schließlich betriebswirtschaftliche Aspekte zu nennen, wenn z.B. fehlende Einnahmen, Fördermittel usw. die wirtschaftliche Existenz von Adressierenden und Adressaten bedrohen.

10.4 Ambivalente Digitalisierungsdynamiken als Herausforderung und Chance der Adressierung von Fachkräften

Anhand der Analyse zeigt sich, dass die ambivalenten Digitalisierungsdynamiken – wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen – als besondere Folge der Covid-19-Pandemie für die Adressierungsarbeit der Kompetenzzentren und -netzwerke hervortritt. Als Digitalisierung verstehen wir mit Angelika Beranek, Burkhard Hill

und Juliane B. Sagebiel (2019) und Peter Hammerschmidt u.a. (2018) die gegenwärtige Mediatisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche durch die Etablierung von digitalen Medien. Damit geht die Entstehung neuer gesellschaftlicher Kommunikationsformen und die Veränderung des Alltags, der Identität der Menschen sowie schließlich auch der Gesellschaft und Kultur (ebd.) einher.⁸

Für die befragten Kompetenzzentren und -netzwerke gewann die Digitalisierung der Arbeit im Kontext der Corona-Pandemie – wie für andere Akteure auch – neue Relevanz. Da persönliche Begegnungen und die unmittelbare analoge Adressierung von Zielgruppen zeitweise nicht möglich war, wurde zunehmend auf digitale Ersatzformate zurückgegriffen. Auf der einen Seite benennen die Vertreterinnen und Vertreter der Kompetenzzentren und -netzwerke Chancen, die sich aus der Digitalisierungsdynamik ergeben. So ermögliche der Digitalisierungsdruck nicht nur die schnelle Verbreitung von geeigneter Software und dementsprechender Fähigkeiten, sondern auch die Ausdifferenzierung und Verbesserung des Online-Angebotes, z.B. von Qualifizierungen und Anregungen. Was sich insofern zunächst als eine Herausforderung darstellt, wird zugleich als Chance der Neukonzipierung von fachlichen Inhalten und Formaten begriffen. Darüber hinaus betonen einige Akteurinnen und Akteure, dass die Ortsunabhängigkeit digitaler Veranstaltungen niedrigschwellige Teilhabechancen vor allem für Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in sogenannten strukturschwachen Regionen eröffne. Digitalisierung bietet hier aus Sicht der Adressierenden die Gelegenheit, in einer pandemischen Situation mit weitreichenden Einschränkungen Zugänge zu schaffen und Barrieren der Teilnahme abzubauen, nicht zuletzt, weil auf betriebswirtschaftlicher Ebene gespart werden könne (z.B. Reisekosten und Teilnahmegebühren). Während ein Teil der Kompetenzzentren und -netzwerke die Digitalisierung ihrer Angebote als Mehraufwand betrachtet, sieht ein anderer Teil Vorteile bei digitalen Veranstaltungen. Dies wird damit begründet, dass digitale Formate – abhängig von den vorhandenen Mitteln und Qualifikationen – kurzfristiger durchgeführt werden können und zugleich auch die Chance einer spontanen Teilnahme bieten – und zwar bundesweit.

Die Träger der Kompetenzzentren und -netzwerke betonen andererseits klar die Grenzen digitaler Vermittlungsformate. Während Qualifizierungen mit Einschränkungen fortgeführt werden können, erscheinen Beratungsleistungen in einem digitalen Setting als nur eingeschränkt umsetzbar.⁹ Zudem betonen sie die Notwendigkeit der Intensivierung strategischer Kooperationen mit Akteuren, die gleiche oder ähnliche Angebote vorhalten, um Doppelangebote bzw. Parallelstrukturen und eine erhöhte Belastung der Zielgruppe zu verringern. Sowohl Formate als auch konkrete

8 Der Prozess der Digitalisierung hat vielfältige Implikationen, die die Geschwindigkeit digitaler Prozesse, ihre "Echtzeit" und die damit einhergehende Vermischung von Physischem und Virtuellem, das exponentielle Wachstum von technischen Entwicklungen und das hohe Potenzial an Transparenz (Oestreicher 2018, zitiert nach Beranek/Hill/Sagebiel 2019) betreffen.

9 So gaben Träger beispielsweise an, dass es an Sicherheit fehle, zusätzliche Hürden für Ratsuchende und darüber hinaus datenschutzrechtliche Probleme beständen. Des Weiteren sei ein Vertrauensverhältnis online schwieriger aufzubauen, und es existiere in manchen Arbeitsfeldern ein Verbot, online zu gehen.

Angebote, die in analogem Rahmen räumlich und zeitlich getrennt wären, sind durch ihre Überführung in den digitalen Raum plötzlich einem Konkurrenzdruck ausgesetzt. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass im digitalen Setting die Interaktionsmöglichkeiten von Adressierenden und Adressaten stark beschränkt sind. Nicht selten basiert die Anschlussfähigkeit der unterbreiteten Angebote jedoch auf einem interaktiven Verständigungsprozess. Des Weiteren verweisen die Träger der Kompetenzzentren und -netzwerke auf eine zunehmende „Sättigungstendenz“, die unter den Zielgruppen aufgrund permanenter Bildschirmarbeit zu bemerken ist. Vielfach wird zudem ein erhöhter Aufwand in der Vorbereitung und Durchführung von Vermittlungsformaten identifiziert: Digitale Kompetenzen und geeignete Kommunikationswege müssen erst gebildet bzw. etabliert, technische Infrastrukturen müssen organisiert werden. Dieser Aufbau von digitalen Kompetenzen und Strukturen wurde gerade in der ersten Zeit als belastend wahrgenommen.

Die beschriebenen Problemwahrnehmungen der pandemiebedingten Digitalisierungsdynamik skizzieren insgesamt eine ambivalente Situation. Dabei stellt sich die Frage, welche Strategien die Organisationen zur Adressierung der Fachpraxis entwickeln. Die Analyse macht deutlich, dass sich die meisten Träger im ersten Halbjahr 2020 zunächst verstärkt inhaltlich-konzeptionellen Arbeiten widmeten sowie Publikationstätigkeiten als Disseminationsstrategie wählten: Sie sammelten und bereiteten Bildungsmaterialien auf, um sie ins Digitale zu übersetzen und online zu verbreiten. Zudem erarbeiteten sie Transferkonzepte. Dabei erweiterten einzelne Träger der Kompetenzzentren und -netzwerke ihren Methodenpool, was auch neue Möglichkeiten der Adressierung eröffnete. Zudem wird vereinzelt – wenn möglich – „zweigleisig“ gearbeitet, sodass Vermittlungsformate als Off- und als Onlineangebote organisiert werden. Einige Träger setzen außerdem auf Webgespräche, Podcasts oder Social Media (Instagram, Facebook, Twitter), um die Ansprache der Fachpraxis zeitlich versetzt, wiederholt oder dauerhaft abrufbar zu „flankieren“.

Abschließend sollen im nächsten Absatz aus diesem ersten empirischen Einblick in die Problemwahrnehmungen der Kompetenzzentren und -netzwerke vorläufige Schlussfolgerungen zu zukünftigen Forschungsbedarfen für die Praxis der Adressierung – auch ohne die Erschwernisse des Pandemieschutzes – gezogen werden.

10.5 Forschungsbedarfe für die zukünftige Adressierung der Fachpraxis in der Kinder- und Jugendhilfe

Die Folgen der Corona-Pandemie führen, wie Christina Buschle und Nikolaus Meyer (2020) es auch für die Soziale Arbeit resümieren, zu größeren Anforderungen an das eigene Handlungsfeld für diejenigen, die sich mit Angeboten zur Weiterentwicklung der Fachpraxis in der Kinder- und Jugendhilfe an Fachkräfte wenden. Die Adressierung der Fachpraxis durch die Kompetenzzentren und -netzwerke unterlag infolge der Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie ebenso enormen Veränderungen. Wenngleich anfangs wenige Chancen in den pandemischen Einschnitten erkannt wurden, benannten die Befragten im Jahresverlauf vor allem die zunehmende Digitalisierung als eine Möglichkeit, die Ansprache

der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe zu erweitern und die Reichweite der fachlichen Angebote zu erhöhen. Es wurde zunehmend betont, dass Bildungs-, Qualifizierungs- und Austauschformate digital weiterentwickelt werden sollten und damit „auf der Höhe der Zeit“ auch langfristig anwendbar sind. Dadurch könne mit der Digitalisierung – wie es ein Träger formulierte – „ein neues Mittel der Demokratisierung und Integrationsstärkung“ entwickelt werden.

Zwar kann in der Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Jahren eine intensiviertere Diskussion zur Digitalisierung beobachtet werden (vgl. Kutscher u.a. 2020; Mairhofer u.a. 2020). Allerdings scheinen die Potenziale digitaler Formate bisher alles andere als ausgeschöpft zu sein. Eine Ausnahme bildet in der Kinder- und Jugendhilfe lediglich der Bereich der Online-Beratung, in dem es inzwischen vielfältige Ansätze und Erfahrungen gibt (vgl. Mairhofer u.a. 2020). Gleichzeitig werden empirische Befunde zum Stellenwert digitaler Technologien in der Kinder- und Jugendhilfe immer noch weitgehend vermisst (vgl. Kutscher u.a. 2020; Mairhofer u.a. 2020). Daran sollten Forscherinnen und Forscher anknüpfen, indem Forschungsarbeiten zu Herausforderungen und Potenzialen digitaler Formate – insbesondere für die Adressierung der Fachpraxis – angestoßen, die aktuellen Problemwahrnehmungen und Erfahrungswerte unter den pandemischen Zeiten aufgenommen und kritisch reflektiert werden. Dabei sollten aktuelle interdisziplinäre Diskurse und Wissensbestände (z.B. techniksoziologische oder medienwissenschaftliche Befunde und Diskussionen) zu Chancen und Nachteilen der Digitalisierung berücksichtigt werden. Bei aller Dynamik der pandemischen Situation legen die beschriebenen Problemwahrnehmungen nahe, einige Forschungsfragen zukünftig zu vertiefen:

- Einer These von Horst Bossong (2018, zitiert nach Beranek/Hill/Sagebiel 2019, S. 238) zufolge bringt die Digitalisierung auch eine Steigerung des Professionalitätsdrucks im alltagspraktischen (Entscheidungs-)Handeln mit sich: Der Begründungsaufwand für die getroffene Entscheidung darüber, wie Fachkräfte zu adressieren sind, steigt auch für die Akteurinnen und Akteure der Kompetenzzentren und -netzwerke an.¹⁰ Es kann daher einerseits aufschlussreich sein zu beleuchten, wie die jeweiligen fachlichen Logiken – auch bei der Ansprache der Fachkräfte – durch den digitalen Schub möglicherweise unter Druck geraten (Kutscher 2018 bei Beranek/Hill/Sagebiel 2019).
- In Anlehnung an Silvia Staub-Bernasconis (1998) normative Handlungstheorie, die Angelika Beranek, Burkhard Hill und Juliane B. Sagebiel (2019) für Analysen von Auswirkungen der Digitalisierung herangezogen haben, stellen sich diverse Fragen auch für die zukünftige Adressierung von Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe. Bezüglich bestehender Ausstattungsprobleme (Beranek/Hill/Sagebiel 2019) sollte beispielsweise die Ressourcen- und Strukturabhängigkeit der Chancen des digitalen Adressierens reflektiert werden. Welche Fachkräfte können durch digitale Formate besser

10 Sie müssen durch ihre Förderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ Rechenschaft ablegen über gewählte Strategien, deren Erfolge und Misserfolge.

erreicht werden? Das betrifft möglicherweise Fachkräfte, die in strukturschwachen oder peripheren Lagen arbeiten und sich weiterbilden möchten. Welche Zielgruppen bleiben dagegen ungehört und geraten nicht auf den Schirm der Adressierenden? Auch die soziale Kommunikationsbeziehung des Adressierens und Empfangens im digitalen Raum und damit verbundene Austauschprobleme (Beranek/Hill/Sagebiel 2019) bedürfen weiterer Forschung. So betonen Akteurinnen und Akteure der Kompetenzzentren und -netzwerke einerseits die Grenzen digitaler Vermittlungsformate, verweisen aber andererseits auf Möglichkeiten des Ausgleichens von Asymmetrien zwischen städtischen und ländlichen Räumen. Diese überregionalen Vernetzungschancen von Fachkräften sind zukünftig besonders in den Blick zu nehmen.

- Machtaspekte (Beranek/Hill/Sagebiel 2019) der digitalen Adressierung stehen damit unmittelbar in Verbindung: Daher müssen die strukturellen Grundlagen von Zugangsproblemen und -chancen der Weiterbildungsformate reflektiert werden. Die Covid-19-Pandemie und ihre einschneidenden Auswirkungen legen es nahe, die Machtverhältnisse in der Fachpraxis zu analysieren (Wohnig 2020). Diese Perspektive ist auch auf die Adressierung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zu beziehen. Aus einer soziomateriellen Perspektive (Orlikowski 1992) können gezielter er- und entmächtigende Aspekte des digitalen Designs von fachlichen Angeboten und ihr Gebrauch kritisch reflektiert werden. So deuten sich in den hier vorliegenden empirisch rekonstruierten Problemwahrnehmungen sowohl ermöglichende (z.B. überregionale Teilnahmemöglichkeiten und Reichweiten) als auch hinderliche (z.B. Abhängigkeit von technischen Ressourcen) Aspekte ab. Welche Dynamiken einer digitalen Adressierung zeigen sich in ihrem Gebrauch als er- oder entmächtigend, sowohl für die Adressierenden als auch für die Adressatinnen und Adressaten? Können beispielsweise Fachkräfte aus ländlichen Räumen ihre Problemwahrnehmungen und Umgangsstrategien durch eine digitale Adressierung stärker in den fachlichen Diskurs einbringen? Oder wirkt sich die digitale Adressierung eher entmächtigend auf ländliche Träger und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe aus, indem sie den Aufbau und die Stärkung von lokalen Angeboten der Qualifizierung und des Fachaustauschs eher obsolet zu machen scheinen? Diese Ambivalenzen könnten im Bereich der Weiterentwicklung der Fachpraxis in den Handlungsfeldern „Demokratieförderung“, „Vielfaltgestaltung“ und „Extremismusprävention“ zukünftig genauer betrachtet werden.
- Das neue Aufrollen von alten Fragen ergibt sich auch aus der von Angelika Beranek, Burkhard Hill und Juliane B. Sagebiel (2019) angesprochenen Werteproblematik der Digitalisierung: Wie können fachliche Werte und Normen der Digitalisierung standhalten oder sogar durch sie angereichert und unterstützt werden? Christina Buschle und Nikolaus Meyer (2020) empfehlen, über neue Qualitätsstandards für die Arbeit im digitalen Raum nachzudenken und zu diskutieren, die die veränderten Stressfaktoren der Fachkräfte berücksichtigen und so möglichen Deprofessionalisierungstendenzen entgegenwirken.

Aufgrund der Dynamik der pandemischen Situation (und dem mit ihr einhergehenden rasanten Digitalisierungsschub) ist jedenfalls zu vermuten, dass sie nachhaltige

Wirkungen entfalten wird – in positiver und negativer Hinsicht. Insofern besteht zukünftig dringender Bedarf, die damit verbundenen Adressierungsherausforderungen und -chancen in vielfältigen Hinsichten und Perspektiven theoretisch, forschend und praktisch zu untersuchen.

Literatur

- Beranek, Angelika/Hill, Burkhard/Sagebiel, Juliane Beate (2019): Digitalisierung und Soziale Arbeit – ein Diskurs-überblick. In: Soziale Passagen, 11. Jg., H. 11, S. 225–242
- Bossong, Horst (2018): Soziale Arbeit in Zeiten der Digitalisierung. Entwicklungspotenziale mit Schattenseiten. In: neue praxis, H. 4, S. 303–324
- Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (2020): Grundsätze der Förderung im Handlungsbe- reich Bund im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Stand: 10.02.2020. Schleife
- Buschle, Christina/Meyer, Nikolaus (2020): Soziale Arbeit im Ausnahmezustand?! Professionstheoretische For- schungsnutzen zur Corona-Pandemie. In: Soziale Passagen, 12. Jg., H. 1, S. 155–170
- Hammerschmidt, Peter/Sagebiel, Juliane/Hill, Burkhard/Beranek, Angelika (Hrsg.) (2018): Big Data, Facebook, Twitter & Co. und Soziale Arbeit. Weinheim/Basel
- Heinze, Franziska/König, Frank/Rehse, Aline/Schroeter, Ellen (2017): Dritter Bericht: Strukturentwicklung bun- deszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht 2017. Halle (Saale)
- Kutscher, Nadia (2018): Digital und professionell? In: Sozial extra, 42. Jg., H. 3, S. 6–7
- Kutscher, Nadia/Ley, Thomas/Seelmeyer, Udo/Siller, Friederike/Tillmann, Angela/Zorn, Isabel (Hrsg.) (2020): Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung. Weinheim
- Mairhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/van Santen, Eric/Seckinger, Mike (2020): Kinder- und Ju- gendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern. München
- Oestreicher, Elke (2018): Digitalisierung erarbeiten – Hinhören und mitmachen, denn weghören ist keine Option! In: Stadler, Wolfgang (Hrsg.): Mehr als Algorithmen. Digitalisierung in Gesellschaft und Sozialer Arbeit. Wein- heim/Basel, S. 75–83
- Oevermann, Ulrich (2000): Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis. In: Kraimer, Klaus (Hrsg.): Die Fallkonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwis- senschaftlichen Forschung. Frankfurt (Main), S. 58–156
- Orlikowski, Wanda J. (1992): The Duality of Technology. Rethinking the Concept of Technology in Organizations. In: Organization Science, 3. Jg., H. 3, S. 398–427
- Staub-Bernasconi, Silvia (1998): Soziale Arbeit als „Menschenrechtsprofession“. Positionen in einer Phase der generellen Neuverortung. In: Wöhrle, Armin (Hrsg.): Profession und Wissenschaft Sozialer Arbeit. Positionen in einer Phase der generellen Neuverortung und Spezifika in den neuen Bundesländern. Pfaffenweiler, S. 305–332
- Vates, Daniela (2020): Corona war ein Brandbeschleuniger für Diskriminierungen. Berlin. <https://www.rnd.de/politik/corona-war-ein-brandbeschleuniger-fur-diskriminierungen-36PHDEKIKZCILNG5I5PKGJCVUU.html> (12.02.2021)
- Wohnig, Alexander (2020): Die Corona-Krise und Perspektiven politischer Bildung. https://www.uni-sie- gen.de/phil/sozialwissenschaften/politik/mitarbeiter/wohning/wohning_pbundcorona.pdf (14.12.2020)
- Zentrum für Globale Migrationsstudien (CeMig) (2020): Globale Migration im Schatten von Corona: Aktuelle Aus- wirkungen und Entwicklungen. Abstract zum Online-Seminar vom 29. Juni 2020: Vor Corona sind nicht alle gleich. Corona und die Wirkungsweisen von Rassismus: Perspektiven anlässlich der Situation in Göttingen. Göttingen. <https://www.uni-goettingen.de/de/624977.html> (12.02.2021)

11 Literaturübersicht zur Pandemieforschung zu jungen Menschen und Youth Work außerhalb Deutschlands

**Andreas Rottach, Frederike Hofmann-van de Poll, Marit Pelzer und
Stephanie Riedle**

11.1 Einführung

Mit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie und den infolgedessen getroffenen Eindämmungsmaßnahmen, hat sich global eine in dieser Form bisher nicht bekannte Situation für unser Zusammenleben ergeben. Auf verschiedenen Ebenen und in diversen Bereichen wurden radikale Einschnitte vorgenommen, die in unterschiedlichem Maße auch das persönliche Leben beeinflussen. Neben dem empirischen Erkenntnisgewinn auf medizinischem Gebiet, richtet sich das allgemeine Interesse der Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit insbesondere auch auf die Erforschung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen nicht-pharmakologischer Maßnahmen, wie die Möglichkeit oder auch Anordnung von Home-Office, Schul- und Kitaschließungen, Abstandsregelungen und soziale Distanz. Im Jugendsektor wird spezifischen Fragen nach den Folgen der Pandemie für junge Menschen nachgegangen sowie die Strukturen der Kinder und Jugendhilfe in den Blick genommen.

Die Covid-19-Pandemie fügt der Diskussion um wissenschaftsbasierte (knowledge-based) und wissenschaftsbasierte (evidence-based) Jugendpolitik, wie sie in Europa seit einigen Jahren geführt wird, eine neue Dimension hinzu.¹ So gibt es einen Bedarf nach wissenschaftsbasierten Erkenntnissen, die ein Verständnis für diese neue Situation, die über individuelles Erleben hinausgeht, ermöglichen. Diese Erkenntnisse sollen nicht nur schnell geliefert werden, sondern gleichzeitig auch valide sein, damit (Jugend)Politik darauf aufgebaut werden kann. Dies stellt unter den sich stetig ändernden Bedingungen der Covid-19-Pandemie eine (kaum zu erfüllende) Aufgabe dar. Jürgen Kohler weist zurecht darauf hin, dass durch diese rasch und stetig veränderten Bedingungen valide und verlässliche Beweisführung durch den Wunsch nach einer schnellen Präsentation von Ergebnissen herausgefordert ist (Kohler 2020, S. 93). In dieser Situation muss Wissenschaft einerseits versuchen, dem sehr

¹ Siehe hierzu z.B. die aktuelle Youth Knowledge Break-Reihe der Partnership between the European Commission and the Council of Europe in the Field of Youth, https://pjp-eu.coe.int/en/web/youth-partnership/youth-knowledge-forum#67125353_61015725_True (13.07.2021).

berechtigten Anspruch nach zügiger Wissensproduktion zu entsprechen, gleichzeitig jedoch die mit diesem Vorgehen verbundenen Limitationen kritisch zu reflektieren.

Wie in Deutschland (vgl. Andresen u. a. 2020; Blom u. a. 2020; Mairhofer u. a. 2020; Rauschenberg u. a. 2020; Steinert/Ebert 2020; Voigts 2020) wurden auch außerhalb Deutschlands schon während des ersten Lockdowns im März und April 2020 erste Berichte zu empirischen Forschungsergebnissen zur Situation junger Menschen aus medizinischer, psychologischer und sozialwissenschaftlicher Perspektive vorgelegt. Seitdem wächst der Korpus internationaler Studien zur Covid-19-Pandemie, der die Situation junger Menschen und die Situation von Youth Work² beschreibt, stetig an. Die wissenschaftlichen Publikationen stammen einerseits aus dem akademischen universitären Bereich, andererseits geben viele internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen Studien in Auftrag oder führen diese selbst durch, um anschließend schnell wissenschaftsbasiert handeln zu können.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über international erschienene sowie länderspezifische Studien, die die Situation junger Menschen in der Pandemie beleuchten (Kap. 11.11.2). Besonderes Augenmerk gilt zudem den Auswirkungen der Krise auf die Strukturen und Praxis von Youth Work, auch wenn hierzu bis dato nur wenige empirische Untersuchungen vorliegen (Kap. 11.11.3). Im Anschluss daran werden daraus folgende methodische und inhaltlichen Implikationen in den Schlussfolgerungen diskutiert (Kap. 11.11.4).

Die folgenden Darstellungen sind als Einblick in ausgewählte Studien zu verstehen, ohne den Anspruch zu erheben, vollständig zu sein. Vielmehr werden die verschiedenen Forschungsrichtungen zu den Fragen nach jungen Menschen und Youth Work in der Covid-19-Pandemie aufgezeigt, indem einzelne Publikationen und die darin berichteten empirischen Befunde vorgestellt werden, die bis einschließlich November 2020 in wissenschaftlichen Zeitschriften, von Hochschulen und Forschungsinstituten oder von internationalen Organisationen veröffentlicht wurden. Der Fokus der vorliegenden Literaturübersicht liegt darauf, einen Eindruck zu vermitteln, was aktuell außerhalb Deutschlands an empirischem Wissen über den Impact der Covid-19-Pandemie auf die Lebenssituation junger Menschen und auf die Strukturen und Praxis von Youth Work vorhanden ist.

Den Blick über den nationalen Forschungskontext hinaus zu weiten, ist gerade in Bezug auf die Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus aus verschiedenen Gründen von besonderer Relevanz. Die Pandemie wirkt sich auf die Gesellschaften unterschiedlich eingrenzend aus. Auch die politischen Reaktionen gestalten sich heterogen. Ebenso unterscheiden sich die Staaten stark hinsichtlich ihrer Strukturen im Jugendsektor und ihrer sozialen Infrastruktur. Dennoch

2 Wie im internationalen Kontext üblich, wird hier der Begriff Youth Work verwendet. Er umfasst im deutschen Verständnis neben der offenen Jugendarbeit auch die anderen Varianten der Jugendarbeit, z.B. Jugendverbandsarbeit, Jugendbildungsarbeit und Jugendsozialarbeit (vgl. Thimmel 2020).

oder gerade deshalb bietet der Blick auf die wissenschaftliche Aufarbeitung der Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen in anderen Regionen wertvolle Denkanstöße für die Reflektion des Umgangs mit der Covid-19-Pandemie im Jugendsektor hierzulande. Einerseits können bestenfalls Hinweise auf Stärken und Schwächen der Jugendhilfe-Strukturen unter Pandemiebedingungen erhalten werden. Andererseits liefert eine solche Betrachtung Anhaltspunkte und Ideen für die Bearbeitung methodischer Fragen im Zusammenhang mit der empirischen Erforschung der Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf den Jugendsektor und bietet die Möglichkeit, Befunde auf nationaler Ebene zu reflektieren. Des Weiteren kann dies dazu führen, bestehende Forschungsdesiderate zu identifizieren. Und schließlich können solche Überlegungen auch als Ausgangspunkt dienen, um zu eruieren, welche gemeinsamen Reaktionen europäische Jugendpolitik auf die Covid-19-Pandemie zeigen könnte.

Die ausgewählten Studien wurden durch eine Onlinerecherche zusammengetragen. Dazu wurde die Suchmaschine Google-Scholar³ herangezogen. Durch eine gezielte, vertiefende Recherche über Websites internationaler Organisationen wurden diese Ergebnisse ergänzt und Hinweisen auf weitere Veröffentlichungen aus den bereits recherchierten Studien nachgegangen. Studien die nicht auf Englisch oder Deutsch publiziert sind, wurden in diese Übersicht nicht einbezogen.

Die Kriterien zur Aufnahme in die Literaturübersicht waren zum einen eine fundierte Empirie und zum anderen der thematische Bezug zu jungen Menschen⁴ bzw. Youth Work und die Covid-19-Pandemie. Letzteres bedeutet, dass zum Beispiel Forschung, die sich explizit auf Kinder (bis 12 Jahre) bezieht, ausgeschlossen wurde.⁵

Die Einordnung der recherchierten Studien folgt dem Ansatz von Howard Williamson (2020), der zwei unterschiedliche Betrachtungsebenen der Auswirkungen von Covid-19 auf Jugend und Youth Work identifiziert: den konkreten Einfluss von Covid-19 auf die Situation junger Menschen und den Einfluss auf die Strukturen und die Praxis von Youth Work. Für beide Themenbereiche – und ihre thematischen Unterkapitel – werden jeweils erst die internationalen und die Studien mit allgemeiner thematischer Ausrichtung vorgestellt. Es folgen Studien auf nationaler beziehungsweise regionaler Ebene sowie Studien mit speziellerem Fokus. In einigen Fällen führt dies dazu, dass Studien mehrmals – unter der jeweiligen thematischen Ausrichtung – genannt werden. Bei Erstnennung einer Publikation werden jeweils der Umfang der Datenbasis, das methodische Design und gegebenenfalls die für die Forschung verantwortlichen Organisationen genannt.

3 Suchbegriffe: Youth, Youth Work, Youth Policy, Corona, Covid-19.

4 Viele Studien betrachten sowohl Kinder als auch Jugendliche und definieren dabei nicht bzw. nicht einheitlich, die Altersgrenze von Kindern und von Jugendlichen. Bei der Auswahl der Studien für die vorliegende Literaturübersicht wurden alle Studien berücksichtigt, die Aussagen über junge Menschen treffen, die älter als 12 Jahre sind.

5 Auf diesem Gebiet liegt international auch ein breites Spektrum an interessanten Publikationen vor (z.B. Pisano/Garnili/Perniglia 2020; UN 2020).

11.2 Einfluss von Covid-19 auf die Situation junger Menschen

Covid-19 hat einen großen Einfluss auf das konkrete Alltagsleben junger Menschen auf der ganzen Welt. Die diesbezüglichen Studien werden im Folgenden thematisch sortiert dargestellt. Die Perspektive der jeweils nationalen und internationalen nicht-medizinischen Forschung richtet sich einerseits auf die Lebenssituation junger Menschen im Allgemeinen (11.11.2.1). Andererseits wird auf die Bereiche psychisches und physisches Wohlbefinden (11.11.2.2), Bildung (11.11.2.3), Einkommen und Beschäftigung (11.2.4), Verhalten während der Pandemie und der angenommenen besonderen Vulnerabilität junger Menschen fokussiert (11.11.2.5).

11.2.1 Die Situation junger Menschen im Allgemeinen während der Pandemie

Gerade am Anfang der Covid-19-Pandemie haben sich einige Studien mit der Situation junger Menschen im Allgemeinen befasst. Es handelt sich dabei um eine unspezifische Betrachtungsweise, das heißt, sie beziehen sich weder auf Teilgruppen junger Menschen noch auf spezifische Bereiche des Lebens junger Menschen, beleuchten aber ein breites Spektrum an Themen, die junge Menschen betreffen.

Cath Larkins u.a. (2020) befragten internationale Fachkräfte im Feld der Jugendhilfe online. Dazu wurden Daten mittels eines Fragebogens mit geschlossenen und offenen Fragen zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf junge Menschen, die von diesen Fachkräften wahrgenommen wurden, erhoben. Bis Mitte April 2020 lag der Rücklauf bei insgesamt 95 Einschätzungen von Fachpraktikerinnen und Fachpraktikern aus 20 europäischen Ländern aus 16 verschiedenen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe. Zusätzlich wurden mit einem Teil der Befragten Fokusgruppen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen Auswirkungen und schwierige Bedingungen für junge Menschen aufgrund der Pandemie in allen in die Analyse einbezogenen Ländern. Die Fachkräfte berichten vor allem davon, dass besonders marginalisierte junge Menschen (z.B. Angehörige von Minderheiten, junge Menschen in schwieriger Familiensituation sowie von Flucht und Armut betroffene junge Menschen) stärker von der Covid-19-Pandemie und den Eindämmungsmaßnahmen betroffen sind als andere junge Menschen.

In einer global angelegten Studie der Global Initiative on Decent Jobs for Youth mit dem Titel „Youth & COVID-19: Impacts on jobs, education, rights and mental well-being“ (ILO 2020)⁶ werden die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie auf

6 Unter Federführung der *International Labor Organization* (ILO) durchgeführt im April und Mai 2020 im Rahmen der *Global Initiative on Decent Jobs for Youth*. In dieser Initiative arbeiten mehrere internationale Organisationen zusammen. An der vorliegenden Studie haben mitgewirkt: *AIESEC*, *European Union Emergency Trust Fund for Africa*, *European Youth Forum*, *International Labour Organization*, *United Nations Major Group for Children and Youth* und *United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights*.

das Leben junger Menschen in Bezug auf Beschäftigung, Bildung, psychisches Wohlbefinden, Wahrnehmbarkeit ihrer Rechte und ihres sozialen Aktivismus dargestellt. Basis der Analysen bilden via Onlinefragebogen mit Schneeballsampling aggregierte Daten von über 12.000 jungen Menschen⁷ aus 112 Ländern. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die negativen Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen überaus tiefgreifend sind. Besonders stark sind junge Frauen und junge Menschen in ärmeren Ländern betroffen. Global betrachtet berichten viele junge Menschen von stark reduzierter sozialer Teilhabe sowie von Schwierigkeiten bei der Ausübung der Religionsfreiheit und beim Zugang zu Informationen (ILO 2020).

Eine ähnlich inhaltlich allgemeine Ausrichtung hat die Studie „Living, working and COVID-19“ der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound). Um die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu erfassen, wurden im April und Juli 2020 zwei umfassende Online-Befragungen in Europa durchgeführt (Eurofound 2020a). Fast 100.000 Personen haben sich daran beteiligt. Ziel dieser Studie ist es, die Auswirkungen auf das Wohlergehen, die Arbeit sowie auf die finanzielle Situation der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu untersuchen. Sie umfasst eine Reihe von Fragen, die für Menschen verschiedener Altersgruppen und Lebenssituationen relevant sind. Die meisten Fragen basieren auf der Europäischen Erhebung zur Lebensqualität (EQLS)⁸ und der Europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen (EWCS)⁹ von Eurofound. Andere Fragen wurden neu generiert oder aus anderen Quellen wie der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)¹⁰ adaptiert. Auch wenn die Untersuchung alle Altersgruppen umfasst, lassen sich detaillierte Ergebnisse für die Gruppe der 18- bis 35-Jährigen entnehmen. Junge Menschen zählen laut der Studie zu den größten Verlierern der Lockdown-Zeit. Obwohl im letzten Halbjahr eine gewisse Verbesserung eingetreten ist und Lebenszufriedenheit und Optimismus seit April zugenommen haben, fühlen sich junge Menschen weiterhin von der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Einschränkungen während des Lockdowns haben sich laut der Studie stärker auf junge Menschen als auf andere Altersgruppen ausgewirkt. Dies zeigt sich in den Ergebnissen der Studie z.B. daran, dass junge Menschen nach wie vor am stärksten von Depressionen bedroht sind.

In der Studie „Youth and COVID-19 - Response, Recovery and Resilience“ (OECD 2020b) wird von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einerseits vorhandenes Wissen zusammengetragen und anderer-

7 Altersgruppe von 18-29 Jahren, 30-34-Jährige wurden als Vergleichsgruppe ebenfalls befragt, wobei junge Menschen aus eher bildungsfernen Schichten laut den Autorinnen und Autoren stark unterrepräsentiert sind.

8 <https://www.eurofound.europa.eu/de/surveys/european-quality-of-life-surveys> (21.12.2020).

9 <https://www.eurofound.europa.eu/de/surveys/2020/european-working-conditions-survey-2020> (21.12.2020).

10 https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/EU_statistics_on_income_and_living_conditions_%28EU-SILC%29_methodology (21.12.2020).

seits über die Ergebnisse einer Befragung von insgesamt 90 Vertreterinnen und Vertretern von Jugendorganisationen aus 48 Ländern berichtet. Der Rekurs auf bereits vorhandenes Wissen der Organisation in Bezug auf junge Menschen und Youth Work betont vor allem die Erfahrungen aus der Finanzkrise 2007-2008 und die wirtschaftliche und Bildungssituation junger Menschen in den OECD-Staaten vor der Covid-19-Pandemie. Die Studie schlussfolgert auf Basis der vorhandenen und neu generierten Daten, dass die Covid-19-Pandemie erhebliche Risiken für junge Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, psychische Gesundheit und verfügbares Einkommen birgt. Die Autorinnen und Autoren der Studie verdeutlichen, dass junge Menschen einerseits als neue Generation die Last der (finanziellen) Maßnahmen tragen werden, andererseits aktuell in ihren Mitbestimmungsrechten übergangen werden. Regierungen wird deshalb empfohlen, die Auswirkungen der Maßnahmen auf verschiedene Generationen möglichst zu nivellieren und gleichzeitig mit Bezug auf diese Nivellierung wirksame Governance-Mechanismen einzusetzen. Nur in einem Viertel der Fälle nannten die befragten Organisationsvertreterinnen und -vertreter, dass in ihrem Land spezifische Programme zur Unterstützung der am stärksten gefährdeten Jugendlichen (z.B. obdachlose Jugendliche, Jugendliche ohne Zugang zum Internet oder zum Gesundheitswesen) umgesetzt werden.

Eine ähnliche vergleichende Perspektive mit Fokus auf die Situation junger Menschen in Irland nahm das Economic and Social Research Institute ein, das im Juli 2020 eine Übersicht über die Ergebnisse von zu diesem Zeitpunkt aktueller Covid-19-Forschung sowie für die gegenwärtige Lage hilfreiche Erkenntnisse aus der Forschung zu früheren vergleichbaren Krisenereignissen (Darmody/Smyth/Russell 2020) lieferte. Insgesamt haben die Autorinnen und Autoren 35 irische und über 80 internationale Publikationen zum Thema Covid-19-Pandemie und dessen Auswirkungen auf junge Menschen aus vielen Disziplinen und Kontexten zusammengetragen. Eine zentrale Schlussfolgerung der Autorinnen und Autoren ist, dass die Ungleichheit zwischen Gruppen von jungen Menschen steigt, dass sich die ohnehin bestehenden sozialen Ungleichheiten infolge der Pandemie noch verstärken, da anfälligeren Gruppen die negativen Auswirkungen unverhältnismäßig stark treffen (zum Beispiel steht sozioökonomisch Benachteiligten oft weniger Wohnraum zur Verfügung). Die Autorinnen und Autoren heben empirische Belege dafür hervor, dass auch die stärkere Zunahme der emotionalen Schwierigkeiten bei jungen Menschen auf einen Effekt des sozioökonomischen Status zurückzuführen ist. Dies gelte selbstverständlich auch für die in Folge der Pandemie einsetzende Wirtschaftskrise, welche jüngere und einkommensschwächere Gruppen besonders betrifft (zum Beispiel in Form von Arbeitslosigkeit und Einkommensrückgang und damit einhergehendem niedrigerem Lebensstandard).

Schließlich zeigt die Publikation von Danzhen You u.a (2020), dass die Folgen der Pandemie auch bezüglich einzelner Gruppen junger Menschen, hier junger Migrantinnen und Migranten, erforscht werden. Auf Basis aktueller Studien auf deren Befunde stützt die Autorengruppe, wird aus einer globalen Perspektive dargelegt, dass junge Migrantinnen und Migranten was psychische und physische Gesundheit, Bildungschancen und Armut angeht, durch die Covid-19-Pandemie besonders stark betroffen sind. Hinzu kommt bei dieser Gruppe noch die Gefahr von Stigmatisierung, Fremdenhass und Diskriminierung, welche im Zuge von Covid-19 global betrachtet neue, Besorgnis erregende, Ausmaße angenommen haben.

11.2.2 Psychisches und physisches Wohlbefinden

Die psychologische Forschung spiegelt – abgesehen von wenigen allgemeinen Studien, die sich auch, aber nicht nur, mit dem Wohlbefinden junger Menschen beschäftigen (ILO 2020; Eurofound 2020a, 2020b) – vor allem nationale Ergebnisse wieder. Sie wird dominiert von der Untersuchung der Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Diese Ansätze nehmen eine wissenschaftlich-psychologische Perspektive ein, um etwa Depressionen, Schlaflosigkeit, die Einschränkung des Bewegungsverhaltens und posttraumatische Belastungsstörungen bei jungen Menschen allgemein und bei vulnerablen Gruppen im Besonderen zu untersuchen, und zwar sowohl als Folge der Pandemie selbst als auch als Konsequenz der nicht-pharmakologischen Eindämmungsmaßnahmen. Der Korpus dieser Forschung ist überaus umfangreich, sodass hier nur einige besonders aussagekräftige und interessante Beispiele vorgestellt werden.

Die bereits unter 11.11.2.1 eingeführte Studie der Global Initiative on Decent Jobs for Youth (ILO 2020) kommt zum Ergebnis, dass 17 Prozent der jungen Menschen aufgrund der Pandemie von Ängsten und Depressionen betroffen sind. Am geringsten ist das psychische Wohlbefinden bei jungen Frauen und jungen Menschen im Alter von 18 bis 24 gegenüber jungen Menschen zwischen 25 und 29 Jahren.¹¹ In der Studie wird von der Annahme ausgegangen, dass die stärkere Belastung des psychischen Wohlbefindens junger Frauen auf grundsätzlich stärkere, stressauslösende häusliche Verantwortlichkeiten dieser jungen Frauen gegenüber jungen Männern zurückzuführen sein könnte. Des Weiteren zeigt die Studie, dass junge Menschen, deren Ausbildung oder Arbeit entweder unterbrochen oder ganz eingestellt wurde, fast doppelt so oft von Angst oder Depressionen betroffen zu sein scheinen, als diejenigen, die weiter berufstätig waren oder deren Ausbildung in Gang blieb (ILO 2020).

Auch die im Zuge der Pandemie erhobenen Eurofound-Daten (Eurofound 2020a, 2020b) zeigen, dass das psychische Wohlbefinden von jungen Menschen durch die Covid-19-Pandemie stark beeinträchtigt ist und die restriktiven Maßnahmen des Lockdowns junge Menschen härter getroffen haben als die anderen Altersgruppen. Sie scheinen depressiver (16 Prozent vs. 12 Prozent), einsamer (20 Prozent vs. 15 Prozent), angespannter (21 Prozent vs. 18 Prozent) und weniger belastbar (51 Prozent vs. 54 Prozent) zu sein, als ältere Kohorten. Ähnlich wie die Studie der Global Initiative on Decent Jobs for Youth (ILO 2020) kommt auch der Abschlussbericht der Eurofound-Studie zur Schlussfolgerung, dass junge Menschen zu der am meisten durch den Lockdown beeinträchtigten Gruppe gehören. Obwohl ihr Wohlbefinden, ihre Lebenszufriedenheit und ihr Optimismus nach einem starken Einbruch zu Beginn der Pandemie im April 2020 bis zur zweiten Erhebungswelle im Juli 2020

11 Zu ähnlichen Ergebnissen, dass insbesondere weibliche Jugendliche von den Auswirkungen stark in ihrem Wohlbefinden betroffen sind, zeigen u.a. für die Schweiz Baier und Kamenowski 2020, Margolius u.a. 2020 für die USA, Residori u.a. 2020 für Luxemburg und Ranta/Silinskas/Wilksa 2020 für Finnland.

wieder zugenommen haben, fühlen sich junge Menschen weiterhin von der Gesellschaft ausgeschlossen und sind nach wie vor im Vergleich zu anderen Alterskohorten am stärksten von Depressionen bedroht. Trotz alledem blicken junge Menschen optimistischer (53 Prozent) auf ihre eigene Zukunft als andere Altersgruppen (42 Prozent) (Eurofound 2020b, 2020a).

In einer metaanalytischen Studie nahmen Maria E. Loades u.a. (2020) die Auswirkungen erzwungener sozialer Isolation auf die psychische Gesundheit junger Menschen in Anbetracht der Covid-19-Pandemie auf Basis der Ergebnisse von 80 psychologischen Studien der letzten Jahrzehnte in den Blick. Die Studie zeigt auf, dass soziale Isolation und Einsamkeit das Risiko von Depressionen und Angstzuständen erhöhen können und kommt zu dem Schluss, dass die negativen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit mit der Dauer der erzwungenen Isolation stärker werden.

Diese grundsätzliche Erkenntnis wird von weiteren aktuellen Studien zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie bzw. der zu ihrer Bekämpfung beschlossenen Maßnahmen in einzelnen Ländern unterstützt:

Cindy H. Liu u.a. (2020) ermittelten in ihrer Studie, die sich auf die Aussagen 898 junger Erwachsener (Altersspanne 18-30 Jahre) etwa einen Monat nach der Ausrufung des Ausnahmezustands in den Vereinigten Staaten bezieht, dass mindestens für ein Drittel der jungen Erwachsenen – im Vergleich zu früheren Studien – erhöhte klinische Werte für Depression, Angstzustände und posttraumatische Belastungsstörungen vorlagen. Die zum Einsatz kommende Methode ist die logistische Regression. Cindy H. Liu u.a. berichten die Wahrscheinlichkeiten, mit welchen die befragten Personen in Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren wie zum Beispiel Einsamkeit in Folge der Pandemie oder Sorge vor einer Erkrankung mit Covid-19 über klinischen Grenzwerten bei Depression, Angstzuständen und posttraumatischer Belastungsstörung liegen.

Bestätigt werden diese Ergebnisse von Max Margolius u.a. (2020), die auf Basis einer für die America's Promise Alliance durchgeführten repräsentativen Befragung von 3.300 Schülerinnen und Schülern im Alter von 13-19 in den Vereinigten Staaten konstatierten, dass sich 30 Prozent der jungen Menschen während der Covid-19-Pandemie häufiger unglücklich und deprimiert fühlen und über die Hälfte mehr besorgt ist über ihr physisches Wohlbefinden als vor der Pandemie. Das methodische Design des Beitrags von Max Margolius u.a. ist dadurch gekennzeichnet, dass das Erhebungsinstrument der Querschnittsbefragung auf im Vorfeld durchgeführten qualitativen Befragungen junger Menschen beruht. Es dient der Erfassung der auf die sozialen und emotionalen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem durch die Pandemie bedingten Lockdown bezogenen Selbsteinschätzungen der Befragten.

Entgegen dieser Ergebnisse ziehen Dirk Baier und Maria Kamenowski (2020) vom Institut für Delinquenz und Kriminalprävention der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften aus einer Studie, in der sie über 1.000 Jugendliche im Alter von 12 bis 20 Jahren im Kanton Zürich befragten, den Schluss, dass der Lockdown an sich für Jugendliche keine einschneidenden Konsequenzen ergab. Im Gegenteil

hätte der Lockdown aus Sicht Dirk Baiers und Maria Kamenowskis nicht nur Nachteile für die Entwicklung der Jugendlichen, weil sie weniger mit Alkohol und Drogen in Kontakt kommen würden und eine Stärkung der Familienbindungen erfahren würden. Neben dieser positiven Betrachtung der Auswirkungen des Lockdowns aus Sicht Dirk Baiers und Maria Kamenowskis kommt auch diese Studie zu dem Ergebnis, dass junge Frauen stärkeren Belastungen des psychischen Wohlbefindens in Zeiten der Pandemie ausgesetzt sind als junge Männer. Allerdings sind die Befunde nur eingeschränkt interpretierbar, da den Daten keine für den Kanton Zürich repräsentative Stichprobe zugrunde liegt. Dirk Baier und Maria Kamenowski selbst geben das zu Bedenken, da die Teilnehmenden der Studie mittels Schneeballsystem und Mundpropaganda sowie über kooperationsbereite Schulen erfolgte.

Für Luxemburg kommen Caroline Residori u.a. (2020) auf ein ganz ähnliches Befundmuster. In ihrer für Luxemburg durch geschichtete Zufallsauswahl und Gewichtung der Daten repräsentativen Studie beobachteten sie die Situation junger Menschen im Alter von 12 bis 29 Jahren. Die Befragten kamen laut der Studie insgesamt eher gut mit der Situation zurecht. Etwa die Hälfte der jungen Menschen gab an, aufgrund der Pandemie besorgt zu sein und nur ein Drittel habe negative Auswirkungen durch einschränkende Maßnahmen erfahren. Dies sind niedrige Werte im Vergleich zu anderen Ländern, zum Beispiel zu Italien und Spanien, in denen die Werte bei über 80 Prozent liegen (vgl. Orgilés u.a. 2020), auch wenn die Werte aufgrund anderer Erhebungsmethoden nur bedingt verglichen werden können. Allerdings gibt es auch in Luxemburg bei Betrachtung von Subgruppen Hinweise auf gravierende soziodemografische und sozioökonomische Ungleichheiten hinsichtlich der Frage, wie junge Menschen mit der Situation um die Covid-19-Pandemie zurechtkommen. Wie in verschiedenen anderen Studien auch (vgl. international ILO 2020; für die Schweiz Baier/Kamenowski (2020); Margolius u.a. (2020) für die USA und Ranta/Silinsas/Wilska 2020 für Finnland) fallen auch in Luxemburg die Beurteilungen der jungen Frauen bezüglich Besorgtheit und Bewältigung der Situation tendenziell negativer aus als die der jungen Männer. Gleiches gilt für junge Menschen mit Migrationshintergrund und junge Menschen mit niedrigerem sozioökonomischen Status. Zum methodischen Vorgehen ist anzumerken, dass Caroline Residori u.a. vorläufige Befunde der Befragung präsentieren. Insgesamt basieren die Ergebnisse auf den Eigeneinschätzungen von knapp 3.800 jungen Menschen.

In Italien und Spanien befragten Mireia Orgilés u.a. (2020) über 1.100 Elternteile von Kindern und Jugendlichen (Altersspanne 3-18). Als Analyseansatz wurde auch hier keine repräsentative Stichprobe gewählt, sondern ein Schneeballverfahren. Der Fokus der Analyse liegt auf einem Vergleich zwischen Italien und Spanien. Für beide Länder gilt, dass weit über vier Fünftel der Eltern während des Lockdowns Veränderungen im emotionalen Zustand und im Verhalten ihrer Kinder wahrnahmen. Die häufigsten Symptome waren Konzentrationsschwierigkeiten, Langeweile sowie emotionale Probleme wie Nervosität und Unbehaglichkeit. Während der Quarantäne stieg der subjektiv empfundene Stresspegel in den Familien, was sich im schwieriger empfundenen Zusammenleben äußerte.

Auch eine Studie aus Finnland, der die Daten von 1.000 Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren zugrunde liegen und die die Unterschiede in den subjektiven Sorgen jüngerer Menschen (Altersspanne 18-29, N=222) von denen Älterer (Altersspanne 30-65) untersuchte, wurde deutlich, dass junge Erwachsene signifikant besorgter über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf ihr psychisches Wohlbefinden waren als ältere Menschen. Auch der Befund, dass Frauen über ihr psychisches Wohlbefinden besorgter waren als Männer, lässt sich für Finnland bestätigen (Ranta/Silinskas/Wilska 2020).

Die Ergebnisse einer von Leilei Liang u.a. (2020) mit 584 jungen Menschen (Altersspanne 14-35) in China durchgeführten Studie – die Teilnehmenden (Mitglieder von Jugendgruppen) wurden online mittels Schneeballverfahren angesprochen – deuten darauf hin, dass fast 40 Prozent der jungen Menschen während der Covid-19-Pandemie eine Anfälligkeit für psychische Probleme zeigten. Fast ein Fünftel zeigte Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung. Gerade junge Menschen mit niedrigeren Bildungsniveaus waren stärker von psychischen Problemen betroffen. Die Befunde basieren auf einer Analyse des Zusammenhangs der Messung einer posttraumatischen Belastungsstörung und den von den Befragten geäußerten Strategien im Umgang mit den Belastungen durch die Covid-19-Pandemie.

Schließlich untersuchten Kathryn Asbury u.a. (2020) im Vereinigten Königreich durch die Befragung von 241 Elternteilen die Auswirkungen des Lockdowns auf junge Menschen mit Förderbedarf und Beeinträchtigungen. Datenbasis der Analyse bilden auf Leitfragen hin von den Eltern frei formulierte Selbstreflexionen über ihre Kinder, die durch eine Gruppe von Forscherinnen und Forschern codiert und quantitativ inhaltsanalytisch ausgewertet wurden. Die Autorinnen und Autoren ermittelten ein sehr breites Spektrum an psychologischen Reaktionsmustern, die von den Eltern bei ihren Kindern beobachtet wurden: in vielen Fällen Sorge (um sich selbst, um andere und ganz allgemein), empfundene Verluste (von Routinen, Unterstützungsnetzwerken und -strukturen, fachlichem Input) sowie Änderungen bei Emotionen und Verhalten, darunter schlechte Stimmung, Ausagieren und Verhaltensänderungen. Eher weniger der Teilnehmenden der Studie erwähnten finanzielle Sorgen und die Sorge vor der Ungewissheit. Einige fühlen Überforderung durch das Nicht-Bescheid-Wissen über die Situation. Nur die wenigsten Familien berichteten von lediglich minimalen oder sogar positiven Auswirkungen von Covid-19 auf ihr Familienleben. Damit stützen die Befunde die These der Autorinnen und Autoren der Studie, dass diese Gruppe junger Menschen und ihre Familien während der Pandemie einem großen Risiko ausgesetzt sind, stark unter psychischen Druck zu geraten.

Die Ergebnisse der Studie „Take the Temperature“ (detaillierte Darstellung unter 11.2.5) im Rahmen des Projekts National Youth Trends der Plattform Beatfreeks¹² im Vereinigten Königreich (Thomas u.a. 2020) zeigen, dass 65 Prozent der Jugendlichen (gegenüber einem nationalen Durchschnitt von 20 Prozent) sich angesichts

12 <https://beatfreeksyouthtrends.com/> (08.07.2021).

der Covid-19-Pandemie Sorgen um ihre psychische Gesundheit machen. Des Weiteren beobachten die Befragten negative Auswirkungen ihres Nachrichtenkonsums bzgl. Informationen über die Covid-19-Pandemie auf ihre psychische Gesundheit. So sprechen sie davon, dass die Nachrichten stark bedrückend wirken. Um dem entgegenzuwirken verzichten bis zu 15 Prozent der Befragten komplett auf das Konsumieren von Nachrichten. Ein Trend zu Selbstfürsorge ist laut den Autorinnen und Autoren unter jungen Menschen zu beobachten. Gleichzeitig betonen die Befragten neben Self-Care auch die Bedeutung von Freundschaften und des familiären Rückhalts für einen positiven Ausblick auf die Zukunft. Die wichtigste Strategie der jungen Menschen mit ihren (psychischen) Problemen in der Pandemie umzugehen, ist die Kommunikation untereinander. Weiter seien junge Menschen die am meisten über die Auswirkungen der Krise auf die Zukunft der Gesellschaft besorgte Bevölkerungsgruppe.

Die massiven Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf die Gesundheit junger Menschen wird auch in der irischen Studie „How’s your head – young voices during COVID-19“ bestätigt (Department of Children, Equality, Disability, Integration and Youth 2020). Die Studie wurde vom irischen Ministerium für Kinder, Beeinträchtigungen, Gleichberechtigung und Integration durchgeführt und hatte einen Rücklauf von 2173 gültigen Fragebögen, die von Teilnehmenden zwischen 15 und 24 Jahren online ausgefüllt wurden. Die negativen Folgen der Pandemie auf die psychische Gesundheit, wie sie auch schon in anderen Studien analysiert wurden, wurden in dieser Studie für Irland bestätigt. Gleichzeitig nannten die befragten jungen Menschen eine Reihe von positiven Auswirkungen. Dazu gehören u.a. das Beibehalten eines gesunden Lebensstils, Self-Care und Familienzeit. Fast 10 Prozent der Respondenten konnte allerdings keine positive Auswirkung nennen.

Anhand einer für Kanada repräsentativen Stichprobe von 690 Kindern im Alter von 5 bis 11 Jahren und 779 kanadischen Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren, die aus einem umfangreichen Datensample eines Marktforschungsinstitutes gezogen wurde, zeigen Sarah A. Moore u.a. (2020) auf Basis der Auskünfte der Eltern, dass die Pandemie auch Folgen für die physische Gesundheit junger Menschen hat. Es wurde ein signifikanter Rückgang bei allen körperlichen Aktivitäten, mit Ausnahme der Hausarbeit, festgestellt. Am deutlichsten war dieser bei der körperlichen Betätigung im Freien und beim Sport, wohingegen die Nutzung von Bildschirmen und sozialen Medien in der Freizeit viel höher war als vor der Pandemie. Diese Verhaltensänderungen wirken sich laut Moore u.a. auch negativ auf die psychische Gesundheit und die Immunabwehr aus. Bei den Jugendlichen waren diese Änderungen im Verhalten deutlicher ausgeprägt als bei den Kindern. Als stärkster Faktor, welcher ein aktiveres Bewegungsverhalten beeinflusst, wurde das elterliche Engagement genannt.

11.2.3 Bildungsmöglichkeiten

Im Bereich der formalen Bildung ist die Situation für junge Menschen global vor allem von den durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Schließungen von Schulen, Bildungsstätten und Hochschulen geprägt. Die Folgen dieser Schließungen bzw.

Änderungen der Lernmodalitäten für junge Menschen, sowohl in der akademischen als auch der schulischen Bildung, ist Gegenstand der internationalen Forschung. Studien kommen zum Schluss, dass die Pandemie sowohl bestehende Bildungsungleichheiten verstärkt als auch neue Ungleichheiten wachsen lässt. Des Weiteren, und hier liegt auch der Fokus der vorliegenden Betrachtung, haben die Schließungen der Bildungseinrichtungen gravierende Auswirkungen auf den Alltag und die persönliche Entfaltung junger Menschen weltweit, da Ausbildungsstätten nicht nur Orte der formalen Bildung sind, sondern auch ein bedeutender Sozial- und Entwicklungsraum.

Global betrachtet, befürchten – laut der bereits unter 11.11.2.1 eingeführten Studie der Global Initiative on Decent Jobs for Youth (ILO 2020) – 9 Prozent der befragten Studierenden, dass sie ihr Studium nicht zum Abschluss bringen könnten. Auch Publikationen der OECD (OECD 2020a; Reimers/Schleicher 2020; Reimers/Schleicher/Ansah 2020) nehmen den Bildungssektor, dessen Anpassungen an die Pandemie und die Folgen für junge Menschen durch die Pandemie in den Blick. Dafür verwenden sie Daten, die im Rahmen der letzten globalen PISA-Studie 2018 erhoben wurden (eine repräsentative Stichprobe aus 79 Bildungssystemen mit über 600.000 15-Jährigen), und werten die Antworten nach pandemiebezogenen Fragestellungen aus. In der Studie zeigt sich, dass die verschiedenen Bildungssysteme der Staaten der OECD sehr unterschiedlich widerstandsfähig gegenüber einer solchen Krise sind (Reimers/Schleicher 2020). Im Bericht „Learning remotely when schools close: How well are students and schools prepared? Insights from PISA“ (OECD 2020a) wird die Verlegung des Unterrichts in den digitalen Raum betrachtet. Besonders betont wird die Gefahr, dass bestehende Ungleichheiten beim Zugang und der Qualität des Lernens verstärkt werden. So verfügt in den OECD-Ländern jede und jeder zehnte 15-Jährige weder über einen ruhigen Raum zum Lernen noch über einen Internetanschluss. Jeder fünfte junge Mensch hat keinen Zugang zu einem Computer für Schularbeiten.

Auch Fernando M. Reimers, Andreas Schleicher und Grace A. Ansah (2020) befassen sich mit der Bildung in den OECD-Staaten zu Pandemiezeiten. Der OECD-Bericht basiert auf einer Online-Befragung, die zwischen dem 25. April und dem 7. Mai 2020 durchgeführt wurde. Sie erfolgte über verschiedene Netzwerke der OECD durch die Global Education Innovation Initiative an der Harvard University. Es liegen Daten von 1.370 Personen (Regierungsbeamte im Bildungsbereich, Lehrende sowie Schulleiterinnen und Schulleiter) aus 59 Ländern vor. Insgesamt zeigt die Studie, dass die Bildungssysteme zwar bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit, Flexibilität und Engagement im Bildungsbereich beweisen. Bezüglich der Auswirkungen auf junge Menschen zeigen die Daten jedoch, dass in den Monaten des Lockdowns nur etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler Zugang zum gesamten oder dem größten Teil des lehrplanmäßigen Unterrichts hatte. Die Autorinnen und Autoren weisen kritisch darauf hin, dass der Gewährleistung der Kontinuität des schulischen Lernens von den Bildungsadministrationen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde, als der sozio-emotionalen Entwicklung der jungen Menschen. Ähnlich wie bei der oben genannten OECD-Studie (OECD 2020a) wird auch hier vor Beeinträchtigungen im Bildungsverlauf junger Menschen gewarnt.

Einen Blick auf die Folgen der Covid-19-Pandemie für Schülerinnen und Schüler und ihr Lernverhalten in weiterführenden Schulen in den Vereinigten Staaten wirft die Forschung von Max Margolius u.a. (2020). Die Studie untersucht, wie junge Menschen die Folgen der Covid-19-Pandemie in Bezug auf ihr Lernverhalten wahrnehmen. Mehr als ein Drittel der Schülerinnen und Schüler macht sich mehr Sorgen in Bezug auf ihre (Aus)Bildung als vor der Pandemie. Während 92 Prozent der Befragten an Online-Lernangeboten teilnehmen, geben gleichzeitig 78 Prozent der Befragten an, täglich vier oder weniger Stunden mit Schule oder Hausaufgaben beschäftigt zu sein. Nicht zuletzt bedingt durch die Schließung ihrer Schulen haben laut der Studie die Sorgen der jungen Menschen stark zugenommen und ihr psychisches Wohlbefinden darunter gelitten. Die Autorinnen und Autoren schlussfolgern, dass die Schülerinnen und Schüler nicht weniger als ein kollektives Trauma erleben, welches neben den allgemeinen Belastungen durch die Auswirkungen der Pandemie auch auf die Beeinträchtigungen bei der schulischen Bildung zurückzuführen ist. Laut der Studie bräuchte es eine sofortige und kontinuierliche Unterstützung, wenn es nicht zu anhaltenden negativen Auswirkungen auf diese Kohorte von Schülerinnen und Schüler kommen soll. Dabei hat nach Max Margolius u.a. (2020) das soziale und emotionale Wohlbefinden Priorität sowie die Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs zur Unterstützung für alle Schülerinnen und Schüler.

Alison Andrew u.a. (2020) untersuchten für das Vereinigte Königreich auf Basis einer Online-Befragung von über 4.100 Eltern von Kindern im Alter von 4-15 Jahren die Lernaktivitäten zu Hause und die in den verschiedenen Familien verfügbaren Lernressourcen. Die Teilnehmenden wurden durch systematische Stichprobenziehung ausgewählt. Um für das Vereinigte Königreich repräsentative Aussagen treffen zu können, wurden die Daten nach bekannten Merkmalsverteilungen gewichtet. Eltern mit höherem sozioökonomischen Status berichten häufiger als Eltern mit niedrigerem sozioökonomischen Status, dass die Schule ihres Kindes Online-Unterricht anbietet und die Schülerinnen und Schüler Zugang zu Online-Videokonferenzen mit Lehrern haben. Des Weiteren verbringen Kinder aus sozioökonomisch besser gestellten Familien mehr Zeit mit dem Lernen zu Hause als Kinder aus sozioökonomisch schwächeren Familien. Insgesamt verlieren letztere durch den schlechteren Zugang zu Lernressourcen und schlechteren Bedingungen im familiären Lernumfeld im Vergleich zu ihren Mitschülerinnen und Mitschülern aus Familien mit höherem sozioökonomischen Status fast die Hälfte der Online-Unterrichtszeit.

Hinsichtlich des akademischen Bildungsbereichs präsentieren Aleksander Aristovnik u.a. (2020) eine Studie dazu, wie Studierende die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie wahrnehmen. Auf Grundlage einer Stichprobe von über 30.000 Studierenden aus 62 Ländern wird gezeigt, dass Studierende sich vor allem Sorgen über ihre Zukunft in Studium und Beruf machen. Diese Sorgen werden von statistischen Prognosen internationaler Organisationen, die auf der Basis zur Verfügung stehender Daten erfolgten, die in vorangegangenen Krisensituationen und danach erhoben wurden, bestätigt. So geht die Weltbank davon aus, dass durch die Pandemie bedingte Bildungsausfälle der davon betroffenen Generation einen jährlichen zukünftigen Einkommensverlust von bis zu 1.500 Dollar auf Jahresbasis bescheren könnte (Azevedo u.a. 2020).

Die Europäische Kommission legte Ergebnisse eines repräsentativen Surveys vor, in welchem die Auswirkungen der Pandemie auf die EU-Programme zur Förderung der Mobilität zu Lernzwecken, der transnationalen Zusammen- und Freiwilligenarbeit (Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps) ermittelt wurden (European Commission 2020). 75 Prozent der befragten Teilnehmenden an den Programmen gaben an, dass ihre Aktivitäten von der Pandemie betroffen waren. Dies entweder dadurch, dass sie ihre Aktivitäten virtuell fortsetzen mussten, oder dass die Aktivitäten vorübergehend ausgesetzt wurden. In 36 Prozent der Fälle wurde die jeweilige Aktivität unwiderruflich abgebrochen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Wim Gabriels und Rasmus Benke-Åberg (2020) im Rahmen einer repräsentativen Befragung zu Studentenaustauschen, die im Auftrag des Erasmus Exchange Network durchgeführt wurden.

11.2.4 Einkommen und Beruf

Ebenso gravierend wie die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen auf Bildungsmöglichkeiten sind die Folgen des wirtschaftlichen Abschwungs sowie die Einschränkungen des Erwerbslebens für die Situation junger Menschen. Studien, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, stellen fest, dass junge Menschen – auch im Vergleich zu anderen Altersgruppen – in besonderer Weise von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind.

Nach der globalen ILO-Studie (ILO 2020) hat weltweit einer von sechs jungen Menschen, die vor dem Ausbruch der Pandemie beschäftigt waren, eine Beschäftigung verloren. Zwei von fünf jungen Menschen berichten von einer Verringerung ihres Einkommens durch Reduktion ihres Arbeitsvolumens. Junge Menschen in wirtschaftlich schwächeren Ländern sind am stärksten von einer Reduzierung der Arbeitszeit betroffen. Ein Fünftel der jungen Menschen befürchtet Probleme bei der Finanzierung ihrer Wohnung (ILO 2020). In den Vereinigten Staaten sind sogar ein Drittel der Jugendlichen besorgt um die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse wie Versorgung und Wohnung und 40 Prozent der Jugendlichen beunruhigt die finanzielle Situation ihrer Familie (Margolius u.a. 2020).

Die OECD stellt in ihrer Studie (OECD 2020b) fest, dass in den OECD-Staaten junge Menschen (Altersspanne 15-24) bereits vor der Covid-19-Pandemie weniger Einkommen zur Verfügung hatten als frühere junge Generationen. Zudem waren sie 2,5-mal häufiger arbeitslos als Menschen im Alter von 25-64 Jahren. Die durch den wirtschaftlichen Abschwung verursachte Unterbrechung ihres Zugangs zu Beschäftigungsmöglichkeiten wird die junge Generation jedoch wahrscheinlich auf eine noch sehr viel unbeständigere Situation bei der Suche nach hochwertigen Arbeitsplätzen und Einkommen bewältigen müssen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie drohen die bestehende Verwundbarkeit junger Menschen auf den Arbeitsmärkten zu verschärfen, da sie mit größerer Wahrscheinlichkeit in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Zeitarbeit oder Teilzeitbeschäftigung arbeiten und somit einem höheren Risiko von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten ausgesetzt sind (OECD 2020b).

Die Ergebnisse und Prognosen der Studien der ILO und OECD werden von Studien aus dem akademischen Bereich bestätigt. So erwarten zum Beispiel Dieter Dohmen, Zein Karsin und Galiya Yelubayeva (2020) auf Basis der Entwicklung von Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union nach der Finanzkrise von 2008 (Daten erhoben durch Eurostat), deren Auswirkungen auch vor der Covid-19-Pandemie immer noch zu spüren waren, einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit (Altersspanne 25-29 Jahre) in der EU von bis zu 10 Prozent. Das Vorkrisenniveau von 2007 wird laut der Studie voraussichtlich im Jahr 2029 wieder erreicht werden. Auch Harry Quilter-Pinner, Sarah Webster und Henry Parkes (2020) erwarten nach Auswertung nationaler amtlicher Statistiken der vergangenen drei Jahrzehnte für das Vereinigte Königreich die seit langem schlimmste Beschäftigungskrise, die junge Menschen (Altersspanne 18-24) besonders treffen wird.

11.2.5 Einfluss auf das Verhalten junger Menschen

Trotz der bisher beschriebenen Belastungen und Probleme ist die Akzeptanz von Eindämmungsmaßnahmen im Zuge der Covid-19-Pandemie bei jungen Menschen relativ hoch. Nach der globalen ILO-Studie (ILO 2020) erkennen junge Menschen die Bedeutung von Maßnahmen zum Schutz des Lebens und auch die damit verbundenen indirekten Einschränkungen ihrer Freiheiten an. Auch bleiben junge Menschen insgesamt entschlossen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Mehr als jeder Vierte gab an, sich aktiv ehrenamtlich zu engagieren. Dieses Engagement hat laut der Studie seit Beginn der Krise zugenommen. Als Reaktion auf die Krise steigerte sich das freiwillige Engagement junger Menschen (Altersspanne 18-29) während des Erhebungszeitraums (April bis Mai 2020) stetig. Während zu Beginn der Erhebung etwa 20 Prozent der jungen Menschen ein hohes Maß an freiwilligem Engagement angaben, waren es am Ende 38 Prozent (ILO 2020, S. 37).

Neben diesen globalen Aussagen zu Maßnahmenakzeptanz und Engagement wurden auf nationaler Ebene auch Studien zum Verhalten junger Menschen während und in Bezug auf die Pandemie durchgeführt. Zum Beispiel beleuchteten Benjamin Oosterhoff u.a. (2020) für die Vereinigten Staaten auf Basis eines Samples von 683 Jugendlichen (Altersspanne 13-18), das über eine Befragung in den sozialen Medien beworben wurde, die Motive für das Einhalten des Social Distancing und wie junge Menschen tatsächlich damit umgehen. Die Befunde zeigen, dass fast alle Befragten angaben, sich mehr oder weniger gemäß den Regeln des Social Distancing zu verhalten. Das häufigste genannte Motiv Social Distancing ernst zu nehmen, war die Übernahme sozialer Verantwortung und damit dazu beizutragen zu verhindern, dass andere krank werden.

Diese amerikanischen Ergebnisse wurden für das Vereinigte Königreich von Fabio Thomas u.a. (2020) in der Studie „Take the Temperature“ im Rahmen des Projekts National Youth Trends der Plattform Beatfrees im Vereinigten Königreich bestätigt. Die Studie stützt sich auf Daten die einerseits aus einer über Instagram und das Netzwerk der Plattform von Jugendorganisationen beworbenen Online-Umfrage von 1.535 Jugendlichen (Altersspanne 14-25) sowie auf Informationen aus Tagebucheinträgen, in welchen 11 junge Menschen aus ganz Großbritannien auf Inputs reagierten, die ihnen geschickt wurden. Außerdem wurden Zuschriften von jungen

Menschen in die Analysen einbezogen, bei denen diese in beliebiger kreativer Form ihre Erfahrungen mit der Pandemie schildern konnten. Damit lag das Erkenntnisinteresse der Autorinnen und Autoren stark auf der Sichtbarmachung der Perspektive junger Menschen und weniger auf der Darstellung ihrer Verwundbarkeit und Probleme. 51 Prozent der jungen Menschen unternehmen mehr Anstrengungen, als sie es normalerweise tun würden, um anderen zu helfen (Thomas u.a. 2020, S. 13). Eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie ist, dass fast alle Befragten angaben, sich strikt an die Ratschläge der Regierung zu halten und ihre Informationen weniger über die sozialen Medien, als vielmehr über traditionelle Medienkanäle und die vom Premierminister verbreiteten Nachrichten beziehen. Diese Erkenntnis ist interessant, da in anderen Studien (z.B. OECD 2020b, S. 11) davon ausgegangen wird, dass junge Menschen soziale Medien eher als Hauptnachrichtenquelle nutzen. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen Desinformationen ausgesetzt sind, bei ihnen Ängste geweckt werden und ihr Vertrauen untergraben wird. Hier zeigt sich beispielhaft die Stärke des Vorgehens von Fabio Thomas u.a.¹³ Allerdings gilt sowohl für Fabio Thomas u.a. als auch für Benjamin Oosterhoff u.a., dass es sich um keine verallgemeinerbaren Befunde handelt, da die Datengrundlage nicht repräsentativ ist. Die Tatsache, dass nur junge Menschen an der Befragung teilgenommen haben, die sich für diese Thematiken interessierten, dürfte die Befunde verhältnismäßig stark verzerren.

Das Centre for Children and Young People's Participation an der University of Central Lancashire legte einen Forschungsbericht zum Thema Unterstützung und Partizipation vor. Dieser stellt die Ergebnisse einer Untersuchung dar, die sich mit der Beteiligung von jungen Menschen an der Ausgestaltung der Reaktionen auf die COVID-19 Pandemie befasst (Larkins u.a. 2020). Die Autorinnen und Autoren betonen, dass die Beteiligung von jungen Menschen an der Entscheidungsfindung bei der Festlegung der sie betreffenden Maßnahmen eine Schutzfunktion besitzt. Nur, so die Argumentation von Cath Larkins u.a., wenn junge Menschen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie verstehen und das Gefühl haben, nicht machtlos zu sein, sondern gehört zu werden, können diese Maßnahmen ihre Schutzwirkung gerade für junge Menschen entfalten. Des Weiteren haben junge Menschen in der Vergangenheit vielfach gezeigt, dass sie bei der Reaktion auf Katastrophen und bei der Risikominderung wertvolle Beiträge leisten können (Larkins u.a. 2020). Die Befunde stützen sich auf eine Befragung von 95 Expertinnen und Experten, welche über ein internationales Netzwerk für Beteiligung in 20 Ländern kontaktiert wurden. Junge Menschen haben sich nach Meinung der Expertinnen und Experten aktiv an der Bewältigung der Krise beteiligt, unter anderem helfen sie zum Beispiel im Haushalt oder tragen zur Pflege von Familienmitgliedern und zur Unterstützung von Freunden und Nachbarn bei. Unter den Expertinnen und Experten, die auf die Befragung geantwortet haben, konnte die überwiegende Mehrheit keine Covid-19 bezogene Beteiligungsinitiative (lokal oder national) identifizieren. Ein Drittel der Befragten gaben an, dass bereits Aktivitäten zur Beteiligung von jungen Menschen

13 Gleichwohl ist die Vermutung, dass die sozialen Medien eher schlecht informieren, empirisch belegt, siehe dazu Brennen u.a. 2020.

im Gange seien, aber bisher noch keine zu staatlichen bzw. administrativen Maßnahmen geführt hätten, die über die Bereitstellung von Informationen für junge Menschen hinausgingen.

Eine interessante Studie wurde von Laurie Day u.a. (2020) veröffentlicht. In „To Lockdown and Back“ tauschen sich 70 junge Menschen im Alter von 14 bis 18 Jahren aus vier Ländern (Vereinigtes Königreich, Italien, Libanon und Singapur) über einen Zeitraum von 18 Monaten (zwischen April 2020 bis September 2021) über ihre Erfahrungen in verschiedenen kulturellen, politischen und sozioökonomischen Kontexten aus. Den Kern des methodischen Vorgehens bilden ausschließlich online stattfindende qualitative Interviews mit den beteiligten Personen und 7 Fokusgruppen in drei Erhebungswellen. Jede Diskussionsgruppe wird von einem Forscher oder einer Forscherin unterstützt und die Ergebnisse zusammen mit jungen Menschen analysiert. In einem Zwischenbericht wurden nach der ersten Erhebungswelle im November 2020 erste Ergebnisse veröffentlicht. Aus diesen ging hervor, dass die Pandemie das Leben junger Menschen deutlich und widersprüchlich beeinflusst hat. Während junge Menschen einerseits besorgt sind über ihre Zukunft, sehen sie gleichzeitig auch unerwartete positive Veränderungen in ihrem Leben, zum Beispiel bezüglich self-care und well-being. Soziale Medien und Online-Plattformen als alternative Formen für Kommunikation und Partizipation haben während der Pandemie an Bedeutung gewonnen. Allerdings wurde auch deutlich, dass die fundamentalen Rechte junger Menschen im Rahmen der öffentlichen und politischen Antworten auf die Pandemie marginalisiert wurden. Junge Menschen äußerten das Gefühl, nicht gehört zu werden und bei der Entscheidungsfindung über das Treffen von Maßnahmen nicht ausreichend anerkannt zu werden, während sie sich gleichzeitig in den Medien negativ dargestellt oder völlig marginalisiert fühlen. Obwohl die Studie viele Gemeinsamkeiten mit Blick auf die Pandemie und ihre Auswirkungen zwischen den jungen Menschen in den vier Ländern aufdeckt, wird gleichzeitig angemerkt, dass es auch Unterschiede gibt. Allerdings wurden diese im Zwischenbericht noch nicht herausgearbeitet.

11.3 Einfluss von Covid-19 auf Strukturen und Praxis von Youth Work

Die Covid-19-Pandemie und die infolgedessen getroffenen Maßnahmen haben nicht nur Auswirkungen auf das Leben junger Menschen, sondern auch auf die Strukturen und die Praxis von Youth Work und damit auf die Angebote, die jungen Menschen zur Verfügung stehen. Auch diese Seite der Auswirkungen der Pandemie wird international in den Blick genommen.

Im August 2020 stellte das RAY Netzwerk¹⁴ erste quantitative Befunde der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Beitrags noch laufenden Studie „Research project on the impact of the Corona pandemic on youth work in Europe“ vor (RAY 2020). Die vorläufigen Ergebnisse, die eine erste Momentaufnahme der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Youth Work in Europa geben sollen, basieren auf den in englischer Sprache erfassten Äußerungen von etwa 1.000 jungen Menschen, Jugendleiterinnen und Jugendleitern und Youth Workern aus ganz Europa. Die Studie zeigt, dass die Arbeit nahezu aller in Youth Work Beschäftigten (99 Prozent) in fast allen Aspekten von Youth Work (Räume, Methoden, Zeitplanung und Instrumente) von der Pandemie beeinflusst wird. Es kommt bei den meisten Organisationen zu Verzögerungen und Unterbrechungen der laufenden Youth Work Angebote für junge Menschen. Bei mehr als der Hälfte dieser Aktivitäten besteht laut der Studie die Gefahr, dass sie ganz gestrichen werden. Viele junge Menschen, die vor der Pandemie erreicht wurden, werden nun nicht mehr erreicht. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass oft die Arbeitszeit der Mitarbeitenden gekürzt wurde und die Freiwilligenarbeit abgenommen hat, da weniger Aktivitäten angeboten werden konnten. Außerdem wurden die Budgets für Youth Work Angebote gekürzt, z.B. mit dem Argument, dass Aktivitäten nicht stattfinden können und deshalb das Geld nicht benötigt werde. Nichtsdestotrotz geben die Befragten an, dass sie sich in ihrer eigenen Arbeit mit der Pandemie und ihren Auswirkungen befassen. Bei der Frage, inwiefern Youth Work bisher angemessen auf die Krise reagiert hat, ergibt sich laut RAY europaweit ein heterogenes Bild: Nur etwa ein Drittel der in Youth Work Beschäftigten sowie der jungen Menschen selbst sehen die Reaktionen durchweg positiv.

Der Gemeinsame Jugendrat (Joint council on Youth, CMJ) des Europarats führte im Juli 2020 eine Umfrage unter Jugendorganisationen, -initiativen und -netzwerken in Europa durch (Youth Partnership 2020), um Einsicht in die Effekte der Covid-19-Pandemie auf Youth Work und Jugendaktivitäten zu bekommen. Diese Effekte wurden vor allem in Bezug auf die durchgeführten Aktivitäten sowie auf die Finanzierung der Organisationen abgefragt. Die 48 Respondenten waren Jugendorganisationen, die aus den Bereichen Youth Work, Menschenrechte und Jugendpolitik sowohl lokal, regional, national oder europäisch angesiedelt sind. Die Ergebnisse dieser Umfrage bestätigen die Befunde des RAY Netzwerks. Alle Organisationen, die die Umfrage der CMJ ausgefüllt haben, berichten, dass sie in ihrer Arbeit von der Covid-19-Pandemie negativ betroffen sind. Neben Projektverzögerungen und einer geringeren Reichweite und Sichtbarkeit gehören fehlende finanzielle Unterstützung durch private und öffentliche Institutionen dazu. Über 80 Prozent der Befragten berichten, dass sie von lokalen, regionalen und/oder nationalen staatlichen Stellen keine Unterstützung erhalten haben. Dies bezog sich neben konkreter Projektfinanzierung vor allem auf die Finanzierung der Organisationen an sich, z.B. was

14 Das RAY-Netzwerk (*Research-based Analysis and Monitoring of European Youth Programmes*) ist ein offenes und selbstverwaltetes europäisches Forschungsnetzwerk, in welchem die europäischen Nationalagenturen der Programme Erasmus+, Jugend in Aktion und das europäische Solidaritätskorps sowie deren Forschungspartner engagiert sind.

die Zahlung des Personals betrifft. Mit Blick auf die europäische Ebene wurde hervorgehoben, dass einige neue Programme aufgelegt wurden, um bestimmte Zielgruppen bei der Bewältigung der Pandemie zu unterstützen. Diese Programme finanzieren jedoch konkrete Projekte und konnten von den Befragten nicht genutzt werden, die geringeren Einnahmen ihrer Organisationen auszugleichen. Ergänzt wurde, dass viele Projekte ersatzlos gestrichen oder geschlossen wurden, z.B. Freiwilligenarbeit, Mobilitätsprogramme und Jugendzentren. Digitale Aktivitäten konnten aus Sicht der Jugendorganisationen die Arbeit nur beschränkt ersetzen bzw. ergänzen (Youth Partnership 2020).

Die Ergebnisse der RAY-Studie und des Gemeinsamen Jugendrats des Europarats hinsichtlich gekürzter oder sogar fehlender finanzieller Unterstützung für Jugendorganisationen und Youth Work wird in einer weiteren Befragung nicht bestätigt. Das Youth Partnership führte eine Umfrage unter ihren Korrespondentinnen und Korrespondenten des European Knowledge Centre on Youth Policy durch (Donovan/Zentner 2020). Diese Korrespondentinnen und Korrespondenten werden von den jeweiligen Jugendministerien aus 42 europäischen Staaten als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Youth Partnership für Jugendpolitik und die Strukturen der Jugendhilfe in ihren Staaten benannt. Insgesamt basieren die von James Donovan und Manfred Zentner präsentierten Befunde auf den Antworten von Expertinnen und Experten aus 24 Ländern. Die Ergebnisse der Befragung weisen darauf hin, dass die staatliche Finanzierung des Jugendsektors während des Lockdowns überwiegend gleichmäßig geblieben ist. Vereinzelt war von einer Zunahme der Finanzierung oder von einer Verlagerung, z.B. hinsichtlich Digitalisierung, die Rede. Gleichzeitig wurde berichtet, dass sowohl die Arbeit von bezahlten Youth Workern als auch konkreter Projekte sehr stark durch die Pandemie und den Lockdown beeinflusst wurden. In Bezug auf Nichtregierungsorganisationen werden in der Studie vier Folgen des Lockdowns beschrieben. Aufgrund des operativen Lockdowns und finanzieller Schwierigkeiten berichten viele Nichtregierungsorganisationen im Jugendsektor von der Suche nach Online-Alternativen für Face-to-Face-Treffen und der Verlagerung ihrer Aktivitäten in den virtuellen Raum. Zudem wurden digitale Angebote mit Fokus auf Beratung, Schulung und Entertainment entwickelt. Viele Nichtregierungsorganisationen in den Ländern, aus denen geantwortet wurde, informieren über im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie relevante Themen und bieten (digitale) Programme für physische und psychische Gesundheit an (Donovan/Zentner 2020).

Für Schottland nahm die National Agency for Youth Work (YouthLink)¹⁵ die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Youth Work in den Blick. Dafür wurden landesweit Youth Worker zu den Auswirkungen der Pandemie auf Youth Work befragt (YouthLink 2020). Nach Angaben der Autorinnen und Autoren der Studie, repräsentieren die befragten Personen (deren genaue Anzahl nicht angegeben wird) den schottischen Youth Work Sektor. Die Publikation führt einerseits Fallbeispiele

15 *YouthLink* ist eine Mitgliederorganisation, die über 100 Jugendorganisationen in Schottland vertritt (vgl. <https://www.youthlinkscotland.org/>).

von unmittelbaren Reaktionen der Youth Worker auf die Pandemie auf, andererseits werden Reaktionen in quantitativen Befunden präsentiert. So glauben 70 Prozent der befragten schottischen Youth Worker, dass es nach Covid-19 erhebliche Kürzungen bei den Diensten und Budgets von Youth Work geben wird. Fast alle gestalten Youth Work (auch) online und haben dabei unterschiedliche Erfahrungen gemacht. So kämpfen 60 Prozent der kommunalen Youth Worker in Schottland mit Barrieren bei der Kontaktaufnahme mit jungen Menschen.

Während des Lockdowns im Vereinigten Königreich untersuchte der britische Jugendverband UK Youth¹⁶ die aktuelle Situation von Jugendorganisationen und jungen Menschen, die von diesen erreicht wurden (UK Youth 2020). Insgesamt gingen Beurteilungen von Befragten, die 235 Organisationen vertreten, in die Untersuchung ein. Die Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen gaben an, dass ihre Antworten in Kooperation mit jungen Menschen erarbeitet wurden. UK Youth interpretiert die Ergebnisse dieser Umfrage als deutlichen Beleg für die verheerenden Auswirkungen von Covid-19 auf die Strukturen von Youth Work und das Leben junger Menschen. So geben 88 Prozent der Befragten an, dass ihre Organisation wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich das Angebot für junge Menschen reduzieren wird. In 31 Prozent der Fälle seien Entlassungen von Fachkräften wahrscheinlich und für fast ein Fünftel dauerhafte Schließungen. 71 Prozent der Organisationen werden nach Angaben der Befragten vermutlich die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reduzieren.

In einer weiteren Studie aus dem Vereinigten Königreich, die vom National Youth Agency veröffentlichte Studie „Out of Sight? Vulnerable Young People: COVID-19 Response“ (NYA 2020), wurden Daten in Bezug auf den Unterstützungsbedarf junger Menschen und die Rolle von Youth Work aus verschiedenen Quellen zusammengetragen (bspw. aus nationalen Surveys und amtlicher Statistik). Die Studie nimmt insbesondere die Situation junger Menschen, die in prekären Verhältnissen leben, in den Blick und zeigt auf, wie sich der Unterstützungsbedarf dieser jungen Menschen durch Covid-19 verstärkt, weil zum Beispiel die Selbstisolation in vielen Familien, die wenig Wohnraum zur Verfügung haben, zu Problemen führen kann. Die Schließung von Jugendzentren im Rahmen des Lockdowns und der darauffolgenden Sparmaßnahmen verschärfen die Situation, indem Unterstützungsangebote für junge Menschen und deren Familien nicht mehr angeboten werden können.

Finlay Green u.a. (2020) untersuchten im September und Oktober 2020 den Erfolg von Strategien englischer und walisischer Jugendorganisationen, während der Pandemie junge Menschen zu erreichen. Die Datensammlung erfolgte durch die Erhebung qualitativer Interviews und die Analyse von Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen, die sich erfolgreich um Gelder des Youth Endowment Fund im Vereinigten Königreich beworben hatten. Eines der Förderziele der über diesen Fund bereitgestellten 6,5 Millionen Pfund ist es unter anderem, lokale Jugendorganisationen dabei zu unterstützen, während der Pandemie wieder in

16 <https://www.ukyouth.org/>.

Kontakt zu jungen Menschen zu kommen. Insgesamt nahmen 100 der 129 Zuwendungsempfänger an der Untersuchung teil. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, inwiefern die Organisationen die Art und Weise, wie sie junge Menschen ansprechen, als Reaktion auf die Pandemie verändert und welche Erfahrungen sie mit der Umsetzung dieser Veränderungen gemacht haben. Die in der Studie vertretenen Organisationen haben bestehende Ansätze überarbeitet und neue geschaffen, um junge Menschen während der Krise besser zu erreichen. Allerdings ließen sich bisher noch keine gesicherten Erkenntnisse darüber gewinnen, wie man junge Menschen in dieser Zeit am besten erreicht und unterstützt. Aus der Studie geht hervor, dass Online-Beteiligung nur ein Baustein unter anderen sein kann. Die wesentlichen Faktoren für den Erfolg der Strategien sind die genaue Identifikation und Lokalisierung der Personen, die durch die Angebote angesprochen werden, Vertrauen durch Aufbau von persönlichen Beziehungen sowie die Beteiligung bei der Ausgestaltung.

11.4 Schlussfolgerungen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Ende 2020), inmitten einer zweiten Infektionswelle, die in Europa erneut einschneidende Entwicklungen mit sich bringt, wird in besonderer Weise deutlich, dass eine Literaturübersicht bisheriger wissenschaftlicher Studien, welche sich mit den Folgen der Covid-19-Pandemie für junge Menschen sowie den Strukturen und der Praxis von Youth Work befasst, nur den Charakter eines Zwischenfazit haben kann.

Die vorangegangenen Darstellungen ergeben ein sehr facettenreiches und heterogenes Bild der aktuellen Forschungslandschaft. Das liegt sowohl an unterschiedlichen methodischen Ausrichtungen, an diversen fachlichen und thematischen Perspektiven sowie an den damit verbundenen variierenden Fragestellungen.

Studien mit quantitativem Forschungsvorgehen sind in der Gesamtschau der Studien dominierend. Dabei wurden Daten überwiegend über Online-Befragungen generiert, was in Zeiten von Lockdowns nicht verwundert. Zumeist liegen diesen keine repräsentativen Stichproben zugrunde, da das Sample meist durch die Verschickung der Zugangsdaten per Mail oder Verlinkung des Zugangs auf den Seiten der befragenden Institutionen, durch Bewerbung in sozialen Medien beziehungsweise über Schneeballauswahl erzeugt wird. Mangelnde Kontrolle und Transparenz bei der Entstehung der Stichprobe, die all diesen Verfahren zugrunde liegt, wird in einigen Studien mit großen Samples und entsprechender Gewichtung begegnet. Auch wenn die Wahl des methodischen Vorgehens immer gegenstandsbezogen und in Abhängigkeit des Erkenntnisinteresses geschehen muss, kann zukünftig ein breiteres wissenschaftliches Vorgehen, z.B. durch vermehrt auch qualitative Forschungszugänge, wissenschaftliche Erkenntnisse breiter erfassen und diversere Informationen generieren.

Auch die Länder und Gebiete, auf die sich die vorgestellten Untersuchungen beziehen, sind sehr unterschiedlich. Einerseits gibt es lokale, regionale und nationale Studien, die in einen spezifischen Länderkontext eingebettet sind. Auf der Grundlage dieser Studien lassen sich Aussagen treffen, die für bestimmte Länder, Gebiete oder

Städte zutreffen. Gleichzeitig finden die Analysen weitestgehend auf der Individualebene statt. Dadurch lassen sich Aussagen über bestimmte Gruppen junger Menschen treffen. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass die Datengrundlage mancher Untersuchungen die Einschätzungen Erwachsener (z.B. Eltern; Fachkräfte) über die jungen Menschen bilden, während andere Untersuchungen auf den Antworten, die junge Menschen selbst berichtet haben, beruhen.

Andererseits gibt es international ausgerichtete Studien, welche für viele Staaten weltweit Daten aggregieren. Beispielsweise wurden in den Studien der OECD die Antworten tausender junger Menschen aus über 100 Ländern in der ganzen Welt zusammengefasst. Auf dieser Basis werden Aussagen getroffen, etwa über das psychische Wohlbefinden junger Menschen. Befunde und Schlussfolgerungen solcher Studien sowie deren Aussagekraft, müssen immer in diesem spezifischen internationalen Kontext betrachtet und eingeordnet werden. Daher ist es aus Sicht der Autorinnen und Autoren dieses Beitrages notwendig, darüber hinaus weitere vertiefende Perspektiven einzunehmen und tiefer greifende Analysen durchzuführen. Ein solches Vorgehen ist in einigen Fällen bereits geplant, wie sich am Beispiel der RAY-Studie zeigt, in der detailliertere Auswertungen der Daten vorgesehen sind.

In einigen Studien zeigt sich auch Methoden kreativität. Exemplarisch zu nennen sind hier vor allem Fabio Thomas u.a. (2020) und Laurie Day u.a. (2020). Die Untersuchungen nehmen Methodentriangulationen vor, um unterschiedliche Daten erheben zu können. Neben parallel durchgeführten quantitativen Befragungen kommen im Paneldesign unterschiedliche qualitative Methoden (z.B. Interviews, Fokusgruppen oder Tagebuchanalysen) zum Einsatz. Bei Laurie Day u.a. (2020) wurden die Ergebnisse der Befragungen außerdem gemeinsam mit jungen Menschen analysiert. Beide Vorgehensweisen zeichnen sich dadurch aus, dass sich das Erkenntnisinteresse der Autorinnen und Autoren stark an der Sichtbarmachung der Perspektive junger Menschen ausrichtet und weniger auf der Darstellung ihrer Verwundbarkeit und Probleme.

Neben dem Blick auf die Methodik der vorgestellten Studien richtete sich das Interesse im vorliegenden Beitrag vor allem auf die inhaltlichen Fokussierungen der Untersuchungen, die zum Ausdruck kommenden Erkenntnisgewinne über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Lebenssituation junger Menschen und die Strukturen und die Praxis von Youth Work und wie diese empirisch gestützt werden.

Innerhalb der vorgestellten Studien liegt bei vielen ein starker Fokus auf der Frage nach dem psychischen Wohlbefinden junger Menschen auf individueller Ebene. Seltener werden junge Menschen als Kollektiv in den Blick genommen und die Frage gestellt, was die Pandemie für „die Jugend“ als Generation bedeutet. Letzteres ist streng genommen empirisch unzulässig, denn über die Jugend kann „sinnvoll nur [...] im Plural gesprochen“ werden (Scherr 2009, S. 327). Dies gilt natürlich auch in Pandemiezeiten.

Häufig stellen die Studien in Bezug auf das psychische Wohlbefinden junger Menschen die Frage, ob und welche pandemiebedingten Veränderungen bei und von

ungen Menschen wahrgenommen werden (z.B. Depression, Zukunftsängste, Antriebslosigkeit). In der zusammenfassenden Betrachtung der Befunde ist zu berücksichtigen, dass die Rahmenbedingungen aufgrund der Pandemie in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sind. So gab und gibt es beispielsweise in jedem Land andere Lockdowns mit sehr unterschiedlichen Graden an Beschränkungen.

Diese Rahmenbedingungen zeigen auf ein weiteres, nicht zu vernachlässigendes Problem, nämlich, dass die Covid-19-Pandemie in allen Studien als primärer Ausgangsfaktor der Kausalketten betrachtet wird. Welche Faktoren aber im Detail für bestimmte Entwicklungen und Befunde verantwortlich gemacht werden können, muss für jede Situation differenziert betrachtet werden. Insgesamt handelt es sich um ein sehr komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Variablen, welches in den Studien nicht immer exploriert wird. Dieses könnte in einem stärker vergleichenden Design erörtert werden. Beispielsweise wäre ein Vergleich zwischen Auswirkungen in Ländern mit unterschiedlichen Graden von Lockdown-Beschränkungen, oder ein Vergleich innerhalb eines Landes hinsichtlich Auswirkungen während der ersten und zweiten Welle, interessant.

In einigen Studien wird analysiert, ob bestimmte Gruppen junger Menschen besonders negativ von den Folgen der Covid-19-Pandemie betroffen sind und wenn ja, warum. Die hier vorgestellten empirischen Befunde weisen auf eine doppelte oder multiple Benachteiligung bestimmter Gruppen junger Menschen hin. Beispiele sind der in vielen der vorgestellten Studien konstatierte Zusammenhang zwischen Geschlecht und psychischer Belastung sowie die Überlagerung von multiplen Benachteiligungen durch einen niedrigen sozioökonomischen Status bei Bildung und Beschäftigung. In diesem Zusammenhang wäre es Aufgabe der Forschung, nicht nur die Ursachen genannter Zusammenhänge zu ergründen, sondern auch Anhaltspunkte zu geeigneten Maßnahmen zu liefern, die hier speziell Hilfe leisten könnten. Darüber hinaus könnten Studien die bestehende Datenlage ergänzen und vertiefen, indem die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf weitere Gruppen junger Menschen erforscht werden. So werden – bis auf einige wenige psychologische Studien – die Belange junger Menschen mit Behinderung in den Studien weitestgehend ignoriert. Auch Daten über junge Menschen, die digital ausgegrenzt sind, sind kaum vorhanden.

Wendet man sich Lernen als Themenbereich im Leben junger Menschen zu, so fällt auf, dass es eine Reihe von Studien gibt, die sich mit den individuellen Folgen und Auswirkungen für junge Menschen, die durch die Schließung der formalen Bildungseinrichtungen verursacht werden, beschäftigen. Studien, die sich Fragen zu den Folgen des Wegfalls von anderen wichtigen – informellen und non-formalen – Räumen für junge Menschen zuwenden, sind kaum vorhanden. Insbesondere mit Blick auf Youth Work könnte eine solche Fragestellung eine interessante und den bisherigen Forschungsstand ergänzenden Perspektive sein. So beschäftigen sich die in diesem Artikel aufgenommenen Studien zu Youth Work alle mit den Folgen der Covid-19-Pandemie für die Strukturen und die Praxis von Youth Work. Die Frage, was die Schließung von Youth Work Einrichtungen während des Lockdowns für junge Menschen bedeutet, wird allenfalls am Rande aufgeworfen.

Die Studien zu Youth Work haben den Charakter einer Bestandsaufnahme, indem sie sich mit der Frage beschäftigen, wie es dem Youth Work Sektor z.B. finanziell oder bei der Durchführung von Aktivitäten ergangen ist. Bisher wird weniger der Frage nachgegangen, was daraus zu lernen wäre beziehungsweise wie der Youth Work Sektor auf die Covid-19-Pandemie und ihre Auswirkungen reagieren kann. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Verlegung von Youth Work in den virtuellen Raum nur eine Teillösung sein kann, wenn zugleich etwa ein Drittel der Vertreterinnen und Vertreter von Jugendorganisationen angeben, dass dafür weder die Infrastruktur vorhanden ist noch Klarheit darüber besteht, wie viele junge Menschen sich digital engagieren würden (Youth Partnership 2020).

Schließlich zeigen die vorliegenden Studien, dass im Hinblick auf das Verhalten junger Menschen während der Covid-19-Pandemie noch relativ wenig bekannt ist. Auch wenn die wenigen vorhandenen Daten darauf hinweisen, dass junge Menschen die Eindämmungsmaßnahmen größtenteils akzeptieren, so lässt sich nicht abschätzen, welche Faktoren diese Akzeptanz begünstigen oder hemmen. Die Einschätzung, junge Menschen wären mit ihrem Verhalten oder Unterlassen in der gegenwärtigen kritischen Situation ein instabiler Faktor oder sogar ein potentielles Risiko für die öffentliche Gesundheit und den gesellschaftlichen Frieden, lässt sich nicht empirisch untermauern. Einige darauf bezogene, vorschnelle Urteile kann die Forschung widerlegen. Zum Beispiel, dass junge Menschen durch die Art ihres Medienkonsums schlechter informiert sind und daher eher zu irrationalem Verhalten neigen würden (vgl. z.B. Thomas 2020). Eine interessante Perspektive, die künftig stärker erforscht werden könnte, wäre demnach die Sichtbarmachung der Perspektiven junger Menschen auf die Pandemie und ihre Folgen. Angesichts der wenigen diesbezüglichen Ansätze kann nicht davon die Rede sein, dass die Einschätzungen junger Menschen zur Pandemie und den Eindämmungsmaßnahmen hinreichend bekannt wären. Abfragen über Besorgtheit zur finanziellen Lage, über die Bildung und über die psychische Gesundheit bilden hier nur einen Teilaspekt und reichen nicht aus.

Das Fazit der hier analysierten Studien zeigt, dass noch große Wissenslücken zur Covid-19-Pandemie und zu den Auswirkungen auf junge Menschen sowie die Strukturen und die Praxis von Youth Work existieren. Während lokale, regionale und nationale Studien eine geografische Momentaufnahme darstellen, gehen internationale Studien teils wenig in die Tiefe. Bis weitere Daten vorliegen und die Situation besser beurteilt werden kann, wird noch Zeit vergehen. Die bisherigen Erkenntnisse können nur einen ersten explorativen Schritt darstellen, um einen wissenschaftlich fundierten Eindruck der Situation zu gewinnen. Entscheidend ist nun, weitere Schritte zu gehen, um, ausgehend von den bisherigen Erkenntnissen, vertiefenden Fragestellungen fundiert nachzugehen.

Literatur

- Andresen, Sabine/Lips, Anna/Möller, Renate/Rusack, Tanja/Schröer, Wolfgang/Thomas, Severine/Wilmes, Johanna (2020): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. DOI: 10.18442/120
- Andrew, Alison/Cattan, Sarah/Costa-Dias, Monica/Farquharson, Christine/Kraftman, Lucy/Krutikova, Sonya/Phimister, Angus/Sevilla, Almudena (2020): Learning during the lockdown: real-time data on children's experiences during home learning. The Institute for Fiscal Studies. London
- Aristovnik, Aleksander/Keržič, Damijana/Ravšelj, Dejan/Tomažević, Nina/Umek, Lan (2020): Impacts of the COVID-19 Pandemic on Life of Higher Education Students: A Global Perspective. DOI: 10.20944/preprints202008.0246.v2
- Asbury, Kathryn/Fox, Laura/Deniz, Emre/Code, Aimee/Toseeb, Umar (2020): How is COVID-19 affecting the mental health of children with Special Educational Needs and Disabilities and their families? In: Journal of Autism and Developmental Disorders, 51. Jg., H. 5, S. 1772–1780. DOI: 10.1007/s10803-020-04577-2
- Azevedo, João Pedro/Amer, Hasan/Goldemberg, Diana/Aroob Iqbal, Syedah/Geven, Koen Martijn (2020): Simulating the Potential Impacts of COVID-19 School Closures on Schooling and Learning Outcomes: A Set of Global Estimates. World Bank (Policy Research Working Paper, 9284)
- Baier, Dirk/Kamenowski, Maria (2020): Wie erlebten Jugendliche den Corona-Lockdown. Ergebnisse einer Befragung im Kanton Zürich. DOI: 10.21256/zhaw-20095
- Blom, Annelies G./Corney, Carina/Friedel, Sabine/Krieger, Ulrich/Fikel, Marina/Rettig, Tobias/Wenz, Alexander/Axenfeld, Julian/Möhrling, Katja/Naumann, Elias/Reifenscheid, Maximiliane/Lehrer, Roni/Juhl, Sebastian (2020): High Frequency and High Quality Survey Data Collection: The Mannheim Corona Study. In: Survey Research Methods, 14. Jg., H. 2, S. 171–178. DOI: 10.18148/SRM/2020.V14I2.7735
- Brennen, Scott J./Simon, Felix M./Howard, Philip N./Kleis Nielsen, Rasmus (2020): Types, Sources, and Claims of COVID-19 Misinformation. Oxford
- CYPCS (2020): Independent Children's Rights Impact Assessment on the Response to Covid-19 in Scotland. Children and Young People's Commissioner Scotland (CYPCS). Edinburgh
- Darmody, Merike/Smyth, Emer/Russell, Helen (2020): The implications of the COVID-19 pandemic for policy in relation to children and young people: a research review. Economic and Social Research Institute (ESRI). Dublin
- Day, Laurie/Percy-Smith, Barry/Rizzo, Sara/Erskine, Catie/Monchuk, Leanne/Shah, Shahini (2020): To lockdown and back: Young people's lived experiences of the COVID-19 pandemic. University of Huddersfield
- Department of Children, Equality, Disability, Integration and Youth (2020): How's Your Head. Young Voices During COVID-19 (October 2020). Government of Ireland. Dublin
- Dohmen, Dieter/Karsin, Zein/Yelubayeva, Galiya (2020): Youth Unemployment in times of Crises in the EU 27. Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) (FiBS-Forum, 72). Berlin
- Donovan, James/Zentner, Manfred (2020): Towards a better understanding of the impact of Covid-19 on the youth sector. Summary analysis of the EKCYP survey. Youth Partnership. <https://pjp-eu.coe.int/documents/42128013/72351197/Summary+13+Oct+2020.pdf/c8808ff7-25be-f7f9-3504-b2a189a64bd0> (13.07.2021)
- Eurofound (2020a): Living, working and COVID-19. COVID-19 series, Publications Office of the European Union, Luxembourg. DOI: 10.2806/467608
- Eurofound (2020b): Living, working and COVID-19: First findings – April 2020. Dublin
- European Commission (2020): Survey on the impact of COVID-19 on learning mobility activities. Brüssel
- Gabriels, Wim/Benke-Åberg, Rasmus (2020): Student Exchanges in Times of Crisis Research report on the impact of COVID-19 on student exchanges in Europe. Erasmus Student Network AISBL
- Green, Finlay/Hobbs, Tim/Axford, Nick/Elis, Daniel/Mannes, Julia/Freeman, LLeanne/Murphy, Maxwell/Lily, Rachel/Burns, Lorna/Rybczynska-Bunt, Sarah/Thompson, Tom/Tredinnick-Rowe, John (2020): Insights Brief 1: Engaging Young People During the COVID-19 Pandemic. Youth Endowment Fund. London
- ILO (2020): Youth & COVID-19: Impacts on jobs, education, rights and mental well-being. International Labour Organization (ILO); European Youth Forum (EYF); United Nations Human Rights Office, UN Major Group on Children and Youth, AIESEC
- Kohler, Ulrich (2020): Survey Research Methods during the COVID-19 Crisis. In: Survey Research Methods, 14. Jg., H. 2, S. 93–94. DOI: 10.18148/srm/2020.v14i2.7769
- Larkins, Cath/Stoecklin, Daniel/Milkova, Rositsa/Del, Lucia/Espin, Moral/Crowley, Anne Mort, Maggie/Easthope, Lucy/Schuurman, Mieke/Crook, Deborah/Fernandes, Natália (2020): Building on Rainbows. Supporting Children's Participation in Shaping Responses to COVID-19. DOI: 10.13140/RG.2.2.21186.94401
- Liang, Leilei/Ren, Hui/Cao, Ruilin/Hu, Yueyang/Qin, Zeying/Li, Chuanen/Mei, Songli (2020): The Effect of COVID-19 on Youth Mental Health. In: The Psychiatric Quarterly, 91, S. 841–852. DOI: 10.1007/s11126-020-09744-3
- Liu, Cindy H./Zhang, Emily/Wong, Ga Tin Fifi/Hyun, Sunah/Hahm, Hyeouk Chris (2020): Factors associated with depression, anxiety, and PTSD symptomatology during the COVID-19 pandemic: Clinical implications for U.S. young adult mental health. In: Psychiatry Research 290. DOI: 10.1016/j.psychres.2020.113172

- Loades, Maria Elizabeth/Chatburn, Eleanor/Higson-Sweeney, Nina/Reynolds, Shirley/Shafraan, Roz/Brigden, Amberly/Linney, Catherine/McManus, Megan Niamh/Borwick, Catherine/Crawley, Esther (2020): Rapid Systematic Review: The Impact of Social Isolation and Loneliness on the Mental Health of Children and Adolescents in the Context of COVID-19. In: *Journal of the American Academy of Child and Adolescent Psychiatry*, 59. Jg., H. 11, S. 1218–1239. DOI: 10.1016/j.jaac.2020.05.009
- Mairhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/Santen, Eric van/Seckinger, Mike (2020): Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie. DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern. München
- Margolius, Max/Doyle Lynch, Alicia/Pufall Jones, Elizabeth/Hynes, Michelle (2020): The State of Young People during COVID-19: Findings from a nationally representative survey of high school youth. Americas Promise Alliance. Washington, DC
- Moore, Sarah A./Faulkner, Guy/Rhodes, Ryan E./Brussoni, Mariana/Chulak-Bozzer, Tala/Ferguson, Leah J./Mitra, Raktim/O'Reilly, Norm/Spence, John C./Vanderloo, Leigh M./Tremblay, Mark S. (2020): Impact of the COVID-19 virus outbreak on movement and play behaviours of Canadian children and youth: a national survey. In: *The International Journal of Behavioral Nutrition and Physical Activity*, 17. Jg., H. 85, S. 1-11. DOI: 10.1186/s12966-020-00987-8
- NYA (2020): Out of Sight? Vulnerable Young People: COVID-19 Response. National Youth Agency (NYA). Leicester
- OECD (2020a): Learning remotely when schools close: How well are students and schools prepared? Insights from PISA. Wien
- OECD (2020b): Youth and COVID-19. Response, Recovery and Resilience. Wien.
- Oosterhoff, Benjamin/Palmer, Cara A./Wilson, Jenna/Shook, Natalie (2020): Adolescents' Motivations to Engage in Social Distancing During the COVID-19 Pandemic: Associations With Mental and Social Health. In: *Journal of Adolescent Health*, 67. Jg., H. 2, S. 179–185. DOI: 10.1016/j.jadohealth.2020.05.004
- Orgilés, Mireia/Morales, Alexandra/Delvecchio, Elisa/Mazzeschi, Claudia/Espada, José Pedro (2020): Immediate psychological effects of the COVID-19 quarantine in youth from Italy and Spain. In: *Frontiers in Psychology*, 11. DOI: 10.31234/osf.io/5bpfz
- Pisano, Luca/Galimi, Domenico/Cerniglia, Luca (2020): A qualitative report on exploratory data on the possible emotional/behavioral correlates of Covid-19 lockdown in 4-10 years children in Italy. DOI: 10.31234/osf.io/stwbn
- Quilter-Pinner, Harry/Webster, Sarah/Parkes, Henry (2020): Guaranteeing the Right Start: Preventing youth unemployment after Covid-19. Institute for Public Policy Research (IPPR)
- Ranta, Mette/Silinskas, Gintautas/Wilska, Terhi-Anna (2020): Young adults' personal concerns during the COVID-19 pandemic in Finland: an issue for social concern. In: *International Journal of Sociology and Social Policy*, 40. Jg., H. 9/10, S. 1201–1219. DOI: 10.1108/IJSSP-07-2020-0267
- Rauschenberg, Christian/Schick, Anita/Goetzl, Christian/Röhr, Susanne/Riedel-Heller, Steffi/Koppe, Georgia/Durstewitz, Daniel/Krumm, Silvia/Reininghaus, Ulrich (2020): Social isolation, mental health, and use of digital interventions in youth during the COVID-19 pandemic: a nationally representative survey. In: *European Psychiatry*, 64. Jg., H. 1, S. 1–16. DOI: 10.31234/osf.io/v64hf
- RAY (2020): Research Project on the Impact of the Corona Pandemic on Youth Work in Europe. Initial Survey Findings / Datasnapshot 1. Research-based Analysis and Monitoring of European Youth Programmes (RAY)
- Reimers, Fernando M./Schleicher, Andreas (2020): A framework to guide an education response to the COVID-19 Pandemic of 2020. OECD
- Reimers, Fernando M./Schleicher, Andreas/Ansah, Grace A. (2020): Schooling disrupted, schooling rethought. How the Covid-19 pandemic is changing education. OECD
- Residori, Caroline/Sozio, Maria E./Schomaker, Lea/Samuel, Robin (2020): YAC - Young People and COVID-19. Preliminary Results of a Representative Survey of Adolescents and Young Adults in Luxembourg. University of Luxembourg: Esch-sur-Alzette
- Scherr, Albert (2009): Warum theoretisch undisziplinierte Interdisziplinarität eine gesellschaftstheoretisch fundierte reflexive Jugendforschung nicht ersetzen kann. In: *Journal of Childhood and Adolescence Research*, 4. Jg., H. 3, S. 321–335
- Steinert, Janina/Ebert, Cara (2020): Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen. Hochschule für Politik. München
- Thimmel, Andreas (2020): Youth Work in Europa. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*. 5. Aufl. Wiesbaden
- Thomas, Fabio/Clamp, Amy/Morridadi, Anisa/Haghdadi, Anousheh/Mycock, Andy/Loughran, Tom (2020): *Take the Temperature*. Beatfrees (National Youth Trends). Birmingham
- UK Youth (2020): The impact of Covid-19 on young people & the youth sector. London. <https://st2.ning.com/topology/rest/1.0/file/get/4364441100?profile=original> (13.07.2021)
- UN (2020): The Impact of COVID-19 on children. https://unsdg.un.org/sites/default/files/2020-04/160420_Covid_Children_Policy_Brief.pdf (13.07.2021)

- Voigts, Gunda (2020): Gestalten in Krisenzeiten: „Der Lockdown ist kein Knock-Down!“. Erste Ergebnisse einer empirischen Befragung von Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg in geschlossenen Zeiten. Hamburg
- Williamson, Howard (2020): Cornerstone Challenges for European Youth Work and Youth Work in Europe. Making the Connections and Bridging the Gaps. Some preparatory thoughts for planning the 3rd European Youth Work Convention and implementing the European Youth Work Agenda
- You, Danzhen/Lindt, Naomi/Allen, Rose/Hansen, Claus/Beise, Jan/Blume, Saskia (2020): Migrant and displaced children in the age of COVID-19: How the pandemic is impacting them and what can we do to help. In: Migration Policy Practice, 10. Jg., H. 2, S. 32–39
- Youth Partnership (2020): Effects of Covid-19 across youth work and youth activities. Summary of the survey launched by the CMJ working group on responses to Covid-19. Strasbourg Cedex
- YouthLink (2020): The Covid-19 Crisis. Impact on Youth Work and Young People. A survey of Scotland's Youth Work Sector Leaders. National agency for youth work Scotland (YouthLink). Edinburgh

12 Corona und die Forschung

Christian Lüders

Die in diesem Band vorgestellten, tastenden Beiträge zu einer Corona-bezogenen Jugend- und Jugendhilfeforschung bieten ein breites, wenn auch keineswegs repräsentatives Spektrum an Themen und Zugängen. Zugleich sind die vorliegenden Beiträge nicht nur aus inhaltlichen Perspektiven von Interesse, u.a. weil sie durch ihre Themen deutlich machen, wie eng bislang der Blick auf die (fach-)öffentliche Thematisierung von Corona und die Folgen für Jugendliche und die Jugendhilfe war (vgl. hierzu z.B. die Beiträge in diesem Band von Berngruber/Gaupp, Müller/Gaupp, Krell, Mairhofer/Peucker/Pluto/van Santen, Schmoll, Langer/Hemmann/Sammet), sondern auch aus wissenschaftssoziologischen Gründen. In diesem Sinne laden vor allem die empirisch basierten Beiträge und die ihnen zugrundeliegenden Erfahrungen dazu ein, über die Bedingungen, den Stellenwert und die Funktion von (Sozial-) Wissenschaften unter Pandemiebedingungen nachzudenken. Dabei sind zwei Kontexte von zentraler Bedeutung, nämlich einerseits der institutionelle Kontext in Form des Deutschen Jugendinstitutes und andererseits eine spätmoderne Gesellschaft, die sich pandemiebedingt plötzlich mit neuen Entscheidungs-, Begründungs- und Steuerungsimperativen konfrontiert sah und sieht und dabei auf Wissenschaft und Forschung als zentrale Begründungsinstanz zurückgreifen muss.

Bei alledem ist zu bedenken, dass nahezu alle hier versammelten Beiträge aus dem Jahr 2020 stammen und damit vorrangig durch die Entwicklungen während der „ersten Welle“ geprägt sind. Im Horizont des bis heute (Frühjahr 2021) andauernden Lockdowns sind damit zwei Implikationen verbunden: Man muss einerseits vorsichtig sein, die – fast ist man schon geneigt zu formulieren – damaligen Ergebnisse, Erfahrungen und Thesen einfach zu verlängern bzw. wie auch immer zu generalisieren. Und zweitens fehlt es allen Beteiligten unvermeidlich noch an Distanz – was in Bezug auf das Beobachten und Begreifen der eigenen Praxis blinde Flecken wahrscheinlich werden lässt.

Wagt man sich dennoch an die Selbstbeobachtung, dann lässt sich zunächst festhalten, dass an keiner Stelle die Planungen des DJI, der Arbeitseinheiten und Projekte für das Jahr 2020 die Befassung mit Corona und den Folgen in irgendeiner Weise vorsahen. Das klingt zunächst trivial, weil doch noch im Dezember 2019 die Corona-Pandemie und erst recht ihre Folgen von niemanden – außer vielleicht von ein paar wenigen Expertinnen und Experten – wirklich absehbar waren. Nun geht es nicht darum, das hohe Lied der Flexibilität der Projekte zu singen oder in den Klagemodus zu verfallen. Wichtiger ist vielmehr, dass es sich bei allen Erhebungen um gleichsam Ad-hoc-Studien gehandelt hat **ohne vorgängige** Forschungskontexte, Referenzrahmen, theorieleitenden Thesen oder Erfahrungen, auf die man sich hätte berufen können bei gleichzeitigem Wegbrechen wichtiger, bisher fraglos gültiger methodologischer Prämissen von Forschung:

- Inhaltlich führte dies erstens dazu, dass weniger fachliche, konzeptionelle oder wissenschaftliche Diskurse die Fragestellungen prägten als vielmehr

öffentliche und politische Debatten und dort gehandelte, mehr oder weniger gefühlte Thesen zur aktuellen Situation. Noch häufiger dürfte das simple, meist intern motivierte, mitunter aber auch extern angeregte Interesse „Wie wird in dem jeweiligen Kontext eigentlich mit Corona umgegangen bzw. wie werden die neuen Herausforderungen bewältigt?“ Beweggrund gewesen sein, sich dem Thema zuzuwenden.

Zweitens führte Corona, genauer gesagt, die damit verbundenen Kontaktbeschränkungen dazu, dass das methodische Spektrum für Erhebungen und Auswertungen – beides ausdrücklich gleichermaßen – erheblichen Limitierungen einerseits und schnellen Bemühungen um näherungsweise Ersatz unterworfen waren.¹ Zu nennen sind dabei nicht nur die Umstellung von Face-to-Face-Interviews auf Telefon- und Videokonferenzformate (vgl. z.B. Archibald u.a. 2019; vgl. den Beitrag von Langer u.a. und Schmoll in diesem Band) und online-Erhebungen, sondern auch erhebliche Beschränkungen bis hin zur Unmöglichkeit fast aller ethnographischen, teilnehmenden Zugänge² sowie die Umstellung von Interpretationsgruppen auf digitale Medien (vgl. Reichertz 2020b). Partizipative Ansätze, die auf Kopräsenz angewiesen waren, mussten ausgesetzt oder ersatzweise mühsam und mehr oder weniger zureichend über Videokonferenzprogramme abgewickelt werden; Gruppendiskussionen, deren wesentlicher Charakter die interne kommunikative Dynamik ist, waren nicht mehr möglich, weil sich zeigte, dass genau diese Dynamik digital nicht zustande kommt. Analoges galt für Fokusgruppen. Und auch im Fall von Expertinnen- bzw. Experteninterviews, bei denen man auf den ersten Blick meinen könnte, es macht keinen großen Unterschied, ob diese unter den Bedingungen von Anwesenheit oder vermittelt über Videokonferenz-Tools oder als Telefongespräche geführt und aufgezeichnet werden, zeigte sich schnell, dass diese drei Konstellationen jeweils auch die Aussagen beeinflussten. Und mit Blick auf den Aspekt der Auswertung und der Interpretation der Daten fielen zunächst geplante Workshops, die u.a. der Validierung der Daten dienten, schlicht aus. Bei den Versuchen, diese über digitale Tools zu kompensieren, wurden schnell gravierende Unterschiede sichtbar.³

1 Vgl. hierzu auch schon sehr früh <http://blog.soziologie.de/community/corona-und-der-stillstand-der-sozialwissenschaftlichen-forschung/anlass-fuer-die-einrichtung-des-forum/>; siehe auch: Reichertz 2020a; 2021; <http://blog.soziologie.de/community/methoden-der-datenerhebung/>

2 Vgl. z.B. auch <https://iriss.stanford.edu/doing-ethnography-remotely>; <https://www.global-young-faculty.de/unsicherheit-jetzt/theorien-und-methoden/qualitative-forschungsmethoden-ueberblick-und-reflektion-zu-ihrer-anwendung-im-rahmen-der-arbeitsgruppe-unsicherheit-jetzt-in-zeiten-von-corona/>. Eine bemerkenswerte Ausnahme hiervon stellen übrigens Autoethnographien dar vgl. z.B. <https://inequality-initiative.ssrc.org/autoethnographies-of-a-pandemic-from-brooklyns-epicenter/>. Die Pandemie scheint diesem Zugang zu neuer Blüte zu verhelfen, was aber wenig an damit einhergehenden methodologischen Problemen ändert (vgl. auch Markham/Harris/Luka 2020).

3 Hier nur am Rande erwähnt sei das Problem, dass viele der Videokonferenztools zunächst nicht und bis heute teilweise immer noch nicht den Vorgaben des Datenschutzes entsprechen, was die

Die nationale und internationale Diskussion im Bereich qualitativer Sozialforschung hat gerade erst begonnen sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was dies alles methodisch und methodologisch bedeutet (vgl. z.B. Reichertz 2021; Lobe u.a. 2020). Ein erster, jüngst publizierter „Rapid Evidence Review“ zu der Frage „How have social research methods been successfully adapted or designed for use within pandemic conditions?“ kommt zu folgendem Ergebnis: „At the start of the pandemic social research was thrown into disarray and there were no experts in what the new context meant for research. Increasingly, researchers have drawn on their methodological expertise and creativity to find their way through the practical and ethical challenges“. Ergänzt wird dies durch die optimistische Einschätzung: „The rapid evidence review underlines that no researcher now needs to start from a blank page: others have gone before them, documenting the rationale for the methods decisions they have made“ (Nind/Coverdale/Meckin 2021a, S. 16; vgl. dies 2021b).

Innerhalb der Abteilung Jugend und Jugendhilfe ließen sich zwei Grundorientierungen ausmachen: Auf der einen Seite war ein gewisser Pragmatismus zu beobachten – auch weil man froh war, dass man über digitale Tools überhaupt noch Befragungen und Auswertungs- bzw. Validierungssitzungen durchführen konnte. Auf der anderen Seite war viel von Krücken, Ersatz, Annäherungen u. ä. die Rede, und darin manifestierte sich eine Skepsis, ob denn über die digitalen Tools die gleiche Qualität an Daten erzeugt werden könnte wie unter den Bedingungen von Anwesenheit (mit guten Gründen vgl. z.B. auch Reichertz 2020b). Methodologisch gesprochen machten die Folgen des Social Distancing auf eine wenig explizit reflektierte Prämisse weiter Bereiche qualitativer Sozialforschung und ihrer Gütekriterien aufmerksam, nämlich den Aspekt der Anwesenheit der Forschenden bei den Erhebungen und der Interpretation der Daten. Man könnte dies auch anders formulieren: Corona führte vor allem bei den qualitativ angelegten Projekten dazu, dass in einem nicht unerheblichen Umfang Forschung nicht nur nicht mehr möglich war, sondern dass zugleich auch dem methodischen Vorgehen in nicht wenigen Fällen der Teppich unter den Füßen weggezogen wurde. Jenseits aller notwendigen Pragmatik wird man an dieser Stelle erst wieder begründbaren Boden unter die Füße bekommen, wenn man im Rahmen von Methodenstudien der empirischen Frage nachgeht, welche Folgen für die Daten und die Qualität die Daten die Umstellung auf digitale Tools und das Arbeiten unter den Bedingungen von Social Distancing mit sich bringen – was wiederum voraussetzt, dass das methodische Vorgehen entsprechend dokumentiert wird.⁴

Für die standardisiert-quantifizierend arbeitenden Projekte erzeugte das Social Distancing vor allem dort Probleme, wo die Erhebungen auf Körperpräsenz und, was nicht

Interpretation von personenbezogenen Daten über diese Tools genau genommen deutliche Grenzen setzen müsste.

4 Ganz in diesem Sinne fordern Nind/Coverdale/Meckin größere Aufmerksamkeit und Unterstützung – z.B. kollegialen Austausches und entsprechender Rahmenbedingungen – auf die methodischen methodologischen und ethischen Herausforderungen, die mit der Forschung unter Pandemiebedingungen einhergehen (2021a/b).

immer das Gleiche ist, auf Erreichbarkeit angewiesen waren, also etwa bei Erhebungen in Schulklassen.⁵ Jene Projekte, die üblicherweise Fragebögen verschickten oder über online-Tools ihre Abfragen durchführten, hatten weniger Probleme und mussten schlimmstenfalls damit umgehen, dass niemand mehr Zeit für ihre Fragebögen hatten. Hier bewährte sich, dass in diesem Bereich die Debatten um online-Erhebungen und die damit einhergehenden Methodeneffekte über eine längere Tradition verfügen (vgl. hierzu Langer/Sammet/Hemmann sowie Mairhofer u.a. in diesem Band).⁶ Zugleich zeigt das Beispiel der Erhebung des Projektes Jugendhilfe und sozialer Wandel, dass Fragebogenabfragen auf großes Interesse und Resonanz aufseiten der Befragten stoßen konnten, wenn sie aus der Sicht der Befragten das „richtige“ Thema hatten und zu erwarten war, dass der richtige Modus im Zentrum der Studie stand. Im Fall der befragten Jugendämter war dies sicherlich das Interesse an Versachlichung und Differenzierung; es braucht aber nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, dass anderenorts andere Motivationen, z.B. das Interesse an öffentlicher Aufmerksamkeit und Skandalisierung, die Bereitschaft, sich an einer Studie zu beteiligen, erhöhen.

Zugleich gerieten zahlreiche Projekte der Abteilung und man darf davon ausgehen auch anderenorts in eine in mehrfacher Hinsicht ambivalente Situation. Denn Corona führte auf der einen Seite dazu, dass viele der laufenden empirischen Projekte fast von einem Tag auf den anderen ihre Arbeit einstellen bzw. beschränken mussten, weil die Empirie nicht mehr möglich war. Die Gründe hierfür waren einfach: Wie bereits erwähnt, waren alle Formen der Erhebung, die bislang anwesenheitsbasiert waren, von einem Tag auf den anderen obsolet. Hinzu kam, dass reihenweise die Adressatinnen- und Adressatengruppen für die Befragungen in Homeoffice, Homeschooling, Quarantäne und private Rückzugsorte verschwanden und erst mal nicht mehr oder nur erschwert ansprechbar waren – auch weil nicht selten die technischen Voraussetzungen fehlten, um schnell auf digitale Tools umzustellen.⁷ Dies führte in den Projekten zwangsläufig nicht nur zu Verzügen bei den Arbeitsplänen, sondern zu einer – vornehm gesprochen – neuen Planungsoffenheit – auch weil niemand Auskunft geben konnte, wann und in welcher Form die Erhebungen nachgeholt werden könnten.⁸

Vor allem für die drittmittelfinanzierten Projekte, die üblicherweise einen engen Zeitrahmen mit verbindlichen Terminen haben, implizierte dies, dass sich nahezu alle Arbeits- und Kostenpläne verzögerten bzw. aus den Angeln gehoben wurden; vertraglich vereinbarte Zusagen konnten nicht mehr eingehalten werden – mit all

5 Vgl. z.B. Riyaz u.a. 2020.

6 Vgl. z.B. Wagner-Schelewsky/Hering. (2019); Bandilla 2015; Taddicken 2009; Moore, R./Varghese 2021.

7 Vgl. <https://kulturwissenschaften.de/aktuelles/reichertz-aufruf-forum/> sowie <http://blog.soziologie.de/community/corona-und-der-stillstand-der-sozialwissenschaftlichen-forschung>.

8 Es sei wenigstens an dieser Stelle angesprochen, dass diese Probleme nicht nur für die Projekte von Bedeutung waren; nicht minder betroffen waren alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung, die an empirischen Qualifikationsarbeiten saßen und denen – je nach Stand der Dinge – die empirischen Grundlagen wegbrachen. Fehlende Kinderbetreuung, Homeschooling u. ä. führten zu weiteren Belastungen.

den damit verbundenen Unsicherheiten und neuen Aushandlungsprozessen. Vor allem Projekte, deren Abschlussarbeiten anstanden, kamen ins Schleudern. Erfreulicherweise muss festgehalten werden, dass in vielen Fällen bislang konstruktive Lösungen gefunden werden konnten, deren Grenzen aber absehbar sind. Es wäre eine eigene wissenschaftssoziologische Erhebung wert, welche diesbezüglichen Erfahrungen sozialwissenschaftliche, drittmittelfinanzierte Projekte seit Beginn der Pandemie gemacht haben und wie auf die erzwungenen Verzögerungen mit welchen Folgen reagiert wurde (vgl. auch Reichertz 2021).

Zu dem Obsoletwerden von Arbeits- und Kostenplänen und der unvermeidlich gewordenen Einstellung eines Teils der empirischen Arbeiten kam hinzu, dass gleichsam über Nacht einerseits die bisherigen Themen der Projekte teilweise rasant an Bedeutung und Interesse verloren und andererseits – wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen – mit Blick auf Jugend und Jugendhilfe eine nicht mehr stillbare gesellschaftliche Nachfrage und Aufmerksamkeit nach belastbaren Informationen über die sozialen Implikationen von Corona entstand. Zahlreiche Presseanfragen sind in solchen Konstellationen ein verlässlicher Indikator.⁹ Während also die bisherigen Themen und Aufgaben teilweise in den Hintergrund rückten, entstanden gleichzeitig völlig neue Prioritäten und mit ihnen eine Aufwertung von sozialwissenschaftlicher Forschung, sobald sie sich mit coronabezogenen Fragen befasste. Kam noch aktuelles politisches Interesse hinzu, wurden schnell große Summen Forschungsmittel bereitgestellt. Das galt selbstredend vor allem für die im engeren Sinne auf das Virus bezogene naturwissenschaftliche Forschung, also z.B. die Virologie, die Epidemiologie, die Infektiologie und andere wie z.B. die Aerosolforschung, in einem zweiten Schritt und deutlich weniger prononciert aber auch für die sozialwissenschaftliche Forschung. Ganz in diesem Sinne zog die Bundesbildungsministerin im April 2020 aus der Pandemie die Lehre, dass „wir [...] auf die Wissenschaft angewiesen [sind]. Wir brauchen wissenschaftliche Expertise. Wir benötigen den Austausch über wissenschaftliche Erkenntnisse. Es ist die Stunde der Kommunikation über, aus und mit der Wissenschaft. Wissenschaftliche Erkenntnisse leiten die Politik und leiten uns wie selten zuvor. Die wissenschaftliche Erkenntnis ist das Fundament unseres Handelns in diesen Tagen“.¹⁰

Allerdings entstanden zugleich auch deutliche Unterschiede in Bezug auf die Themen- und Forschungsfelder – auch innerhalb des DJI. Man übertreibt nicht, wenn man konstatiert, dass sich das öffentliche Interesse an den coronabedingten Lebens-

9 Verbunden war damit im Übrigen eine weitere Kuriosität: Ausgerechnet in dem gleichen Moment, in dem einerseits sich junge Menschen aus Infektionsschutzgründen in den Privatraum zurückzogen bzw. zurückziehen mussten und Social Distancing zum gesellschaftlichen Imperativ erhoben wurde, wurde von der Forschung erwartet, dass sie Auskunft darüber gibt, welche Folgen Corona genau hinter diesen privaten Mauern hat, wie sich also die alltägliche Lebensführung im Privaten ändert. Dass unter diesen Bedingungen jede Studie mit unvermeidlichen Selektionseffekten neuer Art zu kämpfen hat, wird bislang wenig diskutiert.

10 Anja Karliczek: Die Stunde der Erklärer, 1. April 2020. Verfügbar über: <https://www.bmbf.de/de/die-stunde-der-erklarer-11288.html> und <https://zeitung.faz.net/faz/natur-und-wissenschaft/2020-04-01/2231b5ad0a2348565d53c0d17499e2a2/?popup=user.lf..>

lagen Jugendlicher und die damit einhergehenden Herausforderungen und Bewältigungsstrategien – soweit sie nicht die Schule und den Erwerb von Qualifikationen tangierten – einerseits der jungen Menschen und ihres sozialen Umfeldes wie auch andererseits weiter Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe sehr in Grenzen hielt. Und während z.B. vor allem das Themenfeld Kindertagesbetreuung immer wieder mit Aufmerksamkeit rechnen konnte, interessierte sich z.B. für die Kinder- und Jugendarbeit kaum jemand. Kurzum: Es gab domänenspezifische Foki einerseits und Ausblendungen andererseits.¹¹

Diese, auch im Einleitungskapitel beschriebenen, ungleich verteilten Aufmerksamkeiten hatten greifbare Effekte in Form einer widersprüchlichen Herausforderung, dass einerseits alle möglichst sofort belastbare Daten zur Verfügung gestellt bekommen wollten und andererseits kaum jemand bereit war, dafür Forschung auf den Weg zu bringen – auch weil man unter dem Druck der Aktualität stand und daran gemessen sozialwissenschaftliche Forschung im Verdacht stand, zu lange zu dauern bzw. zu spät zu liefern – und dies vor allem an randständigen Arbeitsfelder, wenn man die (fach-) öffentliche Debatte zum Maßstab nimmt. Eine der merkwürdigen Auswirkungen dieser Situation war, dass Projekte vorläufige Ergebnisse und Zwischenstände vorlegten und dass sie unter den Bedingungen knapper Aufmerksamkeit fast schon genötigt waren, eher die problematischen Auswirkungen hervorzuheben. Denn de facto erwies sich der öffentliche Wettbewerb um Aufmerksamkeit als ein Wettbewerb um die Frage, bei welchen gesellschaftlichen Teilgruppen die größten Probleme zu diagnostizieren sind. Wer Jugend und Jugendhilfe in die öffentliche Diskussion einbringen und sichtbar machen wollte, musste bereit sein zu skandalisieren. Zwangsläufig rückten dabei schnell die vermeintlich abgehängten, schwer erreichbaren, bildungsfernen Jugendlichen in den Vordergrund.

Für die Projekte in der Abteilung, aber auch anderenorts, resultierten daraus neue Herausforderungen in Bezug auf die Kalkulation von Aufwand und erwartbarem Ertrag: Wie sollten die knappen Ressourcen eingesetzt werden und mit welchem Anspruch? Will man an dem Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit unter den skizzierten Bedingungen teilnehmen oder zielt man auf eine Beschreibung der Lage, ohne große Erwartungen auf fachöffentliche bzw. öffentliche Resonanz – was nicht das gleiche ist? Man kann es auch spitzer formulieren: Weil alle anderen für die Projekte bislang vertrauten Referenzräume entwertet waren und die Projekte vorrangig der Dynamik der öffentlichen Aufmerksamkeit ausgesetzt waren, ohne zu wissen, ob es sich um eine einmalige oder eine wie auch immer geartete veränderte dauerhafte Konstellation handelte, verschoben sich die Relevanzkriterien für Forschung. Die vorliegende Broschüre ist auch Ausdruck der damit einhergehenden Unsicherheiten bzw. Unwägbarkeiten und des daraus entstehenden Bedarfs, die

¹¹ Das erste öffentlich wahrnehmbare politische Signal, den jugendpolitischen Blindflecken entgegenzuwirken, war der sogenannte „Kinder- und Jugendgipfel“ zur Corona-Krise, der am 08. März 2021 in digitaler Form zusammen mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten und den anderen zuständigen Mitgliedern des Kabinetts stattfand. Ein paar Tage später, am 11. März 2021, traf sich im Rahmen eines sogenannten Jugend-Hearings die Bundesministerin F. Giffey mit Jugendlichen erstmalig zu dem Thema.

Dinge zu sortieren und sich seines eigenen Standpunktes zu vergewissern (vgl. z.B. Hohnstein; Pelzer/Johann; Holthusen u.a. in diesem Band) bis hin zu dem Versuch, überhaupt einmal einen Überblick zu gewinnen (vgl. Rottach u.a. in diesem Band).

Dabei spielten selbstverständlich die politischen und fachpolitischen Bedarfe eine zentrale Rolle. Zugleich mutierten die Konstellationen mit einer Geschwindigkeit, die für Forschung fast keine Zeit ließ. Wissenschaftsbasierte Politik- und Praxisberatung geriet unter erheblichen Zeitdruck, ohne über belastbare Daten zu verfügen (vgl. Weingart 2021) – mit der Folge, dass auch die Mechanismen der Politikberatung in Bewegung gerieten. Dass nebenher auch in ganz neuer Weise wissenschaftliches Wissen einerseits „zum Fundament politischen Handelns“ wurde, um noch einmal die Bundesbildungsministerin zu zitieren, und andererseits genau dieses Fundament in Bezug auf seine Bedingungen der Erzeugung und Verlässlichkeit in neuer Weise öffentlich diskutiert wurde, sei nur am Rande erwähnt. Alexander Bogner (2020) spricht mit guten Gründen von der „Epistemisierung des Politischen“ und meint damit, dass in dem gleichen Prozess wissenschaftliche Expertise und Evidenz zugleich Voraussetzung politischer Entscheidungen wie auch Gegenstand politischer und öffentlicher Kontroversen wurde.

Bleibe noch eine Beobachtung zum Schluss: In der öffentlichen Diskussion seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie wird viel über die neue Bedeutung der Naturwissenschaften und ihre Rolle als Politikberatung diskutiert. Den Sozialwissenschaften wird demgegenüber ein Bedeutungsverlust zugeschrieben. Ohne diese Debatte hier aufgreifen zu wollen, wäre aus Sicht der Abteilung mindestens eine Anmerkung vonnöten: Die Differenz Natur- vs. Sozialwissenschaften ist zu grobschlächtig, um die Verschiebungen zwischen den Disziplinen zu beschreiben. Das Beispiel jugendbezogener Forschung indiziert, dass die Verschiebungen sich vor allem über einzelne Forschungsfelder und Teildisziplinen und – noch kleinteiliger – über öffentliche Fokussierungen entfalteten. Jugendliche beschäftigten die Forschung, wo der Verdacht im Raum stand, dass es zu psychosozialen Belastungen, u. U. dauerhafter Art, kommen könnte. Die mitunter erstaunlich selbstorganisierte, kompetente Bewältigung des Corona-Alltages war hingegen kein Thema. Man könnte viele derartige Beispiele anführen.¹² Es wird abzuwarten sein, welche Auswirkungen diese allertorten spürbaren thematische Akzentverschiebungen mittelfristig zeigen. Mindestens muss man davon ausgehen, dass sich das Themenspektrum erweitert haben dürfte: So dürfte z.B. in jedem Fall die Diskussion um die sogenannten Verschwörungsideologien unter jungen Menschen, ihre Affinitäten und Distanzierungen, die Rolle ihrer Peers und Medien und die notwendigen Antworten vonseiten des Jugendschutzes, der politischen Bildung und der Medienpädagogik die Fachdiskussion und möglicherweise die Forschung noch länger beschäftigen. Auch die Frage der vielfältigen Spätwirkungen der Pandemie könnte ein Thema werden. Wissenschafts-

12 Vermutlich gilt das auch für die naturwissenschaftlichen Bereiche: Alles, was mit der Bekämpfung der Pandemie zu tun hatte, durfte sich über Geld und Aufmerksamkeit erfreuen; andere Fächer verloren zumindest an zeitweiser Bedeutung

soziologisch gesprochen ist dies die Frage nach der Rolle der Pandemie als fördernder bzw. hinderlicher Faktor der Genese bzw. der Marginalisierung von Forschungsfeldern und Forschungsformaten.

In der Summe und etwas abstrahiert lässt sich das alles als weitere Belege für schon länger beobachtbare Entwicklungen im Wissenschaftssystem lesen. Die Corona bezogene Forschung wäre in diesem Sinne ein Prototyp einer „an Ad-hoc-Problemen orientierten Wissensproduktion“ (Weingart 2003, S. 138) mit allen den damit einhergehenden Verschiebungen in Bezug auf die Themengene, die Vorgehensweisen, die Qualitätskriterien und die internen und externen Relevanzen (vgl. ausführlich Weingart/Carrier/Krohn 2007). Aus der Binnenperspektive der Forschung und im Horizont der hoch gehaltenen Selbstpositionierung der Forschung als weitgehend autonomes System muss dies zwangsläufig als Instrumentalisierung und Verlust, mindestens Bedrohung eben jener Autonomie wahrgenommen werden, zumal gleichzeitig die gerne bemühte Differenz zwischen Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung – erneut – an Plausibilität verliert. Anders formuliert: Corona liefert einen weiteren Anlass, über die Rolle sozialwissenschaftlicher Forschung unter den oben skizzierten paradoxen Bedingungen der Pandemie und im Horizont ihres Funktionswandels in spätmodernen Demokratien nachzudenken.

Literatur

- Archibald, Mandy M./Ambagtsheer, Rachel C./ Casey, Mavourneen. G./Lawless, Michael (2019): Using Zoom Videoconferencing for Qualitative Data Collection: Perceptions and Experiences of Researchers and Participants. In: *International Journal of Qualitative Methods*, 18. Jg., S. 1–8. doi.org/10.1177/1609406919874596 (10.07.2021)
- Bandilla, Wolfgang (2015): Online-Befragungen. Mannheim, GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS Survey Guidelines). https://www.gesis.org/fileadmin/upload/SDMwiki/Online_Befragungen_Bandilla_08102015_1.1.pdf (10.07.2021)
- Bogner, Alexander (2020): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Stuttgart
- Lobe, Bojana/Morgan, David/Hoffman, Kim A. (2020): Qualitative Data Collection in an Era of Social Distancing. In: *International Journal of Qualitative Methods*, 19. Jg., S. 1–8. journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1609406920937875
- Markham, Annette/Harris, Anne/Luka, Mary Elizabeth (2020): Massive and Microscopic Sensemaking During COVID-19 Times. In: *Qualitative Inquiry*, S. 1–8. <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1077800420962477>
- Moore, Rael/Varghese, Lebera (2021): An Examination of the Role of Funny Reminders and Embedded Survey Items on Response Rate. In: *Social Science Computer Review* 2021, 39. Jg., H. 1, S. 162–172
- Nind, Melanie/Coverdale, Andy/Meekin, Robert (2021a): Changing Research Practices: Undertaking social research in the context of Covid-19 (Kurzfassung). http://eprints.ncrm.ac.uk/4398/1/NCRM%20Changing%20Research%20Practices_Rapid%20Evidence%20Review_FINAL%20REPORT.pdf (10.07.2021)
- Nind, Melanie/Coverdale, Andy/Meekin, Robert (2021b): Changing Research Practices: Undertaking social research in the context of Covid-19 (Langfassung). http://eprints.ncrm.ac.uk/4397/1/NCRM%20Changing%20Research%20Practices_MAIN%20REPORT.pdf (10.07.2021)
- Reichertz, Jo (2020a): BMTalk Qualitative Forschung in Zeiten von Corona. Berliner Methodentreffen. <https://berliner-methodentreffen.de/bmtalk-mit-jo-reichertz/> (10.07.2021)
- Reichertz, Jo (2020b): Der Unterschied zwischen ‚ansehen‘ und ‚anblicken‘ und weshalb dieser Unterschied für die Leistungsfähigkeit von Videokonferenzen so wichtig ist. <http://blog.soziologie.de/community/methodender-datenauswertung/der-unterschied-zwischen-ansehen-und-anblicken-und-weshalb-dieser-unterschied-fuer-die-leistungsaehigkeit-von-videokonferenzen-so-wichtig-ist/> (10.07.2021)
- Reichertz, Jo (2021): Die coronabedingte Krise (nicht nur) der qualitativen Sozialforschung. In: *Zeitschrift für Soziologie* 50. Jg., H. 3, S. 313–335
- Riyaz, Aminath/Musthafa, Hawwa Shiuna/ Raheem, Raheema Abdul/Moosa, Sheena (2020): Survey sampling in the time of social distancing: experiences from a quantitative research in the wake of COVID-19 pandemic. In: *The Maldives National Journal of Research*, 8. Jg., H. 1, S. 169–192. https://www.researchgate.net/profile/Aminath-Riyaz-3/publication/344397612_Survey_sampling_in_the_time_of_social_distancing_experiences_from_a_quantitative_research_in_the_wake_of_COVID-19_pandemic/links/5f70a37aa6fdcc00863fab5c/Survey-sampling-in-the-time-of-social-distancing-experiences-from-a-quantitative-research-in-the-wake-of-COVID-19-pandemic.pdf (10.07.2021)
- Taddicken, Monika (2009): Methodeneffekte von Web-Befragungen: Soziale Erwünschtheit vs. Soziale Entkontextualisierung. In: Weichbold, Martin/Bacher, Johann/Wolf, Christoph (Hrsg.): *Umfrageforschung. Herausforderungen und Grenzen*. Wiesbaden, S. 85–104
- Wagner-Schelewsky, Pia/Hering, Linda (2019): Online-Befragung. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden, S. 787–800
- Weingart, Peter (2003): *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld
- Weingart, Peter (2021): Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Themenheft Wissen*. 71. Jg., H. 3–4, S. 28–32
- Weingart, Peter/Carrier, Martin/Krohn, Wolfgang (2007): Nachrichten aus der Wissenschaftsgesellschaft. *Analysen zur Veränderung der Wissenschaft*. Weilerswist